Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

26.März 1979
Jg.7 Nr.13

Bezirksausgabe für Hamburg/Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Andauernde Streiks der Arbeiter, Lehrer und Schüler in Marokko

z.wim. Nach den Streiks in den Kohlebergwerken und Phosphat-Minen, der Eisenbahn- und Dockarbeiter für höheren Lohn und für die Aufhebung der geltenden Industriegesetze sind Ende Februar auch die Arbeiter der größten Zuckerfabrik Marokkos in einen 2-tägigen Streik, in Casablanca die Arbeiter einer der größten Automobilwerke in einen unbefristeten Streik getreten, um für die Freilassung ihrer Gewerkschaftsführer und die Anerkennung ihrer Rechte zu kämpfen. Am 14.3. traten die Beschäftigten der Schulen und Universitäten erneut schon zum 3. Mal in diesem Akademischen Jahr in den Streik gegen die von der Regierung geplanten Lohnkürzungen. Bei einer Inflationsrate von 150% gegenüber Lohnsteigerungen von nur 70-100% werden 1,2 Mio. Arbeitslose bei einer Gesamtbevölkerung von 20 Mio. Einwohnern verzeichnet.

Kredit der Islamischen Entwicklungsbank an Uganda

z.pek. Die gemeinsame Kreditorganisation der islamischen Staaten, die Islamische Entwicklungsbank, hat auf ihrer Jahrestagung in Kampala beschlossen, einen zinslosen Kredit von 4 Mio. Dollar an Uganda zu vergeben. 1978 hatten die US-Imperialisten einen Handelsboykott gegen alle Waren aus Uganda verhängt. Den Preis für Kaffee, über dessen Export Uganda 90% seiner Deviseneinnahmen erzielt, haben die Imperialisten mit gegenwärtig 1,32 Dollar pro pound auf weniger als die Hälfte des Preises von 1977 gedrückt. Gleichzeitig schüren sie die Widersprüche zwischen Uganda und Tansania und hoffen so, ihr „Menschenrecht" der unumschränkten Plünderung der afrikanischen Völker zu sichern. Der Kredit der Islamischen Entwicklungsbank ist in dieser Lage ein bewußter Schritt, um durch Unterstützung des wirtschaftlichen Aufbaus die politischen Bemühungen der afrikanischen Staaten und der OAU um friedliche Beilegung der Grenzfrage zu ergänzen.

z.pek. Die gemeinsame Kreditorganisation der islamischen Staaten, die Islamische Entwicklungsbank, hat auf ihrer Jahrestagung in Kampala beschlossen, einen zinslosen Kredit von 4 Mio. Dollar an Uganda zu vergeben. 1978 hatten die US-Imperialisten einen Handelsboykott gegen alle Waren aus Uganda verhängt. Den Preis für Kaffee, über dessen Export Uganda 90% seiner Deviseneinnahmen erzielt, haben die Imperialisten mit gegenwärtig 1,32 Dollar pro pound auf weniger als die Hälfte des Preises von 1977 gedrückt. Gleichzeitig schüren sie die Widersprüche zwischen Uganda und Tansania und hoffen so, ihr „Menschenrecht" der unumschränkten Plünderung der afrikanischen Völker zu sichern. Der Kredit der Islamischen Entwicklungsbank ist in dieser Lage ein bewußter Schritt, um durch Unterstützung des wirtschaftlichen Aufbaus die politischen Bemühungen der afrikanischen Staaten und der OAU um friedliche Beilegung der Grenzfrage zu ergänzen.

Karibische Völker kämpfen für Unabhängigkeit

z.acr. Santa Lucia erreichte am 22. Feb. 79 die Unabhängigkeit, nachdem die Insel seit 1814 britische Kolonie war. Mit der Queen als Staatsoberhaupt für St. Lucia, 10 Mio. Pfund Entwicklungshilfe und weiteren 10 Mio. Pfund als zinslosen Kredit wollen die Imperialisten sich weiterhin Einmischungsrechte sichern. Wegen der jahrhundertelangen kolonialen Ausplünderung muß St. Lucia alle Industriegüter einführen. Die britischen Imperialisten lassen große Mengen Bananen (1976: 40400 Tonnen) von St. Lucia liefern. – Vor jeglichen Einmischungsversuchen in die inneren Angelegenheiten des 1974 unabhängig gewordenen Volkes von Grenada hat eine Konferenz der karibischen Staaten die US- und die britischen Imperialisten gewarnt. Nach einem Staatsstreich auf Grenada am 13.3. waren in Washington und London Truppenentsendungen erwogen worden.

Afghanistan: „Heiliger Krieg" gegen die Fremdherrschaft

z.rua. Ermutigt durch den Befreiungskampf des iranischen Volkes haben sich die Volksmassen Afghanistans unter dem Banner des Islam gegen die sozialimperialistische Beherrschung erhoben. Die Regierungstruppen werden in mehr als zehn Provinzen von noch zersplitterten Befreiungsorganisationen angegriffen. Waffen und Munition werden erbeutet. Vom Land her kreisen die Befreiungskämpfer die Städte ein. Mitte letzter Woche wurde die Stadt Herat in der Nähe zur sowjetischen und iranischen Grenze erobert. Das Taraki-Regime ist so in Bedrängnis geraten, daß es die Feiern zum Neujahrsfest abgesagt hat. Die Sozialimperialisten, die sich zum Vormund Afghanistans gemacht haben, forderten Iran, Pakistan, die VR China und „reaktionäre arabische Regimes" auf, ihre „Einmischung in Afghanistan" zu unterlassen.

Erneute Lohnsenkung im öffentlichen Dienst

4% und 150 DM mehr Urlaubsgeld / ÖTV, Bahn- und Postgewerkschaft für Annahme

z.anl. Mit dem Abschluß der Lohnbewegungen in der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst ist der Kampf um den Lohnstandard für die beiden größten Abteilungen der Arbeiterklasse entschieden und liegt damit im wesentlichen fest auch für die Gewerkschaften, die noch in Verhandlungen mit den Kapitalisten standen oder sie erst aufnehmen. Der Unterhändler des bürgerlichen Staates, Innenminister Baum, hat sicher die Chemiekapitalisten, die gleichzeitig verhandelt haben, über den Fortgang der Aussichten, die unteren Lohngruppen im öffentlichen Dienst durch reine und dazu niedrige Prozente unter den Metalltarif zu drücken, unterrichtet. Kaum hatte er am Freitag die geringe Erhöhung des Angebots auf 3,7% mehr Lohn und 100 DM mehr Urlaubsgeld als „an der Grenze des Vertretbaren" bezeichnet, leisteten sich die Druckkapitalisten ein Angebot von 4% mehr Lohn und stufenweiser Anhebung des Jahresurlaubs auf sechs Wochen noch vor dem Beginn der Verhandlungen. Alle Kapitalisten haben ein besonderes Interesse an der Lohnsenkung im öffentlichen Dienst, denn der bürgerliche Staat zahlt die von ihm angewendete Arbeitskraft aus Steuern, und mit der zu zahlenden Lohnsumme liegt fest, welcher Anteil der Steuern der Kapitalistenklasse als mehrwertträchtiges Zusatzkapital zufließen kann. Mit diesem Abschluß werden alle Löhne im öffentlichen Dienst unter die vergleichbaren Metallarbeiterlohngruppen gerückt. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten in den öffentlichen Diensten, bei Bahn und Post haben in der letzten Woche in allen Bundesländern Demonstrationen, Kundgebungen und andere Aktionen durchgeführt. Bei der Post haben sie den Kampf gegen Rationalisierung und Abgruppierung der ausgebildeten Fernmeldehandwerker bis hin zu einzelnen Streiks und Personalversamm-

Angebot von 4% mehr Lohn und stufenweiser Anhebung des Jahresurlaubs auf sechs Wochen noch vor dem Beginn der Verhandlungen. Alle Kapitalisten haben ein besonderes Interesse an der Lohnsenkung im öffentlichen Dienst, denn der bürgerliche Staat zahlt die von ihm angewendete Arbeitskraft aus Steuern, und mit der zu zahlenden Lohnsumme liegt fest, welcher Anteil der Steuern der Kapitalistenklasse als mehrwertträchtiges Zusatzkapital zufließen kann. Mit diesem Abschluß werden alle Löhne im öffentlichen Dienst unter die vergleichbaren Metallarbeiterlohngruppen gerückt. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten in den öffentlichen Diensten, bei Bahn und Post haben in der letzten Woche in allen Bundesländern Demonstrationen, Kundgebungen und andere Aktionen durchgeführt. Bei der Post haben sie den Kampf gegen Rationalisierung und Abgruppierung der ausgebildeten Fernmeldehandwerker bis hin zu einzelnen Streiks und Personalversamm-

lungen, die Streikcharakter hatten, geführt. Die Deutsche Bundespost ändert ihre Taktik gegen die Verteidigung des Lohnstandards und sucht ihr Heil in der Spaltung durch teilweise Übernahme der Lehrlinge.

Die heftige Bewegung unter den Lehrern, die sich entscheiden müssen, ob sie den Kampf gegen die allgemeine Anwendung der Teilzeitarbeit für Beamte und damit im Grunde gegen Senkung der Zahlung ihrer Arbeitskraft auf 700 DM netto führen oder die Grundsätze des Berufsbeamtentums hochhalten wollen, schließt den Kampf gegen die besondere Unterdrückung ein. Nötig ist Klarheit über die Triebkräfte der Kämpfe in zweierlei Hinsicht, denn oft werfen sie, bewußt oder in gutem Glauben, Forderungen, die sich auf zwei verschiedene Verhältnisse gegenüber dem bürgerlichen Staat beziehen und sich darstellen im Kampf für ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag und gegen das besondere Gewaltverhältnis, in einen Topf. Die reformistischen Funktionäre in der GEW möchten sie in dieser Unklarheit halten, um einen Brei zu machen einerseits aus dem Kampf gegen Nichteinstellung nach der Ausbildung, sogar ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld, die verursacht ist durch die Regierungspolitik der planmäßigen Überzufuhr von ausgelernten Studenten auf den Arbeitsmarkt, um den Preis der Arbeitskraft zu senken durch den Zwang, zwischen Arbeitslosigkeit oder Annahme von Teilzeitarbeit zu wählen, andererseits dem Kampf gegen die Ministerpräsidentenbeschlüsse, die den Staatsapparat sichern und zur Niederhaltung der Arbeiterklasse funktionsfähig erhalten sollen, und so die Stoßrichtung beider Kämpfe gegen den bürgerlichen Staat abzustumpfen unter der Parole des Kampfes gegen Berufsverbote. Die gesellschaftliche Entwicklung des Kapitalverhältnisses, durch die die Masse der Lehrer allmählich in Lebens- und Arbeitsbedingungen versetzt wird, in denen sich die industriellen Arbeiter und Angestellten, aber auch die im öffentlichen Dienst schon länger befinden, nämlich ausgedehnte Überstunden-, Nacht- und Teilzeitarbeit, stellt die Lehrer vor diese Alternative. Der bürgerliche Staat strebt danach, diese Sorte speziell ausgebildete

die verursacht ist durch die Regierungspolitik der planmäßigen Überzufuhr von ausgelernten Studenten auf den Arbeitsmarkt, um den Preis der Arbeitskraft zu senken durch den Zwang, zwischen Arbeitslosigkeit oder Annahme von Teilzeitarbeit zu wählen, andererseits dem Kampf gegen die Ministerpräsidentenbeschlüsse, die den Staatsapparat sichern und zur Niederhaltung der Arbeiterklasse funktionsfähig erhalten sollen, und so die Stoßrichtung beider Kämpfe gegen den bürgerlichen Staat abzustumpfen unter der Parole des Kampfes gegen Berufsverbote. Die gesellschaftliche Entwicklung des Kapitalverhältnisses, durch die die Masse der Lehrer allmählich in Lebens- und Arbeitsbedingungen versetzt wird, in denen sich die industriellen Arbeiter und Angestellten, aber auch die im öffentlichen Dienst schon länger befinden, nämlich ausgedehnte Überstunden-, Nacht- und Teilzeitarbeit, stellt die Lehrer vor diese Alternative. Der bürgerliche Staat strebt danach, diese Sorte speziell ausgebildete

Arbeitskraft, auf deren Aufkauf und Anwendung er das Monopol hat, billiger zu machen und so selbst bei steigendem Bedarf für das Unterdrükkungsgeschäft der Kapitalistenklasse Kosten zu ersparen und ihnen mehr Kapital zu verschaffen. Auch die Ausbildung von starken Koalitionen, mit deren Hilfe die Lehrer ihren Lohnstandard verteidigen könnten, will er durch die Anwendung der Ministerpräsidentenbeschlüsse, hier vor allem als Mittel der Spaltung, unterdrücken.

Vielfältig haben die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten nicht nur die Forderung nach einem annehmbaren Ergebnis der Tarifverhandlungen in dieser Woche bekräftigt, sondern sich auch weiter auf politische Forderungen geeinigt im Kampf für das gesetzliche Verbot aller Formen der Verletzung des Normalarbeitstages, für dessen Einhaltung und Einhaltung des erkämpften Jahresurlaubs, für die gesetzliche Festlegung des 7-Stunden-Normalarbeitstages an 5 Wochentagen bei vollem Lohnausgleich. In der Vorbereitung des 1. Mai stärken sich diese Forderungen und die Kämpfe zu ihrer Durchsetzung gegenseitig. In Berlin führte die Gewerkschaft HBV den ersten Streik überhaupt gegen die Deutsche Bank. Hamburger Bankangestellte führten Informationsstände durch und erklärten sich ebenfalls streikbereit.

Stuttgart, der Ort der Lohnverhandlungen der ÖTV, Bahn und Post, ist in dieser Woche entgegen früheren Vereinbarungen der DGB-Gewerkschaften von sichtbaren Aktionen freigehalten worden mit dem dünnen Argument, in Stuttgart seien die Auszubildenden alle geworden, man müsse sie aus Mannheim holen. Die Gewerkschaftsführer haben die Taktik eingeschlagen, den starken Druck, den die Aktionen im ganzen Land zweifellos auf die Dienstherren ausgeübt haben, vor Ort zu mildern und so die Bereitschaft, an diesem Wochenende abzuschließen, erkennen zu lassen. Zugeständnisse der öffentlichen Dienstherren für die Auszubildenden vorausgesetzt.

Irland: über 200000 Teilnehmer bei Streiks und Demonstrationen gegen die Steuerausplünderung



Irland: über 200000 Teilnehmer bei Streiks und Demonstrationen gegen die Steuerausplünderung



„Schröpft die Reichen!", „Gerechte Steuer, jetzt!". Unter diesen Losungen demonstrierten am 20.3. allein in Dublin während eines eintägigen Generalstreiks 150000 Lohnabhängige. 3 Mrd. DM Lohn- und Einkommenssteuer und über 4,2 Mrd. DM indirekte Steuer will der Staat dieses Jahr kassieren. Die Imperialisten erhalten derweil Steuerfreiheit auf alle Exporterlöse und reinvestierten Gewinne; 1977 kassierten sie über 1,9 Mrd. DM aus Zins und Schuldrückzahlungen.

Schläge für die Hanoier Machthaber

Flucht nach vorn: Gründungsvorbereitungen für Indochinesische Föderation

z.ges. Am 16. März haben die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren innerhalb kurzer Zeit die zweite schwere diplomatische Niederlage im UN-Sicherheitsrat einstecken müssen. In einem Resolutionsentwurf der ASEAN-Staaten wurde der Abzug aller fremden Truppen aus den Ländern Südostasiens gefordert. Praktisch läuft dies auf die Forderung nach Abzug der sowjetisch-vietnamesischen Invasionstruppen aus dem Demokratischen Kampuchea hinaus. Die Annahme gerade dieser Forderung durch den UN-Sicherheitsrat konnte die SU wie bereits Anfang Februar nur durch ihr Veto verhindern. Der sowjetische Vertreter hatte sich bei der Debatte mit dem Vertrag herausreden wollen, den die sowjetisch-vietnamesischen Invasoren mit den von ihnen in Phnom Penh eingesetzten Marionetten geschlossen haben. Auf die Frage, ob der Vertrag gar schon die Invasion gerechtfertigt habe, meinte diese sozialimperialistische Banditenseele, vielleicht habe es ja schon damals einen geheimen Vertrag gegeben. Er muß es wissen. Schließlich sind die Sozialimperialisten die Drahtzieher der Invasion und Besetzung.

Es ist leicht ersichtlich, daß solche Banditenseelen, die für jeden ihrer Überfälle eine Rechtfertigung in der Tasche haben, nicht durch gutes Zureden zur Zurückhaltung gebracht werden können. Da ist es nur gut, daß die chinesische Volksbefreiungsarmee der Welt und den Aggressoren selber gezeigt hat, daß sich diese nicht alles leisten können und daß sie auch keineswegs unbesiegbar sind. Am 5. März hatte die VBA bei ihrem Gegenschlag gegen die Aggressoren die Stadt Lang Son vollständig eingenommen. Damit war der Befestigungsring der Hanoier Machthaber, von dem aus sie die Angriffe gegen die VR China geführt hatten, an allen entscheidenden Punkten gesprengt. Die Hanoier Machthaber riefen die Generalmobilmachung aus und herrschen jetzt mit dem Kriegsrecht. Die chinesische VBA dagegen hatte unmittelbar nach der Einnahme Lang Sons den Rückzug angetreten. Er wurde am 6. März in Peking bekanntgegeben. Versuche, den Rückzug zu stören, schlug die VBA erfolgreich zurück. Zum Zeitpunkt der Abstimmung in der UNO war der Rückzug völlig abgeschlossen und befanden sich alle Einheiten der VBA bereits hinter der chinesischen Grenze. Die Hanoier Machthaber versuchen jetzt ihre Wut über die offensichtliche Niederlage an der vietnamesischen Grenzbevölkerung auszulassen. Das bringt ihr Schuldkonto gegenüber dem vietnamesischen Volk nachgerade auf unerträgliche Höhe. Sie brauchen das Kriegsrecht wirklich. In Kampuchea beziehen die sowjetisch-vietnamesischen Aggressionstruppen weitere Schläge. Die Revolutionäre Armee des Demokratischen Kampuchea hat jetzt die Provinzhauptstadt Kompong Speu in der Nähe Phnom Penhs abermals befreit, und sie diesmal gegen die Rückeroberungsversuche der Invasoren verteidigt. Früher oder später werden die Hanoier Machthaber erfahren, daß es leichter war, nach Kampuchea hineinzukommen als wieder herauszukommen. Der Sekretär der KPK, Pol Pot, hat ihnen das rechtzeitig vorausgesagt.

In Laos haben die sowjetisch-vietnamesischen Expansionisten eine Art Staatsstreich inszeniert und die Regierung gezwungen, die Hilfsabkommen mit der VR China abzubrechen. Eine ihrer Marionetten in Phnom Penh haben sie verkünden lassen, Kampuchea schließe sich jederzeit einer Indochinesischen Föderation an. Die Hanoier Machthaber treten die Flucht nach vorn an. Die Völker sind gegen ihre Absichten. Die SU schickt immer mehr Kriegsschiffe, aber in den Wäldern und Bergen dieser Region wird das nicht so viel nutzen.

Die Volksbefreiungsarmee der VR China – Armee des Volkes



Kommandeure einer schweren Artilleriekompanie stellen gemeinsam mit der Volksmiliz des Bezirks einen Plan zur Verteidigung auf

Eine neue Verwaltungsvorschrift aus dem Hause Ehrenberg

Angriff auf die Kriegsopfer und Hinterbliebenen

z.hev. Bundesarbeitsminister Ehrenberg hat die Lektion, die ihm der Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Sozialrentner und Hinterbliebenen (VdK) vor rund einem Jahr erteilt hat, als er vom Vorstand dieses Verbandes ausgepfiffen wurde wegen der Rentenkürzungsgesetze, nicht vergessen. Er arbeitet seitdem im Stillen, und, wie schon im Falle der „Unzumutbarkeitsklausel“ bei den Arbeitslosen ruchbar geworden, mit Hilfe von Verordnungen für die Verwaltungen, ein Weg, der für die Betroffenen nur schwer durchschaubar ist. Jetzt liegt dem Bundesrat zur Zustimmung die „Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundesversorgungsgesetz“ vor.

Das „Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges“, kurz Bundesversorgungsgesetz, stammt aus dem Jahr 1950, die neueste Fassung vom 10. August 1978 (10. Anpassungsgesetz). Anspruch auf Versorgung hat (§ 1), „wer durch eine militärische oder militärähnliche Dienstverrichtung ... eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat ...“ Die Hauptmasse rekrutiert sich aus den Verwundeten des 2. Weltkrieges, die Zahl der „Versorgungsberechtigten“ nimmt laufend ab. Allein von 1973 bis 1977 von 2385 Mio. auf 2145 Mio., seit 1976 sinken auch die Zahlungen nach diesem Gesetz, sie betrugen 1976 935 Mio. DM, 1975 noch 974 Mio DM. Zu den Versorgungsberechtigten zählen auch die Hinterbliebenen der von der Bourgeoisie im Militär- und Kriegsdienst Verheizten, die Witwen, Waisen und Eltern.

Über die Höhe der Rente entscheidet das Ausmaß der gesundheitlichen Schädigung oder vielmehr der begutachtende Arzt, der die Höhe der Schädigung festzustellen hat. Und so zieht sich wie ein roter Faden durch das Leben der Kriegsversehrten der Kampf mit dem Gutachter, die Auseinandersetzung mit den Versorgungsämtern und schließlich der Gang zum Sozialgericht, nervenaufreibend und fast zum Wahnsinnigwerden bei dem Versuch, den kleinlich gehässigen Schikanen der Behörden zu entrinnen. Am Anfang der Rente steht die Begutachtung, sie steht in der Mitte, Jahr und Tag, und sie beschließt das Leben der Kriegsversehrten. Sie müssen sich mit gesetzlichen und mit Verwaltungsvorschriften herumschlagen und höchst komplizierte und spitzfindige Formulierungen durchschauen und beherrschen lernen, um wenigstens das herauszuholen, was ihnen nach dem Gesetz zusteht. Nach ihrem Tod gehen Witwen, Waisen und Eltern des Verstorbenen den gleichen Gang.

Die Grundrente von 674 DM (1979) erhält ein zu 100% Erwerbsunfähiger, dazu nach dem 65. Lebensjahr 26 DM, dazu 674 DM Ausgleichsrente. Die Ausgleichsrente aber vermindert sich dann, wenn der eigentlich Erwerbsunfähige doch noch arbeitet. Zur Berechnung dieser Verminderung gibt der Bundesarbeitsminister jährlich Lohnvergleichstabellen heraus, die angeblich nach dem Lohndurchschnitt aller Arbeiter, Angestellten oder Beamten bestimmter Berufe „errechnet“ worden sind. Zu dieser eigentlichen Rentenzahlung kommen: besondere Hilfen im Einzelfall, ergänzende Hilfen, Hilfen in besonderen Lebenslagen, Zulagen für „gesundheitlich außergewöhnlich Betroffene“, Pflegezulagen, Bestattungsgeld, Sterbegeld usw. Ein Gestrüpp, vergleichbar dem berüchtigten Netz der Sozialhilfe und mit ähnlichen Behördengängen und Formularkriegen verbunden.

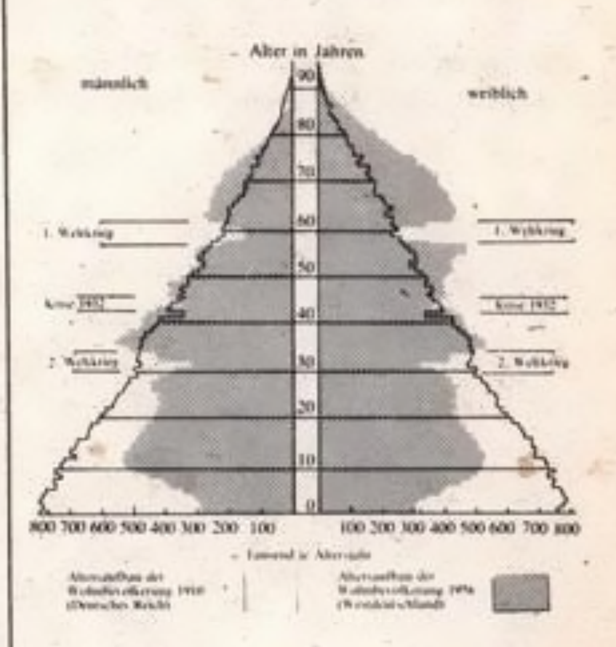
Die Witwe erhält als Grundrente 404 DM, wenn der Mann erwerbsunfähig (= 100%) war, und eine Ausgleichsrente von noch mal 404 DM, aber auch ihr Einkommen vermindert ihre Rente, das Gleiche bei den Waisen. So bieten sich die Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes geradezu an, von der sog. Transferkommission durchforstet zu werden und „Doppelzahlungen“, wie die beabsichtigten Kürzungen vornehm genannt werden, zu streichen.

Die jetzt vorgelegte Verwaltungsvorschrift ist ein Beispiel dafür, wie auf kaltem Wege und brutal die Einkünfte der Versehrten und ihrer Hinterbliebenen zusammengestrichen werden, z.B. über die Prozentwerte der Minderung der Erwerbsfähigkeit: bisher 30% bei „Schädelnarben mit Verlust von Knochenmasse ohne Funktionsstörung des Gehirns“, jetzt 30% erst bei „*erheblichem* Verlust von Knochenmasse“, also quasi erst, wenn das Gehirn freiliegt. Oder: bisher 50% bei „Verlust oder dem Verlust gleichzuachtende Verletzung beider Hoden“, jetzt ersatzlos gestrichen, denn wozu braucht der Mann schon Hoden, wenn er sonst gesund ist? Zum Arbeiten jedenfalls nicht, und nur das interessiert den Bourgeois. Oder: Streichung der Pflegezulage Stufe I für doppelt Unterschenkelamputierte. Oder: die Kalkulation mit dem Wegsterben des Versehrten, der erst nach 6-monatiger Krankheit eine weitere Minderung der Erwerbsfähigkeit beantragen darf. Stirbt er, so soll er so bewertet werden, als sei er eigentlich gesund geworden (zu § 30 Nr. 3) – was einer Rentenkürzung für die Hinterbliebenen gleichkommt. Unterderhand auch die „Gleichberechtigung von Mann und Frau“: Während bisher das laut Gesetz § 32 „hohe Alter“, das zum Bezug einer Ausgleichsrente berechtigte, bei Männern 62 Jahre und bei den Frauen 50 Jahre betrug, ist es jetzt für Mann und Frau das vollendete 60. Lebensjahr. Die Männer sterben ja eh früh weg, und die Frauen sollen nicht allzu lange „in den Genuß“ der Rente kommen. Auf der gleichen Linie liegt die Streichung eines Härteausgleichs für Witwen unter 45 Jahren mit einem Kind, die, um sich über Wasser halten zu können, arbeiten gehen müssen.

Weitere Gemeinheiten sind auf Grund des neuen Scheidungsrechts in die Verwaltungsvorschrift eingeflossen, nachdem der dazugehörige § 42 des Bundesversorgungsgesetzes im August 1978 entsprechend geändert worden war, anderes ist aus dem Gesetz und der Vorschrift ganz herausgenommen und als allgemeine Drohung für das gesamte Netz der sozialen Sicherheit ins erste Sozialgesetzbuch vom 25. Juli 1978 aufgenommen worden, so die „Folgen fehlender Mitwirkung“: Entzug von Rente, Krankengeld, Arbeitslosengeld usw. für den, der sich nicht dem Begutachterzwang unterwirft oder sich nicht berufsgefördert lohnsenken lassen will. (§§ 60-67 SGB)

Ob sich in der Verwaltungsvorschrift zum Bundesversorgungsgesetz bereits Erkenntnisse der Transferkommission niedergeschlagen haben, entzieht sich unserer Kenntnis. Dem Kaliber der Gemeinheiten nach zu urteilen, die da eingebaut sind, ist es aber so.

z.ror. **Der Altersaufbau 1976 ist dem von 1910 gegenübergestellt.** Die Einbrüche in der Pyramide: Kriege, Weltwirtschaftskrise, „Geburtenausfälle“, fürs Volk erzwungener Verzicht auf Kinder. Bei den 60-70jährigen gut zu erkennen der Ehrenbergsche „Rentnerberg“. Die Folge zweier imperialistischer Weltkriege. Die Sterbeziffern der 60-75jährigen belegen, daß die Bourgeoisie seit 20 Jahren daran ist, diesen „Rentnerberg“ zu beseitigen.



Die Tabellen zeigen die Sterbeziffern in Promille bezogen auf eine bestimmte Altersgruppe. Sie sind für die gesamte Bevölkerung der BRD angegeben. Zu bedenken ist, daß die Bourgeois länger leben als die Arbeiter. Der Unterschied bei Männern und Frauen ist der von 40 Jahren Knochenschinderei in der Produktion bei den Männern und im allgemeinen 15 Jahren bei den Frauen (bis sie Anspruch auf Rente haben). Die Sterbeziffer 1950 im Vergleich zu den nachfolgenden Jahren bei den 30-40jährigen Männern ist den unmittelbaren Kriegsfolgen des 2. Weltkriegs geschuldet. Die Sterbeziffer der 70-75jährigen im Jahre 1976 übertrifft weit die Sterbeziffer derselben Altersgruppe im Jahre 1950. Noch höher war die Sterbeziffer im Jahr 1970, unmittelbar nach der Krise 66/67. Insgesamt ist die Sterbeziffer seit 1965 auf hohem Niveau.

Sterbeziffer je 1000

Männer

Alter	1950	1965	1970	1975	1976
30-35	2,4	1,8	1,9	1,7	1,7
35-40	3,1	2,3	2,5	2,4	2,4
40-45	4,2	3,5	3,7	3,9	3,7
45-50	6,4	5,3	5,9	5,9	5,9
50-55	10,2	9,4	9,2	9,4	9,0
55-60	15,4	16,1	15,3	14,5	14,0
60-65	23,1	27,0	26,6	24,5	23,7
65-70	36,3	42,8	44,5	41,4	39,8
70-75	57,8	64,2	69,1	66,4	64,3
insg.	11,5	12,4	12,8	12,6	12,3
Frauen					
30-35	1,8	1,0	0,9	0,9	0,8
35-40	2,3	1,5	1,4	1,3	1,2
40-45	3,0	2,3	2,2	2,0	2,0
45-50	4,5	3,4	3,6	3,2	3,2
50-55	6,6	5,3	5,3	5,0	4,8
55-60	10,1	7,9	7,8	7,2	7,1
60-65	16,3	13,5	12,8	11,6	11,3
65-70	28,8	22,9	22,6	20,1	19,3
70-75	50,3	40,8	40,4	36,5	34,9
insg.	9,8	10,6	11,5	11,7	11,5

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD 1978

35-Stundenwoche und 20 Gulden! Niederländische Arbeiter im Tarifkampf

z.pel. Der niederländische Minister für Soziale Fragen, Almeda, hat den soeben abgeschlossenen Tarifvertrag für die 50000 Beschäftigten der Altersheime für untragbar erklärt und verkündet, die Regierung könne sich gezwungen sehen, einzugreifen. Man müsse vielleicht über die staatlichen Subventionen sprechen. Die bürgerliche Presse schreit ebenfalls Zeter und Mordio. Warum? Erstmals seit 1976 haben die Arbeiter im Tarifvertrag neben den Lohnerhöhungen gemäß der „gleitenden Lohnskala“ eine zusätzliche Lohnerhöhung von 2,2% erkämpft. Noch 1978 war es der niederländischen Finanzbourgeoisie sogar gelungen, mit dem „Bestek 81“ die „gleitende Lohnskala“ für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes außer Kraft zu setzen und die darin festgelegten Lohnerhöhungen halbjährlich um ein halbes Prozent zu kürzen.

668000 Beamte hatten trotz großer Demonstrationen die zusätzliche Reallohnsenkung zunächst hinnehmen müssen. Der jetzige Abschluß für die Altersheime betrifft nur 1,2% aller Erwerbstätigen. Seine Wirkung entfaltet er jedoch auf die gesamte Arbeiterklasse. Gegenwärtig finden Tarifvertragsverhandlungen für 150000 Beschäftigte bei Banken und Versicherungen, für die gesamte Metallindustrie, die Textil- und Bekleidungsindustrie, den größten Chemiekonzern AKZO sowie die Arbeiter des Stahlwerkes Hoogovens statt. 600000 Arbeiter und Angestellte, davon 450000 Industriearbeiter, ein Drittel der Industriearbeiterschaft, stehen somit im Tarifkampf. Der Abschluß für die Altersheime ermutigt sie, an ihren Forderungen nach der Einführung der 35-Stundenwoche und einer Lohnerhöhung von 20 Gulden für alle, neben dem Inflationsausgleich, festzuhalten.

Drei Jahre „gleitende Lohnskala“ haben die Arbeiter die Wirkung dieses reformistischen Betrugsmanövers schmerzhaft verspüren lassen. Statt des versprochenen Ausgleichs der Preissteigerungen sind Lohnsenkungen bis zu 2% jährlich herausgekommen. Die durchschnittlichen Löhne der Textilarbeiterinnen z.B. liegen heute mit 7,92 DM 40 Pfennig unter denen in Westdeutschland. Die niederländische Finanzbourgeoisie hat die Niederlagen der Arbeiterklasse genutzt, kräftig zu rationalisieren, Konzentration und Zentralisation des Kapitals voranzutreiben.

Die beiden Kapitalistenverbände haben jetzt jede Verhandlung über die 35-Stundenwoche abgelehnt. Bei Textil waren sie so dreist, von den Gewerkschaften die öffentliche Rücknahme der Forderung nach der 35-Stundenwoche zu verlangen, bevor weiterverhandelt werden könne. Die Gewerkschaftsführungen mußten auf Druck der Arbeiter in allen Bereichen die Verhandlungen für gescheitert erklären und „harte Aktionen“ ankündigen. In der Metallindustrie sind Schwerpunktstreiks beschlossen worden. Die Bedingungen für einen Sieg in diesem Kampf sind nicht schlecht. Ein hoher Prozentsatz der Arbeiter befindet sich gleichzeitig im Tarifkampf, die Forderungen sind einheitlich, 60% der beteiligten Industriearbeiter werden in Großbetrieben mit über 500 Beschäftigten ausgebeutet. Ein *einheitlicher* Streik wird die Kapitalisten treffen, der Exportanteil von 47% des Bruttosozialprodukts wird sie schneller verhandlungsbereit machen. Schon jetzt bieten einzelne Kapitalisten von sich aus Lohnerhöhungen *statt* der 35-Stundenwoche an. Während der Vorsitzende der protestantischen Gewerkschaft antwortete: „Dieses Jahr hat die Sicherung der Arbeitsplätze Vorrang vor Lohnerhöhungen“, hat die Mitgliederversammlung der Bankangestellten Amsterdams erklärt, am *gesamten* Forderungspaket müsse eisern festgehalten werden.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung: Nr. 12: 32000



Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730234

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n. – agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni, 41/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road GB-London, WC1X 8QF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Straußengasse 7, Tür 4 · 1040 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Verbreitungsgebiete und Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung – Bezugsadressen –

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/382168
Bezirksausgaben: Flensburg, Flensburg-Westküste (01) · Kiel, Holstein (02) · Hamburg, Hamburg-Unterelbe (03)

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455
Bezirksausgaben: Bremen, Bremen-Unterweser (04) · Oldenburg, Weser-Ems (05) · Münster, Münsterland-Emsland (06)

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099
Bezirksausgabe: Westberlin, Westberlin (07)

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045
Bezirksausgaben: Hannover, Hannover (08) · Braunschweig, Südostniedersachsen (09) · Bielefeld, Ostwestfalen (10)

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353
Bezirksausgaben: Dortmund, Dortmund/Westliches Westfalen (11) · Essen, Essen/Ruhr (12) · Duisburg, Duisburg/Niederrhein (13) · Düsseldorf, Düsseldorf/Rhein (14)

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0201/720876-77
Bezirksausgaben: Wuppertal, Wuppertal/Bergisches Land (15) · Köln, Köln/Rhein-Sieg (16) · Aachen, Aachen/Grenzland (17)

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42
Bezirksausgaben: Kassel, Kassel/Nordhessen (18) · Gießen, Gießen/Sieg-Lahn (19) · Frankfurt, Frankfurt/Südhessen (20) · Mainz, Mainz/Rheinhessen-Taunus (21)

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791
Bezirksausgaben: Koblenz, Koblenz/Mittelrhein (22) · Trier, Trier/Eifel-Hunsrück (23) · Saarbrücken, Saarbrücken/Saarland (24)

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279
Bezirksausgaben: Mannheim, Rhein-Neckar-Pfalz (25) · Heilbronn, Franken (26) · Karlsruhe, Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald (27)

Geschäftsstelle Nürnberg: Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095
Bezirksausgaben: Würzburg, Unterfranken (28) · Nürnberg, Mittelfranken (29) · Bayreuth, Oberfranken (30)

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0771/620582
Bezirksausgaben: Stuttgart, Mittlerer Neckar (31) · Freiburg, Südbaden (32) · Konstanz, Konstanz-Südschwarzwald (33) · Ulm, Ulm/Bodensee (34)

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481
Bezirksausgaben: Regensburg, Mittlere Donau (35) · Landshut, Niederbayern (36) · München, München-Oberbayern (37) · Augsburg, Schwaben (38)

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 erscheint einmal im Monat, Preis 2,40 DM · Zu beziehen sind die Spezialnachrichtendienste bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Anzeige

Wieder lieferbar:

Unterstützt den gerechten Krieg gegen das rhodesische Kolonialregime bis zum vollständigen Sieg! Spendet für die Druckausrüstung der ZANU!

Dokumentation der Kommunistischen Volkszeitung – Enthält Artikel aus „Zimbabwe News“, dem Organ der ZANU. 24 Seiten / Best.Nr. 0574 / 2,00 DM

Der Kampf des Volkes von Azania gegen die Kolonialherrschaft

Hrsg.: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland. Kühl Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf / 256 S. / Best.Nr. 0128 / 12,80 DM

Zu beziehen über
Buchvertrieb Hager – Vertrieb revolutionärer Literatur
Mainzer Landstr. 147 · 6000 Frankfurt und jedem Verkäufer der Kommunistischen Volkszeitung

Azania: Die Landfrage ist die Trennungslinie zwischen Freund und Feind

z.anb. Eli Weinberg, einer der Führer der südafrikanischen Revisionisten der SA„C"P wurde vor kurzem ein Opfer des „schwarzen Rassismus", er wurde von Jugendlichen in Soweto verprügelt. In den tagtäglichen Kämpfen der azanischen Volksmassen gegen die Kolonialtruppen des Siedlerregimes, gegen die Zwangsgesetze des Henkersknechts Botha, seine „Konsolidierung der Heimatländer", wie die Siedlermarionetten die Zwangsdeportation von einer weiteren Million afrikanischer Arbeiterbauern in Bantustans nennen, lassen sich die Revisionisten wohlweislich nicht blicken. Seit sie die blutige Unterdrückung der großen Aufstände von Soweto 1976 den Organisationen der afrikanischen Massen in die Schuhe geschoben und die „organisatorische und ideologische Schwäche" der Bewegung für den Mord an Tausenden schwarzer Jugendlicher verantwortlich gemacht haben, gehen sie dem Zorn der Massen aus dem Weg. Das hindert sie jedoch keineswegs, als Agenten der sozialimperialistischen Sowjetunion in der Spaltung und Desorientierung der Kräfte der nationalen Befreiungsorganisationen Azanias fortzufahren.

Gegründet als „Kommunistische Partei Südafrikas" haben zumeist aus der Labour Partei der britischen Kolonialmacht entsprungene Europäer seit 1921 hartnäckig daran gearbeitet, die Ziele des Kampfs um die nationale Befreiung Azanias zu verdunkeln und durch Übernahme der Macht in den Befreiungsbewegungen die Voraussetzungen für eine neokoloniale „Lösung" zu schaffen. Von Anfang an richteten diese Vertreter des „multinationalen Staates Südafrika, in dem Schwarze und Weiße friedlich miteinander leben" ihre Infiltrations- und Unterwerfungsstrategie gegen den ANC, die älteste Befreiungsorganisation Azanias. In direktem Kampf gegen den Versuch, den national-demokratischen und agrarrevolutionären Charakters des Befreiungskampfs in Azania zu leugnen, wurde sowohl 1959 der Pan Africanist Congress als auch 1975 der ANC/AN gegründet. In einem Aufruf des ANC/AN vom Mai 1978 wurden diese Verbrechen aufgedeckt und die Bildung einer breiten Einheitsfront der afrikanischen Massen und aller ihrer Organisationen propagiert: „Die Revisionisten vertreten, daß das Volk sich nicht befreien kann ohne den ‚Großen Bruder', die Sowjetunion. Diese Behauptung ist nicht erstaunlich, da sie, die SA„C"P, nichts anderes als ein Anhängsel der sowjetischen ‚Kommunistischen' Partei ist und nicht mehr in Azania existiert, sondern in London von einem UdSSR-Bürger namens Slovo geführt wird." (vgl. Kommunismus und Klassenkampf, 6/78, S.268)

Als Ziel des Kampfes der Volksmassen Azanias propagieren die Revisionisten der SACP fast ausschließlich die „Beseitigung des Apartheidsystems". Manchmal faseln sie wie der erwähnte Slovo von „Stimulierung des nationalen Selbstvertrauens (der Afrikaner), ihres Stolzes" und so fort. Tatsächlich ist dies vor allem ein Übergangebot an die Neo-Kolonialisten der Sowjetunion, ohne die sie selbst wiederum nichts werden können.

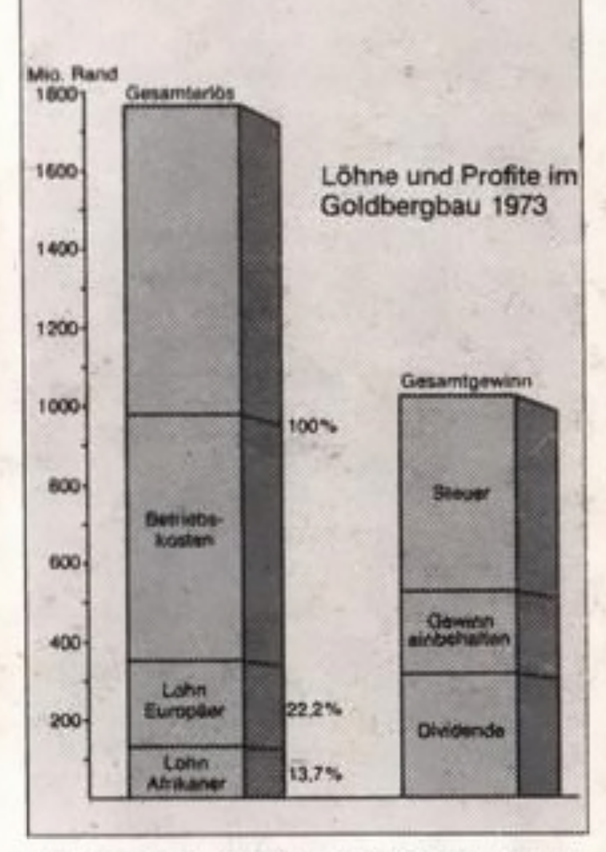
Daß der „besondere Reichtum" Azanias gerade in den Hunderttausenden landloser Bauern besteht, deren maßlose Ausbeutung über ein politisches System der allseitigen Unterdrückung organisiert wird, wird bei den Revisionisten zu einer „natürlichen" Eigenschaft des Landes. „Südafrika ist ein wirtschaftlich hochentwickeltes Land mit sehr großen natürlichen Reichtümern und einem vergleichsweise hohen Nationaleinkommen." (Neue Zeit, Januar 1979) Die Wurzel allen Übels liege allerdings darin, daß „der Reichtum, der von der schwarzen afrikanischen Arbeitskraft produziert wird, als Folge der Apartheidspolitik ungerecht verteilt wird."



Nichts anderes als die Beseitigung der „Apartheidspolitik" hat die SA„C"P auf die Tagesordnung der „nationalen Befreiung" gesetzt, die „Emanzipation" der Schwarzen, um das „friedliche Hinüberwachsen zum Sozialismus" in einem „unabhängigen" Staat Südafrika zu ermöglichen, einem „Staat des ganzen Volkes".

Im Februar verkündete die Botha-Regierung in Kapstadt die „Beseitigung gewisser, nicht mehr gerechtfertigter Maßnahmen der Diskriminierung gegen Schwarze". Teile der azanischen Arbeiter, die durch höheren Lohn aus den Extraprofiten der Bergbaumonopole von ihren Klassenbrüdern abgespalten werden sollen, erhalten die Aussicht auf Einbeziehung in die Arbeitslosenversicherung. Die über 3 Mio. „Wanderarbeiter", die aus den „Bantustans" in die Minen gepreßt werden, gelten als „Ausländer" und haben ohnehin keinerlei Anspruch auf das „Wohlfahrtssystem". Ihr Durchschnittslohn von 89,37 Rand (1 Rand: ca. 2,40 DM) liegt um 50 Rand unter der offiziellen Armutsgrenze. Die Mineralienausbeute ist in den letzten vier Jahren verdreifacht worden, 1978 betrug der Handelsbilanzüberschuß 1,5 Mrd. Rand. Bis April soll die Kohleförderung auf 1,2 Mio. t gesteigert werden, ein Maßstab für die Absicht, die Schweißauspressung nicht nur in den Kohlebergwerken mörderisch zu steigern, sondern auch in den durch hohen Energieeinsatz gekennzeichneten Gold- und Diamantenminen. Als „Lösung" für die „beschäftigungsfreie Zeit der Wanderarbeiter" bietet der Rassistenchef Botha den „arbeitsintensiven" Baumwollanbau an. Da die „Bantustans" ohnehin nicht für die industrielle Nutzung des Bodens geeignet seien, könnten sich die landlosen Bauern „gleich neben" den Zwangsreservaten auf den Farmen der weißen Siedler verdingen, wodurch tausende „Saisonarbeitsplätze" geschaffen würden und außerdem der „Landflucht" wirksame Maßnahmen entgegengesetzt würden.

Einerseits unter dem Joch des imperialistischen Kapitals als Produzenten der Monopolprofite der Bergbaukon-



zerne, andererseits als Bauern ohne Land dem Kommando der weißen Großgrundbesitzer unterworfen, ist für die azanischen Arbeiterbauern die revisionistische Parole „gegen Apartheid", die Wurzel allen Übels, Bestandteil der Herrschaft des Imperialismus. Ihre praktische Erfahrung drängt auf die Verwirklichung der Aufgaben der national-demokratischen Revolution, auf die Rückgewinnung ihres Grund und Bodens. „Das Land dem, der es bebaut", diese Losung ist die Trennungslinie zwischen Freund und Feind der azanischen Volksmassen.

Unter großen Anstrengungen haben die Organisationen des ANC/AN und des PAC ihre Bemühungen fortgesetzt, den Aufbau der nationalen Einheitsfront voranzubringen. Unter der Schirmherrschaft der OAU ist ein Komitee gegründet worden, das diese Bemühungen unterstützen soll. Entscheidendes Kettenglied für die Zerschlagung des Revisionismus, für die Organisierung der Massen, ihre Ausbildung für den bewaffneten Kampf ist der Aufbau eigener Ausbildungslager, wo die Jugend, die in immer größerem Umfang das Waffenhandwerk erlernen will, aus den Lagern der Revisionisten zu befreien, die, weil sie über finanzielle Mittel verfügen, diese Lager in Horte neokolonialer Unterwerfung zu mißbrauchen versuchen.

Scheinwahlen in Zimbabwe: „Bisher größte Militäraktion" der Kolonialisten

z.hef.London. Alle verfügbaren Reservisten unter den Siedlern zieht das Kolonialregime in Salisbury in diesen Tagen ein. Die „normale" Stärke der Smith-Truppen liegt bei 26000, einschließlich 15000 kurzzeitig aufgerufener Reservisten. Für den Zeitraum bis zum 24. April soll die Stärke 60000 Mann betragen. In der letzten Woche hat das Kolonialregime auch die 50 bis 60 Jahre alten Siedler dienstverpflichtet.

Die Imperialisten bieten alle Kräfte auf, die sie im Land haben, um die für den 20. April angekündigten Scheinwahlen aufzuführen. Zur Wahlvorbereitung schrieb die „Sunday Mail", Salisbury, am letzten Sonntag: „Unter Führung der Wahlleitung nehmen die Regierungsbehörden, die Streitkräfte und sogar die Hilfstruppen (d.h. die Privatarmeen Muzorewas und Sitholes, Red.) an der Aktion teil. Der Beamte erklärte: ‚Es ist die größte Publicity-Aktion, und, verwaltungsmäßig gesehen, die größte militärische Aktion, die wir je durchgeführt haben.' "

Drei Tage sollen die Wahlen dauern. Die Kolonialtruppen brauchen Zeit, um die Bauernmassen in den Gebieten, die noch vom Smith-Regime kontrolliert werden, zu den Wahllokalen zu zwingen.

Diejenigen Zimbabwer, die ihre Arbeitskraft als Landarbeiter, Fabrikarbeiter oder Hausdiener verkaufen müssen, sollen direkt von den Ausbeutern an den Urnen abgeliefert werden. In großformatigen Anzeigen in allen Zeitungen heißt es: „Alle weißen Rhodesier können einen unschätzbaren Beitrag leisten, wenn sie ihren schwarzen Beschäftigten helfen, den Wahlprozeß zu verstehen, die Furcht, die sie vielleicht haben, zu zerstreuen und wo immer möglich tatsächlich mit ihnen zur Wahl zu gehen".

Smith und seine Kumpane rechnen nicht damit, daß sich mehr als eine Handvoll Zimbabwer an dieser Wahl *freiwillig* beteiligt; an der „Wahl" zu einem Parlament, in dem die weißen Siedler eine Sperrminorität haben; auf Grundlage einer Verfassung, die den kolonialen Staatsapparat unangetastet läßt und ausdrücklich vorschreibt, daß alle bisherigen Gesetze – bis auf ein Landgesetz – mindestens weitere zehn Jahre in Kraft bleiben; zu einer Regierung, über die schon jetzt abgesprochen ist, daß Smith einer ihrer Minister sein wird. Das Volk von Zimbabwe wird nicht der weiteren kolonialen Unterdrückung Zimbabwes zustimmen.

Im August 1978 beschloß der US-Senat, die Sanktionen gegen Rhodesien würden dann aufgehoben, „wenn eine neue, frei gewählte Regierung eingerichtet worden ist." Die US-Imperialisten hoffen, mit der Scheinwahl die politische Isolierung ihres Regimes zu durchbrechen, und selbst wieder von der verdeckten zur offenen Ausplünderung Zimbabwes und zur offenen Nachschublieferung für den Krieg gegen das Volk von Zimbabwe übergehen zu können. Deshalb beschloß das Komitee für Außenbeziehungen des US-Senats am 14. März die Entsendung eines „Beobachterteams", das aus 50 bis 60 Politikern bestehen soll. Die britische Tory-Partei hat gleichfalls eine Delegation benannt, die eventuell noch zu einer Allparteiendelegation ausgeweitet wird.

Der Plan lautet: „Wahl", Bestätigung von deren „demokratischem" und „fairem" Ablauf durch Dutzende imperialistischer Politiker, Aufhebung der Wirtschaftssanktionen, Anerkennung des Smith-Regimes.

Die Sanktionen sind den Imperialisten von den Ländern der Dritten Welt in der UNO aufgezwungen worden. Die Länder der Dritten Welt fügten auch dem Wahlschwindel der Imperialisten einen schweren Schlag zu. Am 8. März nahm der UN-Sicherheitsrat gegen den Widerstand der USA, Großbritanniens und Frankreichs eine Resolution an, in der die „Wahlen" verurteilt, die Ergebnisse für null und nichtig erklärt, alle Mitgliedsstaaten der UNO aufgefordert werden zu verhindern, daß „Beobachter" – einschließlich der Journalisten und Parlamentsabgeordneten – nach Salisbury fahren.

Die Veranstaltung ist so schon jetzt international ins rechte Licht gerückt. Zimbabwes Volksmassen und ihre Befreiungsstreitkräfte werden die Scheinwahlen nicht hinnehmen und dafür sorgen, daß aus dem Propagandacoup nichts wird. Daran ändern auch die jetzt fast täglich geflogenen Bombenangriffe gegen Dörfer in den befreiten Gebieten und gegen Flüchtlingslager in Mosambik und Sambia, die mittlerweile das Hauptkriegsmittel der feigen Bande sind, nichts. Die Imperialisten basteln deshalb an einer Auffangstellung.

Von der UNO beaufsichtigte Wahlen haben die USA und Großbritannien am 16.3. vorgeschlagen. Sobald die *Vorbereitungen* dafür begonnen hätten, würden die Sanktionen aufgehoben. Allparteiengespräche sollen der Wahl vorangehen. Wenn es den Imperialisten mit den jetzigen Scheinwahlen nicht gelingt, den Kolonialcharakter ihres Regimes in Salisbury notdürftig zu verdecken, soll die Vorbereitung UN-beaufsichtigter Wahlen diesen Zweck erfüllen. Im Zuge dieser Vorbereitung soll eine UN-Friedenstruppe eingesetzt werden, zu der die Imperialisten mit Sicherheit Kontingente stellen.

Zu diesem Plan der Imperialisten gehören die unaufhörlichen Spaltungsanstrengungen gegen die Patriotische Front. Der britische Fernsehsender ITN brachte als letzten Coup eine Fernsehkonferenzschaltung per Satellit. Eingeladen wurden Vertreter der US-Imperialisten und der britischen Imperialisten (Young, Wilson, Steel u.a.), ihr Statthalter Smith und die Führer der Patriotischen Front. Wenige Tage vor der Sendung wurde Genosse Mugabe wieder ausgeladen – wegen „technischer Schwierigkeiten" der Satellitenübertragung aus Mosambik. Aus allen anderen Städten, z.B. Salisbury, Washington, New York, Lusaka gab es keine Probleme.

Lockungen und Drohungen der UdSSR und Vietnams gegen die ASEAN-Staaten

z.hku. Peking habe offensichtlich „offene und geheime, freiwillige und unfreiwillige Anhänger und Förderer", entfuhr es der „Prawda" wütend. Es ist eine schwere Niederlage für die Sozialimperialisten, daß gerade die fünf ASEAN-Staaten den Resolutionsentwurf in der UNO vorlegten, der den Abzug *aller* Truppen von fremdem Territorium in Südostasien fordert. Zielte doch die Aggression gegen das Demokratische Kampuchea darauf, über den Brückenkopf Vietnam die Vorherrschaft in dieser Region zu errichten! Hatten sie doch im vergangenen Herbst Pham Van Dong in diese Länder geschickt, der vor „asiatischem Regionalismus" warnte und für das „asiatische kollektive Sicherheitssystem" die Trommel rührte. Hatte doch der sowjetische Vizeaußenminister Firjubin den Philippinen großzügige Waffenlieferungen und Kredite angeboten, zurückzahlbar in Zucker und Kokosöl. Und hatten sie sich nicht überschlagen in der Hetze gegen die VR China und die Auslandschinesen, die in den ASEAN-Staaten leben?

Die Sozialimperialisten hofften, den Rücken für ihre Aggression gegen Kampuchea frei zu haben. Diese, sprachen sie ihre Erwartung aus, würde von den Nachbarstaaten „als positiver Faktor gewertet, die maoistische Wühltätigkeit unterbinden zu können" (Neue Zeit 5/79). Gemeint ist die Unterstützung des Befreiungskampfes in Thailand, Indonesien, Malaysia und den Philippinen, von den Sozialimperialisten als „Züchtung promaoistischer Extremistengruppen" bezeichnet. Sie tanzten nicht nach ihrer Pfeife. In der „Prawda" vom 12.3. hetzt die Marionette Ros Samay: „(die Unterstützung Kampucheas ist) ... letztlich die Vorbereitung Chinas auf neuen Lebensraum für die Ansiedlung seiner Auslandschinesen. Seit vielen Jahren werden in Burma, Thailand, Malaysia und anderen Staaten sog. „kleine Krisenherde" aufrechterhalten, unter verantwortlicher Mitarbeit des Geheimdienstes der VR China, mit dem Ziel der Destabilisierung der Lage. Dort verderben tausende und abertausende in den Händen der eigenen Landsleute." Dagegen bieten die Sozialimperialisten der nationalen Bourgeoisie dieser Länder ihren „Schutz" an.

Pham Van Dong und die sowjetischen Abgesandten haben in Manila und Kuala Lumpur feierlich erklärt, die Befreiungsbewegungen würden sie keinesfalls unterstützen. Als im November der Vizeministerpräsident der VR China Deng Thailand und Malaysia besuchte und seine Unterstützung der Politik der ASEAN zum Ausdruck brachte, funkte Radio Moskau dazwischen: „Dabei ist es doch bekannt, daß Peking die regierungsfeindlichen Aufrührer unterstützt. Das ist eine so allbekannte Tatsache, daß man den Pekinger Vertreter auf einer Pressekonferenz in Bangkok ziemlich beharrlich danach fragte. Deng wand sich wie ein Aal, so wird mitgeteilt." (11.11.78) Tatsächlich antwortete Deng: „Ich weiß, viele warten auf eine Antwort auf diese Frage. Ich hoffe, Sie verlangen nicht von mir, daß ich mich wie Pham Van Dong verhalte. Wenn China sich wie Pham Van Dong verhielte, dann hätte das katastrophale Folgen für den asiatisch-pazifischen Raum." (Peking Rundschau 46/78)

Die VR China unterstützt den Zusammenschluß der ASEAN-Staaten gegen Imperialismus und Hegemonismus. Es ist nur folgerichtig, daß sie den Befreiungskampf der Arbeiter und Bauern unterstützt, der das Ziel hat, die Bastionen des Imperialismus im Land restlos zu schleifen. Der bewaffnete Befreiungskampf unter Führung der kommunistischen Parteien ist das entscheidende Hindernis für die Expansionsgelüste der Sozialimperialisten. Deren Haß auf die "Aufrührer" ist bitter echt.





Pham Van Dong beim Staatsbesuch in Malaysia Oktober 1978: Kotau vor dem Denkmal zur Niederschlagung des Befreiungskampfes des malaiischen Volkes durch die britischen Kolonialisten. Deng Xiao-Ping lehnte ab, dies zu tun. – Rechts: Kämpfer der Patriotischen Thai-Befreiungsfront.

z.mas. **Am 18. März schlossen sich die Grüne Aktion (GAZ), die Gründe Liste Umweltschutz (GLU) und die Aktion Unabhängiger Deutscher (AUD) in Frankfurt auf einem Europawahlprogramm für die gemeinsame Kandidatur zusammen.** Auf die erste Stelle ihrer Liste haben sie Petra Kelly gehieft, Verwaltungsrätin im Sekretariat des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Gemeinschaft. Es folgen Herbert Gruhl, Bundestagsabgeordneter, ehemals CDU, und der „Avangardist neuer deutscher Kunst“, der Leiter seiner Kreativitätsschule und Künstler Beuys und andere „Persönlichkeiten“. Forderung ist, daß eine „dynamische Gleichgewichtswirtschaft“ errichtet werden soll. Es soll vor allem die maßlose „Überschätzung des Lebensstandards“ bei den Volksmassen bekämpft und so der „Wegwerfkonsum“ unterbunden werden. In der Sozialversicherung soll durch „gleiche Arbeits-, Renten- und Urlaubsregelung in ganz Europa“ gespart werden. „Prämien“ soll es für „Sparsamkeit im Energieverbrauch“ und Subventionen soll es für die Kapitalisten geben, die zu „Ausweichenergien“ greifen. Gefördert werden soll der Schienenverkehr, und durch einen „autofreien Sonntag“ sollen die Massen dem Notstand näher gebracht werden. Ein Schritt weiter also als Schmidts Vorschlag für einen fernsehfreien Abend. Entlang eines Vorschlags, den schon Egon Bahr für die SPD im Geheimen machen ließ, womit dieser die Expansion gen Osten unter dem Sternzeichen der Wiedervereinigung Deutschlands vorantreiben wollte, taucht auch im Programm der „Grünen“ der Vorschlag nach „waffenfreien Zonen in Ost- und Westeuropa“ auf. Um im Kampf gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben noch ein paar Stimmen einzufangen, hat die GLU ihre Propagandamühlen in Gang gesetzt. In Hildesheim rief sie zu einer Veranstaltung auf: „Was bedeutet Gorleben für uns und unsere Kinder?“ Die Antwort soll sein: „Am 10. Juni erteilen wir Helmut Schmidt und Dr. Albrecht eine Quittung... Wählt die Liste der vereinigten Grünen!“ Die Bauern führen in dieser Woche gestützt auf die eigenen Interessen eine Traktordemonstration nach Hannover durch, das ist ihre Antwort.

hat die GLU ihre Propagandamühlen in Gang gesetzt. In Hildesheim rief sie zu einer Veranstaltung auf: „Was bedeutet Gorleben für uns und unsere Kinder?“ Die Antwort soll sein: „Am 10. Juni erteilen wir Helmut Schmidt und Dr. Albrecht eine Quittung... Wählt die Liste der vereinigten Grünen!“ Die Bauern führen in dieser Woche gestützt auf die eigenen Interessen eine Traktordemonstration nach Hannover durch, das ist ihre Antwort.

z.ges. **Der KBW hat in Schleswig-Holstein mit 7124 Unterschriften die Kandidatur in allen 44 Wahlkreisen gesichert. Bei den Westberliner Wahlen hat er 1442 Listen-, 2218 Erststimmen und 1466 Stimmen für die Bezirksversammlungen erhalten. In Rheinland-Pfalz hat der KBW 2277 Stimmen bekommen.** Die DKP hat dort 2089 Stimmen verloren, die SEW in Westberlin 11382. Die Alternative Liste in Westberlin hat 47543 Stimmen erzielt. In Rheinland-Pfalz gab's nichts Entsprechendes. Dort hat die SPD ihren Stimmanteil um 3,8% auf 42,3% gesteigert, die FDP den ihren um 0,8% auf 6,4%. In Westberlin hat die SPD nichts gewonnen. Die FDP hat ihren Anteil mit 8,1% um 1% verbessert. Die CDU hat sich in Westberlin gehalten, in Rheinland-Pfalz hat sie bei 3,8% Verlust die absolute Mehrheit knapp verteidigt. Presse und Parteiführer preisen die 3,7% der AL als „beachtlichen Erfolg“. Beachtlich? Die Opportunisten haben ihr Ziel verfehlt, nun doch in Westberlin die 5%-Klausel zu überwinden. Aber sie verschaffen dem Sozialliberalen Lager Spielraum nach links. Den hat die Bourgeoisie insgesamt nötig. Beachtlich, es stimmt.

z.kug. **Die Bourgeoisie bereitet vielfältig die zwangsweise Einschränkung des Energieverbrauchs für die Volksmassen vor.** Dabei nutzt sie die Kämpfe gegen das Energieprogramm. Die Kämpfe sollen zersetzt, den Kapitalisten soll durch Energiekürzung für die Massen



mehr und billigere Energie zur Verfügung gestellt werden. Dafür propagiert das Handelsblatt die „Energie-Spar-Ansatzpunkte“ eines hannoveraner „Instituts für Energieeinsparung“. Sparen soll das Volk, ob beim Baden, Kochen oder Heizen. Zynisch heißt es: „... ausreichende Luftfeuchtigkeit läßt auch niedrigere Temperaturen noch als behaglich erscheinen.“ 16 Grad empfiehlt die Bundesregierung. Und zwar: „zentral gesteuert... durch Herabsetzen der Vorlauftemperatur“. Das o.g. Institut ergänzt: besonders wichtig sei die „regelmäßige Kontrolle“. Gemeint ist umfassende *staatliche* Kontrolle. Die wird vorbereitet. – Das Bild zeigt die Blockadeaktion der Bauern, mit der sie den Abzug von Bohr- und Polizeifahrzeugen für die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben vom Gelände ihrer Genossenschaft erzwangen.

z.ebk. **Das „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Personalausweise und zur Regelung der Meldepflicht in Beherbergungsstätten“ ist am 9.11.78 veröffentlicht worden.** Worum geht es bei diesem von der CDU/CSU eingebrachten Gesetz „zur Bekämpfung von Terrorismus und Gewaltkriminalität sowie zum Schutz des inneren Friedens“? Nach dem Paßgesetz kann zum Schutz der „inneren oder äußeren Sicherheit oder sonstiger erheblicher Belange der BRD“ oder zur Sicherung der Strafverfolgung die Erteilung oder Verlängerung eines Passes verweigert werden. „Das geltende Personalausweisrecht bietet im Gegensatz zum Paßrecht nicht die Möglichkeit, dem Inhaber eines gültigen Personalausweises aus Gründen der inneren Sicherheit die Ausreise aus dem Bundesgebiet zu verwehren“, hatte die CDU/CSU zur Begründung ihres Gesetzentwurfs geschrieben. Auf Rechtsanwalt Croissant ist das Gesetz zum ersten Mal angewandt worden: „Nachhaltige Aktivitäten zur Beschönigung und zur Rechtfertigung des Terrorismus in der BRD im Ausland“ gefährden die innere Sicherheit der BRD. Die Einschränkung der Freizügigkeit jedes Revolutionärs ist der Zweck des Gesetzes.

z.kec. **Asylsuchende, die einen „nicht schlüssigen, rechtsmißbräuchlichen oder sonst unbeachtlichen“ Asylantrag stellen, sollen in Zukunft bereits bei**

ten zur Beschönigung und zur Rechtfertigung des Terrorismus in der BRD im Ausland“ gefährden die innere Sicherheit der BRD. Die Einschränkung der Freizügigkeit jedes Revolutionärs ist der Zweck des Gesetzes.

z.kec. **Asylsuchende, die einen „nicht schlüssigen, rechtsmißbräuchlichen oder sonst unbeachtlichen“ Asylantrag stellen, sollen in Zukunft bereits bei der Einreise von den Grenzbeamten zurückgewiesen werden.** Das fordert der bayerische Innenminister. Er will



die Einreise von „Scheinasylanten“ verhindern, „um für echte Flüchtlinge mehr tun zu können“. Das Anerkennungs- und Abschiebeverfahren müsse „drastisch gekürzt“ werden. 1975 wurden 96,4% der Anträge von Asylsuchenden aus der Arabischen Welt, z.B. dem Iran, abgelehnt; 78,7% aus Osteuropa anerkannt. Die westdeutschen Imperialisten brauchen Asylanten, mit denen sie ihre Propaganda der Infiltration des sozialimperialistischen Machtbereichs und Expansion betreiben können. Bild: Kundgebung in Heiligenstadt (Oberfranken) im November 1978 gegen den Bau eines Abschiebungslagers.

z.zik. **„Im Ausstellungspark blühen die Handwerkszweige“, begrüßte die Süddeutsche Zeitung die 31. Internationale Handwerksmesse in München.** Das Handwerk? – Auf 72% der Ausstellungsfläche präsentierte sich die Investitionsgüterindustrie mit 52% der ausstellenden Firmen, während sich auf den restlichen 28% der Fläche das, was man Handwerk nennt, drängte. – Der Graf Lambsdorff hat die Messe eröffnet: „Doch... werde der strukturelle Wandel weiterhin Anpassungsprobleme auch für das Handwerk schaffen. Die Bundesregierung will diese Anpassungsprozesse finanziell unterstützen.“ (Handelsblatt 19.3.) Dieser Prozeß hat in den letzten 9 Jahren 20% der Handwerksbetriebe vernichtet, das soll weiter gefördert werden. Nach 5,3 Mrd. DM Mittelstandsförderung und 3,7 Mrd. Darlehen an das Handwerk 1978 verspricht Lambsdorff weitere „Förderung“ durch die Bundesregierung, Leimruten zur schnelleren Verschuldung und Förderung der Konzentration des Kapitals. Die Investitionsgüterkapitalisten sind auch mit dem Verlauf der Messe zufrieden. – Lambsdorff hetzt gegen die Arbeiterklasse: „Die uneingeschränkte Festschreibung der 40-Stundenwoche sowie die Verkürzung der insgesamt verfügbaren Arbeitszeit müßten zu wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen führen. Schließlich fordert die derzeitige Wirtschaftslage... ausreichende Freiräume für die Gestaltung der Arbeitszeit.“

z.svm. **In 4 Grundsatzurteilen hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) in den letzten Monaten gegen die Kämpfe der Arbeiterbewegung gegen die dauernden Lohnsenkungen eingegriffen.** In der jüngsten Entscheidung des BAG vom 23.2.1979 wird zwei Arbeitern, Mitgliedern der IG Bau-Steine-Erden, verboten, Aufkleber mit dem Emblem ihrer Gewerkschaft auf dem Schutzhelm zu tragen. Begründung: der Schutzhelm sei Eigentum des Kapitalisten. Das Koalitionsrecht gewähre nur „die für die Erhaltung der Sicherheit der Existenz der Gewerkschaften als unerläßlich“ zu betrachtende Gewerkschaftsbetätigung.

Im Januar bestätigte das BAG das Verbot des „wilden Streiks“. Fristlose Entlassungen des Zementkapitalisten Seibel aus Erwitte gegen Arbeiter, die gegen die Entlassung von 86 Kollegen gestreikt hatten, werden bestätigt. Das Ziel des Streiks sei nicht tariffähig, daher rechtswidrig. Neu ist, daß das BAG derartige Kündigungen als „Kampfkündigungen“ bezeichnet und das Anhörungsrecht des Betriebsrates für die Kündigung ausschließt. Bereits im Oktober 1978 war eine Entscheidung veröffentlicht worden zum Inhalt von Programmen zu Betriebsratswahlen. Die Äußerung, das Betriebsverfassungsgesetz sei ein „Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeiterklasse“, weil es den Betriebsrat auf vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Kapitalisten verpflichtet, gebe dem Kapitalisten das Recht zur fristlosen Kündigung, sagt das BAG. Der Ausbau des Zuchthauscharakters der kapitalistischen Fabrik durch das BAG soll die dauernden Lohnsenkungen absichern helfen. Stellungnahme des BAG: Lohnsenkung durch Anrechnung des neuen Tarifabschlusses auf die übertarifliche Zulage ist zulässig, selbst wenn der Kapitalist sich durch jahrelange gegenteilige Praxis gebunden hat.

z.sst. **Die Aachener IGM-Vertreterversammlung hat sich in einer Resolution gegen die im neuen „Abkommen über die Reise- und Aufwandsentschädigung“ im Zentralheizungs- und Lüftungsbau angelegte Lohnsenkung ausgesprochen.** Der zum 1.3.79 in Kraft getretene Vertrag sieht eine „Aufwandsentschädigung“ für die Fahrten zur Montagestelle vor unter der Vor-

Erfolgreicher Kampf der Postbeschäftigten gegen Personalfestschreibung

r.kob.Münster. Die Verfügung des Bundespostministerium (BPM) zur Personalbegrenzung ist vom Tisch! Staatssekretär Elias vom BPM kündigte auf der Hauptpersonalratssitzung am 21.3. die Zurücknahme seiner Verfügung vom 19.2. an: Das ist das Ergebnis des jetzt bereits Wochen andauernden Kampfes der Postbeschäftigten:

19.2. Die vom BPM einseitig mit dem Finanzminister geplante und von den Oberpostdirektionen auszuführende Personaleinsparung und -festschreibung auf 450000 Arbeitskräfte wird bekannt.

28.2. Der Bezirksvorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), Nieländer in einem Schreiben an die Bundestagsabgeordneten im Bezirk Münster: „Wir sind über die Entscheidung des BPM empört und protestieren im Namen von 20800 Mitgliedern unseres Bezirks auf das Schärfste.“

1.3. Auszubildende aus Münster und Rheine fahren mit mehreren Bussen zur zentralen DPG-Kundgebung und Demonstration nach Bonn und fordern auf ihren Transparenten u.a.: „Für Weiterbeschäftigung im erlernten Beruf – auch bei der Post!“

5.3. Pressekonferenz des DPG-Bezirksvorsitzenden. Die örtliche Presse berichtet anderentags breit über die Forderungen der Postbeschäftigten.

6.3. Die Amtsgruppe Fernmeldeamt Münster der DPG schickt ein Telegramm an die Bundestagsfraktionen von SPD, FDP und CDU/CSU, in dem die Forderungen nochmals bekräftigt werden. Auch die Amtsjugendausschüsse Münster und Rheine senden am selben Tage entsprechende Telegrammme an die SPD-Fraktion.

7.3. In einer Resolution weisen die Amtsjugendausschüsse darauf hin, daß die Oberpostdirektion (OPD) Münster bereits am 30.1. der Übernahme aller Lehrlinge entsprechend ihrer Ausbildung zugestimmt hatte und fordern die Einlösung der Zusage.

17.3. Die DPG-Jugend führt in der Innenstadt von Münster einen Stand durch und unterrichtet die Bevölkerung über die Situation der Lehrlinge und die Auswirkungen des Personalstopps.

21.3. Ein für diesen Tag geplanter Protestmarsch der DPG vom Fernmeldeamt zur Oberpostdirektion wird abgesagt, weil die OPD inzwischen die Übernahme aller Auszubildenden zugesagt hat.

Die Verfügung hätte zur Folge gehabt, daß die Überstundenarbeit bei der Post, die bereits letztes Jahr infolge des jahrelangen Einstellungsstopps gewaltige Ausmaße angenommen hatte, noch weiter ausgedehnt worden wäre.

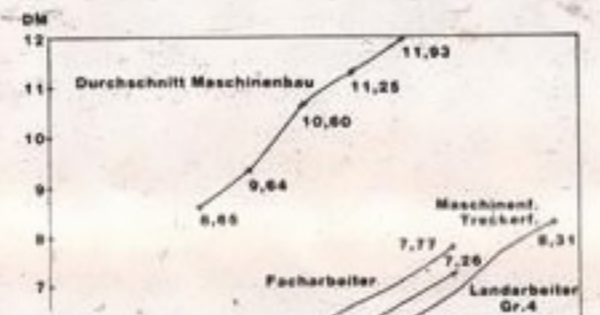
Beispielsweise sind allein im OPD-Bezirk Münster 1978 100000 Überstunden im Fernmeldewesen und 500000 Überstunden im Postwesen geleistet worden. Davon sind bis heute erst 310000 abgegolten. Außerdem konnte im vergangenen Jahr nur 60 Prozent des Urlaubs abgewickelt werden. Auf der anderen Seite sind im selben Bezirk etwa 800 Arbeitsplätze unbesetzt, u.a. 335 bei den Fernmeldehandwerkern, 140 bei den Fernmeldeingenieuren und 200 bei der Auskunft.

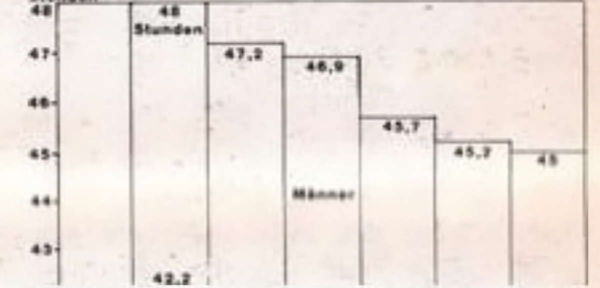
Aus immer weniger Beschäftigten immer mehr Profit herauszupressen – im letzten Jahr allein 2,5 Milliarden –, mit diesem Auftrag ist Gscheidle Postminister geworden und hat ihn mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung, aus der er selber kommt, auch weitgehend erfüllen können. Dem ist jetzt zunächst ein Riegel vorgeschoben. Im Kampf um die Einhaltung der 40-Stundenwoche durch den Dienstherrn sind die Postler ein gutes Stück vorangekommen.

Daß er mit diesem Erfolg noch nicht gewonnen ist, bekommen die Kollegen in den Vermittlungsstellen jetzt zu spüren. Dort waren einige Ämter versuchsweise mit dem neuen Elektronischen Wählsystem (EWS) ausgerüstet worden, womit Gscheidle auf Dauer 50 % des Personals einsparen wollte. Das EWS-System wurde jetzt überraschend auf Eis gelegt, weil Siemens technische Schwierigkeiten mit der Entwicklung hat und inzwischen bereits mit der digitalen Vermittlungstechnik experimentiert. Jetzt sollen vorerst die alten Hebdrehwähler wieder aus dem Keller geholt werden. Weitere Überstundenklopperei ist die Folge. Die Kollegen in den Vermittlungsstellen haben dem Dienstherrn bereits zu verstehen gegeben, daß sie das nicht hinnehmen werden.

Lohntarif für Land- und Forstwirtschaft vereinbart

r.dim. Die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Nordmark hat am 22.3. mit dem Kapitalistenverband der Land- und Forstwirtschaft e.V. einen neuen Tarifvertrag für 9000 Landarbeiter in Schleswig-Holstein und Hamburg abgeschlossen. Herausgekommen ist da-





Lohntarif für Land- und Forstwirtschaft vereinbart

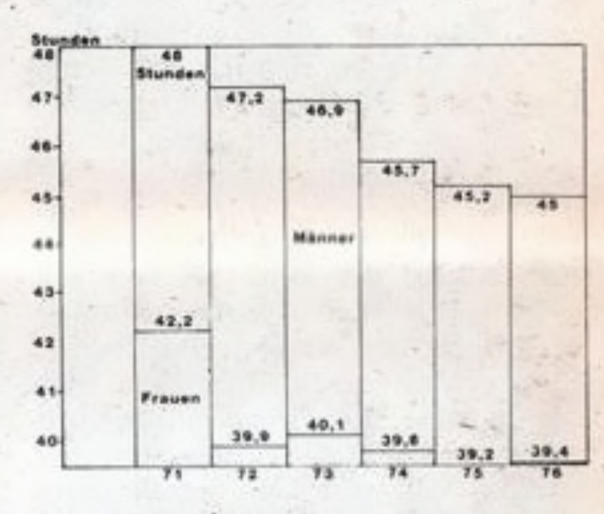
r.dim. Die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Nordmark hat am 22.3. mit dem Kapitalistenverband der Land- und Forstwirtschaft e.V. einen neuen Tarifvertrag für 9000 Landarbeiter in Schleswig-Holstein und Hamburg abgeschlossen. Herausgekommen ist dabei: Anhebung des Ecklohns um 0,55 DM auf 8,31 DM pro Stunde (ca. 7,1%), 42 Stunden gegenüber 43 Stunden pro Woche, 20 Werktage Urlaub gegenüber 19.

Im Monat April würde ein Landarbeiter bei 42 Stunden/Woche 1466,72 DM ausgezahlt bekommen. Nach einer „Landarbeiter-Strukturanalyse“ der Abteilung Landarbeit in der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein aus dem Jahre 78 werden 63,2% der Landarbeiter nach Tarif bezahlt, der Rest soll, zwischen 0,50 bis 0,70 DM mehr pro Stunde bekommen. Das wären bei 0,50 DM auf 42 Stunden pro Woche gerechnet 88,25 DM mehr im Monat, also 1554,97 DM.

Aus dem Schaubild ist ersichtlich, daß die Spaltung zwischen den einzelnen Lohngruppen, spätestens ab 75, größer wird. Verstärkt wird sie noch dadurch, daß 5% der Landarbeiter Naturalentlohnung bekommen, 13% Wochenlohn und 30% Monatslohn mit einem Anteil an Kost und Logis. Die Vorarbeiter und Verwalter beziehen durchweg Monatslohn. Im Durchschnitt verdient dagegen ein Maschinenbauarbeiter im Jahre 76 11,93 DM; der Unterschied zum höchsten Lohn der Landarbeiter beträgt 4,80 DM.

DM · Durchschnitt Maschinenbau 11,93 · 11,25 · 10,60 · 9,64 · 8,65 · Maschinenf. Treckerf. 8,31 · 7,77 · 7,26 · Facharbeiter · Landarbeiter Gr.4 · 6,17 · Hilfsarbeiter für schwere Arbeiten Gr.3 · 3,97 · 3,76 · 3,61 · 3,19 · 1970 71 72 73 74 75 76 77 78 79

Landarbeiterlöhne Schleswig-Holstein
Arbeiter über 21 Jahre, ab 1974 über 18 Jahre
Stundenlöhne



Die christ- und sozialdemokratische GGLF-Führung betreibt die Spaltung der Löhne, zumindest im Gartenbau so, daß sie den Festbetrag auf den Ecklohn berechnet, d.h., die unteren Lohngruppen kommen dadurch auf 55 bis 100% vom Festbetrag, die wenigen höheren kommen auf über 100%. Durch die niedrigen Löhne haben es die Agrarkapitalisten leichter, viele Überstunden von den Landarbeitern zu erzwingen, das statistische Jahrbuch gibt 45 Stunden in der Woche an. Tatsächlich ist es aber so, daß die Arbeitszeit z.B. in vielen Ackerbaubetrieben bis auf 14 Stunden täglich ausgedehnt wird, zudem fallen noch viele Nachtstunden an. Die Urlaubsbestimmungen werden nicht eingehalten, die meisten Landarbeiter müssen ihren gesamten Urlaub im Winter nehmen, obwohl nach den Manteltarifen der Urlaub zu gleichen Teilen auf Sommer und Winter aufgeteilt ist. Die Anzahl der Urlaubstage, im Jahre 78 19 Werktage, sind sowieso ein Hohn.

Die Landarbeiter und die übrigen Arbeiter im Bereich der GGLF sind sehr zersplittert, zudem noch wenig organisiert, im Bereich der Landwirtschaft arbeiten überall wenige bei den Gutsbesitzern und Agrarkapitalisten. Im Bereich Gartenbau ist die Lage ähnlich, dort gibt es nur einige größere Betriebe bis zu 200 Beschäftigten. Die GGLF selber schließt diverse Lohn- und Manteltarife ab.

Die Arbeiter im Bereich der GGLF müssen gemeinsam ihre Ziele unter einem oder sehr wenigen Lohn- und Manteltarifen durchsetzen. Die GGLF hat die 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich gefordert. Das erleichtert den Zusammenschluß, wenn zugleich die Forderung nach Verbot der Überstundenarbeit, der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit erhoben wird. Die Festbeträge müssen für alle gleich sein und so hoch, daß eine Angleichung an die Industrielöhne gelingt.

Textilarbeitersteik für Lohn und Schutzrechte

Lohntarif, kürzere Arbeitszeit, Staubschutz / Die GTB muß den Streik übernehmen!

r.heu.Bad Zwischenahn. Seit Mittwoch letzter Woche stehen die 70 türkischen Arbeiter von insgesamt 140 Beschäftigten der Steichgarnspinnerei Ripken im Streik für einen Lohntarifvertrag, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit und Installierung von Staubschutzanlagen.

20 bis 30 Meter lang ist die Maschine, die von einem Arbeiter bedient werden muß. Es wird aus Kunstfasern und Baumwolle Garn für die Herstellung von Gardinen gesponnen. Drei Stunden auf und ab an der Maschine, den Lauf beobachten, Fäden verknoten, Messer austauschen, Staub wegblasen, ölen. Dann müssen die Spulen gewechselt werden, 70 bis 100 Stück zu je ½ bis 1 kg. Und das im Höchsttempo.

Denn zwölf Stunden täglich im Betrieb ist für Ripken das Normale für ausländische Arbeiter. In listiger Spaltungsabsicht gibt er sich bei deutschen Arbeitern mit neun Stunden zufrieden und hat so immer noch eine herausgeschunden. Mindestens zehn Stunden muß die Maschine in einer Schicht laufen. Zeigt der Betriebsstundenzähler weniger an, schlägt der Meister Krach. Das Mindeste für einen Spulenwechsel ist eine halbe Stunde, sagen die Arbeiter. Aber, von zwölf Stunden eine für die Pausen abgezogen, bleibt für mindestens drei Spulenwechsel pro Wechsel nur noch 20 Minuten.

Ripken zahlt Zeitlohn, und zwar für die gleiche Arbeit türkischen Männern 8,36 DM, deutschen Männern 10,70 DM, deutschen Frauen zwischen 9,16 DM und 9,80 DM, türkischen Frauen 8,06 DM. Tiefe Spaltungslinien hat er so unter die Arbeiter getrieben. Bei etwa 90 ausländischen Arbeitern bringt ihm das glatte 210,60 DM pro Stunde und mehr, weil es den Lohn aller Arbeiter drückt.

Zu der Hetze kommen Hitze, Zugluft und – Staub. Vor dem Verzwirnen werden einige der Fäden mit Messern geschnitten, um einen lockeren Faden zu erhalten. Der dabei entstehende feine Kunststoffaserstaub hüllt wie Nebel die ganze Halle ein. Die Arbeiter tragen zum Teil Atemmasken, die das Atmen noch erschweren. Die Absauggebläse sind vor sechs Monaten aus den Maschinen ausgebaut worden: ,,Dann gibt es besseres Garn.“ – ,,Den Lohn für die zwei bis drei Arbeiter, die Samstag einen ganzen Tag lang die Staubkammer leeren mußten, will er sparen“, sagen die Arbeiter. Jetzt wird der Staub mit Preßluft von den Maschinen weg- und in die Halle hineingeblasen.

Bereits zweimal mußte Ripken per Produktionsstop zur Anerkennung minimalster Rechte gezwungen werden. Im Dezember 1978 war ihm die kostenlose Zuteilung von Milch zu teuer. Zwei Stunden standen die Maschinen, dann mußte Ripken zusagen. Im Januar 1979 wollte der Betriebsleiter Thye einen Arbeiter, der nach acht Stunden Arbeit gehen wollte, um zur Bank gehen und einkaufen zu können, zwingen, dafür am Samstag zu arbeiten. Als dieser sich weigerte, wurde er fristlos entlassen. Der einheitliche Streik der türkischen Arbeiter erzwang die Rücknahme der Kündigung.

Bei der Betriebsversammlung am 21.3. wollten die Arbeiter Ergebnisse aus den Lohntarifverhandlungen sehen. Thye sinngemäß: ,,Es gibt noch Probleme. Die Verhandlungen können erst am 15. Mai weitergehen, weil ich auf Geschäftsreise gehe.“ Sofortige Weiterführung und Abschluß wurde gefordert, sonst würde nicht mehr gearbeitet. Als auch die beiden Sekretäre Eichenauer und Linnemann von der Gewerkschaft Textil-Bekleidung keine Zusagen machten und ebenso wie die Betriebsführung die Versammlung verließen, war der Streik beschlossen. Bis Freitag mittag wurde der Betrieb besetzt gehalten von beiden Schichten. Dann kündigte Ripken 70 türkischen Arbeitern fristlos.

Die GTB hat sich bisher zu dem Streik noch nicht offiziell verhalten. Die Front der Arbeiter steht. Am Samstag verteilten sie ein türkisch-deutsches Flugblatt. Sie erwarten und benötigen die Anerkennung des Streiks durch die GTB und Unterstützung in Form von Erklärungen – an sie und die GTB – und Geldspenden.

Solidaritätskomitee der Ripken-Arbeiter, Gastst. ,,Lokanta“, Humboldtstr. 12, 2903 Bad Zwischenahn. Landessparkasse zu Oloenburg, Bad Zwischenahn, 041 – 100264!

z.ulg.Rom. Die Inflationszuschläge nach der ,,gleitenden Lohnskala“ sind in Italien Ende 1945 durch Vertrag zwischen der Einheitsgewerkschaft CGIL und den Kapitalistenverbänden einge-

Italien: ,,Gleitende Lohnskala“, Lohnsenkung ,,automatisch“

Erfolge der Arbeiter gegen die Abspaltung der unteren Lohngruppen / Lohnsteuerausplünderung

werts Anfang 1977 sinken die Konten Lohnsenkung unweigerlich die Folge pe bekannt war, mußte die Verteilung

Italien: ,,Gleitende Lohnskala“, Lohnsenkung ,,automatisch“

Erfolge der Arbeiter gegen die Abspaltung der unteren Lohngruppen / Lohnsteuerausplünderung

z.ulg.Rom. Die Inflationszuschläge nach der ,,gleitenden Lohnskala“ sind in Italien Ende 1945 durch Vertrag zwischen der Einheitsgewerkschaft CGIL und den Kapitalistenverbänden eingeführt worden. Erklärte Absicht war, durch eine ,,automatische Anpassung der Löhne an die Preissteigerungen“ den ,,Arbeitsfrieden“ für den imperialistischen Wiederaufbau zu sichern. Bis heute gelten für fast alle Tarifverträge dreijährige Laufzeiten.

Der zugrundeliegende Preisindex wird nach einem seit 1951 fast unveränderten ,,Warenkorb“ vom Statistischen Amt erhoben. 1977 wurden auf Anordnung des IWF aus dem Warenkorb u.a. die Nahverkehrstarife entfernt, um sie ohne Rücksicht auf die Lohnskala verdoppeln zu können. Viermal jährlich wird festgestellt, um wieviel Punkte der Index im letzten Vierteljahr gestiegen ist. Die mit einem festen ,,Punktwert“ multiplizierte gerundete Zahl der Indexpunkte ergibt den zusätzlichen Inflationszuschlag.

Bis Fnde 1974 galten für die verschiedenen Lohngruppen unterschiedliche Punktwerte. Dann setzten die Gewerkschaften in einem Abkommen mit den Kapitalistenverbänden durch, daß die Punktwerte bis Anfang 1977 schrittweise vereinheitlicht wurden. Seit Februar 1977 beträgt der Punktwert für alle Lohngruppen 2389 Lire. Seitdem wirken die Inflationszuschläge also wie Festgelderhöhungen.

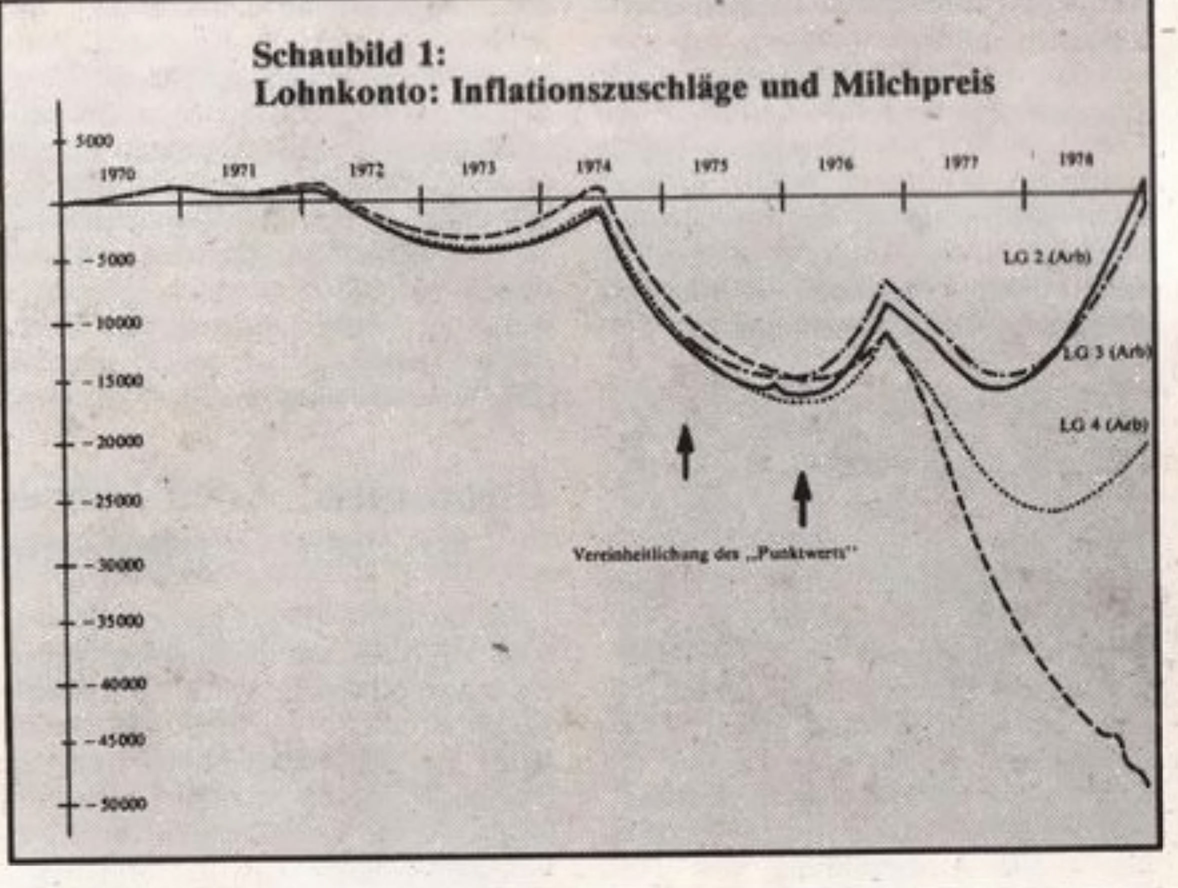
Unter der Voraussetzung eines gleichbleibenden Anteils einer Ware, Milch, an den Gesamtausgaben haben wir für verschiedene Lohngruppen berechnet, wie weit die seit 1970 eingetretenen Preissteigerungen für 1 l Milch/Tag durch die entsprechenden Anteile vom Inflationszuschlag gedeckt werden können. Das Ergebnis ist in *Schaubild 1* dargestellt. Mit dem Einsetzen heftiger Inflation sinken seit 1974 alle Konten rasch ins Minus. Nach der Vereinheitlichung des Punktwerts Anfang 1977 sinken die Konten für die höheren Lohngruppen weiter, während sie für die Arbeitslohngruppen 2 und 3 steigen und zum Jahresende 1978 wieder in die Nähe von 0 kommen.

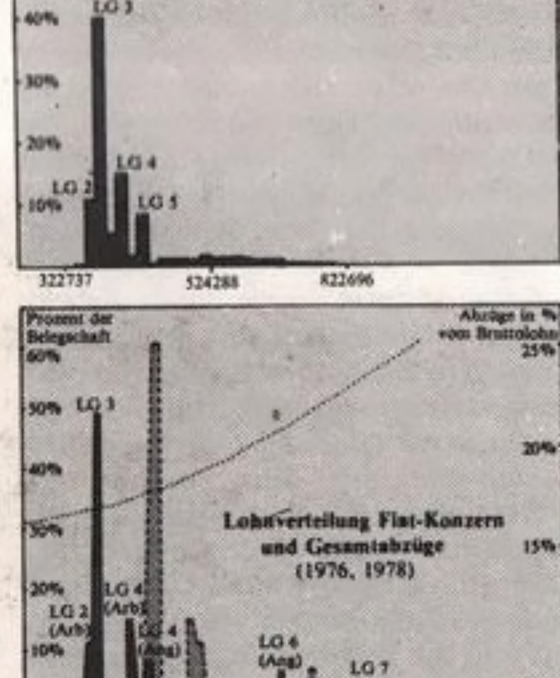
Wir haben die Rechnung für die Tariflöhne der Metallindustrie durchführen müssen, da für die Effektivlöhne der verschiedenen Lohngruppen keine Zahlenreihen vorliegen. Der Effektivlohn liegt für die Ecklohngruppe 3 (tariflich 390000 Lire, 875 DM) jetzt bei 490000 Lire (1100 DM), etwas über dem Tariflohn der Angestelltenlohngruppe 5. Auf die Effektivlöhne gerechnet, würden also auch die Lohnkonten der wichtigsten Arbeitslohngruppen weit im Minus enden. Hätten sich die italienischen Arbeiter auf den ,,automatischen Inflationsausgleich“ verlassen, wäre dauernde kräftige Lohnsenkung unweigerlich die Folge gewesen.

Schaubild 1 zeigt weiter, daß, seitdem die Arbeiter den einheitlichen Punktwert durchgesetzt haben, die Lohnskala eine von den Profiteuren um ,,Arbeitsfrieden“ ganz unbeabsichtigte Wirkung hat: die Lohnverteilung wird von unten her zusammengeschoben. Die Ergebnisse der Kämpfe für Festgeldtariferhöhungen und gegen die unteren Lohngruppen sind damit noch verstärkt worden. Das zeigt *Schaubild 2*, auf dem die Verteilung der Tariflöhne einschließlich der Alterszuschläge für die gesamte italienische Metall- und Stahlindustrie abgetragen ist.

In *Schaubild 3* ist dunkel gerastert die Effektivlohnverteilung im Fiat-Konzern für 1976 dargestellt. Da nur der Durchschnittslohn pro Lohngruppe bekannt war, mußte die Verteilung der vor allem für die Angestellten beträchtlichen Alterszuschläge unberücksichtigt bleiben. Im oberen Teil der Lohnverteilung erscheinen die Löhne daher – falsch – an einzelnen Punkten zusammengeballt. Zu dieser Lohnverteilung haben wir die Inflationszuschläge für 1977 und 1978 addiert. Es ergibt sich die gestrichelt gezeichnete Verteilung: Über 60% der Belegschaft fallen jetzt in eine einzige Lohnklasse.

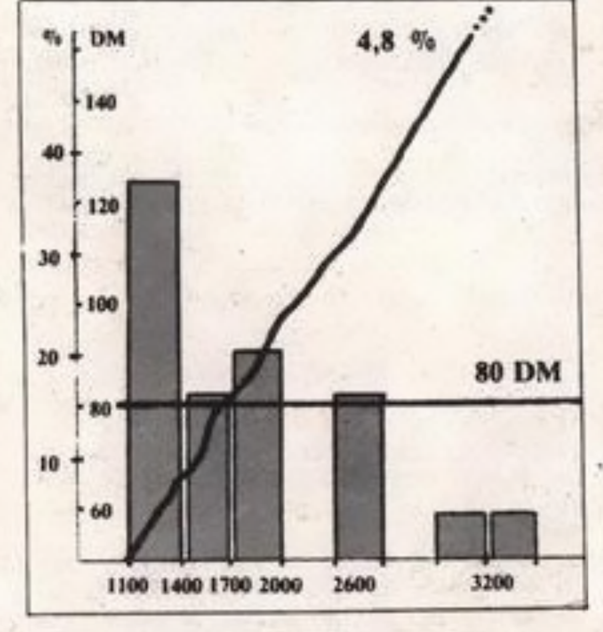
Die ebenfalls eingezeichnete Kurve der Gesamtabzüge für Steuer und Sozialversicherung zeigt, wie die Lohnsteuerplünderung mit der Inflation zunimmt. Von den Inflationszuschlägen der Ecklohngruppe für 1977 und 1978 sind über 20% weggesteuert worden. Der nächste der mit Pfeilen gekennzeichneten Progressionssprünge steht der Masse der Arbeiter mit dem bevorstehenden Tarifabschluß ins Haus.





aussetzung, daß die Fahrzeiten außerhalb der regulären Arbeitszeit liegen, kurz der Arbeiter Überstunden macht. ,,In der Zone 7 wird die Fahrzeit aus Arbeitszeit, jedoch nicht mehr als 10 Stunden täglich, ohne Zuschlag vergütet“ – in Punkt 5 legt der Vertrag die Aneignung von Überarbeit durch die Zentralheizungs- und Lüftungskapitalisten vor, ohne den übermäßigen Verschleiß der Arbeitskraft auch nur zu bezahlen. Die ,,Aufwandsentschädigung“ geht nach Zonen gestaffelt von 5,05 DM pro Tag in Zone 1 bis 42,00 DM in Zone 7. Mit Neueinführung der Zone 7 haben die Kapitalisten gleichzeitig den Betrag für die Zone 6 (früher alle Strecken über 50 km, jetzt 50-85 km) von 39,90 auf 34 DM gesenkt. Bei 23 Arbeitern in dem Bereich dieser Zone kommt ein Montagearbeiter auf eine Lohnsenkung von 135,70 DM. Dieser Abzug ist ungefähr doppelt so hoch wie die ab 1.3. in Kraft getretene 4,4% Lohnerhöhung von 70,23 DM in LG 1 und eineinhalb Mal so hoch wie die Erhöhung von 82,66 DM berechnet auf den Ecklohn (LG 3). In einigen Betrieben haben die Arbeiter dagegen durchgesetzt, daß die Lohnsenkung durch Betriebsvereinbarung aufgehoben wurde.

z.jop. **Am 14. März hat die ÖTV mit 4,8%, mindestens 80 DM für das Transportgewerbe in Bayern abgeschlossen.** Das Schaubild zeigt die bisherige Lohnverteilung bei der Spedition Lassen in Hof/Saale (Bruttolohnverteilung) sowie die Auswirkung der Erhöhung in Prozent und Festgeld. 54,1% der Beschäftigten, das sind die Lager- und Transportarbeiter sowie die Mehrheit der einfachen Sachbearbeiter im Büro, liegen mit Löhnen bis 1700 DM und bekommen bis 80 DM besser. Die Arbeiter kommen auf einen Grundlohn von 1306 DM, er wird bei Lohnerhöhung zugrundegelegt. Durch ein System von Zulagen sollen sie gespalten werden. Der Lagerarbeiter kommt auf den gleichen Bruttolohn, er schwankt zwischen 1380 und 1700



DM, der Meister bekommt 1902 DM. Selbst mit den Zulagen liegen sie bei 4,8% unter den 80 DM, ohne Zulagen bei 62,68 DM brutto. Die Durchsetzung dieses Abschlusses verbessert die Bedingungen, die Einheit herzustellen im Kampf gegen Überstunden und Verschärfung der Arbeitshetze.

z.ulh. **Klose ist für die westdeutsche Bourgeoisie nach Mexiko gefahren und hat versucht, von der Pleite abzustauben, die die mexikanischen Volksmassen Jimmy Carter bereitet hatten.** Die BRD-Imperialisten setzen darauf, aus Mexikos Bestrebungen, sich von den US-Imperialisten unabhängig zu machen, Kapital schlagen zu können. Im April kommt der Generaldirektor der mexikanischen Ölgesellschaft PEMEX nach Hamburg, um Gespräche mit den Mineralölkonzernen über Öllieferungen aufzunehmen. Er kündigte an, daß Mexiko zu höheren Preisen als die Nahost-Staaten liefern würde. Als weitere Abmachungen wurden der Bau eines Segelschulschiffes für die Ausbildung der mexikanischen Marinesoldaten bei Blohm & Voss getroffen, sowie die Anlage einer Sammelstelle für sämtliche mexikanischen Kaffeeexporte nach Europa im Hamburger Freihafen.

Streikkette für Lohnzuschläge

z.coi.Stockholm. Am Donnerstag, den 15.3. legten die ca. 2100 Arbeiter der Metallwerke Bulton-Kantal in Halstarhammar für zwei Tage die Arbeit nieder mit der Forderung nach 1,50 SKr. pro Stunde zusätzlich (1 SKr. = 0,43 DM). Das war die Antwort der Belegschaft auf das Angebot der Geschäftsleitung, 26 Öre über die im Herbst zentral zwischen dem Gewerkschaftsverband LO und dem Kapitalistenverband ausgehandelten 1,73 SKr. zu zahlen. Am Freitag darauf traten 6000 Arbeiter der der staatlichen ,,Svenska Varv“ gehörenden Werften ,,Göta“, ,,City“ und ,,Arendal“ in Göteborg in einen vierstündigen Warnstreik für 1,47 SKr. zusätzlich. Der Kapitalistenverband hat seine Mitglieder angewiesen, keinen Öre über das zentrale Abkommen hinaus zu zahlen und die streikenden Arbeiter wegen ,,illegalen Streiks“ auf Schadensersatz zu verklagen. Sie berufen sich darauf, daß LO sich im zentralen Vertrag verpflichtet hat, ,,darauf hinzuwirken, daß dieser Vertrag als Norm befolgt wird“. Trotz dieser Fessel und den Erpressungsversuchen der Kapitalisten weitet sich eine Welle von Streiks aus. Vorigen Mittwoch gingen 1800 Arbeiter der Uddevalla-Werft gegen das 118-SKr.-pro-Monat-Angebot der Geschäftsleitung und für 400 SKr. in einen zweitägigen Streik. In zehn Betrieben waren am Donnerstag ca. 3000 Arbeiter in Streiks für lokale Lohnzuschläge bis zu 2,50 SKr./Stunde.

Streiks in den öffentlichen Diensten Dänemarks

z.bag.Aarhus. Am 15.3. legte der größte Teil der 700000 Beschäftigten

Streiks in den öffentlichen Diensten Dänemarks

z.bag.Aarhus. Am 15.3. legte der größte Teil der 700000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Dänemark für 3 Stunden die Arbeit nieder, um ihren Forderungen nach Sicherung des Reallohns Nachdruck zu verleihen. Die letzten Lohnabschlüsse haben sich besonders bei den Angestellten und Beamten als Senkung des Reallohns ausgewirkt, weil sie diese nicht den üblichen Inflationsausgleich bekommen. Die Beteiligung an den Aktionen war besonders stark bei Busfahrern und Bahnpersonal, bei der Post, in den Krankenhäusern, in Schulen und Kindergärten. Teilweise, so bei der Post, wurden die Streiks weit über 3 Stunden hinaus fortgesetzt. Als die Regierung in den Tarifkampf eingriff und einen Gesetzentwurf vorlegte, der das Tarifabkommen um zwei Jahre verlängern, das heißt für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes weitere ca. 7% Lohnsenkung durchsetzen soll, wurde erneut zu Streiks und Demonstrationen aufgerufen. Am 22.3., dem Tag der ersten Lesung des Gesetzes im Parlament, demonstrierten in Kopenhagen 4000 Arbeiter und über 20000 Angestellte und Beamte in getrennten Demonstrationen, in Aarhus rund 8000 gemeinsam gegen den Regierungsentwurf. Gleichzeitig begannen die Journalisten, Drucker und Setzer vieler Zeitungen sowie 4000 Busfahrer auf Seeland einen Streik, der bis heute (23.3.) anhält.

US-Automobilarbeiter gegen verschärfte Rationalisierung

z.gek. Noch vor Beginn des Tarifkampfs in der zweiten Jahreshälfte wollen die großen US-Automobilmonopole wesentliche Ziele in der Auspressung von Mehrarbeit erreichen. In vielen Werken wird die Maschinerie umgerüstet und danach – tariflich erlaubt – an 6 Wochentagen 10 Stunden gearbeitet, während in anderen Werken die Arbeiter entlassen wird. Anderswo werden die Stückzahlen brutal heraufgesetzt, so im Chevy-Werk in Warren, Michigan, die Zahl der Achsen pro Band von 257 auf 323 täglich. Die Arbeiter leisten Widerstand und organisieren ihn. Im Chevy-Werk haben sie sich geschlossen geweigert, die erhöhte Zahl zu produzieren. Als sie zu einer Demonstration im Werk ansetzten, gab die Geschäftsleitung eilig nach. 11 Gewerkschaftsbezirke, die zu den großen Werken von General Motors gehören – dort soll ein Tarifstreik, wenn, ausgetragen werden – haben in Resolutionen jeden Deal von weiterer Produktivitätssteigerung gegen Lohnerhöhung über Carters 7%-Leitlinie kategorisch abgelehnt. Sie fordern vielmehr die Aufnahme von Forderungen gegen die völlige Vernichtung des Normalarbeitstages und die kapitalistische Rationalisierung. Auch der Streikbeschluß der Belegschaft von VW New Stanton geht gegen die Verkürzung der Taktzeiten und Verletzung von Sicherheitsregeln steht noch.

Rührige Geschäfte der Steyler Mission

z.alb. Die Steyler Missionsbank, Sitz in St. Augustin bei Bonn, hat kürzlich ihren Geschäftsbericht über eine Bilanzsumme von 60 Mio. DM vorgelegt. Die mit ein paar Groschen Grundkapital von dem Steyler Missionswerk vor 15 Jahren als Sparinstitut gegründete Bank verwaltet inzwischen Spareinlagen von 52 Mio. DM, ist im Kreditgeschäft ,,recht rührig'', hat ihren Tätigkeitsbereich weiter auf ,,grundsätzlich alle Geschäfte'' ausgedehnt und darüber die Bilanzsumme allein in den letzten zwei Jahren von 42 auf 60 Mio. DM gesteigert. Die Bank hat ihre Besonderheiten. Durchschnittliche Spareinlage ist 6000 DM – was Aufschluß über den Kreis der ,,Sparer'' gibt – und man spendet die Zinsen zum Teil oder ganz für die Steyler Mission, ,,Gesellschaft des Göttlichen Wortes'', das ,,erste und größte katholische Missionswerk'', das vor genau 100 Jahren in China seine ,,Arbeit'' aufgenommen hat und seitdem in den asiatischen Ländern und kurz darauf in den lateinamerikanischen seine Aufgaben als Wegbereiter und Stütze des Imperialismus mit Eifer betreibt. In 3 eigenen Universitäten (Japan, Philippinen, Taiwan), mehreren ,,wissenschaftlichen Instituten'' in Asien, 17 Lehrseminaren, 215 Kollegien und Mittelschulen und 63 Berufsschulen mühen sich an die 5000 Mitglieder um die christliche Einstellung der Heiden zu Eigentum und Arbeit. Eine Geschäftsverbindung also, die 6000 DM gebührenfrei eingelegt und die Zinsen gespendet allemal wert ist für manchen mittleren Kapitalisten. Der Kunde, wird garantiert, bleibt ,,weitgehend anonym''. Für die Steyler Mission lohnt sich die Sache. 15 Mio. DM sind derart seit Bankgründung aus ,,Zins- und Kapitalspenden'' auf den Missionsweg geschickt worden, allein 2 Mio. davon im letzten Jahr. Den Bankgewinn sacken sie zusätzlich ein. Ein findiger Weg, sich die freiwillig nicht gegebenen Spenden der Arbeiter zwangsbeitreiben zu lassen durch den Staat: das Geld für Zinsen und Gewinn kassiert die Bank durch Verleihung der Spareinlagen hauptsächlich an Bund, Post, Bahn und Länder – und das wird aus Steuern und Gebühren bezahlt.

zwangsbeitreiben zu lassen durch den Staat: das Geld für Zinsen und Gewinn kassiert die Bank durch Verleihung der Spareinlagen hauptsächlich an Bund, Post, Bahn und Länder – und das wird aus Steuern und Gebühren bezahlt.

Kirchliche Hoffnung: 10 Jahre Friedenspflicht

z.erk. Die Beschäftigten bei kirchlichen Einrichtungen kämpfen seit Jahren für ihre gewerkschaftlichen Rechte, bisher können keine Tarifverträge abgeschlossen werden. Jetzt haben die nordelbischen Kirchenfürsten scheinbar erfolgreich erreicht, den bisherigen Zustand in das Gewand eines Tarifvertrages zu kleiden. Es wurde ein ,,Grundlagenvertrag'' (am 15.3.) zwischen ÖTV und Nordelbischer Kirche abgeschlossen, der jedoch anstelle von gewerkschaftlichen Rechten eine Friedenspflicht für einen Zeitraum von 10 Jahren vorsieht. Verständnisvoller Kommentar eines regionalen Nachrichtendienstes: ,,Das bedeutet, zur Durchsetzung von Tarifforderungen sind keine Kampfmaßnahmen möglich.'' – Was für Verhältnisse versuchen die ,,Brüder in Christo'' auf diese Weise aufrechtzuerhalten? *Zum Beispiel:* 49 Stunden Wochenarbeitszeit für Hausmeister, 60 Stunden für Verwaltungsangestellte ,,in besonderen Druckzeiten''. Im Altenwohnheim der Matthäusgemeinde in Hamburg müssen zwei Nachtschwestern 28 Schwerkranke betreuen. Der Normalarbeitstag beträgt 10,5 Stunden. Das 13. Monatsgehalt wurde bereits kurzerhand von der Ev. Landeskirche gestrichen. Die Kirchen insgesamt behalten sich vor, ,,in Notlagen'' die Löhne nicht oder um weniger zu erhöhen, als es sich die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst erkämpfen. – Hauptsächlich versucht die Kirche, diese berufsmäßige Propagandaabteilung der Bourgeoisie, noch, die gewerkschaftlichen Forderungen der Beschäftigten mit pfäffischen Reden kleinzukriegen: ,,Einer ist unser Meister, ihr aber seid alle Brüder'', wobei der Superintendent des Kirchenkreises Harburg z.B. ausdrücklich hinzufügt: die Beschäftigten können ,,... im Gegenteil froh sein, daß man von einem Mitarbeiter der Kirche mehr erwartet als von irgend wem. Wer die Freudigkeit dazu nicht hat, hat seinen Arbeitgeber falsch gewählt.'' Aber die *Tatsache*, daß der o.g. Tarifvertrag überhaupt abgeschlossen werden mußte, zeigt immerhin: mit bloßem Spott obendrein zur maßlosen Ausbeutung geht es schon nicht mehr.

Konzertierte Aktion: Jetzt Krankenhausfinanzierungsgesetz

Bilanz der Kostendämpfung / Arzneimittelverbrauch noch ,,zu hoch

z.suk. Unter Vorsitz Ehrenbergs trat am 22. März die ,,Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen'' zusammen. Gemäß dem Auftrag aus dem Kostendämpfungsgesetz wurde beschlossen, den Kostenanstieg für das Jahr 1979 auf 6% zu begrenzen. Des weiteren wurde eine Erklärung zur Kostendämpfung im Krankenhauswesen beraten.

Bereits am 7. März hatte das Ehrenbergministerium die bisherige Bilanz der Kostendämpfung bekanntgegeben. Stiegen 1976 im Vergleich zu 1975 die Kosten um 9,4%, verringerte sich der Anstieg 1977, dem Jahr des Inkrafttretens des Kostendämpfungsgesetzes, auf 4,9%. 1978 war der Anstieg 6%. Ehrenberg nannte dies ,,durchschlagend erfolgreich''. Doch zufrieden war er nicht. So beklagte er ,,problematische Tendenzen'', die einen ,,generellen Einstellungswandel zur Kostendämpfung'' befürchten ließen, stiegen doch die Ausgaben für Arzneimittel in der zweiten Jahreshälfte um das Doppelte gegenüber der ersten. Anke Fuchs, Staatssekretärin im Ehrenbergministerium, mußte feststellen, daß das Ziel der Kostendämpfung auf dem Arzneimittelsektor nicht erreicht worden sei, und daß 1979 ,,das Kostendämpfungsgesetz voll angewandt'' werden müsse. So fand die Honorarvereinbarung zwischen den Kassenärztlichen Vereinigungen und den Krankenkassen, die eine Erhöhung um 4% vorsieht, aber keine mengenmäßige Begrenzung der Leistungen, das Mißfallen Ehrenbergs. Damit auch in diesem Bereich die Kostendämpfung greift, will er einen Forschungsauftrag vorbereiten lassen. Derweil berät der Bundesausschuß der Kassenärzte und Krankenkassen über eine Negativliste von Medikamenten, die ,,wegen ihrer allgemeinen Anwendung bei geringfügigen Gesundheitsstörungen verordnet werden'' aus der Erstattungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen herausgekommen werden sollen. Es handelt sich um Medikamente für die Behandlung von Erkältungskrankheiten, Schmerzen, Verstopfung, Magensäure, Krampfadern, Schlafstörungen und Rheumatismus. Daß diese Medikamente vielfältig gebraucht werden, sieht man schon daran, daß sie 10% des Arzneimittelumsatzes der Apotheken ausmachen. Bilanz dieses geplanten Raubzuges: 1,25 Mrd. DM.

Damit gibt sich die Finanzbourgeoisie nicht zufrieden. Bereits mit dem Kostendämpfungsgesetz vorbereitet und jetzt nach erster Lesung im Bundestag und Bundesrat in den Ausschüssen, soll Ehrenberg über das Krankenhausfinanzierungsgesetz die Kostendämpfung in den Krankenhäusern forcieren. Als Zweck dieses Gesetzes wird angegeben: ,,Die Krankenhäuser werden nach Maßgabe dieses Gesetzes dadurch wirtschaftlich gesichert, daß sie ... eine wirtschaftliche Betriebsführung ermöglichen und die Selbstkosten eines sparsam wirtschaftenden und leistungsfähigen Krankenhauses dekken.''. ,,Die einzelnen Krankenhäuser sollen nach Größe und Standort eine bedarfsgerechte, leistungsfähige Versorgung in wirtschaftlichen Betriebseinrichtungen ermöglichen und für die Patienten in zumutbarer Entfernung erreichbar sein.'' (Gesetzentwurf der Bundesregierung) Was dies für die Versicherten bedeutet, sieht man an den Plänen des Nordrhein-Westfälischen Arbeits- und Sozialministers Farthmann, der allein im Münsterland 46 von 81 Krankenhäusern schließen will. Noch ist das Gesetz nicht verabschiedet, angewandt wird es bereits. Neben Schließungen von kleineren Krankenhäusern vor allem auf dem Lande, wobei die früher geltende Regel, daß Krankenhäuser ab 100 Betten als wirtschaftlich angesehen wurden, nicht mehr gilt, denn die Schließung von Krankenhäusern mit 200 Betten und mehr ist geplant – sind Zusammenlegungen von Krankenhäusern, Umwandlung in Spezialkliniken, gemeinsame Benutzung von technischen Einrichtungen und Einsatz des Personals, Bettenstreichung und Verkürzung der Verweildauer, Maßnahmen, die die Leistungen für den Versicherten verschlechtern, der dann zu Hause von einem Krankenpfleger gepflegt wird, den er vielleicht auch noch selbst bezahlen muß, denn ,,Häusliche Pflege wird insoweit gewährt, als eine im Haushalt oder in der Familie befindliche Person den Kranken nicht pflegen kann.''

Um die Kosten im Personalbereich, die mit den Arznei- und Heilmitteln den größten Anteil an den Gesamtkosten ausmachen zu senken, hat Ehrenberg in fünf Bundesländern einen Forschungsauftrag für ein Personalbedarfsberechnungsverfahren vergeben. Keinen anderen Zweck hat es als Rationalisierung, Stellenstreichungen, Intensivierung der Arbeit und Ausdehnung des Arbeitstages, Lohnsenkung durch den Einsatz schlecht bezahlter Kräfte wie Krankenpflegeschüler, Zivildienstpflichtiger und PJler. Daß diese Pläne zum Scheitern gebracht werden können, zeigt der Kampf der Beschäftigten im Gesundheitswesen in Westberlin: Aufgrund einer Anzeige von Kinderkrankenschwestern im ,,Westberliner Tagesspiegel'', in der sie die katastrophalen Arbeitsbedingungen anprangerten und jede weitere Verantwortung ablehnten, mußte der Senator Pätzold die Zusage auf mehrere hundert Planstellen geben.



z.zik. Über 1000 nahmen am 21.3. in München an einer Demonstration der DPG gegen die geplanten 10000 Stellenstreichungen und die Nichtübernahme von ausgebildeten Fernmeldehandwerkern teil. Auf einer anschließenden Podiumsdiskussion (Bild) im DGB-Haus wurden die Vertreter von der Oberpostdirektion München, von SPD und FDP zur Rede gestellt.

Kostendämpfung: Zahnausfall und schlechter Zahnersatz
20% Eigenleistung der Versicherten bei Zahnersatz
z.doj. Seit Juli 1976 ist den gesetzlichen Krankenversicherungen vorgeschrieben, daß sie den Krankenversicherten bei jedem Zahnersatz 20% der Kosten abverlangen müssen. In den Jahren davor hatten die Sozialversi-
wertung der Nahrung. Von 300 Patien-
jedem Fall verschlechtert sich die Er-
bei 1500 DM. Wer kann das schon be-

Kostendämpfung: Zahnausfall und schlechter Zahnersatz

20% Eigenleistung der Versicherten bei Zahnersatz

z.doj. Seit Juli 1976 ist den gesetzlichen Krankenversicherungen vorgeschrieben, daß sie den Krankenversicherten bei jedem Zahnersatz 20% der Kosten abverlangen müssen. In den Jahren davor hatten die Sozialversicherten gegenüber den früheren Regelungen bis zu 100%-ige Bezahlung durch die Kassen durchgesetzt. Die Ausgaben für Zahnersatz waren angestiegen, weil die Lohnabhängigen sich endlich im nötigen Umfang Zahnersatz leisten konnten. Grund für den Staat, hier kräftig kostenzudämpfen. Um gegen die Sozialversicherten die Vorenthaltung der vollen Bezahlung des Zahnersatzes durchzusetzen, wurde diese Maßnahme mit einer Kampagne eingeläutet. Zeitungsartikel und staatlich verordnete Schulprogramme rufen zum Kampf gegen die Zahnbeläge mit der Zahnbürste auf und behaupten, im Zucker läge alles Übel. Tatsächlich fördert Zucker Zahnbeläge und diese wiederum Karies und Zahnbetterkrankungen – aber warum werden denn die Zähne immer mehr durch die normalen Mundbakterien angegriffen? Weil dem Zahnschmelz über die Nahrung nicht genügend Aufbaustoffe geboten werden und die körpereigene Infektabwehr mit dem zunehmenden Verschleiß der Arbeitskraft immer schwächer wird. *Das* versucht die Bourgeoisie zu verwischen! Die Erstattung des Zahnersatzes soll zur Ausnahme und die Selbstbeteiligung zur Regel werden, um ihn dann nach Möglichkeit bald ganz aus dem Lohn bezahlen zu lassen.

Der Zahnverfall der Massen und der Bedarf nach Zahnersatz beginnt sehr früh; dieser ist lebenswichtig zur Verwertung der Nahrung. Von 300 Patienten zwischen 20 und 65 Jahren, die eine Zahnarztpraxis in Frankfurt aufsuchen, haben nur 56 keine Zahnlücken, die versorgungsbedürftig sind. 81% haben Zähne und Zahnlücken, die ersetzt werden müssen oder schon mußten. Rechnet man in den heutigen Preisen hoch, wieviel die meisten in den nächsten 2 Jahrzehnten für Zahnersatz ausgeben müßten, kommen pro Person gut 5-6000 DM zusammen. 20% Eigenanteil hieße somit, daß jeder weit über 1000 DM aus der eigenen Tasche zusätzlich aufbringen müßte. Das ist nicht drin. Solche Kostendämpfung beschleunigt den Zahnverfall, weil das Gebiß durch Fehl- und Überbelastung einzelner Zähne noch schneller zerstört wird.

An der abgebildeten ,,Härtefall-Tabelle'' der AOK läßt sich ablesen, daß die Grenze von 630 DM (brutto!) als Voraussetzung für die volle Bezahlung genau so gelegt ist, daß der Großteil der Lohnabhängigen, der Arbeitslosen wie auch der Rentner 20% bezahlen müssen. Bei Antrag auf ,,Härtefall'' werden die Einkünfte der ganzen Familie durchforstet und angerechnet. Das heißt z.B. für eine Familie mit Kind: selbst für 5% ,,Rückerstattung'' von den 20% muß sie von 1470 DM leben, volle Ausbezahlung von 1050 DM. Entweder hungerst du also und bekommst deinen Zahnersatz auf Sonderantrag bezahlt oder du hungerst für die Bezahlung deines Zahnersatzes. In jedem Fall verschlechtert sich die Ernährung, der Zahnverfall nimmt zu.

Als Provisorium angefertigte einfache Kunststoffprothesen mit einfachen Klammern werden oft viel zu lange getragen, manchmal 5-10 Jahre, weil das Geld für den endgültigen Ersatz nicht da ist. Die Folge ist Knochenschwund und Zahnfleischentzündungen durch die unnatürliche Belastung der Schleimhäute und des Knochens. Wäre es z.B. nötig, bei angegriffenem Zahnbett mit Hilfe herausnehmbarer Goldgußarbeiten die Restzähne starr miteinander zu verbinden, wodurch ihre Lebensdauer wesentlich verlängert wird, so kommt diese Möglichkeit im ,,Kassenfall'' oft gar nicht mehr in Betracht wegen der hohen Kosten. An einem Beispiel verdeutlicht: der Eigenanteil einer solchen Gesamtversorgung läge bei 1500 DM. Wer kann das schon bezahlen? Dann kommt noch der Druck der immer weiter ausgedehnten ,,vertrauens''-ärztlichen Begutachtung dazu. Inzwischen ist es üblich, daß die AOK die teuren herausnehmbaren Goldgußarbeiten gutachterlich überprüfen läßt und auch jederzeit ablehnen kann. Die Planung läuft dann oft gleich auf eine Totalprothese hinaus, deren Eigenanteil bei etwa 260 DM liegt. Also: Zähne raus und Totalprothese mit der Folge des schnelleren Knochenschwundes der Kiefer und Verlust von 90% der natürlichen Kaukraft. Wenn die Rentner nicht nur durch Eiweißmangel früher ruiniert werden, sondern wegen schlechter Verwertung der wenigen Nahrung, dann kann dem ,,Abbau des Rentnerberges'' wirksam nachgeholfen werden.

Bei monatlichen Bruttoeinnahmen bis ... DM übernimmt die Krankenkasse weitere ... v.H. der Zahnersatzkosten

Vers. Art	Zahl der Angehörigen	DM 630	DM 700	DM 770	DM 840	DM 910	DM 980	DM 1050	DM 1120	DM 1190	DM 1260	DM 1330	DM 1400	DM 1470	DM 1540	DM 1610	DM 1680	DM 1750	DM 1820	DM 1890	DM 1960	DM 2030	DM 2100
R	0	20	17,5	15	12,5	10	7,5	5	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
A	0	20	20	17,5	15	12,5	7,5	5	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
R	1	20	20	20	17,5	15	12,5	10	7,5	5	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
R	2	20	20	20	20	20	20	20	17,5	10	7,5	3	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
A	2	20	20	20	20	20	20	20	20	17,5	15	12,5	10	7,5	5	–	–	–	–	–	–	–	–
R	3	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	17,5	15,5	12,5	10,5	7,5	5,5	–	–	–	–	–	–
A	3	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	17,5	15	12,5	10	7,5	5	–	–	–	–	–
R	4	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	17,5	15	12,5	10	7,5	5	–	–	–
A	4	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	17,5	15	12,5	10	7,5	5	–	–
R	5	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	17,5	15	12,5	10	7,5	–
A	5	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	17,5	15	12,5	10	7,5
R	6	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	17,5	15	12,5
A	6	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	17,5	15
R	7 und mehr	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20
A	7 und mehr	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20

A: Allgem. Versicherte
R: Rentner

Britannien: Auch Lehrer und Regierungsangestellte streiken – Mißtrauensantrag im Parlament

z.hef.London. 40000 Lehrer in Schottland streikten am Donnerstag gegen ein Angebot von 8% plus ,,Vergleichbarkeitsstudie''. Nachdem 39 Angestellte des Schottland-Ministeriums in Edinburgh wegen Streikaktionen entlassen worden waren, legten die *Regierungsangestellten* (,,Civil Servants'') die Gerichte in Schottland, Zollämter, Sozialhilfebüros in 40 Städten, Arbeitsämter und den Computer des Gesundheitsministeriums still. Andere Regierungs-Computerzentren wurden schon vorher bestreikt. Die neun Gewerkschaften der 600000 ,,Civil Servants'', vor allem einfache und mittlere Angestellte, fordern Erhöhungen zwischen 26% und 36%. Nächste Woche wollen die Gewerkschaften die Ausweitung der Streiks beraten.

Die Regierung hat den *Krankenschwestern* inzwischen 9% plus *2 Pfund* (statt bisher 1 Pfund) pro Woche als Abschlag auf eine ,,Vergleichbarkeitsstudie'' angeboten. Die Gewerkschaften haben dies Angebot und die Vergleichbarkeitsfalle überhaupt abgelehnt. Die Krankenschwestern setzen die in vielen Krankenhäusern begonnenen Kurz- und Bummelstreiks fort, ebenso die 150000 Krankenhausarbeiter, die in der NUPE organisiert sind.

Das Parlament müsse jetzt sagen ,,genug ist genug.'' So begründete Oppositionsführerin Thatcher am Donnerstag ihren Mißtrauensantrag gegen die Callaghan-Regierung. Am Mittwoch wird das Parlament darüber abstimmen. Der Antrag hat Aussicht auf Erfolg, wenn die kleineren Parteien im Parlament zustimmen. Dann finden in den nächsten Wochen Neuwahlen statt, die sonst spätestens im Oktober fällig gewesen wären.

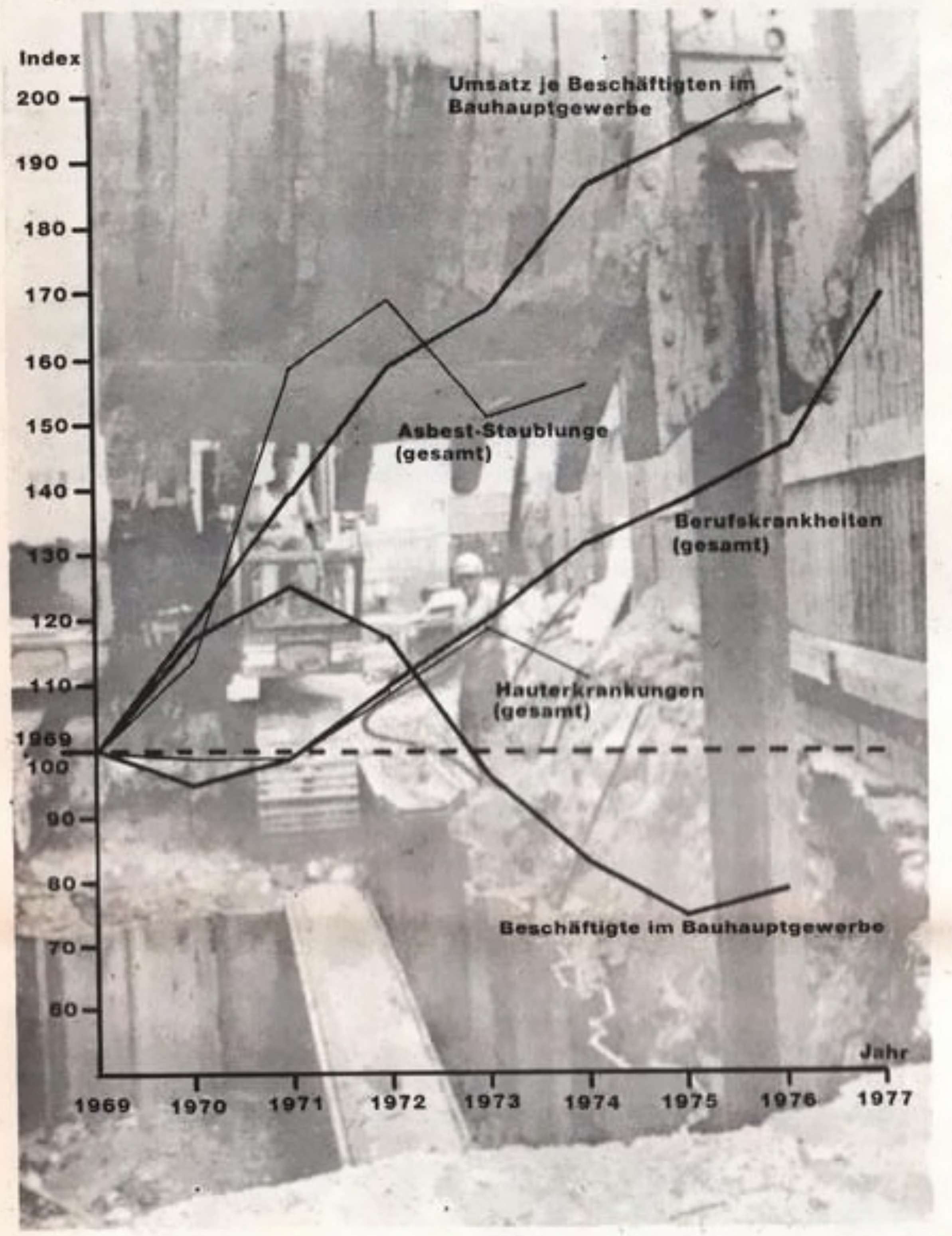
Die Tories argumentieren, die Regierung sei durch die Lohnkämpfe und die Niederlage in der Volksabstimmung für eine ,,Teilautonomie'' Schottlands zu sehr verschlissen, um die nötigen Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen durchzusetzen. ,,Mit einer neuen Regierung, einem frischen Mandat vom Volk und einer langen Lebenszeit (des Parlaments) vor uns'' könnten ,,diese entscheidende Frage (die der ,,Teilautonomie'' für Schottland) und viele andere, die so bedeutend sind, mit der gebührenden Aufmerksamkeit behandelt werden'', sagte Thatcher im Fernsehen. Das Zentralorgan der Banken, die ,,Financial Times'', warnt vor Euphorie und weist darauf hin, daß ein Regierungswechsel die Klassenkämpfe nicht aus der Welt bringt: ,,An den grundlegenden Realitäten, mit denen sich Mr. Callaghan in den letzten zwei Jahren konfrontiert sah, wird sich durch eine Wahl nichts ändern.''

„Ältere Arbeiter trifft man nicht an."

Die Arbeitsbedingungen auf dem Bau zerstören die Gesundheit

r.hej. In Hamburg gibt es 25357 Bauarbeiter. Teilweise wird schon rund um die Uhr auf den Baustellen gearbeitet. Bei Bauer Druck in der Innenstadt, wo ein neues Verlagsgebäude gebaut wird, ist fast den ganzen Winter bis in die Nacht unter Scheinwerferlicht gearbeitet worden. „Normale" Arbeitszeit ist von 6.30 Uhr bis 17.30 Uhr. Zwei Überstunden täglich ist bei den Bauarbeitern schon der Normalfall. Das gilt insbesondere für Zimmerer, Betonbauer und Eisenflechter. In der Woche wird 4 mal 10 Stunden, Freitag 8 Stunden und Samstag bis zum Mittag – bezahlt als 8 Stunden – gearbeitet. Das ist eine 52-Stunden-Woche. 1 Stunde Pause kommt noch täglich dazu. 11 Stunden ist man dann auf dem Bau. Für einige Arbeiter ist das ein Arbeitstag von 13 Stunden, rechnet man den Fahrtweg dazu.

Gearbeitet wird hauptsächlich im Akkord. Wer den Akkord seiner Gruppe nicht schafft, muß raus, weil er sonst den Gruppenakkord verdirbt. Nur für den nackten Stundenlohn kann keiner arbeiten. Die Maurer arbeiten oft auch nach Leistungslohn – 2,50 bis 6,00 DM auf den Stundenlohn. Die Arbeit auf dem Bau ist körperlich schwere Arbeit. Wirbelsäulenschäden und Kniegelenkschäden sind die verbreiteten Folgen. Durch die Arbeit mit Zement, Asbest und Eternit wird die Lunge angegriffen und entsteht eine Staublunge. Weiter gibt es Hauterkrankungen, die sogenannte Zementkrätze; z.B. hat es 1974 152 angezeigte Fälle von Berufskrankheiten bei der Bau-Berufsgenossenschaft Hamburg gegeben. Ganze 29 Fälle wurden in dem Jahr entschädigt. Viele Fälle werden gar nicht angezeigt, da die Krankheiten oft erst Jahre später auftreten, nach der Verrentung z.B. Liegt die gesundheitliche Schädigung unter 20 v.H., zahlen die Berufsgenossenschaften sowieso keinen Pfennig. Die Beiträge zu den Berufsgenossenschaften müssen die Kapitalisten ganz zahlen. Jeder Pfennig schmerzt sie. So wenig wie möglich an Renten und Entschädigungen zahlen bei den geringsten Sicherheitsvorkehrungen ist die Absicht der Kapitalisten. Dafür werden jetzt auch verstärkt Sicherheitsbeauftragte (zum Teil Kollegen, die neben ihrer Arbeit diese Tätigkeit ausführen) eingesetzt.



Kontrolle und Bespitzelung der Arbeiter, ob die Sicherheitsvorschriften auch eingehalten werden, ist vor allem ihre Aufgabe. In der Bauindustrie gibt es davon besonders viele. In Hamburg gibt es 1491 Sicherheitsbeauftragte (1974). 689 Fälle haben sie in dem Jahr untersucht. Angezeigt wurden aber 15107 Arbeitsunfälle, darunter 16 tödliche Unfälle. Damit der Akkord überhaupt zu schaffen ist, müssen die Vorschriften übertreten werden. 764 Ordnungsstrafen wurden 1974 dann auch gegen die Arbeiter von den Versicherungsträgern verhängt.

Ältere Arbeiter trifft man so gut wie gar nicht auf dem Bau. Es sind vor allem die unter 40-jährigen, die den Akkord mithalten und Überstunden machen können. Ältere Kollegen sind gezwungen als Fahrer, Lagerist, Bauzeichner o.ä. zu arbeiten, falls ihre Gesundheit nicht sowieso schon vollständig ruiniert ist. Gearbeitet wird bei jedem Wetter. Die sogenannte Schlechtwetterperiode bezieht sich auf die Zeit zwischen dem 15. November und dem 30. März. Kann in dieser Zeit nicht gearbeitet werden, gibt es ein Schlechtwettergeld von 65%. Im Sommer gibt es bei Schlechtwetter und Arbeitsausfall kein Geld. Das wird durch eine Pauschale von 1,5% auf den Stundenlohn ausgeglichen. Große Baufirmen versuchen Winterbaustellen einzurichten. Dabei wird die ganze Baustelle mit einer Plane abgedeckt. Bis zu 10 Grad unter Null muß dann gearbeitet werden. Günstig ist das für die Baukapitalisten, weil sie so die Arbeitskraft während des ganzen Jahres vernutzen können.

Steigende Zinsen und Ehrenbergs Mobilitätsförderung treiben die Mieten

z.frb. „Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendigt, daß er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt erhält, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw." So schrieben Karl Marx und Friedrich Engels im Manifest der Kommunistischen Partei von 1848.

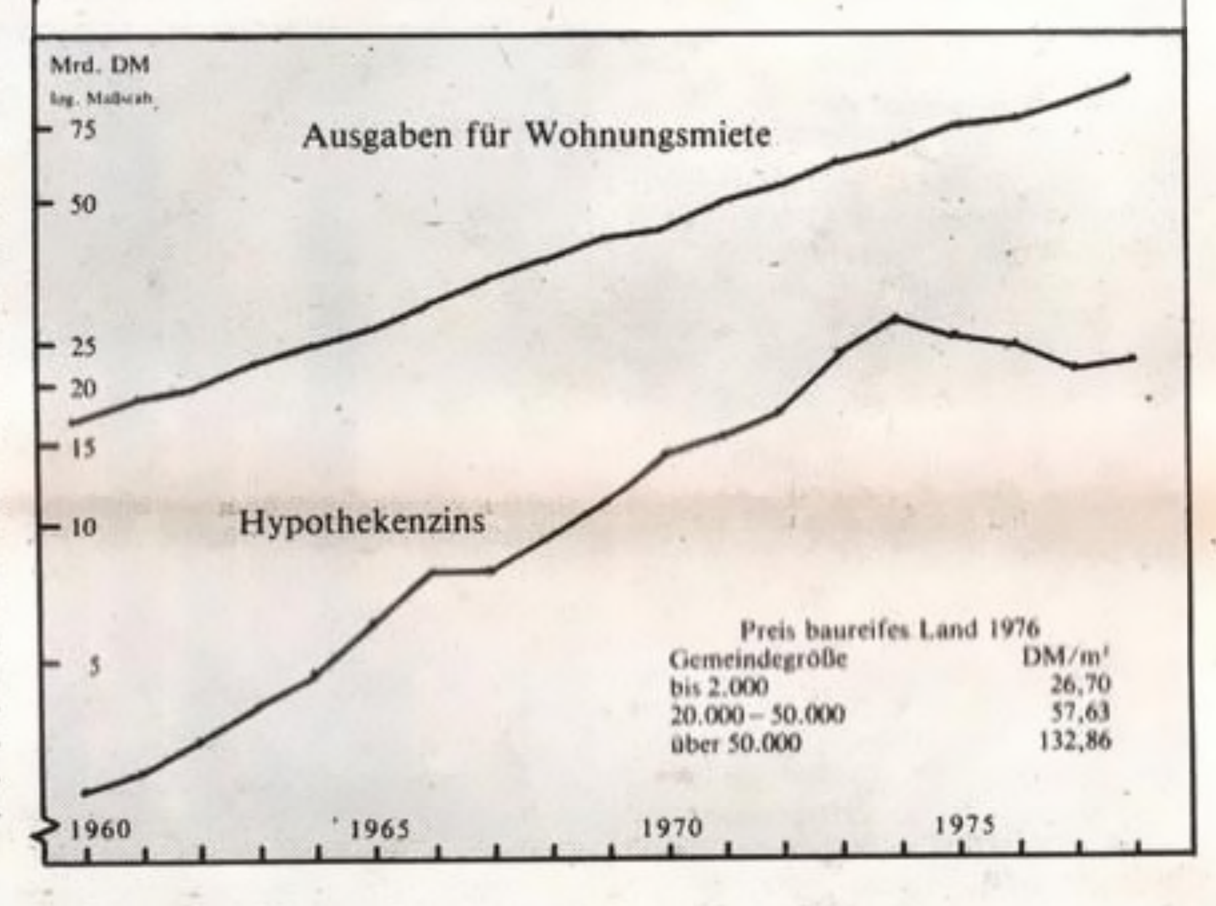
Nahezu 90 Milliarden Mark haben die Finanzbourgeois im vergangenen Jahr den Volksmassen für die Nutzung einer Wohnung abverlangt. 1960 mußten hierfür etwa 15% des Nettolohnes aller Lohnabhängigen hingezahlt werden, jetzt sind es 20%.

Was gibt den Bourgeois das Recht, diese Milliarden zu verlangen? Es ist der Titel des Eigentums an Grund und Boden, der es ihnen ermöglicht, ihren Boden und die darauf errichteten Kapitalanlagen nur gegen Zahlung einer Rente zur Nutzung freizugeben. Und in den Städten lassen sie sich besonders viel zahlen. Für die Kapitalisten bietet es Vorteile, wenn sie sich in großen Städten zusammendrängen. Vor allem ihre Verwaltungen wollen sie dicht beisammen. Denn wenn es um die Abwicklung von Geschäften und um Zahlungen geht, ist jede Minute kostbar. Für den Extraprofit, den sie aus so einem Standortvorteil haben, sind sie bereit, dem Grundbesitzer eine höhere Rente zu zahlen. Im Bodenpreis spiegelt sich dies wider. Und so kommt der Arbeiter, der dem Kapitalisten in die Stadt folgen mußte, in die Lage, mit dem Extraprofit scheffelnden Kapitalisten um die Nutzung eines Stück Bodens für seine Wohnung zu konkurrieren. Er hat freie Auswahl: höhere Miete, oder lieber höhere Fahrtkosten?

Vor 15 Jahren noch lebten 43% der Bevölkerung in Gemeinden mit weniger als 10000 Einwohnern, heute sind es 27%; in Gemeinden mit 10000 – 100000 lebten damals 24%, heute sind es 38%; in Städten über 100000 lebten damals 33%, heute 35%. Mobilität ist gefordert. Drei Millionen wechseln jedes Jahr ihren Wohnort. Und da kommen die Mieten auch in Bewegung. Ein Zehntel bis ein Fünftel der Mietsumme, die die Arbeiterbevölkerung zu zahlen hat, geht auf Kosten dieser Konzentrationsbewegung.

Längst haben die Finanzbourgeois die Erpressung der Rente für Wohnen aufs höchste konzentriert. Auch dort, wo mal ein Lohnarbeiter die Wohnung sein „eigen" nennt, greifen sie zu. Kein Hausbau ohne Hypothek, und die Rente verwandelt sich so in Hypothekenzins. Am Ende sind es immer die Finanzbourgeois, die kassieren.

Seit 1975 war der Zinssatz gesunken, nicht aber die Hypotheken-Schuld. Jetzt steigen die Zinsen, und eine Explosion der Mieten ist sicher.



Bau: Mit Fertigteilbau Ausbeutung gesteigert

Anteile ausländischer und jugendlicher Arbeiter um 22% gesteigert

z.ere. Der „Mietsprung" im sozialen Wohnungsbau solle gedämpft werden, ließ die baden-württembergische Landesregierung kürzlich über ihren Beschluß, innerhalb von vier Jahren 130 Mio. DM aus abgepreßten Steuergeldern den Baukapitalisten in den Rachen zu schieben, verbreiten. Aufgrund des bestehenden „Förderungsmodells" für den Sozialwohnungsbau werden durch wegfallende Zinszuschüsse jeweils 5 und 10 Jahre nach Fertigstellung der Wohnungen die Quadratmetermieten um rund 1 DM angehoben. Im Vorgriff auf die geplante Aufhebung des „Vergleichsmietprinzips" sollen dem neuen Beschluß zufolge die Mieten insgesamt jedes Jahr um 0,28 DM heraufgesetzt werden, und das über einen Zeitraum von 16 Jahren. Die „Bedingungen des Marktes" müssen wieder hergestellt werden, heißt es. Das Subventionssystem, mit dem die Finanzbourgeoisie sich den Zugriff auf die der Arbeiterklasse und den Volksmassen abgepreßten Steuergelder sichert, sieht eine dreifache „Förderung" der Wohnungsbaukapitalisten im sozialen Wohnungsbau vor: Ertragsminderungen infolge „nicht marktgerecht" festgeschriebenen Mietzinses werden ausgeglichen; es erhalten gewinnsteigernde Subventionen, auch wenn sie bereits „Kostenmieten erwirtschaften"; und sie haben hernach lastenfreien Wohnraum, deren Wert durch die „Entwicklung der Rendite" stark gestiegen ist. Insgesamt sind den Kapitalisten allein im Bereich des Sozialwohnungsbaus seit 1950 etwa 70 Milliarden DM aus Steuergeldern zugeflossen.



Nach den Erfahrungen von Metall: Keiner soll unter 100 DM herauskommen

In den letzten 20 Jahren hat sich das Verhältnis der „gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften" zu den „sonstigen" Wohnungsbaukapitalisten von 9 : 1 auf 4 : 6 verschoben. Den Grund dafür sehen die Kapitalisten in der „vergleichsweisen Konstanz der für den sozialen Wohnungsbau und damit faktisch für die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften bereitgestellten Mittel bei gleichzeitig stark steigenden Baukosten. Die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften können mit den ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln immer weniger bauen", heißt es in Biedenkopfs „Wohnungsbau am Wendepunkt". Und was für die „Gemeinnützigen" gilt, gilt schon lange für die „anderen".

Der weitaus größte Posten des „16-Milliarden DM-Zukunftsinvestitionsprogramms" der Bundesregierung ist in den Rachen der Baukapitalisten geschoben worden. Den höchsten Zuwachs bei der Bruttowertschöpfung, 11 Prozent, erzielten die Baukapitalisten 1978. Der Umsatz im Bauhauptgewerbe per 1977 lag bei 88 Mrd. DM. Die im Investitionsprogramm repräsentierte Kapitalmasse bewirkt eine immer stärkere Konzentration im Baugewerbe. Am stärksten nahm die Betriebszahl in der Größenklasse von 2 bis 4 Arbeitern ab (– 4,3%), während die Betriebsklassen zwischen 200 und 500 Beschäftigten beachtliche Zugänge zu verzeichnen hatten (3,3%). Mit diesem Ergebnis ist die Finanzbourgeoisie keineswegs zufrieden: „Im Baugewerbe gibt es überdurchschnittlich viele leistungsschwache Unternehmen", heißt es in einer Untersuchung. Ende Juni 1978 arbeiteten in 54,4% aller Betriebe weniger als 10 Personen. Lediglich 3,2% der Betriebe zählten mehr als 100 Arbeiter. Diese größten Betriebe beschäftigten immerhin 33,8% aller im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter. In der relativen Zersplitterung des Baugewerbes, das 1978 insgesamt 1,217 Mio. Arbeiter ausbeutete, sehen die Kapitalisten die Ursache für die „unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt liegende Produktivitätsentwicklung im Baugewerbe". In der Zeit von 1962 bis 1970 betrug die jährliche Zunahme der Arbeitsstundenproduktivität im Baugewerbe 3,8%, in der gesamten verarbeitenden Industrie hingegen 4,7%.

Die Steigerung der Ausbeutung der Arbeitskraft ist nur durch eine große Umwälzung der Produktion im Wohnungsbau zu erreichen. Entscheidend dafür sei die Entwicklung der Großserienproduktion, wie sie z.B. in den USA durchgeführt wird. Die Produktion von Fertighäusern oder Fertigbauteilen im Hochbau liegt in der BRD bei 10%. „Extrem langlebig" werde in der BRD gebaut, beklagt Herr Biedenkopf. Und die konventionelle Bauweise mit ihren je unterschiedlichen Methoden wirke sich „hemmend auf die Produktivitätsentwicklung aus." Die Bauindustrie arbeitet nach wie vor noch auf Bestellung, das „eigenständige Angebot, das für übrige Industrie typisch ist, ist für das Baugewerbe immer noch die Ausnahme". Somit auch der geringe Grad der Spezialisierung, der für die Großserienproduktion unerläßlich ist. Die Teilung der Arbeit soll ähnlich wie in der Automobilindustrie vorangetrieben werden.

„Der Flugzeugbau solle Pate stehen", schwärmen die Kapitalisten von der Serienproduktion: „Das mit einer lichten Weite von 9 m entworfene Haus kann aufgrund der Montage mit Fertigelementen in der Länge beliebig vergrößert werden. Das Bauwerk besteht aus extrem wärmedämmendem Kunststoffbeton. Die kleinen Fenster erinnern indes ein wenig an die Luken eines Flugzeuges. Ebenso die aerodynamische Form dürfte den anfallenden Winddruck auf ein Minimum absenken". Biedenkopf dazu: Den an den Wohnraum gestellten individuellen Bedürfnissen ist als beachtenswertem Faktor zu begegnen. Die Bauarbeit soll zum größten Teil an das Fließband verlegt werden, damit rechnen sich die Kapitalisten eine gigantische Steigerung der Ausbeutung der Arbeitskraft aus.

Schon jetzt weisen die Zweige Herstellung und Montage von Fertigteilen aus Holz im Hochbau mit mehr als 9% Steigerung die höchste Steigerung in der Beschäftigtenzahl aus. Vor allem auf die ungelernte Arbeitskraft Jugendlicher und ausländischer Arbeiter haben es die Kapitalisten abgesehen. Beim Fertigbau liegt der Anteil von ausländischen Arbeitern bei 17,1% neben dem Schachtbau am höchsten. Die Zahl der Facharbeiter nahm gegenüber 1977 um 0,3% ab und erreicht mit 591344 den niedrigsten Stand seit Anfang der 60er Jahre.

Neben der bedeutenden Rationalisierungswelle, die im Baugewerbe bevorsteht, treiben die Kapitalisten einen rigorosen Angriff auf den Reallohn der Bauarbeiter. Die erste Verhandlung der IG Bau-Steine-Erden, in Hamburg, wurde abgebrochen. Die BSE forderte 7,4%, das Angebot der Kapitalisten war 0%. Gegen diese dreiste Lohnraubpolitik erklärten Bauarbeiter aus Bremervörde in einem Schreiben an die Verhandlungskommission der Gewerkschaft, daß sie „in den Verhandlungen (dafür) eintreten sollten, daß für alle Lohn- und Gehaltsgruppen eine Erhöhung von mindestens 100 DM auf den Monat gerechnet herauskommt". Aus den Erfahrungen der letzten Tarifkämpfe steht fest, daß eine „Grenze nach unten festgelegt sein muß, unter der keiner aus dieser Tarifrunde herausgeht".

Kohle: Mehr Tonnen, mehr Silikose

z.juh. Seit dem 1.1.79 ist die Erhöhung des ,,Kohlepfennigs" von durchschnittlich 4,5% auf 6,2% des Strompreises in Kraft. 650 Mio. DM werden die Kapitalisten dadurch zusätzlich aus den Volksmassen pressen; insgesamt über 2,6 Mrd. DM, geplündert über Steuern von den Volksmassen, will der bürgerliche Staatsapparat 1979 den Kohlekapitalisten zuschieben. Die Landesregierung von NRW finanziert 1979 mit 1,1 Mrd. DM aus Steuern die Verschärfung der Ausbeutung der Bergarbeiter durch die Kohlekapitalisten, die RAG-Kapitalisten investieren dieses Jahr 449 Mio. DM, um den Grad der Ausbeutung der Bergleute zu erhöhen, zum überwiegenden Teil sollen bestehende Bergwerke weiter ausgebaut werden.

Es geht um die Stärkung der eigenen Energiebasis der westdeutschen Kapitalisten und Konkurrenzvorteile in der EG. Die RAG-Kapitalisten steigerten 1978 ihren Kohleabsatz um 10,4% auf 64,1 Mio. t, wobei die Stahlkapitalisten um 13,4% mehr als 1977 bezogen, insgesamt 33 Mio. t.

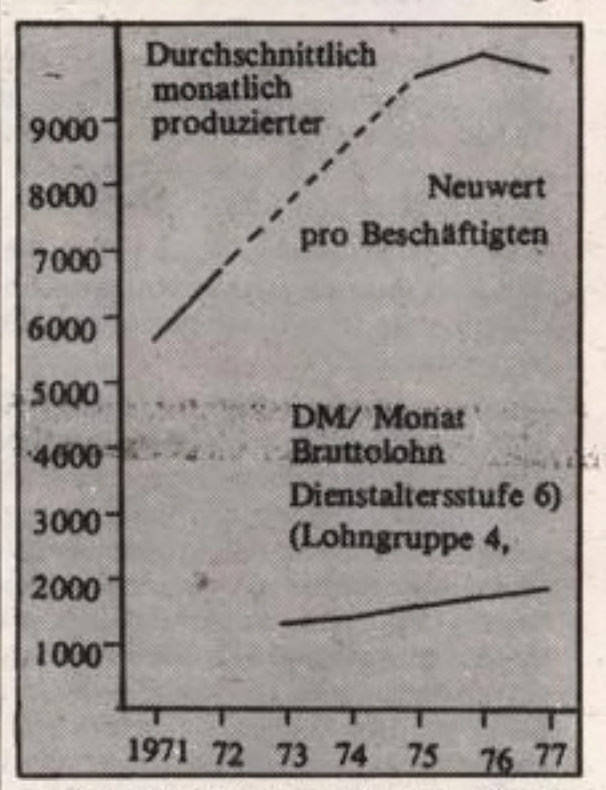
Verbraucher	Steinkohlen-briketts* Jan-Nov. 77	Steinkohlenkoks* Jan.-Nov. 77
Verkehr	80	36
öff. Kraftwerke	19973	
Gaswerke	943	
eisenschaffende Ind.**	1400	15224
übrige Industrie	5539	1456
Hausbrand, Kleinverbrauch	1708	815

* in 1000 t SKE (Steinkohleeinheiten)
** ohne Einsatzkohlen der Hüttenkokereien
Quelle: Glückauf, 10/78

Mit dem Einsatz hochentwickelter Produktionsmittel haben die RAG-Kapitalisten die Tonnenleistung pro Mann und Schicht von durchschnittlich 3875 kg 1977 auf 3972 kg steigern können. Die neuen ferngesteuerten Schrämwalzen machen erstmals den Abbau der Kohle in steiler und halbsteiler Lage möglich, können die Ausbeute um das Fünffache steigern und sparen den Kapitalisten die Kosten für etwa fünf bis sieben Arbeiter pro eingesetzte Maschine ein. Rund um die Uhr sollen sie laufen, denn jede Minute Stillstand drückt auf den Profit. Die Elektriker müssen Reparaturen an den laufenden Maschinen durchführen. Für die Bergleute heißt das Intensivierung der Arbeit und Verlängerung der Arbeitszeit, denn sie müssen so lange schaffen, bis die Ablösung im Streb ist, egal, ob die sich verspätet. Da laut Manteltarifvertrag die Ausfahrt aus dem Streb nicht als Arbeitszeit zählt, verlängert das Vorantreiben in die Flöze (1500 m sind keine Seltenheit mehr) zusätzlich die Arbeitszeit. Im Geschäftsbericht 1977 rühmen die RAG-Kapitalisten, durch maschinelle Personenbeförderung die Zeit für Anfahrt der Bergleute in den Streb wesentlich verkürzt zu haben und so mehr Profit aus den Arbeitern schinden zu können. Durch Einsatz von Rahmen und Schilden, die maschinell zum Abstützen in die Flöze getrieben werden, haben die Kapitalisten pro Einsatz dieser Maschinen die Arbeitskraft von Schlägern, Windenansetzern und Hobelläufern überflüssig gemacht. 1978 haben die RAG-Kapitalisten unter Tage 1902 Arbeiter entlassen, insgesamt 5,2% der Belegschaft wegrationalisiert. Jetzt finanzieren sie die Erforschung von Klimaverbesserung unter Tage – ,,Humanisierung der Arbeitswelt" – um so darangehen zu können, die tariflich festgelegten, von den Arbeitern erkämpften Pausen streichen zu können. – Die intensivere Ausbeutung der Flöze macht Lüftungsanlagen mit höherer Leistung erforderlich – mittlerweile ist der Krach, den sie und die Maschinen machen, unerträglich. Gegenüber 1977 ist 1978 die Zahl der Lärmgeschädigten, die erstmals entschädigt werden mußten, um 58% gestiegen, absolut um 784, die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle von 118 auf 120. Die Bergarbeiter haben bereits zwei Tarifabschlüsse unter Metall hinnehmen müssen. 1977: 6,4% = 85,06 DM / Schicht, ohne Gedinge, 1978: 4,35% = 88,76 DM / Schicht. Am 30.4. läuft für den Rheinisch-Westfälischen Bergbau der Tarifvertrag aus. Angesichts der raschen Ruinierung der Arbeitskraft, die die Kohlekapitalisten mit Unterstützung der Bundesregierung für ihren Profit betreiben, wird unter den Arbeitern und Angestellten immer breiter die Forderung nach 100 DM mehr diskutiert.

Erhöhte Kapitalintensität – verschärfte Ausbeutung

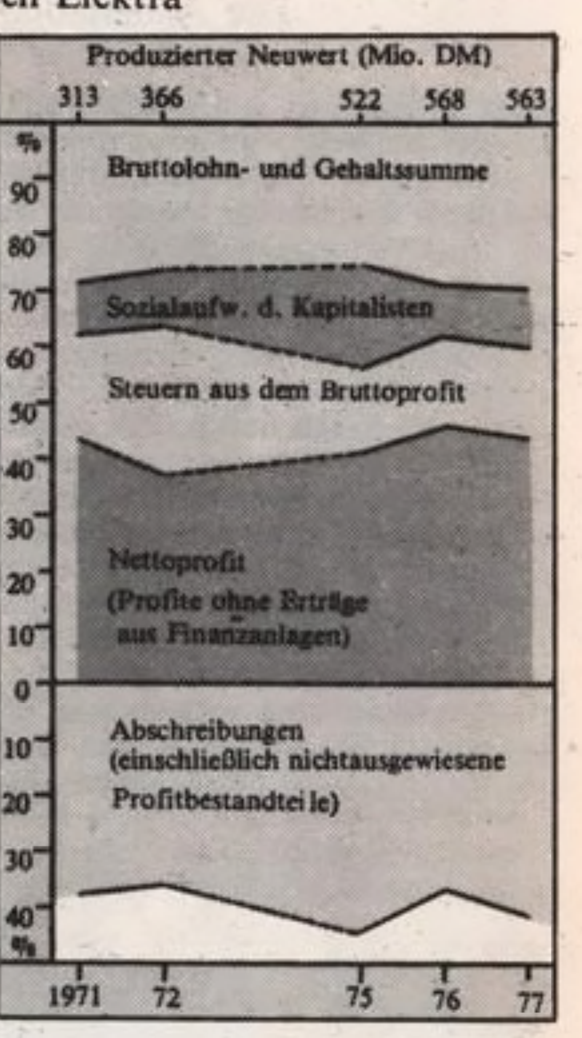
Ausbeutung der Arbeitskraft beim norddeutschen Stromerzeugungsmonopol Preussen Elektra

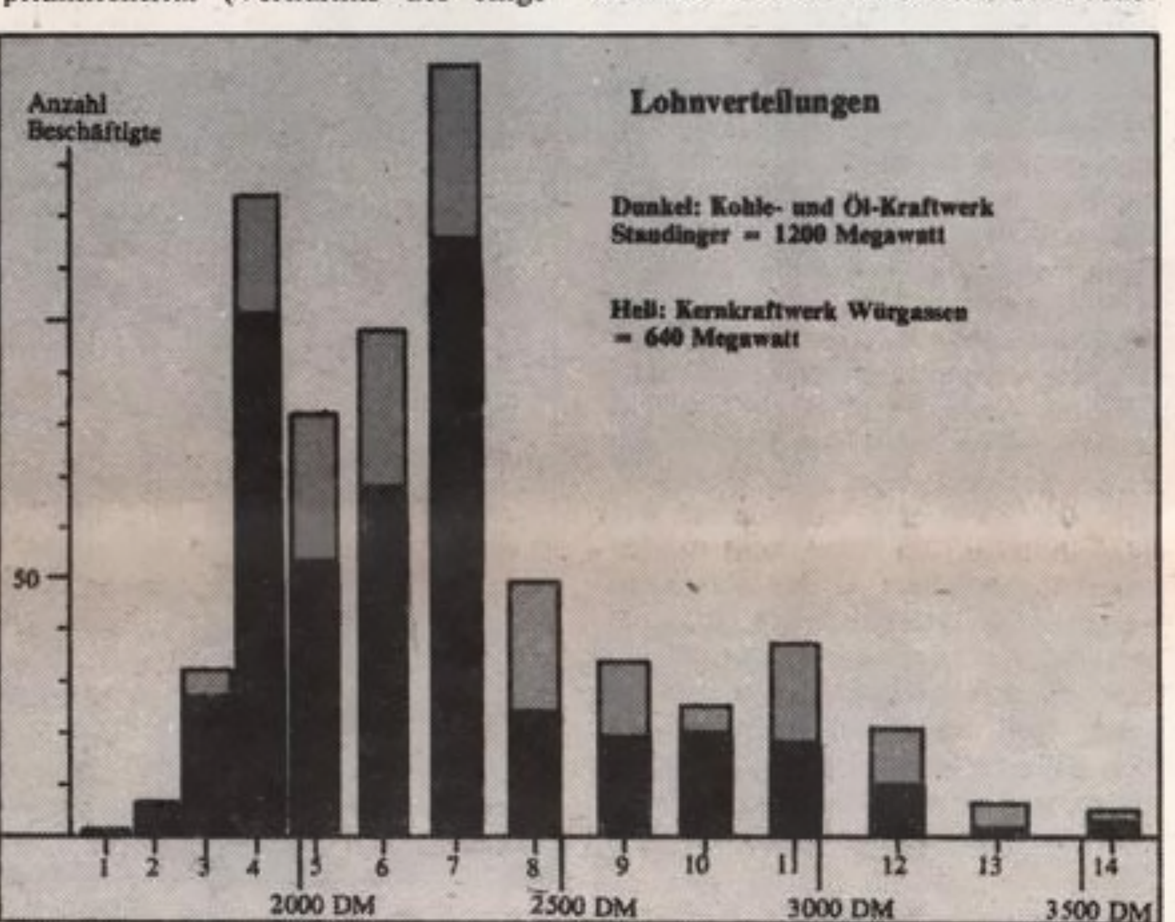


r.mid. Die Preussen Elektra erzeugte 1972 12,886 Mrd. Kilowattstunden (kWh). Davon wurden 4,2 % durch Kernenergie erzeugt. 1979 war der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugungskapazität bereits auf 33 % gestiegen, bei einem Produktionsvolumen von 16,558 Mrd. kWh (1978). Die Preussen Elektra hat das Stromversorgungsmonopol in Norddeutschland. Die Umwälzung der Technologie – Ausweitung der Stromerzeugung mittels Kernenergie – wird der Preussen Elektra von ihrem eigenen Profitinteresse wie dem der ganzen Kapitalistenklasse diktiert. Für die Ökonomie bei diesem Konzern selbst bedeutet das vor allem eine gewaltige Erhöhung der Kapitalintensität (Verhältnis des eingesetzten Kapitals pro Arbeitskraft). Der gesteigerte Anteil der Kernenergie hat den Anteil des konstanten Kapitals mehr als verdoppelt von 1971 bis 1977. Um so mehr müssen die Preussen Elektra-Kapitalisten versuchen, die Ausbeutung der lebendigen Arbeitskraft zu verschärfen.

Im Schaubild 2 wird die Lohnverteilung beim Kraftwerk Staudinger (ein konventionelles Kraftwerk, das mit Kohle und Öl betrieben wird) mit der des Kernkraftwerks Würgassen verglichen. Die Preussen Elektra stellt im Kernkraftwerk mehr Beschäftigte in mittleren Lohngruppen ein. Das bedingt einen höheren *Durchschnitts*lohn, ohne daß jedoch die Lohnspaltung geringer geworden wäre. (Eingetragen sind im Schaubild Durchschnittswerte für die Lohngruppen 1 bis 14, darunter eine absolute Skala in DM pro Monat.) Aber die Produktivität des Kernkraftwerkes liegt weit über der des Kraftwerks Staudinger. Während in Würgassen ein Arbeiter auf 2,88 Mega Watt installierte Kraftwerksleistung kommt, liegt das Verhältnis beim Kraftwerk Staudinger bei 2,52 Mega Watt pro Beschäftigten. Tatsächlich ist der Durchschnittslohn *weniger* gestiegen, so daß also die Kernkraftwerkstechnologie (selbst bei diesem ,,veralteten" Kernkraftwerk) noch erheblich profitabler, die Ausbeutung größer ist.

Im Schaubild 3 wird untersucht, wie sich der von den Arbeitern bei Preussen Elektra jährlich geschaffene Neuwert zusammensetzt und was davon sich die Kapitalisten als Profit aneignen. Aus dem Neuwert zahlen die Kapitalisten die Löhne und Gehälter. Weiterhin zahlen die Kapitalisten aus dem Neuwert Aufwendungen für Sozialversicherung und betriebliche Altersversorgung. In Wirklichkeit verbergen sich dahinter riesige Summen an Rückstellungen, von denen die Arbeiter nichts oder wenig sehen, sondern die als Kapital eingesetzt werden. Der verbleibende Anteil am Neuwert bildet den Bruttoprofit. Daraus zahlen sie Steuern. Die Auswirkungen der verschiedenen Steuerreformen der letzten Jahre erkennt man deutlich an der sinkenden Steuerquote. Schließlich haben wir spiegelbildlich zur Profitquote noch die in den Geschäftsberichten ausgewiesenen Abschreibungen (auf Sachanlagen) eingetragen. sie bestehen ebenfalls vor allem aus verschleierten Profiten, die man der Profitmasse hinzurechnen muß. Gepreßt wird das alles aus der Vernutzung und dem Verschleiß der lebendigen Arbeitskraft.





Kohleverstromung: Kapitalisten geht die Entwicklung zu langsam

z.kls. In den ,,Tagesnachrichten des Bundesministers für Wirtschaft vom 20.3. heißt es: ,,Verstromungsziel '78 erreicht". 1978 seien von den 350 Steinkohlekraftwerken 32,3 Mio. Tonnen westdeutsche Steinkohle verbraucht worden. Das entspreche einer Steigerung von 9% und erfülle bereits den geplanten Durchschnittswert für den Zeitraum bis 1980 von 33 Mio. Tonnen. Jedoch, wird eingeschränkt, sei 1978 wegen ,,Verzögerung im Genehmigungsverfahren" entgegen den Planungen kein einziges Steinkohlekraftwerk gebaut worden.

Über das Dritte Verstromungsgesetz werden den Verstromungskapitalisten die Mehrkosten beim Einsatz von Steinkohle gegenüber Erdöl und Erdgas über den ,,Kohlepfennig" erstattet. 347 Mio. DM sind nach dem Energieprogramm für die Entwicklung neuer Technologien in der Kohleverstromung vorgesehen.

Vor zwei Wochen wurde die Bundesregierung nach einer Energiedebatte im Wirtschaftsausschuß aufgefordert, eine Bestandsaufnahme über die Entwicklung und Forschung von Kohleveredlung und -verstromung vorzulegen. Die Forschung zielt darauf ab, Techniken zu entwickeln, die die Investitionskosten senken bei gleichzeitiger Steigerung der Brennstoffausnutzung. Das Verfahren der ,,Kohle-Druckvergasung mit kombiniertem Gas-Dampfturbinenprozeß" und Wirbelschichtfeuerung bildet das Kernstück der Forschung. Bei diesem Verfahren wird bei einer Temperatur von 1000°C Kohle mit Wasserdampf zusammengebracht. Die Kohle entreißt dem Wasser den Sauerstoff, und aus dem entstehenden Gemisch von Kohlenoxid und Wasserstoff wird das Methan (Erdgas) gewonnen. Die für den Vergasungsprozeß benötigte Wärme wird durch Verbrennen der Kohle erreicht. Die Kohle wird im Wirbelschichtverfahren verbrannt. Kohlestaub wird auf einen Anströmboden, einem Rost, aufgebracht. Die Verbrennungsluft wird von unten eingeblasen. Untergemischter Kalkstein und Dolomit binden den Schwefel der Kohle. Das gewonnene Gas wird mit Druckluft in einer Brennkammer auf hohe Temperatur gebracht, und diese energiereiche Luft treibt die Gasturbine. Die Brennkammer dient gleichzeitig als Brenner für einen Dampferzeuger einer Dampfturbine. 15% Investitionseinsparung erhoffen sich die Kapitalisten von diesen Verfahren.

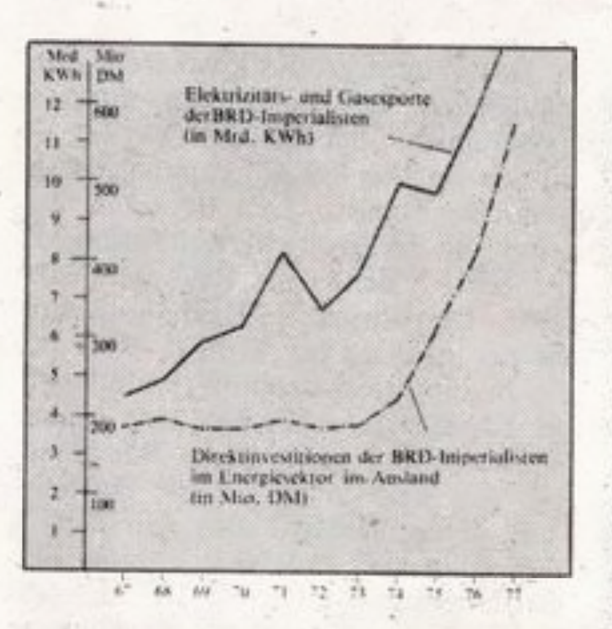
Elektrizitäts- und Gasmonopole – große Profithaie

Die ganze übrige Industrie schreit nach Verbilligung von Strom und Gas

z.gab. In der Liste ,,der 200 Größten" rangieren die Elektrizitäts- und Gasversorgungskonzerne der BRD in der alljährlichen Rangliste der Wirtschaftswoche unter den ersten 100. Die VEBA, zu deren Konzernverbund die NWK, die Preussen-Elektra, Schleswag, HASTRA etc. gehören, mit einem Jahresumsatz von 27,4 Mrd. DM 1977 an erster Stelle, die RWE mit einem Jahresumsatz von 11,9 Mrd. DM 1977 auf Platz 12, danach folgen VEW, Preussag, HEW, Badenwerk, Bewag usw. Eine Handvoll Monopole beherrscht die gesamte Energieversorgung in der BRD, in ihrer Hand sind die rund 1000 Elektrizitätswerke in Westdeutschland. Mit jeder Gemeinde, jedem Kreis in der BRD ist über Konzessionsverträge den Energiekapitalisten das Recht der ausschließlichen Belieferung mit Strom, Gas oder Wasser eingeräumt. Durch Demarkationsverträge haben sich die Elektrizitäts- und Gaskonzerne das gesamte Bundesgebiet untereinander aufgeteilt.

In der Elektrizitäts- und Gasproduktion, wie in der gesamten Energieproduktion handelt es sich für alle Kapitalisten um die Herstellung und Versorgung mit billiger Energie. In der Energieproduktion selbst, ebenso wie in der Versorgung aller Kapitalisten mit Energie, muß eine gewaltige Masse an konstantem Kapital vorgeschossen werden, die für die Auslagen aller Kapitalisten für Antriebs- und sonstiger Energie, die sie für die Produktion mit Maschinerie in wachsendem Ausmaß haben, notwendig ist. Deshalb wird die Energieproduktion selbst in zunehmendem Maße vom geschäftsführenden Ausschuß der Kapitalistenklasse, dem bürgerlichen Staat, betrieben. Mit 48% ist der Bund an der VEBA beteiligt, dieser wiederum gehören 85% der Preussen-Elektra.

Die Bildung des Monopols der Preussen-Elektra in Niedersachsen zeigt anschaulich die Konzentration der Kapitale im Energiesektor, wie sie in ähnlicher Weise in allen anderen Bundesgebieten vollzogen wurde. Auf Erlaß des preußischen Staates wurde 1927 die Preussen-Elektra aus mehreren kleinen Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) und der NWK (Nordwestdeutsche Kraftwerk AG), die dem Siemenskonzern gehörte, gegründet. In der Bekanntmachung des Amtsgerichts Berlin heißt es dazu: ,,Gegenstand des Unternehmens ist jetzt: Die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb elektro-wirtschaftlicher Anlagen zur vorteilhaften Versorgung der Bevölkerung mit elektrischem Strom." Die Preussen-Elektra beherrscht heute den gesamten Norddeutschen Raum und südlich von Hannover alle Gebiete östlich der Weser bis Frankfurt. Fast alle kleineren EVU gehören der Preussen-Elektra, und selbst diejenigen, die nicht zur Preussen-Elektra gehören, wie die Stadtwerke Hannover, müssen laut Vertrag 20% ihrer Stromabgaben von der Preussen-Elektra beziehen. (Vergl. KVZ 8/79, Ausgabe Nord, ,,Expansion der Preussen-Elektra zum Stromversorgungsmonopol").



Die gesamte Kapitalistenklasse unterliegt dem Zwang zur Kostensenkung für ihr konstantes Kapital, deshalb haben sie ein Interesse an billiger Energie. Durch ,,Sonderverträge" mit den Elektrizitäts- und Gaskonzernen haben die Kapitalisten ihre Strombezugskosten auf rund ein Viertel des allgemeinen Tarifpreises gesenkt. Zahlten die Volksmassen im Emsland im Oktober 1978 für den Grundtarif I 12,50 Pf/kWh, so zahlten die Kapitalisten dort für Tagstrom 6 Pf/kWh und für Nachtstrom 3,7 Pf/kWh. In Hannover zahlt eine Arbeiterfamilie 16 Pf/kWh, die Stahlwerke Peine & Salzgitter nach Sondertarif rund 5 Pf/kWh.

Die Ausplünderung der Volksmassen durch Erhöhung des Haushaltstarifs auf 12 Pfg., 13 Pfg., 16 Pfg. je Kilowattstunde und mehr, und die Senkung der Energiekosten für die Kapitalisten stößt jedoch auf Grenzen, gelingt es nicht, die Produktivität in der Elektrizitätsindustrie selbst zu steigern. Um 6000 DM je Beschäftigten haben die VEBA-Kapitalisten ihren Umsatz von 1976 auf 1977 gesteigert, die Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) erzielten im gleichen Zeitraum eine Umsatzsteigerung um rund 8000 DM je Beschäftigten. Von 67084 auf 66499 Beschäftigte haben die VEBA-Kapitalisten von 1976 bis 1977 ihre Belegschaft gesenkt, die RWE-Kapitalisaten von 58269 im Jahr 1976 auf 57904 Beschäftigte 1977. Verschärfte Schweißauspressung der Arbeiter in den Elektrizitäts- und Gaswerken in Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit sind die Mittel der Elektrizitäts- und Gaskapitalisten, mit denen diese Umsatzsteigerungen erzielt wurden.

,,Am 5. Januar 1979 wurde mit 20428 Megawatt eine Höchstlast bei den Essenern gefahren ..." meldete die ,,Wirtschaftswoche" Ende Januar dies bisher höchste Ausbeutungsergebnis der RWE. ,,Auch sonst hat sich das zur Jahresmitte 78 begonnene neue Geschäftsjahr bei Deutschlands größtem Stromerzeuger gut angelassen. Von Juli bis Dezember 78 wurde die nutzbare Stromabgabe gegenüber dem Vorjahr um rund 5% auf 54 Mrd. kWh gesteigert." Von Oktober bis Dezember 1978 sogar um 8,6%. ,,Dazu beigetragen haben allerdings größere Sonderlieferungen – zu Sonderpreisen – an Frankreich", kommentierte der Schreiberling dieses Bourgeoismagazins die steigenden Profite, die die Elektrizitätskonzerne zudem aus dem seit 1972/73 immens gestiegenen Export von Elektrizität in die Nachbarländer der BRD einstreichen.

Kontrolle der Energieversorgung der imperialistischen Konkurrenten ist für die BRD-Imperialisten bei ihrem Ringen um die Vormachtstellung innerhalb der EG und auf dem europäischen Markt von großer Bedeutung. In welchem Ausmaß sie sowohl den Export von elektrischer Energie als auch den Kapitalexport in die Energiewirtschaft der imperialistischen Konkurrenten in den letzen Jahren vorangetrieben haben, verdeutlicht das Schaubild.

Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter in den Elektrizitätswerken und die Deckung des Bedarfs an billiger Energie mit Hilfe der Energieprogramme der Bundesregierung verbessern die Bedingungen der BRD-Imperialisten für die kapitalistische Konkurrenzschlacht, ebenso wie sie die Bedingungen schaffen für die Steigerung der Ausbeutung der gesamten westdeutschen Arbeiterklasse.

z.bil. Am 1. März 1977 kam ein Entwurf der Bundesregierung zur Neuordnung des landwirtschaftlichen Pachtrechts auf den Tisch. Zwei Jahre später zieht die Bundesregierung den Entwurf zurück. Alle Parteien legen am 6. März 1979 ein neues Landpachtschutzgesetz zur Beratung vor. Sinneswandel? Der Entwurf von 1977 sah die Abschaffung der Kontrolle der Landpachtverträge vor. Der Gesetzentwurf 1979 führt ein Genehmigungsverfahren ein: ,,Der Verpächter hat vor Abschluß eines Landpachtvertrages durch Vorlage den Vertragsabschluß anzuzeigen'' (§2). Die Landesregierungen können die Landpachtverträge beanstanden, d.h. die Genehmigung versagen, wenn

– die Verpachtung eine ungesunde Verteilung der Bodennutzung bedeutet,
– durch die Verpachtung ein Grundstück unwirtschaftlich in der Nutzung aufgeteilt wird, oder
– der Pachtzins in Mißverhältnis zum Ertrag steht, der bei ordnungsgemäßer Bewirtschaftung zu erzielen ist. (§4).

Regelmäßig liegt diese ,,ungesunde Entwicklung vor'', wenn an einen Nebenerwerbslandwirt verpachtet wird.

In den Jahren 1966-71 (neuere Zahlen liegen nicht vor) hat sich das Verhältnis zwischen Eigenland und Pachtland verändert. Während 1966 im Bereich von 10 bis 20 Hektar 3 197 300 Betriebe auf Eigenfläche und 931 100 auf Pachtfläche anbauten, waren es 1971 2 614 100, die auf Eigenfläche anbauten und 1 017 300 auf Pachtfläche. Getrieben durch den Zwang, die notwendigen Lebensmittel zu erwirtschaften, verkaufen die kleinen Bauern Land und suchen neues dazuzupachten. Unvermeidlich treibt auch dies die kleinen Bauern in neue Schuldknechtschaft und letztlich zur Aufgabe des Hofes. Der Agrarbericht 1979 (Tabelle) zeigt das Verhältnis der Vernichtung der Bauern mit Land bis zu 30 ha bei gleichzeitiger Konzentration in den Händen der Agrarkapitalisten.

Bundesregierung plant ,,Landpachtschutzgesetz''

Es geht um weitere Konzentrierung des Bodens in den Händen der Bourgeoisie

Die Pachtpreise sind von 1969/70 bis 1978 von durchschnittlich 252 DM pro ha auf ca. 350-400 DM pro ha gestiegen. Pachtverträge haben für die Grundbesitzer den Nachteil, daß sie meist langfristig geschlossen werden, die Erhöhung der Pachtzinsen ist nicht ohne weiteres möglich. Dies ist einer der Gründe, warum mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion der Grundeigentümer die Pachtzeit möglichst abzukürzen sucht. Bei jedem neuen Pachtkontrakt fügt er die Verbesserungen am Boden, die der Pächter vorgenommen hat, als Zinserhöhung hinzu.

Der neue Gesetzentwurf eines Landpachtschutzgesetzes konzentriert die ,,Freiheit'' des Erwerbs von Pachtland in den Händen der Agrarkapitalisten. Die Masse der kleinen und mittleren Bauern wird dem Kontrollverfahren unterworfen. Bei ihnen wird die Landesregierung Einspruch erheben und den Pachtvertrag nicht mehr genehmigen.

Konzentration von Land in den

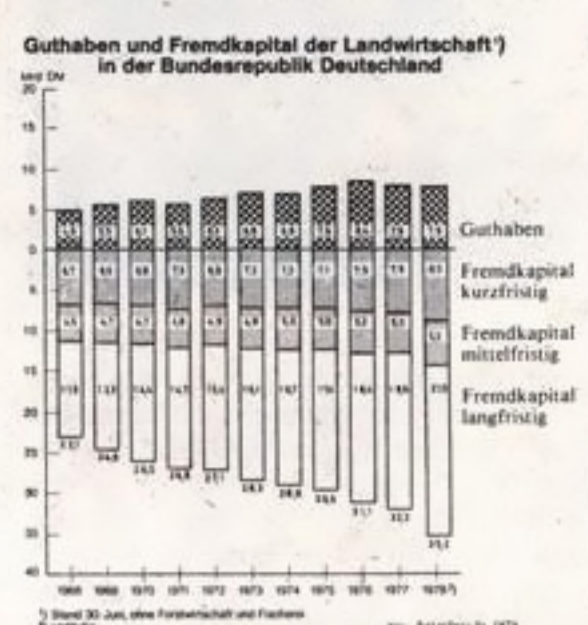
Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe * nach Größenklassen

Größenklasse von ... bis unter ... ha	1968	1977	1978
1 bis 10	738,3	453,2	442,5
10 bis 20	286,0	199,4	194,1
20 bis 30	96,1	105,9	105,0
30 bis 50	47,8	72,0	73,0
50 und mehr	17,5	28,3	29,2
insgesamt ...	185,6	858,7	843,6

* einschl. Wein- und Gartenbau

Händen der Agrarkapitalisten ist die eine Seite der Gesetzesmaßnahmen. Die andere heißt ,,Flurbereinigungsgesetz''. 1976 wurde dieses Gesetz verabschiedet ,,zum Zwecke der Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land-und Forstwirtschaft sowie zur Förderung der allgemeinen Landeskultur und der Landentwicklung'' (§1 FlurberG). Der Zugriff auf das Land ist mit diesem Gesetz gesichert. Die Bauern werden gezwungen, zu Niedrigstpreisen (Verkehrswert) das Land an die Landesregierungen oder den Bund zu verkaufen, weigern sie sich, wird ein Enteignungsverfahren durchgeführt. Sie erhalten eine ,,Entschädigung''. Gleiches gilt für die Pächter. Ein Pächter beispielsweise, der noch 5 Jahre nach dem Vertrag das gepachtete Land bebauen könnte, erhält 4561 DM ,,Entschädigung''.

Seit 1967 sind jedes Jahr rund 5000 Flurbereinigungsverfahren durchgeführt worden. 4 Millionen ha Land hat der Staatsapparat auf diese Weise an sich gebracht. Gefördert werden die Agrarkapitalisten, denen das Land zur Zusammenlegung und konzentrierten Produktion billig zur Verfügung gestellt wird. Gleichzeitig wird es zur Gründung von Industrien und Ausbau des Transportnetzes vernutzt. Die A 81 (Hochschwarzwaldstraße, die jetzt fertiggestellt wurde) eröffnet den rascheren und billigen Warentransport und Transport von der dänischen Grenze über Hamburg, Hannover, Kassel und Stuttgart bis zur schweizerischen Grenze. 98 250 Grundstücke waren ,,an der Aufbringung des Landbedarfs beteiligt''. Auf 70 Millionen DM, ganze 8% der Gesamtausgaben, und davon wieder nur 26 Millionen für den Kauf des Landes, konnte die Landesregierung die Zahlungen an die Bauern drücken. Das meiste Land wurde von den Nebenerwerbslandwirten geholt. Preise von 3 DM/qm wurden gezahlt. Der Landhunger der nicht enteigneten Bau-



ern ist um ein weiteres gestiegen. An allen Orten entlang der A 81 wurden die Pachtpreise erhöht. Die Agrarkapitalisten konnten Steigerungen von 50-100% erzielen. Wurden vormals 100-175 DM für einen Hektar Pachtland gezahlt, sind die Bauern jetzt zu einem Pachtpreis bis zu 350 DM pro ha gezwungen. Die Landesregierung Baden-Württemberg ,,benötigt'' weitere 500 000 ha Fläche für ihr Straßenbauprogramm. Das neue Landpachtschutzgesetz hat den Zangengriff auf das Land der kleinen und mittleren Bauern geschlossen. ,,Zunehmende Schwierigkeiten'' stellen die Landesregierungen bei Flurbereinigungsmaßnahmen fest. Heftige Kämpfe haben das Planfeststellungsverfahren für den Bau der A 81 über 6 Jahre verzögert.

verkaufen die kleinen Bauern Land und suchen neues dazuzupachten. Unvermeidlich treibt auch dies die kleinen Bauern in neue Schuldknechtschaft und letztlich zur Aufgabe des Hofes. Der Agrarbericht 1979 (Tabelle) zeigt das Verhältnis der Vernichtung der Bauern mit Land bis zu 30 ha bei gleichzeitiger Konzentration in den Händen der Agrarkapitalisten.

1 bis 10	738,3	453,2	442,5
10 bis 20	286,0	199,4	194,1
20 bis 30	96,1	105,9	105,0
30 bis 50	47,8	72,0	73,0
50 und mehr	17,5	28,3	29,2
insgesamt ...	185,6	858,7	843,6

* einschl. Wein- und Gartenbau

ren und billigen Warentransport und Transport von der dänischen Grenze über Hamburg, Hannover, Kassel und Stuttgart bis zur schweizerischen Grenze. 98 250 Grundstücke waren ,,an der Aufbringung des Landbedarfs beteiligt''. Auf 70 Millionen DM, ganze 8% der Gesamtausgaben, und davon wieder nur 26 Millionen für den Kauf des

programm. Das neue Landpachtschutzgesetz hat den Zangengriff auf das Land der kleinen und mittleren Bauern geschlossen. ,,Zunehmende Schwierigkeiten'' stellen die Landesregierungen bei Flurbereinigungsmaßnahmen fest. Heftige Kämpfe haben das Planfeststellungsverfahren für den Bau der A 81 über 6 Jahre verzögert.

,,Unsere Entbehrungen müssen bezahlt werden!''

z.erm.Rom. Am 30. Oktober hatten die Schafhirten der italienischen Region Latium von den Käsekapitalisten ein Abkommen über Mindestaufkaufpreise von umgerechnet 1,78 bis 2 DM/l Milch erzwungen. Eine der größten italienischen Käsefabriken, Locatelli, hat das Abkommen nicht unterzeichnet und versucht seither, die Schafhirten zur Lieferung von Schafsmilch zu niedrigeren Preisen zu zwingen. Am 13. Februar sind 100 Delegierte der regionalen Schafhirtenversammlung zum Locatelli-Hauptsitz nach Citerna gefahren, um von den Kapitalisten die Einhaltung des Abkommens und Lieferverträge zu fordern. Die Kapitalisten erklärten frech, daß sie nur Verträgen zu ,,vielleicht noch niedrigeren Preisen als im letzten Jahr'' zustimmen würden. Bis zu 670 DM Pacht müssen die Hirten pro ha Weideland an die Landbesitzer zahlen. Nur wenige können die Preise der Futtermittelkonzerne bezahlen. Als im Januar Weideland durch Frost zerstört wurde, mußten daher viele Hirten einen Teil ihrer Herden schlachten lassen. Dennoch haben die Züchter die Anzahl der Schafe und Ziegen seit 1971 um 365 000 Stück erhöhen können. Auf den vor kurzem durchgeführten Protestversammlungen forderten die Hirten: ,,Unsere Entbehrungen müssen bezahlt werden!'' Sie beschlossen, auf regionaler Ebene weitere Kampfaktionen gegen die Locatelli-Kapitalisten vorzubereiten.

USA: Mexikanische Farmarbeiter seit zehn Wochen im Streik

z.pel. Die Erhöhung des Mindestlohns von 3,75 Dollar auf 5,25 Dollar und einen allgemeinen Tarifvertrag fordert die Gewerkschaft der mexikanischen Salatpflücker (UWF) von den kalifornischen Agrarkapitalisten. Gegenwär-

USA: Mexikanische Farmarbeiter seit zehn Wochen im Streik

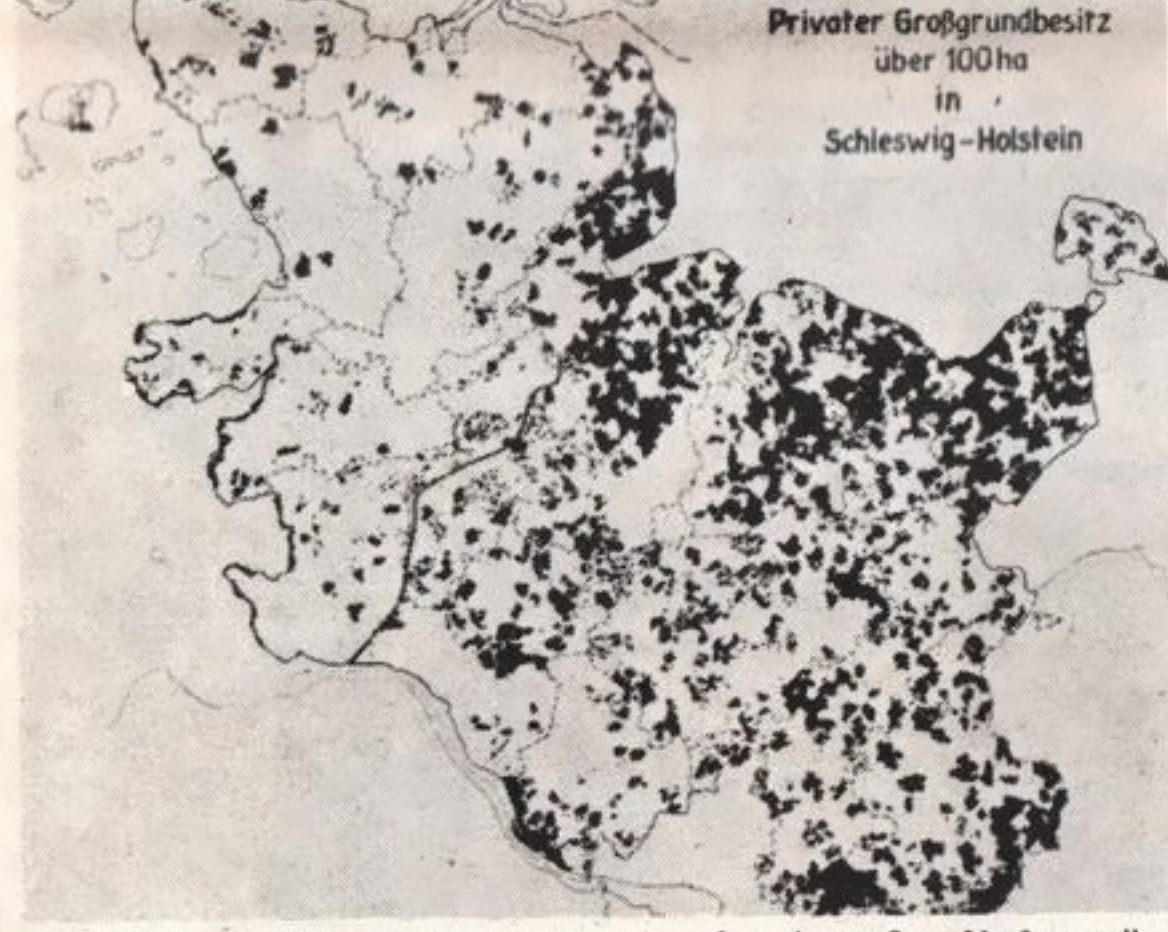
z.pel. Die Erhöhung des Mindestlohns von 3,75 Dollar auf 5,25 Dollar und einen allgemeinen Tarifvertrag fordert die Gewerkschaft der mexikanischen Salatpflücker (UWF) von den kalifornischen Agrarkapitalisten. Gegenwärtig müssen sich die mexikanischen Arbeiter noch für einen Lohn von 30 Cents pro Dutzend geernteter Salatköpfe verdingen. Ein Tarifvertrag existiert nicht, dem letzten geernteten Salatkopf folgt die sofortige Entlassung. Waren die Landarbeiter bisher gezwungen, dem Ernterhythmus folgend von Süden nach Norden zu ziehen und sich so einen Ausbeuter zu suchen, organisieren sie jetzt den Streik entsprechend diesem Rhythmus. Mit dieser Woche wird der Arbeitskampf auf Nordkalifornien und Arizona ausgedehnt. Nach der Ablehnung ihres 7%-Angebots wollten die großen Farmer und Agrarmonopole den Streik schon in Südkalifornien mit Polizeieinsatz, angeheuerten Schlägerbanden und Salatpreisen von einem Dollar brechen. Der Arbeiter Rafael Contreras wurde erschossen. ,,Wir haben 17 Jahre für die Anerkennung der Gewerkschaft gekämpft, wir werden auch diesen Streik erfolgreich beenden'', so ein Streikposten. Demonstrationen von über 10000 Landarbeitern unter Beteiligung der Teamster-Gewerkschaft und ein Solidaritätsaufruf des AFL-CIO verbessern dafür die Bedingungen.

Landarbeiter in der BRD: Im Alter hat es ein Hofhund besser als sie

z.sus. Landarbeiter sind in der allgemeinen Rentenversicherung versichert. 1950 betrug der Bruttoverdienst eines Landarbeiters 85 DM monatlich, 1965 DM 487 und 1977 1 204 DM bei freier Kost und Logis und einer wöchentlichen durchschnittlichen Arbeitszeit von mindestens 55 Stunden. Ein Arbeiter der papierverarbeitenden Industrie, wo die niedrigsten Löhne der Industriearbeiterschaft gezahlt werden, hatte 1965 850 DM brutto. Die Agrarkapitalisten zahlen nicht ständig in die Rentenversicherung ein, weil die Masse der Landarbeiter nur einen Teil des Jahres (Ernte-/Saatzeit) ihre Arbeitskraft verkaufen können. Nach den eingezahlten Monaten und Jahren und nach der Höhe der eingezahlten Beiträge, die sich nach dem Lohn errechnen, richtet sich aber die Höhe der Rente. Betrug 1950 die Zahl der ständig arbeitenden Landarbeiter 766000 gegenüber 450000 nicht-ständigen, so verschiebt sich diese Zahl bis 1966 auf 106000 ständige gegenüber 255000 nicht-ständigen Landarbeitern. – 1974 ist ein Tarifvertrag in Kraft getreten, nach dem ehemalige Landarbeiter, wenn sie Altersruhegeldempfänger sind oder Erwerbsunfähigkeitsrente empfangen und wenigstens 180 Monate in der Landwirtschaft gearbeitet haben, für je 12 Monate Beschäftigung nach dem 1.7.1972 monatlich 2,50 DM erhalten.

Bodenreform in Schleswig-Holstein nach dem 2. Weltkrieg

Der Großgrundbesitz wurde nicht entmachtet



r.ham. Der Kampf der Massen um Arbeit und Brot und Land, also um die Lösung der Bodenfrage nach dem 2. Weltkrieg, wird heute von der bürgerlichen Klasse wenn nicht totgeschwiegen, dann umgelogen in das, was sie unter ,,Bodenreform'' versteht. Nach dem ,,Zusammenbruch'' 1945, nach der militärischen Niederlage des deutschen Finanzkapitals durch die alliierten Truppen, vor allem durch die Schläge der Roten Armee, kam es für die bürgerliche Klasse darauf an, die Revolution zu unterdrücken und Zeit zu gewinnen, um erneut ihre Ausbeuterordnung aufzurichten.

Nach dem Krieg begannen die Massen sofort, in großem Umfang selbst die Produktion ihrer Nahrungsmittel in die Hand zu nehmen. Die britischen Besatzer behinderten das nach allen Kräften und riefen die Bourgeoisie auf, wieder die Produktion zu organisieren: ,,Es wird keine Knappheit an Arbeitskräften bestehen. (Es gab allein 1,105 Mio. Flüchtlinge), ... jedes Paar Hände ... muß angestellt werden.'' Das war am 1. August 1945.

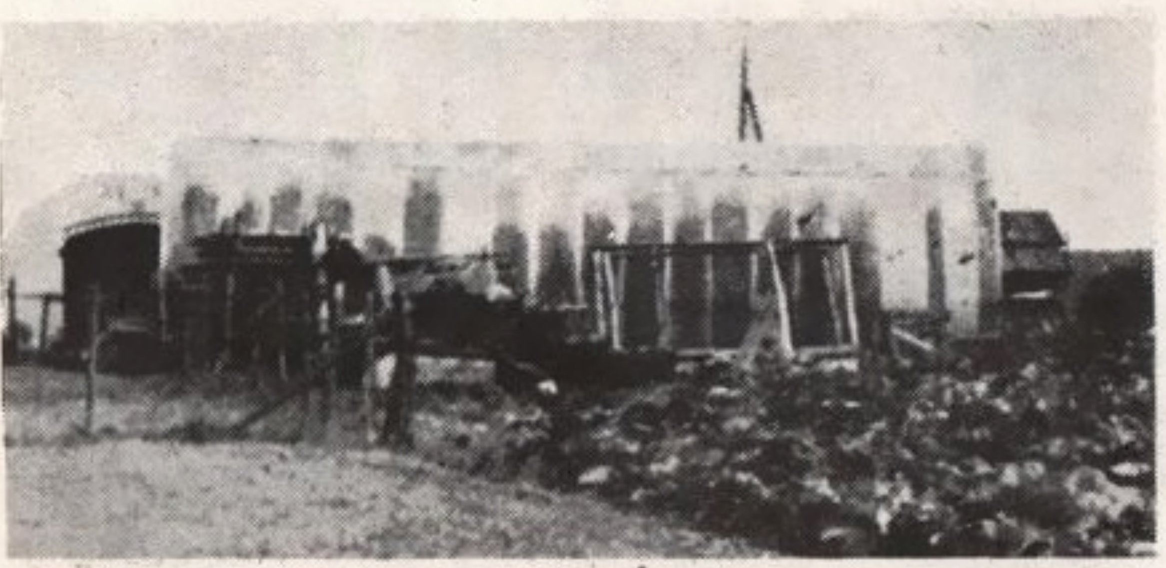
Die Bourgeoisie war natürlich nicht in der Lage, die Ernährung der Massen zu organisieren. Das kommt in der Entwicklung der Kleingärten zum Ausdruck: im Mai 45 gab es 93000 Kleingärten, im Mai 47 256000, Ende 49 315000, auf einer Fläche von 11500 ha, das in Form von Pachtland von den Gemeinden vergeben wurde, auf dem über 1 Mio. Menschen sich ihre Nahrungsmittel in arbeitsintensivster Bewirtschaftung produzierten, die Hausgärten einschließlich die der Bauern kommen da noch hinzu, so daß sicher 2 Mio. Menschen (Gesamtbevölkerung Schleswig-Holsteins damals 2,4 Mio.) sich wesentliche Teile ihrer Nahrungsmittel selbst erzeugten, sonst wären sie verhungert. Der ,,Markt'' war also klein, zu schmal für die bürgerliche Klasse, um sich wieder zur alten Größe aufzuschwingen. Zugleich lag für die Massen der Gedanke auf der Hand, ihn ganz abzuschaffen, d.h. alle Produktion planvoll auf *ihre* Bedürfnisse auszurichten, die Revolution zu machen. Deshalb war die Forderung nach Bodenreform, nach Enteignung der Agrarkapitalisten stark. Um das abzubiegen, brachte die britische Militärregierung 29 Monate nach Kriegsende im September 1947 die Verordnung 103 ,,Bodenreform'' heraus. In der Einleitung wurde die Brechung, später die ,,Minderung'' des wirtschaftlichen und politischen Einflusses des Großgrundbesitzes gefordert. Dazu sollte alles Land über 150 ha enteignet werden, mit Entschädigung: ,,Artikel 4 Entschädigung. Den aufgrund dieser Verordnung enteigneten Eigentümern ist Entschädigung zu zahlen. Länderregierungen geben mit Zustimmung der Militärregierung die Richtlinien für die Festsetzung, die Höhe und die Zahlungsweise der Entschädigungen.'' Den Bauern sollte auch Land weggenommen werden. Bei 30 ha Größe 2% des Bodens, bei 40 ha 4% usw.

Die KPD stellte spät, am 1. Dezember 1947, die Forderung nach einem Volksentscheid an den Landtag über folgende Forderung: Entschädigung und Enteignung allen Grundvermögens über 100 ha, keine Enteignung von Bauernland, Aufteilung des enteigneten Landes auf Bauern und Landarbeiter im Umfang von Ackernahrung.

Die SPD stellte damals die Landesregierung von 1947-50, sie hielt große Reden über Bodenreform und über das, was sie unter Sozialismus verstand. Sie war die getreue Handlangerin der britischen Besatzer. 1950 war sie zerschlissen, der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), die CDU und die Deutsche Partei stellten die Regierung. Noch unter der SPD-Regierung wurde der entscheidende Punkt der Bodenreform für die Rittergutsbesitzer, die Entschädigung, geklärt. Das 1,10-fache des Einheitswerts des Bodens sollte damals in harter D-Mark gezahlt werden. Als das die Gutsbesitzer durchgesetzt hatten, stellten die Herren Grafen von Holstein usw. 26000 ha Land zur ,,Verfügung'', dafür haben sie 384 Mio. DM Entschädigung kassiert, das reichte, um sich als industrielle Kapitalisten im prompt folgenden ,,Wirtschaftswunder'' zu betätigen. Das ist die sozialdemokratische Brechung der Macht des Großgrundbesitzes. Das enteignete Land wurde dann aufgesiedelt von der schleswig-holsteinischen Landgesellschaft, 0,1 ha Boden galt bereits als Siedlung, die Durchschnittsgröße betrug 3,4 ha, und einen Haufen Schulden.

1960 wurde mit allen Stimmen der bürgerlichen Parteien im Kieler Landtag die britische Bodenreformverordnung und alles parlamentarische Beiwerk dazu, aufgehoben. 1977 ist das sogenannte ,,30000 ha-Programm'' abgeschlossen worden, da befanden sich noch 60% der neugegründeten Höfe im Besitz der Eigentümer. Über die Flächen, die ihnen noch gehörten, sind keine Angaben veröffentlicht, 0,1 ha-Stellen (1000 qm) sind sicherlich noch im Besitz der darauf wohnenden Arbeiter. Die 10 und 15 ha Bauernstellen kauft inzwischen der Graf von Holstein wieder zurück (über 1000 ha hat er 1949 sowieso behalten).

Diese Entwicklung ist die materielle Grundlage für zweierlei Dinge. 1. Die CDU wie die FDP empfiehlt sich als Kämpferin für die breite Streuung des Besitzes, auch des Bodenbesitzes und 2. die SPD versucht sich jetzt im Landtagswahlkampf als Beschützer der kleinen Bauern auszugeben: Ihr agrarpolitischer Sprecher Hans Wiesen: ,,Die Großen reißen sich das Land unter den Nagel, die Kleinen gehen leer aus. Wir wollen, daß die kleinen Bauern, die das Land gebrauchen, in den Wettbewerb um den Boden treten können.'' Dazu will er dem Staatsapparat Richtlinien erarbeiten, die es erlauben, ,,auch einmal die Bodenverkehrsgenehmigung zu versagen.'' Hinter dem britischen Besatzer können sie sich nicht mehr verstecken, deshalb muß Wiesen die Bauern spalten in ,,Große'' und ,,Kleine''. Das Bauernlegen ist gesetzmäßig, die Erfahrung zeigt, daß es durch die Taten der bürgerlichen Parteien immer mehr beschleunigt worden ist. Profitiert davon haben nur die Ausbeuter.



Ansiedlung von Bauern 1945/46, die jahrelang gezwungen waren in diesen sogenannten ,,Nissenhütten'' zu hausen, während der Großgrundbesitz im wesentlichen unberührt und entschädigt, ein gutes Geschäft mit der sogenannten Bodenreform machte.

Demonstration gegen die Schulunterdrückung

r.hew. Am 22.3. fand erneut eine Demonstration von 400 Schülern gegen das sogenannte Tossens-Papier des Bremer Senats statt. Am 23. sollte die Deputation für Bildung darüber entscheiden. Das Papier sieht vor, die Schüler über die Verschiebung des Abiturs ein halbes Jahr länger der Schulunterdrückung zu unterwerfen.

Im ganzen letzten Jahr hat es eine Reihe von Streiks gegeben. Gegen das Tossens-Papier wurden zwei unbefristete Streiks durchgeführt. In der Bewegung unter den Schülern hat es von Anfang an eine scharfe Auseinandersetzung um die Forderungen gegeben. An vielen Schulen wurden Forderungen gegen das dreigliedrige Schulsystem, gegen die Schulunterdrückung und für die Rechte der Schüler aufgestellt. Die Führung der Gesamtschülervertretung (GSV), die vom Sozialistischen Schülerbund besetzt ist, hat eingegriffen, indem alle anderen Forderungen als die gegen das Tossens-Papier nicht „erlaubt" waren. Die Revisionisten versuchten in den Streik die „Verteidigung des Demokratischen Grundcharakters der NGO" zu verankern.

Die Schüler sehen jedoch gerade im Kampf diesen „Grundcharakter", der aus Unterdrückung besteht. So blieb dem SSB nichts, als Schülern mit Sandwiches für politische Rechte und gegen die Notenauslese mit Gewalt „klarzumachen", daß es sich um ihre Privatforderungen handele und sie „ich bin für" auf ihr Schild zu schreiben hätten.



Die Erfahrungen des Streiks unter den Schülern waren, daß es notwendig ist, unter einheitlichen Forderungen den Kampf mit allen Schülern gemeinsam zu führen. Darum gibt es an den Schulen heftige Debatten. An den Schulen haben sich Diskussionskreise gebildet, die den Kampf gegen die Schulreform führen wollen. Am Schulzentrum Holter Feld wurde beschlossen, wenn schon streiken, dann auch unbefristet bis zur Entscheidung. Die Forderung nach der Einheitsschule ermöglicht einen solchen Kampf. Sie wurde auf der Demonstration getragen, es gelang den Revisionisten nicht, sie aus der Demonstration zu prügeln.

„Vollintegration der Ausländerkinder" – und dann rauf auf den Arbeitsmarkt

z.eve. Die Bourgeoisie arbeitet systematisch. Am 8.12.78 haben Dr. Kohl, Zimmermann und Fraktion einen Antrag zur Arbeitserlaubnis für ausländische Jugendliche dem Bundestag vorgelegt. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, „dafür zu sorgen, daß auch nach dem 31.12.76 eingereiste Kinder ausländischer Arbeitnehmer eine Arbeitserlaubnis erhalten können". Am 7.2.79 legen Wehner und Mischnick den gleichen Antrag vor, nur erweitert: „... Ehegatten und minderjährigen Kindern ... den Zugang zum Arbeitsmarkt zu öffnen". Anfang März beginnt in der Presse eine Kampagne dagegen, daß Jugendliche in Ausländerklassen unterrichtet werden. In diesen Klassen werden die Kinder ausländischer Arbeiter oft zusammengefaßt, damit sie ihre Muttersprache





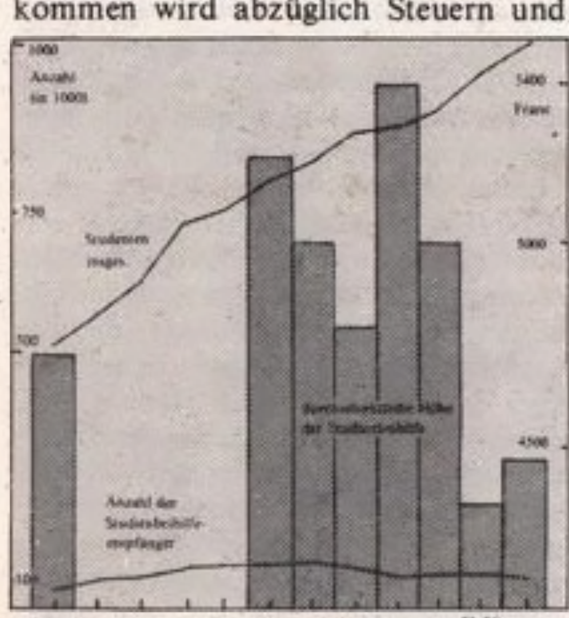
und Deutsch lernen. Diese Klassen werden meistens von ausländischen Lehrern unterrichtet. „Mitten in Deutschland: Türken säen Haß", schreibt die „Welt am Sonntag" am 11. März und erregt sich, daß türkische Kinder von Faschisten unterrichtet werden und zum Ungehorsam gegen deutsche Lehrer erzogen werden. Am 15.3. wird klar, was das scheinheilige Geheul soll. „Hotelgewerbe sucht jugendliche Gastarbeiter", meldet die „Süddeutsche Zeitung". Und erklärt frech, daß jetzt im Gaststättengewerbe die Arbeitsbedingungen besser würden, in Bayern werde die Arbeitszeit auf 43 Stunden gekürzt. Inzwischen hat das Bundeskabinett den Anträgen der Fraktionen stattgegeben. Man kann sicher sein, daß die Bundesanstalt für Arbeit sich strikt an die Paragraphen des Arbeitsförderungsgesetzes hält: „Die Erlaubnis ... kann nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes erteilt werden. 1. Für eine bestimmte berufliche Tätigkeit in einem bestimmten Beruf ..."

Um den Widerstand der ausländischen Jugendlichen gegen diese Ausbeutung rechtzeitig zu brechen, muß ihr nationaler Zusammenhalt, ihre Sprache unterdrückt werden. Dazu muß die Regierung sich den Zugriff auf diese Jugendlichen verschaffen.

Sprache unterdrückt werden. Dazu muß die Regierung sich den Zugriff auf diese Jugendlichen verschaffen.

Die französische Studienbeihilfe: Elendszahlungen zur Spaltung und Unterdrückung der Studenten

z.sie.Paris. Das System der Studienbeihilfe (bourse) besteht in Frankreich seit 1935. Die Grundzüge sind bis heute unverändert: Unterdrückung und Spaltung der Studenten sowie die Bezahlung ihrer Lebenshaltungskosten durch die Eltern bzw. eigene Arbeit. Der Erhalt einer Studienbeihilfe setzt „soziale Bedürftigkeit" voraus. Für die familiären Verhältnisse werden „Belastungspunkte" verteilt: z.B. für eine Familie mit zwei in Ausbildung befindlichen Kindern 10 Punkte usw. bis maximal 22 Punkte. Aus dem Einkommen wird abzüglich Steuern und



Freibeträgen ein Betrag gebildet, der zusammen mit den „Belastungspunkten" der Familie eine bestimmte Höhe der Studienbeihilfe für ihr Kind zuweist. Die für 1978/79 gültigen sieben Stufen erstrecken sich von 1800 DM bis 3400 DM pro Jahr. Bei einem Bruttoeinkommen von 19000 DM/Jahr wird bei 16 Belastungspunkten, was ziemlich viel ist, 2600 DM/Jahr gezahlt. Die Durchschnittshöhe der Studienbeihilfe lag 1978 bei 2050 DM, etwa die gleiche wie 1952, als jeder vierte Student noch die „bourse" erhielt.

Von 188000 (1952) auf 1050000 (1978) wurden die Studentenzahlen gesteigert. Um sich ihren Funktionärsnachwuchs zu sichern, unterwirft die französische Bourgeoisie den zum größten Teil aus den besitzlosen Klassen stammenden Studenten einer mörderischen Konkurrenz durch Prüfungsauslese und materielles Elend. Billigst kann sie die Studenten zu zehntausenden in ihren Fabriken „neben" dem Studium ausbeuten. 1958 haben die französischen Studenten erfolgreich einen Generalstreik gegen die Senkung der Studienbeihilfe durchgeführt; Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre konnten sie eine Erhöhung der Zahlungen durchsetzen (siehe Schaubild). Durch ein „Einfrieren" der zur Berechnung benutzten Einkommen gelang es der Bourgeoisie, die Zahl der Beihilfeempfänger auch absolut zu senken. Im Verhältnis zum Ansteigen der Lebenshaltungskosten um offiziell 31,7% im Berechnungszeitraum 1.1.76 bis 1.1.79 fielen die Studienbeihilfen direkt um 1,01% bei der ersten Stufe bis 14,3% bei der höchsten Stufe steigend. Gespalten durch Reformismus und Revisionismus hat die französische Studentenbewegung ihre Kraft nicht entfalten können, um in den letzten Jahren eine Verbesserung ihrer materiellen Lage durchzusetzen.

Die Bourgeoisie beansprucht immer mehr Arbeitskraft der besitzlosen Studenten

z.anl. Der Vorstand der Vereinigten Deutschen Studentenschaften hat für den 3.-8. April die 4. ordentliche Mitgliederversammlung nach Münster einberufen, die Mitgliederversammlung der Kasse e.V. vom 8.-10. April nicht zu vergessen. Er hat seine Unfähigkeit, auch nur den geregelten Verlauf zu sichern, bekräftigt. Alle Delegierten, die das Glück haben, nicht zu den Fraktionen zu gehören, die sich den Vorstand und einen Teil der von den Studenten aufgebrachten Gelder teilen, haben das Unglück, auf der Straße übernachten zu müssen, denn die Hotelzimmer, auf die der Vorstand sie verweist, können sie sich nicht leisten. Nach der mitgeschickten Liste des Verkehrsvereins Münster gibt es ein Einzelzimmer zu 16 DM, weitere zwischen 20 und 70 DM, ein Doppelzimmer zu 32 DM, eins zu 36 DM und weitere zwischen 40 und 162 DM.

Wozu sollen diese teuren Nächte verbracht werden? Die ersten beiden jedenfalls dazu, daß der Vorstand eine solche Stimmverteilung hinkriegt, durch die die Studenten, die an ihren Hochschulen noch keine neuen ASten anstelle der vom bürgerlichen Staat zerschlagenen aufgebaut haben, unter die Fittiche einer Fraktion gebracht werden. Das Gerangel geht darum, unter wessen Fittiche. Das braucht seine zwei Tage, denkt der Vorstand. Er nennt den Vorgang vornehm „Patenschaften" oder auch Vermittlung eines „Ansprechpartners". So heißt das bei den Behörden und bei der Polizei auch.

Zeit soll weiter verschwendet werden auf die Besichtigung der „Veteranen", d.h. derjenigen Reaktionäre, verschiedenfarbigen Reformer und Nutznießer der Studentenbewegung, die seit Gründung der VDS 1949 die Mehrheit ihrer Vorstände gebildet haben. Kämpfer der Studentenbewegung sind sie nicht, eher Kriegsgewinnler. Eine Podiumsdiskussion mit Schmude, Hirsch, Dutschke, Dichgans, P. Brückner, Deppe, Lefevre, Ehmann kostet auch bloß.

Was die Studenten auf der Mitgliederversammlung zu erledigen haben, könnte gut in einem Tag abgewickelt werden, nämlich den Vorstand nicht entlasten, einige Beschlüsse fassen, mit deren Hilfe Einheit über die dringendsten Bedürfnisse der besitzlosen Studenten hergestellt wird, dann einen Vorstand wählen, der sich verpflichtet, sich an diese Beschlüsse zu halten und für ihre Durchführung zu arbeiten.

1. Die Mitgliederversammlung muß ein Verfahren beschließen, mit dem sie die Vertretung der Hochschulen in den VDS regelt, die derzeit keinen ASTA haben. Die Zusammenschlüsse, die die Studenten im Kampf für Koalitions- und Streikrecht und für Einspruchsrechte ihrer gewählten Vertreter aufgebaut haben, müssen von den VDS anerkannt werden und Stimmrecht wie die ASten erhalten. Sofern es den Studenten an einer Hochschule gelungen ist, sich erneut eine gewählte Vertretung auf der Ebene der Hochschule zu schaffen, muß diese den anderen ASten gleichgestellt werden. Die VDS müssen die Anerkennung dieser gewählten Vertretungen mit Satzungs- und Finanzhoheit von der Regierung verlangen. Eine solche Unterstützung durch den Dachverband nützt den Studenten. Wehren müssen sie sich gegen Bevormundung durch bürgerliche Nachwuchspolitiker via „Patenschaften". Schaffen sie sich diese vom Leib, dann brauchen sie sich auch nicht vom revisionistischen MSB Spartakus und den Opportunisten in den Basisgruppen dadurch beleidigen zu lassen, daß sie zwecks Solidarität „Zupfgeigenhansel, Tübinger Justiz-revue ... mit bawü Weinen und Brezeln" vorgesetzt kriegen sollen.

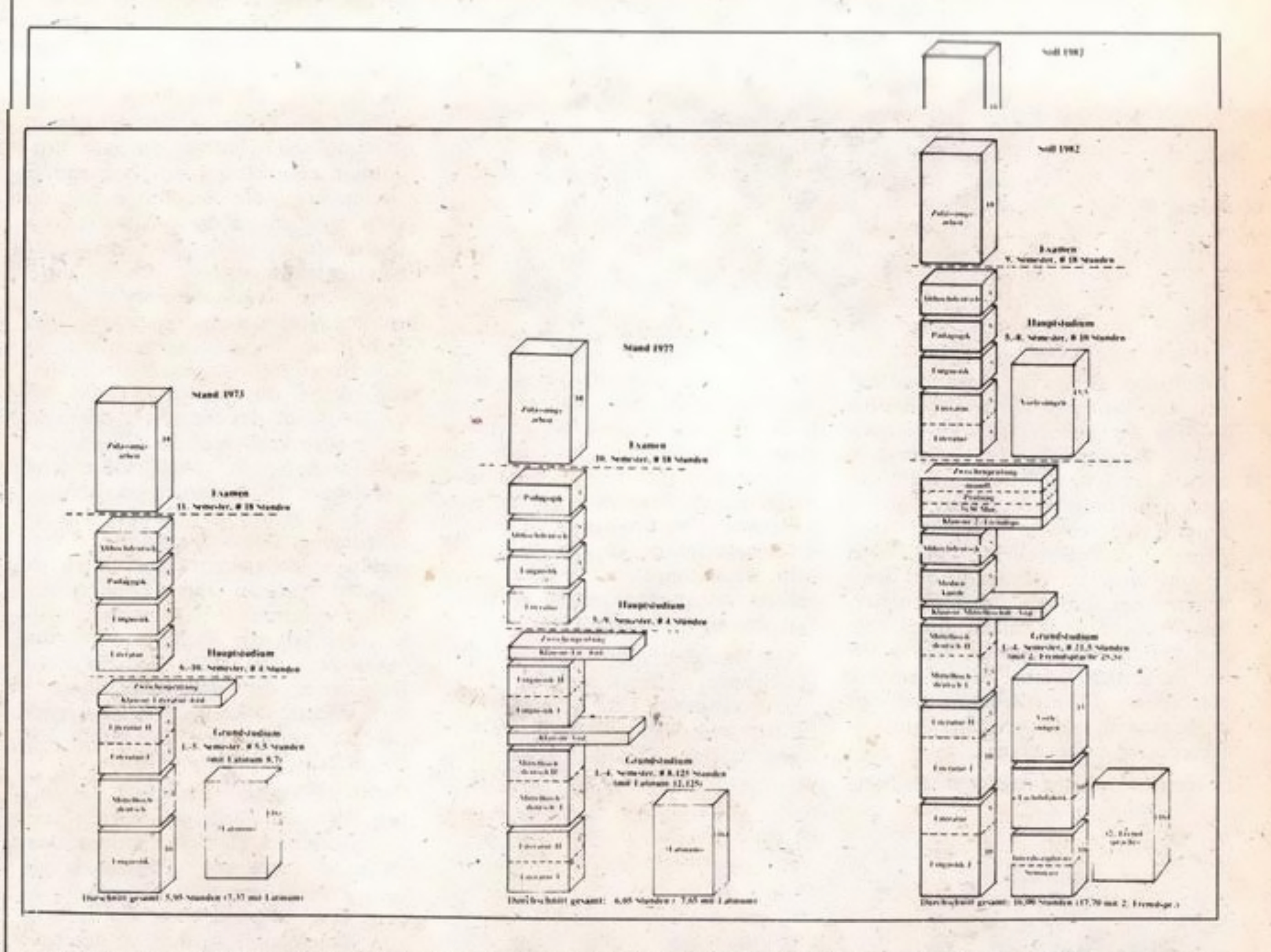
2. Bezüglich des BAFöG muß etwas durchgesetzt werden. Die Grundlage, sich auf vernünftige Forderungen zu einigen, ist vorhanden. In fast allen Anträgen, die vom VDS-Vorstand bereits verschickt worden sind, sprechen sich Fachschaften und Projektgruppen für deutliche Lösungen aus, für Erhöhung des Elternfreibetrags auf 1500 DM, für 100 DM mehr rückwirkend ab Oktober '78 für alle BAFöG-abhängigen Studenten und für eine von den VDS organisierte Demonstration in Bonn im Sommersemester.

3. Beschlossen werden muß über die Haltung der Mitgliederversammlung gegen die Hochschulgesetze. Die Linie der Unterwerfung, die vor allem die Jusos mit ihrem Verlangen nach Novellierung statt Beseitigung erneut predigen und die im VDS-Aktionsprogramm für das Wintersemester 78/79 als Wechselbalg des herrschenden Fraktionswesens niedergelegt ist, muß angegriffen werden.

4. Es muß eine Linie festgelegt werden für den Kampf gegen die Ausdehnung und Intensivierung des Arbeitstages der Studenten sowie gegen die doppelte Vernutzung ihrer Arbeitskraft durch den bürgerlichen Staat und seine Hochschulbeamten einerseits und die Kapitalisten andererseits. Die Durchsetzung der BAFöG-Forderungen ist grundlegend. Es müssen aber auch verbindliche Regelungen zur Beschränkung der pro Tag, Woche, Semester und während des ganzen Studiums aufzuwendenden Arbeitszeit sein. Die Hochschulbeamten können gezwungen werden, ihren vertraglichen Pflichten nachzukommen, die sie durch Begrenzung der Studiendauer eingegangen sind, denn diese enthält das Versprechen, in dieser Zeit das Nötige studieren zu können, um ein Examen mit Erfolg abzulegen.

5. Die GO-ASten wünschen eine „Solidaritätsetage mit Vietnam mit Spendensammlung". Dagegen muß man für die Gerechtigkeit des Kampfes des kampucheanischen Volkes gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression und der Verteidigung seiner Grenzen durch das chinesische Volk eintreten.

Für die Wahrnehmung der Aufgaben des Vorstands ist jedes Mitglied der Fach-, Projekt- und Fachbereichsgruppen geeignet, die den einen oder anderen Antrag mit den oben dargestellten Absichten beschlossen haben. In jeder Zusammensetzung wird ein so gewählter Vorstand den Studenten mehr nützen, als der jetzige. Die jetzt den Vorstand und die Politik der VDS beherrschenden Fraktionen lassen nach allen Äußerungen der letzten Zeit keine Aussichten auf Veränderung erkennen. Das einzig Neue haben die Gewerkschaftlich-Orientierten ASten (GHS-Essen, PH Niederrhein u.a.) vorgeschlagen. Viel ist es nicht, bloß „kontinuierliche Information und plastische Darstellung der BAFöG-Situation durch Vorstand und Projektbereich". Gedacht ist wahrscheinlich daran, die den Bundestagsabgeordneten vorgeführten BAFöG-Opfer demnächst in Gips zu modellieren und den mitleidigsten Bonner Bourgeois gegen eine kleine Spende anzubieten. Wir bezweifeln, daß die Herstellungskosten wieder reinkommen. Billiger wäre eine Darstellung in lebenden Bildern durch Vorstandsmitglieder am Ort. So fett wie Ali Schmeissner dürfte sie aber nicht sein.



z.bep. Das Schaubild, das die Steigerung der Wochenarbeitszeit für Germanistik-Studenten seit 1973 um 297,4 % zeigt, ist Teil eines Beweisantrages der Verteidigung im Prozeß vor dem Landgericht Heidelberg, in dem die Bourgeoisie drei ehemalige Fachschaftsvertreter wegen eines Streiks der Heidelberger Germanistik-Studenten im Wintersemester 1976/77 gegen zusätzliche schriftliche Prüfungen zu hohen Gefängnisstrafen verurteilen will.

Jeder Block des Bildes bedeutet eine Pflichtleistung (Seminar, Vorlesung), die Zahl an der Seite die wöchentliche Arbeitszeit, wie sie das Schmude-Ministerium berechnet. Nach Berechnungen der Fachbereichsgruppe Anglistik und einer Fachschaftsvertreterin Germanistik der Universität Heidelberg liegt die tatsächliche Arbeitszeit jedoch im Durchschnitt um das Doppelte bis Dreifache darüber!

Gegen diese unmäßige Vernutzung der Arbeitskraft richtete sich der Streik.

Nach 6 Verhandlungstagen hat das Gericht von seinen 40 Anklagezeugen erst einen abschließen können und will jetzt durch Verschleppung des Prozesses den nötigen Atem für die geplante Verurteilung gewinnen. Dagegen richten sich die Beweisanträge der Verteidigung und etliche Erklärungen von Arbeitern, Jugendlichen und Studenten, die die Einstellung des Prozesses fordern; darunter auch der Vorstand der VDS.

Apel treibt an: BRD-Marine auf Weltmeerkurs

z.job. Nicht zufällig vor Beginn der 8. Session der 3. UN-Seerechtskonferenz in Genf am 19. März hat sich der Kriegsminister Apel in der „Marine-Rundschau" zu Wort gemeldet mit dem Aufsatz „Maritime Aspekte unserer Wirtschafts- und Verteidigungspolitik". „Es ist offenkundig", schreibt er, „daß enge Wechselbeziehungen zwischen den maritimen Aspekten unserer Wirtschafts- und Verteidigungspolitik bestehen." Die Seerechtskonferenz bereitet die Ausdehnung der Territorialgewässer zu einer Küstenzone von 12 Seemeilen und einer daran anschließenden Wirtschaftszone von 188 Seemeilen vor. Apel: Dies muß „vor dem Hintergrund bewertet werden, daß der weit überwiegende Teil aller Schiffahrtslinien in Küstennähe verläuft, daß etwa 85 Prozent des Fischbestandes in diesen Seegebieten zu finden sind, daß sich dort große Mengen der Gas- und Ölvorräte befinden und daß allein durch die Erweiterung der Territorialgewässer auf 12 Seemeilen über 100 neue Meerengen entstehen. Dies hat Konsequenz auch für die Bewegungsfreiheit der Seestreitkräfte". Zumindest für die Wirtschaftszonen muß daher der „Rechtscharakter der hohen See" gelten, fordern die Imperialisten.

Die freien Seeverbindungen für die BRD-Handelsflotte müssen gesichert sein, besonders der Rohstoffsicherung wegen, Apel nennt Mangan, Chrom, Kupfer, Molybdän, Nickel, Titan, Vanadium, Zinn, Bauxit, Eisen, Blei und Zink. Ein Blick ins Statistische Jahrbuch zeigt, daß für die schnelle Plünderung dieser Rohstoffe die Sicherung der *Weltmeere* erforderlich ist. Apel preist in dem Artikel den „von unserer Wirtschaft eingeschlagenen und von der Bundesregierung geförderten Weg, den Staaten der Dritten Welt technisches Wissen gegen Fischfangrechte und Schürfrechte für Bodenschätze auf und unter dem Meeresboden zur Verfügung zu stellen". Und was ist, wenn die Länder der Dritten Welt den Imperialisten diese *Rechte* streitig machen? Apel: „Der sichere Zugang zu Nahrung, Rohstoffen und Energie ist ebenso Teil unserer Sicherheitspolitik wie die Vorsorge vor äußerer Gefahr durch militärische Verteidigung und funktionsfähige Abschreckung". Es ist nicht das erste Mal, daß die BRD-Imperialisten so die Ausdehnung des Operationsgebietes ihrer Marine ankündigen.

Konkrete Schritte in diese Richtung unternahm die NATO im März 1978, als sie mit dem „langfristigen Verteidigungsprogramm" eine Planungsgruppe einsetzte, die die Ausdehnung des NATO-Vertragsgebietes über den Südatlantik und den Indischen Ozean im „Krisenfall" vorbereiten soll. Die NATO plant, berichtet die „Deutsche Zeitung" am 19. Februar, als erstes ein Bereitschaftsgeschwader unter Beteiligung der BRD-Marine im Südatlantik dauerhaft zu stationieren. Flotten„besuche" der westdeutschen Marine stehen 1979 in Häfen Westafrikas und 1980 im Indischen Ozean auf dem Programm. Apels Zeitschriften-Artikel dient der propagandistischen Vorbereitung und Ausrichtung vor allem der eigenen Reihen auf diesen Kurs.

Einstweilen müssen sich die BRD-Imperialisten bei der Sicherung der „weltweiten freien Seeverbindungen" auf die verbündeten NATO-Staaten und besonders auf die US-Imperialisten stützen. Die Hegemonie über die europäischen NATO-Staaten soll aber die Basis stärken, um den beiden Supermächten eigenständig entgegentreten zu können. Apel drohend: „Ostsee, Ostseezugänge und Nordsee sind die Operationsgebiete der deutschen Marine".

Für diese Ziele sind die Modernisierung und der Ausbau der Flotte für die BRD-Imperialisten wichtig. Apel nennt die „Indienststellung neuer Fregatten, Flugkörper-Schnellboote und Marinejagdbomber". Kernstück ist das Fregattenbauprogramm, das beschleunigt wird. Sollten von den 12 geplanten Fregatten 122 ursprünglich sechs bis 1984 und die zweite Serie bis 1990 gebaut werden, sollen laut Beschaffungsplan der Marine jetzt zwei Schiffe der zweiten Serie ebenfalls bis 1984 fertiggestellt werden. Die beiden Hubschrauber der Fregatte 122 tragen ihre Ortungskapazitäten und ihre U-Boot-Waffen weit über die Reichweite des Schiffes hinaus. Außerdem liefern sie die Zieldaten für die acht Seezielflugkörper „Harpoon", die 100 km Reichweite haben. Mit dieser Waffe werden auch die drei „Lütjens"-Zerstörer ausgerüstet, mit ähnlicher mittlerer Reichweite die übrigen acht Zerstörer der Marine, die so mit der neuen Fregatten in gemischten Kampfgruppen eingesetzt werden können.

Der Fahrbereich der Fregatte 122 ist 4000 Seemeilen, von Wilhelmshaven bis vor die westafrikanische Küste bei den Kapverdischen Inseln. Der Antrieb erlaubt den Schiffen dreiwöchige stützpunktunabhängige Operationen.

„Fregattenbau verläuft nach Plan", vermeldet die bürgerliche Presse. Mitte der 80er Jahre, hoffen die westdeutschen Imperialisten, wird mit diesen und anderen Umrüstungen und Neubauten eine schlagkräftigere Flotte auf den Weltmeeren Flagge zeigen.

Keine Stationierung einer holländischen Brigade und auch die erste muß weg!

r.dog. Seit 15 Jahren befinden sich rund 4000 holländische Soldaten in der BRD, etwa 3000 davon sind in Seedorf bei Zeven stationiert, 850 in Hohne und Langenhausen. Der Schwerpunkt liegt bei den Panzer- und Infanterieeinheiten. Im Rahmen der Erhöhung der Truppenkontingente innnerhalb der NATO gibt es Pläne, neben der vergrößerten 41. Brigade eine weitere Brigade niederländischer Truppen in der BRD zu stationieren. Grundlage dieser Truppenstationierungen ist der Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der BRD vom 23.10.-1954, den zuerst die USA, England und Frankreich unterzeichneten, später traten Belgien, Kanada und die Niederlande sowie Dänemark und Luxemburg bei. Dort heißt es: „Die Bundesrepublik ist damit einverstanden, daß vom Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag an Streitkräften der gleichen Nationalität und Effektivstärke wie z.Zt. dieses Inkrafttretens in der Bundesrepublik stationiert werden. ... Jedoch dürfen solche Kontingente im Falle eines Angriffes oder unmittelbar drohenden Angriffes ohne Einwilligung der Bundesrepublik ins Bundesgebiet gebracht werden." Der Zusatzvertrag zum NATO-Truppenstatut legt fest: „Die Bundesrepublik führt die gesetzgeberischen Maßnahmen herbei, die sie für erforderlich hält, um innerhalb ihres Gebietes angemessenen Schutz und Sicherheit der Truppen, des zivilen Gefolges und ihrer Mitglieder zu gewährleisten."

Dieser Schutz erstreckt sich auf folgende Delikte: Verrat in militärischen Angelegenheiten, Sabotage und Untergrabung der Dienstbereitschaft und Manneszucht, Beschimpfung der Streitkräfte.

„Die Prinzessin lächelte bei der Truppeninspektion und einem General wurden die Sterne geklaut. Das Übungsziel wurde erreicht." Das war das Motto der Berichterstattung in der bürgerlichen Presse über die Beteiligung der niederländischen Truppen am NATO-Manöver Saxon Drive. Während des Manövers wurde das Dorf Sick von niederländischen Truppen besetzt.

Aus Anlaß des 15jährigen Jubiläums der Stationierung der niederländischen Brigade in Seedorf führte die Brigadeleitung in Zusammenarbeit mit der örtlichen Bourgeoisie im letzten Jahr einen Tag der Offenen Tür durch. Bestandteil des Jubiläumsprogramms war ein Volkslauf, an dem die Soldaten in ihren Einheiten teilnahmen. In der Werbebroschüre, die an die Bevölkerung des Kreises verteilt wurde, wurde bekanntgegeben, daß das Tragen von Waffen und die politische Agitation verboten sei.

Unter den Soldaten in Seedorf gibt es eine entwickelte gewerkschaftlich Bewegung für Forderungen nach mehr Urlaub, höherem Sold und politische Rechte. Die Wehrpflichtigen sind in Quartieren untergebracht, wo es feucht ist und faust- bis kopfgroße Löcher in den Wänden sind. Als das Tauwetter einsetzte, haben die Soldaten gedroht, die Verhältnisse an die Öffentlichkeit zu bringen und ein Flugblatt vorbereitet. Die Brigadeführung hat daraufhin Reparaturen durchführen lassen. Die VVDM, eine holländische Soldatengewerkschaft hat eine Stellungnahme gegen die Stationierung einer 2. holländischen Brigade in Westdeutschland herausgebracht.

Kongreß der schwedischen Wehrpflichtigen

z.coi.Stockholm. Vom 12. bis 16. März hat in Örebro zum 9. Male der alljährliche Kongreß der schwedischen Wehrpflichtigen stattgefunden. 189 Vertreter sind von den knapp 50000 Soldaten aller Einheiten delegiert worden. Der Kongreß hat für 1979 ein gewerkschaftliches und politisches Programm beschlossen, das durchaus verstehen läßt, warum die schwedische Bourgeoisie in letzter Zeit die Einführung einer Berufsarmee oder zumindest die Teilprofessionalisierung ihrer Truppen öffentlich verhandelt.

Die zentralen Forderungen, die in diesem Jahr kampagnenmäßig gegenüber der Militärführung und Regierung erhoben werden sollen, sind die Erhöhung des Tagessoldes von 14 SKr. auf 30 SKr. und die Einschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden. Das Festhalten des Kongresses an der 30-SKr.-pro-Tag-Forderung ist die Antwort auf das Angebot der Regierung, den Tagessold ab 1. Juli um 1 SKr. zu erhöhen, sowie auf den Versuch, die Erhöhung des Überbrückungsgeldes von 1000 SKr. auf 1500 SKr. gegen die Solderhöhung auszuspielen. Die Erhöhung des Überbrückungsgeldes rückwirkend vom 1.1.1979 war nach monatelangen Kämpfen und unterstützt von den Gewerkschaften durchgesetzt worden. Als Schritte hin zur vollständigen Durchsetzung der 40-Stunden-Woche fordern die Soldaten eine regulierte Arbeitszeit, d.h. die Abschaffung von Sonder- und Strafwachen, -übungen und -lehrgängen sowie Freizeitersatz für alle Wach- und Bereitschaftsdienste.



Gegen den Drill und die Schikane, und um ihre Arbeitskraft vor Zerstörung zu schützen, fordern die Soldaten ferner die Abschaffung des militärischen Strafrechts und der besonderen militärischen Gerichtsbarkeit sowie das Recht auf Wahl eines ihnen verantwortlichen Arbeitsschutzobmannes in jeder Truppe. Das Recht, eine militärische Übung vorübergehend abzubrechen, wenn sie Gefahr für Gesundheit und Leben befürchten, haben die Soldaten bereits durchgesetzt. Über die Berechtigung des Abbruchs und über die Fortsetzung der Übung entscheidet jedoch ein vom Kommando eingesetzter Obmann. Das bereits in einigen Verbänden mit starker gewerkschaftlicher Organisierung durchgesetzte Recht auf kurzzeitige Krankmeldung ohne Krankschreibung durch den Militärarzt soll allgemeingültig werden.

Zur Durchsetzung ihrer politischen und gewerkschaftlichen Rechte wollen die Soldaten die Beseitigung des politischen Betätigungsverbotes in der Kaserne sowie des "Aufwiegelungsparagraphen". Der Kongreß hat ausdrücklich festgehalten, daß die Soldatenbewegung zur Durchsetzung ihrer Forderungen kollektive Befehlsverweigerungen und Krankschreibung sowie Kasernendemonstrationen als legitime Kampfmittel ansieht.

In einer Resolution hat sich der Kongreß gegen die Bestrebungen der Bourgeoisie gewandt, die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen oder einzuschränken. Gleichzeitig ist im Programm die Forderung nach einem Gesetz erhoben, das den Einsatz der Armee gegen das Volk verbietet und das Recht auf Befehlsverweigerung in so einem Fall einräumt.

Besatzer führen Prozeß gegen DDR-Bürger auf Grundlage der US-Verfassung

Zugleich Häuserkampfübung amerikanischer Fallschirmspringer in Westberlin

z.maw. Das „Chicago Council on foreign Relations" (Amt für Auslandsbeziehungen) veröffentlichte jetzt die Ergebnisse einer Umfrage, in der die Möglichkeit für einen US-Truppeneinsatz zur „Verteidigung des freien Berlin" erhoben worden war. Unter dem Titel „Was die Amerikaner über den Einsatz ihrer Truppen denken" schrieb dazu die „Berliner Zeitung": „Während 1974 lediglich 34% für einen amerikanischen Truppeneinsatz bei einem sowjetischen Angriff auf die Stadt stimmten, sind es jetzt 48%. Bei den gebildeten Amerikanern der sog. ‚Führungselite' treten sogar 77% dafür ein (gegenüber 55% im Jahr 1974)".

Seit Präsident Truman muß die „Verteidigung des freien Berlin" zur Begründung für die Anwesenheit der US-Besatzungstruppen herhalten. Daß Truman seinerseits bereits 1945 die US-Militärverwaltung in Berlin anwies, auf die Spaltung der Stadt hinzuarbeiten, zeigt die wahre Absicht, die einzig darin bestand, den US-Imperialismus Westberlin als militärischen Brückenkopf und Ausgangspunkt für Aggressionen zu erhalten.

Um als „Verteidiger des freien Berlin" in Erscheinung zu treten, brauchen die US-Imperialisten nicht erst auf den militärischen *Angriff* der anderen Supermacht zu warten. „Der Warschauer Pakt muß bei *Übergriffen* und *Provokationen* – z.B. in Berlin – mit internationalen Verwicklungen rechnen, an denen die drei Westmächte direkt beteiligt und bei denen alle Bündnispartner von Anfang an engagiert sind." (Quelle: Weißbuch der Bundesregierung, 1975/76)

Der gegenwärtig vor dem United States Court for Berlin stattfindende Prozeß gegen zwei DDR-Bürger, die ein polnisches Verkehrsflugzeug aus der DDR nach Tempelhof entführt hatten, zeigt, welche neue Richtung die US-Besatzer unter Anwendung ihrer Schutzmachtideologie eingeschlagen haben.

34 Jahre nach dem Krieg richte sich die Besetzung Berlins nicht mehr gegen die Bewohner, sondern schütze sie vielmehr vor den Gefahren, die von anderer Seite ausgehen könne, deshalb, so fordert US-Bundesrichter Stern, müßten die Angeklagten auch in Berlin unter den Schutz der US-Verfassung gestellt werden, andernfalls könne in Berlin niemand vor der Willkür der Besatzungsbehörden sicher sein; es sei dann möglich, Leute von der Straße zu holen und einzusperren, Kirchen zu schließen und Zeitungen zu verbieten.

Die Absicht des US-Richters Stern ist es nicht, beispielsweise die Verantwortlichen für die willkürlichen Verhaftungen und das absolute Versammlungs- und Demonstrationsverbot anläßlich des Carter-Besuchs in Westberlin vors Gericht zu ziehen. Dagegen Westberlin zum Geltungsbereich für die amerikanische Verfassung zu machen, ermöglicht den US-Imperialisten mit dem Geist der Menschenrechte seit Thomas Jefferson vom Besatzungsstatut abzulenken.

Am 21.3. führten die französischen und amerikanischen Besatzertruppen in Tegel mit 1600 Soldaten und 300 Gelände- und Kettenfahrzeugen eines ihrer regelmäßigen großangelegten Manöver durch. Zwei Wochen zuvor war eine Kompanie US-Fallschirmspringer aus Vincenca (Italien) in Westberlin gewesen, um dort Häuserkampfübungen abzuhalten.

Von der Alternativen Liste, die in ihrem Programm „Militärparaden, militärische Übungen und Militärpatrouillen in Ost- und Westberlin" „als Provokation und Belästigung der Berliner Bürger" empfindet und die vom „Interesse einer friedlichen Entwicklung in Westberlin" schreibt, hört man jetzt kein Sterbenswort gegen die Besatzer. Entweder, daß sie es so normal finden, oder, daß es vielleicht Zweifel gibt, ob der Schutz durch die US-Verfassung nicht „gegen die zur Rechtlosigkeit im Konfliktfall führende Anwendung von Besatzungsrecht" (Programm der Alternativen Liste) helfen könnte.





Seit einem Jahr führen die Besatzer Häuserkampfübungen auch in den Wohnbezirken Westberlins durch. Die Bilder zeigen eine Übung in Kreuzberg im Frühjahr 1978.

Die finnischen Parlamentswahlen

z.hku. „Es versteht sich, daß die Entscheidung vollständig vom finnischen Volk selbst gefällt wird. Aber die fortschrittlichen demokratischen Kräfte sind immer davon ausgegangen, daß sich die finnische Regierung freundschaftlich zur Sowjetunion verhalten wird. Und deshalb weckt nicht zufällig in den hiesigen fortschrittlichen Kreisen die in der Presse erschienene Mitteilung Unverständnis, daß man in einigen Kreisen der derzeitigen Regierungskoalition von der Möglichkeit zu reden beginnt, nach den Wahlen mit den Konservativen zusammenzuarbeiten." (Prawda, 10.3.) Die Tonart ist in Finnland nur zu gut bekannt.

Trotz, oder besser wohl wegen der sozialimperialistischen Einmischung haben die Konservativen und eine radikale Kleinbürgerpartei bei den finnischen Parlamentswahlen Stimmen gewinnen können; die Revisionisten haben eingebüßt, der größte Speichellecker der Sozialimperialisten, Sinisalo, sein Mandat verloren. Der Wahlausgang drückt die Unzufriedenheit der finnischen Arbeiter und Bauern mit der gegenwärtigen Lage, wie das Fehlen einer revolutionären Klassenorganisation aus.

Die Imperialisten sind zufrieden mit der ökonomischen Lage Finnlands. Die Wirtschaft gilt als saniert: der Lohnabbau ist in den letzten zwei Jahren weit getrieben worden auf Grundlage einer anschwellenden Reservearmee von 175000 Arbeitslosen (8%) und nochmal 200000, die ihre Arbeitskraft in Schweden verkaufen müssen. Aber: „Vertreter der Geschäftswelt erklären, daß es im Lande noch viel mehr Arbeitslose gäbe, wären nicht die Beziehungen zwischen Finnland und der UdSSR." (Neue Zeit, Moskau 2/79). 80000 Finnen schanzen auf Baustellen im sowjetischen Grenzgebiet, 5000 beim Bau der Erzaufbereitungsanlage von Kostomuksha (s. KVZ 49/78). Als Lieferant von Spezialschiffen, Papier und Holzverarbeitungsmaschinen ist Finnland inzwischen auch formell in die langfristige „Arbeitsteilung und Spezialisierung" des RGW einbezogen.

Daß die finnische Regierung an der Leine der Sozialimperialisten gehalten wird, das nimmt die imperialistische Konkurrenz gegenwärtig noch als selbstverständlich an. Vorsichtig überlegt die schwedische Bourgeoisie, die viel Kapital in Finnland angelegt hat, ob nicht vielleicht eine große Koalition mit den Konservativen möglich sei, sozusagen als Nadelstich. Einig ist sie sich, daß die Revisionisten, die die Gewerkschaften beherrschen, in der Regierung bleiben müssen, „damit weiter der gewerkschaftliche Friede gesichert ist, den das Land braucht".

Französische Eltern, Schüler und Lehrer gegen die neue „Schulkarte"

z.sie.Paris. Das französische Erziehungsministerium hat mit der neuen „Schulkarte", die die Eröffnung und Schließung von Klassen, Verteilung der Lehrer usw. festlegt, die Schließung von einigen hundert Klassen und die Streichung von Lehrerstellen verfügt. Die französische Bourgeoisie beabsichtigt durch diese Maßnahmen, den kasernenmäßigen Ausbau des Schulwesens und die Straffung des Lehrkörpers

sens und die Straffung des Lehrkörpers

voranzubringen. Zu diesem Zweck wurden Jahr für Jahr kleine Schulen vor allem auf dem Land geschlossen: von 1975/76 bis 1976/77 über 1000. Gleichzeitig werden mehr Schüler in die Klassen der großen Schulzentren gepreßt. In den Grundschulen stieg die Zahl der Schüler pro Klasse von im Jahr 1974/75 25,5, 1975/76 26,1 auf 1976/77 26,6. Vorbild ist dabei die in den Mittel- und Oberschulen erreichte Zahl von 32 Schülern pro Klasse im Jahr 1976/77. Die Bourgeoisie hat dort die Unterdrückung und Auslese verschärfen können. 1977 bestanden nur noch 67,1% der zum Abitur zugelassenen Schüler (1968: 81,7%). Durch die Streichung von Lehrerstellen will die französische Bourgeoisie die Lehrer stärker unter Druck setzen, sie zur Mehrarbeit und zur schärferen Unterdrückung der Schüler für weniger Geld zwingen.

In Grenoble haben Eltern zur Abwehr der Regierungsmaßnahmen eine Schule besetzt und die Rücknahme der Schließung von 204 Klassen und der Streichung von 56 Lehrerstellen gefordert. In Mühlhausen blockierten 300 Schüler einen Schnellzug. 10000 Schüler und Lehrer demonstrierten am 20.3. in Paris gegen die Schließung von 986 Klassen im Raum Paris. Sie forder-

20.3. in Paris gegen die Schließung von 986 Klassen im Raum Paris. Sie forder-

ten die Rücknahme der „Schulkarten" und höchstens 25 Schüler pro Klasse.

Die Schüler verbinden diesen Kampf gegen die „Schulkarte" mit Forderungen gegen die Unterdrückung und Abrichtung in den Schulen. 15000 Schüler demonstrierten am 15.3. in Marseille unter Forderungen nach freiem Zugang zur Hochschule, nach gewerkschaftlichen und politischen Rechten an den Schulen und nach Rücknahme der Pläne der Regierung, die Schüler zu kostenloser Fabrikarbeit heranzuziehen. In verschiedenen Schulen sind die Schüler in befristete Streiks getreten. Auf der Demonstration der Gewerkschaft CGT gegen die Pläne der französischen Stahlkapitalisten am 23.3. in Paris begrüßten die ca. 100000 Arbeiter die Teilnahme von tausenden von Schülern und Lehrern.

Streik der italienischen Flugassistenten in der 6. Woche

z.erm.Rom. Um den seit dem 25.2. andauernden Streik der italienischen Flugassistenten zu zerschlagen, hat die Regierung am 14.3. den Einsatz von Militärflugzeugen, zunächst nur nach Sardinien, angeordnet. Angeblich „zur Aufrechterhaltung der Verbindung mit den Inseln." Mittlerweile läßt sie die Luftwaffe sieben Inlandsverbindungen fliegen. Die bürgerlichen Führer der Einheitsgewerkschaft FULAT haben öffentlich an die Flugassistenten appelliert, den Streik abzubrechen.



Dessen ungeachtet halten die 3000 Flugassistenten an ihren Forderungen fest: Erhöhung des Lohns (derzeit 1110 DM) um umgerechnet 93 DM, Recht auf Versetzung zum Bodenpersonal bei Flugunfähigkeit oder 8 Jahren Dienst, uneingeschränkte gewerkschaftliche Rechte.

Derzeit beträgt die Arbeitszeit bei Mittelstreckenflügen 12,5 Stunden am Stück. Davon sind 6,5 Stunden Flugzeit. Die Flugassistenten fordern eine Verkürzung um 1 bzw. 1,5 Stunden. Die italienischen Fluggesellschaften wollen die schrankenlose Verfügung über die Arbeitskraft. Seit 1½ Jahren verzögern sie den Tarifabschluß, um u.a. die Durchführung verspäteter Flüge unabhängig von jeder Arbeitszeitbeschränkung durchzusetzen.

Eine Woche nach Streikbeginn hat die Führung der FULAT den Fluggesellschaften eine neue Plattform angeboten, in der die Verlängerung der Flugzeit um eine Stunde und „ausnahmsweise" Überstunden enthalten sind. Geschlossen sind die streikenden Flugassistenten vorletzte Woche auf eine von der FULAT einberufene Versammlung gegangen und haben von den anwesenden Gewerkschaftsführern verlangt, ihre Forderungen zu vertreten.

Am Donnerstag hat die Gewerkschaftsführung einem Abschluß zugestimmt: Verpflichtung der Flugassistenten zur Arbeitszeitverlängerung bei „unplanmäßiger Flugverzögerung", Erhöhung der Löhne um 26000 Lire (50 DM) und umgerechnet 880 DM als Ausgleich für die 18 Monate dauernde Tariflosigkeit.

Die Flugassistenten haben sofort beschlossen, den Streik um 24 Stunden zu verlängern. Über Annahme oder Ablehnung wird auf einer Versammlung am Samstag entschieden.

Das portugiesische Volk bekämpft die IWF-Strangulierung und will den Sturz Mota Pintos

z.rua. Am vorletzten Wochenende demonstrierten in Lissabon und neun weiteren Städten vom Norden bis in den Süden Portugals hunderttausende Arbeiter und Bauern gegen das IWF-Diktat, für den Sturz der Regierung Mota Pinto und für die Verteidigung der in der Revolution erkämpften Agrarreform. Allein in Lissabon nahmen 500000 an der Demonstration teil. Den kilometerlangen Demonstrationszug, der mehr als drei Stunden durch die Stadt zog, führten die Arbeiter aus den Industriegebieten des „Roten Gürtels" um Lissabon und Setubal an. Organisiert wurde die Demonstration von den Arbeiterkommissionen der Industriebetriebe, den Kollektivgütern und der Gewerkschaftsdachorganisation Intersindical. Die Demonstration war die kämpferischste seit der Revolution im April 1974 und bildete den vorläufigen Höhepunkt der Kampf- und Streikaktionen der portugiesischen Volksmassen, die seit dem Machtantritt Mota Pintos im Dezember vergangenen Jahres einen gewaltigen Aufschwung genommen haben.

Demonstration am 17. März in Lissabon

Demonstration am 17. März in Lissabon

Mota Pinto wurde vom IWF mit der Führung der Staatsgeschäfte beauftragt, nachdem seine Vorgänger Soares und da Costa den vom IWF diktierten Auflagen zur Plünderung und Knechtung der Volksmassen nicht schnell genug nachkamen. Er hat in seiner bisher viermonatigen Amtszeit keinen Zweifel aufkommen lassen, seinen Auftrag gewissenhaft erfüllen zu wollen. Prüfstein, ob es gelingt, die portugiesischen Volksmassen vollständig ihrer erkämpften Rechte zu berauben, ist ihre zwangsweise Vertreibung von den 1975 im Zuge der Agrarreform errichteten Kollektivgütern.

Mota Pinto hat gleich nach seinem Amtsantritt die zwangsweise Enteignung von 117 Kollektivgütern und Kooperativen im Alentejo- und Ribatejo-Gebiet im Süden Portugals angekündigt. Seither wurden unter Einsatz von starken Polizeieinheiten und Nationalgarde, unterstützt von reaktionären Stoßtrupps der ehemaligen Großgrundbesitzer, 20000 ha Land, Tausende von Rindern und Schweinen, Maschinen, Geräte und Gebäude beschlagnahmt. Nur mit brutalstem Knüppelterror kann dieser Raub gegen die Landarbeiter und Bauern durchgesetzt werden. Sie wehren sich erbittert. Dort wo sie durch die Übermacht der Polizeitruppen von ihrem Land vertrieben wurden, organisieren sie sich nach kurzer Zeit wieder und besetzen die geraubten Kollektivgüter erneut. Die revisionistische PCP unter Führung Alvaro Cunhals, die vorgibt, die Interessen der Landarbeiter und Bauern führend zu vertreten, hält sich in diesen Kämpfen abseits. Sie fordert die Mitglieder der Kooperativen und Kollektivgüter zum „gewaltlosen Widerstand" auf.

Der Kampf der Landarbeiter und kleinen Bauern findet die bedingungslose Unterstützung der Arbeiter in den Industriezentren. Am 24. Januar streikten 1 Million Arbeiter des Industriegürtels um Lissabon und Setubal für die Verteidigung der Agrarreform. In Porto, Braga und anderen Städten wurden ebenfalls Solidaritätsstreiks durchgeführt.

Weil die Enteignung der Kooperativen nicht im erwünschten Tempo vollzogen werden kann, hat sich die Regierung Mota Pinto einen neuen Schachzug zur zusätzlichen Plünderung und Ruinierung der Kooperativen ausgedacht. Sie fordert von ihnen, daß sie, solange sie noch über Land verfügen, für die bewirtschaftete Fläche Pachtzinsen entrichten. Gleichzeitig hat sie den Kooperativen ab sofort sämtliche Kredite gesperrt. Erlasse wurden verabschiedet, nach denen den Kooperativen der eigenständige Viehverkauf beschränkt wird und ihre Transportmittel beschlagnahmt werden können.

Mit der Beschränkung der Handlungsfähigkeit und der schließlich vollständigen Vernichtung der Kooperativwirtschaften soll der Lohn- und Lebensstandard der portugiesischen Volksmassen insgesamt noch tiefer gedrückt werden. Schon jetzt liegt die Arbeitslosenquote bei 16%; durch die Vertreibung der Landarbeiter und kleinen Bauern soll die industrielle Reservearmee erweitert werden. Den Kapitalisten gelang es im letzten Jahr, Lohn„erhöhungen" von durchschnittlich 11% – weit *unter* der staatlich festgesetzten Lohnleitlinie von 20% – durchzusetzen. Die erbitterten Streikkämpfe, die die Hafen-, Minen-, Textil- und Telefonarbeiter im letzten Winter führten, wurden durch Dienstverpflichtung und Militäreinsatz zerschlagen oder von den revisionistischen Gewerkschaftsführern in die Niederlage geführt.

Die offizielle Preissteigerungsrate betrug 1978 25%. Die für Nahrungsmittel lag wesentlich höher. Die staatlichen Subventionen für Grundnahrungsmittel wurden gekürzt. Der IWF fordert von Portugal die Reduzierung des Handelsbilanzdefizits. Während die Exporte von Lebensmitteln wie Gemüse, Sardinen und Wein fast verdoppelt wurden, wurden die Importe von Zucker, Kaffee und Rindfleisch um 40% gesenkt, der Import von Kartoffeln um 786%. Die Importe von Maschinen und Ausrüstungen hingegen wurden um 43% erhöht.

Die westlichen Imperialisten wollen sich Portugal als ihr Billiglohnparadies wiederherstellen. Grundbedingung der EG für den Beitritt Portugals ist die Umstrukturierung seiner Industrie, der Ausbau der arbeitsintensiven Textil- und Elektroindustrie. Nur das benötigte billigst ausbeutbare Menschenmaterial muß noch bereitgestellt werden. Seit Januar verhandelt der IWF erneut über die weitere Kreditvergabe an Portugal. Bedingung ist, daß das begonnene Spar- und Sanierungsprogramm fortgesetzt wird. Schon jetzt werden für das laufende Jahr Preiserhöhungen von mindestens 20% in Aussicht gestellt, neben der 22%igen Steuererhöhung soll über eine Zusatzsteuer das im Dezember gezahlte Weihnachtsgeld zu 50% wieder eingetrieben werden.

Am letzten Freitag hat Mota Pinto dem Parlament den vom IWF diktierten Staatshaushalt für 1979 zur Verabschiedung vorgelegt. Die reformistische Partei von Mario Soares und die revisionistische Partei von Alvaro Cunhal haben mit 46:43:116 Stimmen seine Ablehnung durchgesetzt. Nicht, weil sie gegen das Sanierungsprogramm wären. Sie versuchen, den Haß und die Kampfentschlossenheit der portugiesischen Volksmassen gegen

portugiesischen Volksmassen gegen

das IWF-Programm unter ihre Fittiche zu bekommen und sich so selbst wieder an die Regierungsmacht zu hieven.

Mit beiden haben die portugiesischen Volksmassen einschlägige Erfahrungen. Soares hat im vergangenen Jahr das vom IWF diktierte Plünderungs- und Unterdrückungsprogramm unterzeichnet. Er konnte es gegen den Kampf der Arbeiterklasse nur nicht verwirklichen. Die Revisionisten wollen das Land der Herrschaft der sozialimperialistischen Supermacht unterwerfen und sich selbst dabei dicke Pfründe garantieren. Aber auch da haben die Volksmassen einen Vorgeschmack bekommen. Nach dem Sturz des Faschismus setzten sich die Revisionisten auf einige der noch warmen Bürgermeister- und Bankdirektorenposten. An der Schikane und Unterdrückung hat sich nichts wesentlich geändert. Während der Phase ihrer Regierungsbeteiligung wurde mit der UdSSR ein Handelsabkommen geschlossen, nach dem die Sozialimperialisten ihren Warenaustausch mit Portugal von 1974 auf 1975 verzehnfachten. Sie importierten Wein, Tomaten, Kork und Fisch – den sie zu verteuerten Preisen als Gefrierfisch zurücklieferten.

Frankreich: Neuer Vertrag über Arbeitslosengeld

z.jon.Paris. Am 17.3. haben die französischen Gewerkschaften und der Kapitalistenverband CNPF einen Vertrag über Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung geschlossen. Darin wird die bisherige Spaltung des Arbeitslosengeldes in „Sonderleistungen" für Entlassungen aus „wirtschaftlichen Gründen" – 13% der Arbeitslosen, die bis jetzt 90% des Lohns erhielten – und in „Grundleistungen" – 27% der Arbeitslosen – bebehalten. 60% der registrierten Arbeitslosen erhalten bisher überhaupt kein Arbeitslosengeld oder nur staatliche Sozialhilfe. Die „Grundleistungen" werden von bisher 35% auf 42% und um eine Tagespauschale von 20 F erhöht. Bei einem Lohn von 2000 F (= 900 DM) beträgt das Arbeitslosengeld dann 62%, bei 5000 F noch 48%. Die „Sonderleistungen" bestehen ebenfalls aus der 20-F-Pauschale und einer Zahlung von 65% des Lohns im ersten Vierteljahr, die jedes Vierteljahr um 5% abnimmt. Der Hauptzweck dieser Bestimmungen: Denen, die bisher 90% erhielten, wird der Strick um den Hals mit den vierteljährlichen Kürzungen immer enger gezogen, um ihnen einen „Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu geben". Die viel zu geringe Erhöhung der niedrigsten Entschädigungen – u.a. sollen jugendliche Arbeitslose die Pauschale von 20 F/Tag bekommen – bedeutet, daß diese Arbeitslosen den Anspruch auf staatliche Zahlungen verlieren. Die Versicherungsbeiträge werden nach Einführung dieser Leistungen erhöht. Der direkt vom Lohn abgezogene Beitragsanteil soll von 20% auf 40% steigen.

„Rote" Stadtverwaltung von Turin auf Terroristenjagd

z.erm.Rom. Freudig hat die italienische Bourgeoisie einer Initiative der „roten" Stadtverwaltung von Turin zugestimmt, dem „Terrorismus Herr zu werden". Der revisionistische Bürgermeister ließ über 260000 Antiterrorismusfragebögen an die Bevölkerung verteilen. Frage 4 lautet: „Können Sie aktuelle Fakten im Stadtteil nennen, die auf kriminelle politische Taten hinweisen?" und in Frage 5 „... durch konkrete Angaben den staatlichen Organen und Ordnungskräften helfen, diejenigen zu identifizieren, die Attentate, Aggressionen etc. vorbereiten?" Mittlerweile wurden von der Polizei unter dem Vorwand von „Hinweisen aus Fragebögen" mehrere Wohnungen von Gewerkschaftsvertretern und das Büro einer fortschrittlichen Organisation durchsucht und Unterlagen beschlagnahmt. Die Gewerkschaftsverbände haben die Aktion als Maßnahme der Einschüchterung und Spaltung verurteilt. In einer Erklärung stellen sie fest: „Um dem Terrorismus Einhalt zu gebieten, darf nicht ein Klima der Verdächtigungen und gegenseitigen Anschuldigungen hergestellt werden. Die Gewerkschaftsorganisationen isolieren und bekämpfen den Terrorismus, indem sie sich auf ihre natürlichen Strukturen wie die Fabrikräte und Zonenräte stützen."

VR China festigt nationale Einheit

z.krk. Am 19.3. hat die Regierung der VR China die letzten über 300 inhaftierten Anführer des konterrevolutionären Aufstandes in Tibet 1959 freigelassen, nachdem 24 Rädelsführer bereits im November vergangenen Jahres

Brasilien: Die Arbeiter setzen die Regierung unter Druck

Mondale in Brasilia / Streik der Automobilarbeiter / Einheitsgewerkschaft gefordert

z.mif. Der Streik von über 200000 Arbeitern der Automobilindustrie Brasiliens ist in die zweite Woche gegangen. Die Kapitalisten von VW, Ford, Chrysler, Daimler-Benz und Saab-Scania sehen ihre Ausbeutungspläne durcheinandergebracht. Die kampferfahrene Arbeiterklasse Brasiliens hat überhaupt nicht vor, die ,,Führung Brasiliens in die Demokratie'' abzuwarten, wie sie die Regierung Figueiredo, die seit 15. März die Geschäfte führt, in Aussicht gestellt hat. Sondern die Arbeiter sind fest entschlossen, sich die langunterdrückten gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten zu erkämpfen, die sie brauchen, um die Ausplünderung des Landes durch die imperialistischen Konzerne zu bekämpfen.

Die westdeutsche Bundesstelle für Außenhandelsinformation schätzt im Januar die Lage in Brasilien so ein: die ,,eingeleitete Redemokratisierung'' werde ,,sicher noch ihre Feuerprobe zu bestehen haben, zumal ohne eine Reihe von unpopulären Maßnahmen eine wirksame Bekämpfung der Inflation und Verbesserung der Zahlungsbilanzsituation kaum möglich sind.'' Diese ,,Feuerprobe'' ist die militärische Niederhaltung der Arbeiterbewegung, wenn sie die von den Imperialisten geforderten ,,unpopulären Maßnahmen'' der Lohnsenkung und Steuererhöhung nicht hinnimmt. Der General Figueiredo war bis Ende 1977 Leiter des militärischen Nachrichtendienstes SNI; sein Planungsminister Simonsen ist früherer Berater von Daimler Benz do Brasil.

Das imperialistische Kapital hat im letzten Jahr erhöht Kapital nach Brasilien geschafft und einiges unternommen, um der alten und neuen Regierung zu verdeutlichen, was es von ihnen erwartet. Geisel war im März in Westdeutschland; Carter und d'Estaing suchten Geisel in Brasilien auf. Seit Mai haben die Imperialisten Zinsermäßigungen bei Registrierung von Auslandsfirmen in Brasilien durchgesetzt. Zur Amtseinführung von Figueiredo hat Carter die Vizepräsidentengattin Mondale geschickt, und eine Woche später ist Mondale in Person erster Staatsgast des neuen Präsidenten. Die US-Imperialisten haben eine lange Tradition darin, sich in Brasilien selbst einzuladen; 1893, zwei Jahre nach Verjagung des portugiesischen Kaisers Dom Pedro II., verschafften sie ihren Schiffen unter Geleitschutz durch die Flotte Zugang zu den Häfen.

Brasilien ist ein Siedlerstaat. Die ursprünglichen Bewohner, die wegen des bekannten geographischen Irrtums von Columbus Indianer oder Indios genannt werden, sind bis auf 100000 oder 200000 ausgerottet. Die Ausrottung hält mit dem Vordringen des Siedlerstaats in das gesamte Amazonasbecken weiter an. Bis Mitte des letzten Jahrhunderts wurden Afrikaner als Sklaven für die Plantagenarbeit eingeschleppt; die Sklaverei wurde erst 1888 verboten. Heute sind 61,7% der Bevölkerung europäischer Abstammung – Portugiesen, Italiener, Spanier, Deutsche –, 26,6% ,,Mischlinge'', 11% ,,Neger'', 0,6% Asiaten (Meyers Enzyklopädisches Lexikon 1971). Die Gesamtbevölkerung ist heute 122 Millionen. Der wellenmäßigen Einwanderung entsprechen bestimmte bevorzugte Siedlungsgegenden und gesellschaftliche Tätigkeiten; die Ruinierung zahlloser Bauern und ihre Verwandlung in Proletarier hat allerdings die ursprünglichen Unterschiede vermischt. Die deutsche Bourgeoisie ist seit langem in Großgrundbesitz, Handel, Bank- und Industriekapital massiv vertreten; die Deutsch-Südamerikanische Bank existiert seit hundert Jahren, mit kurzer Unterbrechung durch die Enteignung 1945. Der neue Finanzminister heißt Karlos Rischbieter.

Einen erfolgreichen antikolonialen Befreiungskampf hat es in Brasilien nie gegeben. Als die portugiesische Kaiserfigur 1891 abtreten mußte, war britisches Kapital längst der eigentliche Herr, bald verdrängt vom US-Kapital. Die brasilianische Arbeiterklasse, die bereits 1922 ihre Kommunistische Partei gründete, hat viele große Kämpfe gegen die Imperialisten geführt, so im Aufstand 1935, ist aber von der Konterrevolution immer wieder zurückgeworfen worden.

In den letzten Jahren hat die mächtige Bewegung der Länder der Dritten Welt gegen das Vorherrschaftsstreben der Supermächte auf die brasilianische Militärregierung einige Anziehungskraft ausgeübt. Noch unter Geisel wurden Handelsabkommen mit der VR China sowie mit zahlreichen anderen Ländern der Dritten Welt geschlossen; auch der Kernkraftwerksvertrag mit den westdeutschen Imperialisten ist auf Seiten Brasiliens Ausdruck davon. Nach wie vor ist freilich die US-Supermacht hauptsächlicher ,,Direktinvestor'' in Brasilien (Ende 1977 3418,3 Mio. Dollar) vor der BRD (1533,5 Mio. Dollar) und Japan (1203,3 Mio.). Die Auslandsverschuldung Brasiliens liegt bei etwa 40000 Mio. Dollar, das ist mehr als das Dreifache der Jahresausfuhr 1977. Die wesentlichen Industriezweige sind in imperialistischer Hand; allerdings setzt die Regierung jeweils vertragliche Regelungen über die Menge der aus brasilianischer Produktion zu verwendenden Teile und die in- und ausländische Absatzmenge durch.

VW und die Handelsgesellschaft Atlas (zusammen 49% der Stimmanteile) bauen derzeit für 35 Mio. Dollar eine Fleischfabrik im Amazonas-Gebiet zusammen mit sieben brasilianischen Gesellschaften. Die westdeutschen Kapitale lassen sich mit Einkommenssteuer-Nachlässen für die Investitionen ,,entschädigen''. VW hält insgesamt mehr als 120 Beteiligungen in allen möglichen Branchen in Brasilien; dieses neueste Projekt konnten die VW-Kapitalisten nur gegen erheblichen Widerstand bis hinein in die Regierung durchsetzen, der sich dagegen richtete, daß staatliche Gelder an die Imperialisten verschenkt werden.

Im Oktober letzten Jahres fand der 3. Gewerkschaftskongreß der Metallarbeiter der beiden wichtigsten Industriezonen des Staates Sao Paulo statt. Es nahmen 500 Delegierte teil, davon 400 aus den wichtigsten Betrieben der Automobilindustrie. Der Kongreß forderte die Gründung von Arbeiter-Kommissionen in allen Betrieben sowie den Aufbau einer Einheitsgewerkschaft. Weitere Punkte der Forderungen waren freie Tarifverhandlungen, Streikrecht, Organisation der Gewerkschaften nach Industriezweigen statt nach Berufsgruppen.

Mehr als 200000 Metallarbeiter in Sao Paulo schlossen sich dem Streik der Fiat-Arbeiter in Rio de Janeiro an, die seit dem 24.10. eine Lohnerhöhung von 20% über dem Lebenshaltungsindex forderten. Die Arbeiter von Krupp und Mannesmann in Betim streikten ebenfalls. Die Forderungen: 70% mehr Lohn und Wahl von Fabrik-Kommissionen zur Führung von Verhandlungen mit den Kapitalisten. In Sao Paulo besetzten die Arbeiter zahlreiche Fabriken. Die Streiks dauerten drei bis vier Tage. Mannesmann hat 18% angeboten, was nach Zeitungsberichten angenommen wurde. Das Bundesarbeitsgericht erklärte die Streiks für illegal, die Regierung griff jedoch nicht ein. Bosch entließ 24 Arbeiter, die während des Streiks als Mitglieder der Fabrik-Kommission gewählt worden waren. VW hat 11 Streikführer entlassen und auf die Schwarze Liste setzen lassen. Die Regierung strebt die Aufspaltung der einheitlichen Gewerkschaft an. Im Dezember fanden zahlreiche Kampfmaßnahmen gegen Entlassungen aufgrund des Streiks statt.

Im Januar streikten die Busfahrer von Rio de Janeiro zwei Tage lang. Die Regierung erklärte den Streik für illegal. Am 13. März traten die 18000 Lehrer von Rio de Janeiro in Streik für höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Gegen den Amtsantritt von Figueiredo wurden in allen größeren Städten Demonstrationen durchgeführt. Die neue Regierung hat mindestens 30 der gegenwärtig streikenden Metallarbeiter verhaften lassen; der neue Arbeitsminister Macedo, der vorher Finanzminister in Sao Paulo war, hat eine Untersuchung über politische Agitation im Streik eingeleitet und den Streik für illegal erklärt. Die Imperialisten setzen auf die neue Regierung; die Arbeiterbewegung hat deutlich gemacht, daß sie ihre gewerkschaftlichen und demokratischen Forderungen durchzusetzen gewillt ist. Es kann zu einer erheblichen Verstärkung des antiimperialistischen Kampfes kommen.

do Brasil.

Das imperialistische Kapital hat im letzten Jahr erhöht Kapital nach Brasilien geschafft und einiges unternommen, um der alten und neuen Regierung zu verdeutlichen, was es von ihnen erwartet. Geisel war im März in Westdeutschland; Carter und d'Estaing suchten Geisel in Brasilien auf. Seit Mai haben die Imperialisten Zinsermäßigungen bei Registrierung von Auslandsfirmen in Brasilien durchgesetzt. Zur Amtseinführung

Deutsch-Südamerikanische Bank existiert seit hundert Jahren, mit kurzer Unterbrechung durch die Enteignung 1945. Der neue Finanzminister heißt Karlos Rischbieter.

Einen erfolgreichen antikolonialen Befreiungskampf hat es in Brasilien nie gegeben. Als die portugiesische Kaiserfigur 1891 abtreten mußte, war britisches Kapital längst der eigentliche Herr, bald verdrängt vom US-Kapital. Die brasilianische Arbeiterklasse, die bereits 1922 ihre Kommunistische Par-

tale lassen sich mit Einkommenssteuer-Nachlässen für die Investitionen ,,entschädigen''. VW hält insgesamt mehr als 120 Beteiligungen in allen möglichen Branchen in Brasilien; dieses neueste Projekt konnten die VW-Kapitalisten nur gegen erheblichen Widerstand bis hinein in die Regierung durchsetzen, der sich dagegen richtete, daß staatliche Gelder an die Imperialisten verschenkt werden.

Im Oktober letzten Jahres fand der 3. Gewerkschaftskongreß der Metall-

schung beider Supermächte und die aggressiven Zwecke ihrer Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt. Dabei sind vielfältige Bemühungen notwendig, um Hinterlassenschaften der imperialistischen Weltkriege und ihre erschwerenden Folgen für eine gemeinsame Front der Balkanvölker zu überwinden; Differenzen über Grenzfragen, die in den jeweiligen Ländern lebenden nationalen Minderheiten, Probleme der wirtschaftlichen Rückständigkeit sind Beispiele für solche Hin-





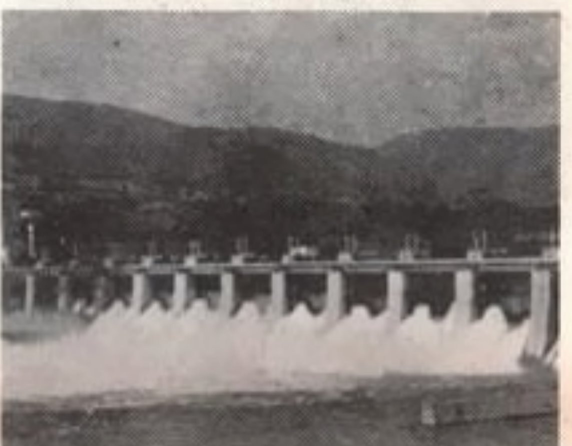
VW do Brasil ist die größte Autofabrik Südamerikas mit über 50 Prozent Marktanteil in Brasilien. Seit zwei Wochen stehen alle Automobilarbeiter im Streik. – Streik bei Mercedes 1975 in Argentinien; auch dort stehen die Arbeiter im Lohnkampf. Mercedes beherrscht den Lastwagen- und Busmarkt Brasiliens. – Die deutsche Siedlung Blumenau wurde 1850 in Brasilien gegründet und heißt noch heute so. Seit 100 Jahren gibt es deutsche Banken.

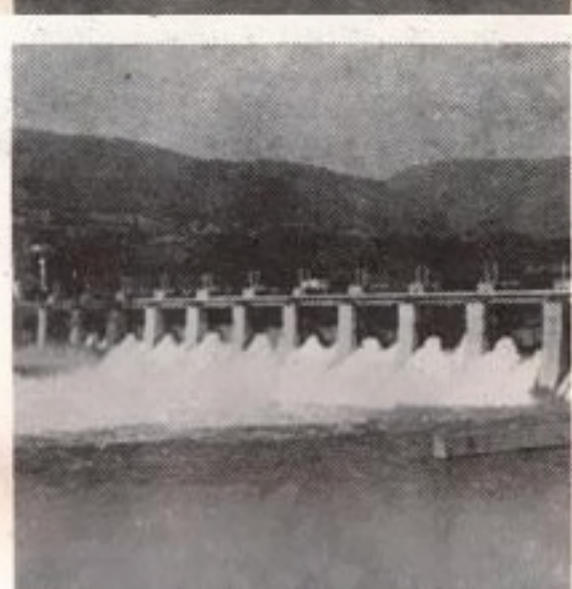
Initiativen des Zusammenschlusses der Balkanstaaten

z.lik. In den letzten Wochen haben verschiedene Gespräche zwischen Regierungen der Balkanstaaten stattgefunden, die das Streben der Völker in dieser Region nach Festigung ihres Zusammenschlusses auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zum Ausdruck bringen. Der Kern dieses Zusammenschlusses ist die Absage an die Einmischung beider Supermächte und die aggressiven Zwecke ihrer Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt. Dabei sind vielfältige Bemühungen notwendig, um Hinterlassenschaften der imperialistischen Weltkriege und ihre erschwerenden Folgen für eine gemeinsame Front der Balkanvölker zu überwinden; Differenzen über Grenzfragen, die in den jeweiligen Ländern lebenden nationalen Minderheiten, Probleme der wirtschaftlichen Rückständigkeit sind Beispiele für solche Hinterlassenschaften.

Vorige Woche besuchte der griechische Ministerpräsident Karamanlis Rumänien und Jugoslawien. Zur gleichen Zeit wurde bekannt, daß die Sowjetunion für den kommenden Monat neuerliche Großmanöver im Karpatenvorland nahe der Grenze Rumäniens plant. Angesichts dieser Demonstration ihres Herrschaftsanspruchs erhält das gemeinsame Kommunique der griechischen und der jugoslawischen Regierung seine besondere Bedeutung: beide Länder erklären ihre Absicht, die Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der Blockfreiheit zu festigen, Differenzen in bezug auf die nationalen Minderheiten in den Grenzregionen ausschließlich durch Verhandlungen zu klären und gemeinsam durch den Ausbau einer Erdölleitung sowie des Transportwesens den wirtschaftlichen Aufbau zu fördern. (Bild: Rumänisch-jugoslawisches Kraftwerkprojekt ,,Eisernes Tor''/Donau)

Jugoslawien und Rumänien haben wiederholt die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Balkanstaaten auch in den internationalen Organisationen der UNO betont, die die Forderung nach einer Friedenszone im Mittelmeerraum erhebt. Beim Besuch von Karamanlis in Bukarest begrüßte der rumänische Staatspräsident Ceaucescu die Auflösung des CENTO-Paktes: ,,Dies beweist, daß die Möglichkeit besteht, aufgrund des Willens der Völker





zur Auflösung der Militärblöcke zu gelangen.'' In einem Interview mit der griechischen Zeitung ,,Kathemerini'' sprach er sich aus für den Anschluß der Balkanstaaten an die Blockfreienbewegung zum Schutz ,,gegen jede ausländische Intervention in ihre inneren Angelegenheiten''.

Beim Besuch Ceaucescus in Bulgarien im Februar sprachen sich beide Regierungen für die Errichtung einer Friedenszone auf dem Balkan aus und die Auflösung fremder Stützpunkte. In Kürze wird der bulgarische Ministerpräsident Shiwkoff Griechenland besuchen. Gerade über Bulgarien versuchen die Sozialimperialisten, Spaltkeile in die Front der Balkanstaaten zu treiben. Zu nichts anderem dient ihre Neuauflage der ,,Mazedonienfrage'', zu der sie die bulgarische Regierung aufstacheln. Jugoslawien hat jetzt seine Bereitschaft erklärt, in dieser Frage die gegenseitigen Angriffe einzustellen.

---

freigelassen wurden. Am 4. November sind auf einer Kundgebung in Lhasa, der Hauptstadt Tibets, alle tibetischen Emigranten aufgefordert worden, in ihr Vaterland zurückzukehren. Sie sollten die Spaltungsversuche der Sozialimperialisten und aller Reaktionäre durchschauen und mit dem erniedrigenden Leben von Almosen Schluß machen. Die Volksregierung erklärte sich bereit, ihnen eine angemessene Arbeit und ausreichendes Auskommen zu garantieren. Im Januar wurde auch der Dalai Lama eingeladen, in die Heimat zurückzukehren. Der Dalai, einer der Rädelsführer des Aufstandes, ist nach dessen Niederschlagung nach Indien geflüchtet, von wo aus er sich im Auftrag der westlichen Imperialisten einsetzte für ein Tibet, das dem Namen nach unabhängig, in Wahrheit aber dem Imperialismus hörig sein sollte. Durch die Erfolge des Volkes im Aufbau des Sozialismus ist der Behauptung über die ,,chinesische Unterdrückung'' der Boden entzogen worden. Scheinbar besorgt um die demokratischen Rechte der Tibeter fordert er nun eine Volksabstimmung unter internationaler Kontrolle über die Zugehörigkeit Tibets zur VR China. Einen Fuß erneut auf chinesischen Boden zu bekommen und die Einheit der verschiedenen Nationalitäten Chinas zu unterminieren – dieses Ziel haben die Imperialisten noch lange nicht aufgegeben.

ITWF unterstützt verhaftete malayische Gewerkschafter

z.cht.Sydney. Mitte Februar griff die malayische Regierung in die Lohnverhandlungen zwischen der malayischen Fluggesellschaft MAS und der Gewerkschaft AEU ein, indem sie 22 Gewerkschaftsmitglieder und den Vertreter der internationalen Transportarbeitergewerkschaft (ITWF) in Asien festnehmen ließ. Ein Sprecher der MAS erklärte dazu: ,,Ich weiß nicht, wie den Arbeitern zu helfen ist, wenn ihre Aktionen das Investitionsklima zerstören.'' Einem Aufruf der ITWF folgend, beschlossen die Gewerkschaften in Sydney daraufhin, malayische Flugzeuge nicht mehr abzufertigen, bis die verhafteten Gewerkschafter frei sind. Ein Flugzeug der MAS wurde 10 Tage lang nicht aufgetankt. Der australische Premierminister Fraser drohte, daß ,,das Flugzeug die Erlaubnis zum Flug bekommen muß wegen der Verhandlungen über Flugtarife mit den ASEAN-Staaten in Djakarta'' in derselben Woche, und ließ es am 18.3. auf dem Militärflughafen abfertigen und ausfliegen. Die Gewerkschaften halten am Boykott der MAS fest. Auch in Frankfurt wurde am 19.3. ein malayisches Flugzeug mit mehreren Stunden Verspätung abgefertigt.

Schwarze Australier fordern ihr Land zurück

z.mzt.Sydney. Über 100 schwarze Australier demonstrierten in Perth gegen die ,,Wiederaufführung'' der Landung des britischen Kolonialisten Sterling vor 150 Jahren. Prinz Charles, von der Kolonialmacht als Festredner geschickt, mußte seine Rede mehrfach unterbrechen. Der Kampf der schwarzen Australier um ihr Land weitet sich täglich aus. In allen Bundesstaaten verlangen ihre demokratisch gewählten Räte (Land Councils) die Selbstverwaltung der ,,Reservate'' und ihre Ausdehnung auf weitere Landflächen. In Queensland fordern sie die Reservate Aurukun und Mornington Island zurück, die von der Landesregierung aufgelöst wurden, um das Gebiet für den Bauxit-Bergbau freizubekommen. Im Northern Territory, das bisher von der Bundesregierung verwaltet wurde, kämpfen sie gegen die Neufestsetzung der ,,Stadtgrenzen'' durch die vor wenigen Monaten eingerichtete Landesregierung. Um riesige Landflächen von den Forderungen der schwarzen Australier auszuschließen, soll sich zum Beispiel Darwin (ca. 31000 Einwohner) jetzt über 150 km erstrecken. In der vergangenen Woche besetzten schwarze Australier zwei Mal das Büro des Bundesministers für ,,Eingeborenenfragen''. Schließlich mußte er ein Gespräch über die Landforderungen noch in diesem Monat zusagen.

Tschad: Regierung der Nationalen Einheit beschlossen

z.pel. Auf Vermittlung der OAU hin und nach Einladung durch die nigerianische Regierung haben die verschiedenen Kräfte des Tschad auf einer Konferenz in Kano (Nordnigeria) die Bildung einer provisorischen Regierung der Nationalen Einheit beschlossen. Den Vorsitz wird der Führer der Front für die Nationale Befreiung (Frolinat), Ouddei, übernehmen. Die französische Armee muß das Land verlassen, eine neue tschadische Armee wird aus den verschiedenen Streitkräften gebildet. Am 23.3. hat die Frolinat die Verwaltung des Landes übernommen. Kurz zuvor hatte der französische Staatspräsident die Welt wissen lassen, daß Frankreich seine Truppen aus eigener Entscheidung zurückziehen werde, da seine Aufgabe der Versöhnung der streitenden Parteien erfüllt sei. – Der getretene Wolf wechselt in den Schafspelz. Die imperialistische Presse deutet die neue Taktik an: ,,Bleibt zu erfahren, ob die Versöhnung den Spannungen, für die alle Gründe weiterbestehen, widersteht.'' Die ,,Gründe für die Spannungen'' sind Hinterlassenschaft der imperialistischen Herrschaft: eine einseitig entwickelte, auf den Baumwollexport orientierte Landwirtschaft, eine Ölindustrie in amerikanischer Hand, zerrissene Produktionsstrukturen und Stammesbeziehungen. Die Völker des Tschad werden ihre Einheit im Kampf gegen imperialistische Interventionsversuche verteidigen müssen.

sten im Februar dieses Jahres übereingekommen, eine direkte Flugverbindung Tel Aviv – Moskau einzurichten.

Entsprechend diesen Siedlungsbewegungen verlaufen auch die Klassenfronten in der israelischen Gesellschaft: die Bourgeoisie stammt im wesentlichen aus dem ersten und zweiten Siedlungstrupp, das Proletariat bilden die orientalischen Juden zusammen mit den landlos gemachten palästinensischen Bauern.

Die zionistischen Kolonisatoren rauben den palästinensischen Bauern das Land und errichten kapitalistische Plantagenwirtschaften.

Die vor Besetzung Palästinas vorherrschenden Eigentumsformen in der Landwirtschaft beschreibt ein Reisebericht, der 1880 erschienen ist: ,,Die Kornfelder sind jetzt und waren auch früher das Eigenthum Einzelner, während der nicht unter dem Pflug befindliche Grund und Boden, welcher sie umgibt, allen Ortsangehörigen gemeinsam gehört und von jedem benutzt werden darf, um seine Herden dort zu hüten (...) Das Recht des Schnitters, auf dem Felde sich mit so viel Korn zu versehen, wie sie nur wollen, besteht heute noch fort" (Ebers und Guthe: Palästina). Das Programm der zionistischen Kolonisatoren sieht demgegenüber vor: ,,Privates Land in Gegenden, die uns zugewiesen werden, muß in Besitz genommen werden. Arme Einwohner müssen ohne Aufsehen evakuiert werden, nachdem man ihnen Arbeit in den Bestimmungsländern beschafft hat" (Herzl, 1895). Über die arabischen Großgrundbesitzer kaufen die zionistischen Siedler Land auf, das arabischen Großgrundbesitzer kaufen die zionistischen Siedler Land auf, das sie nicht als Privatpersonen erwerben, sondern im Auftrag des Jüdischen Nationalfonds. Von den aufgekauften Ländereien stammt nur 9% von kleinen Bauern. Das Unterfangen, die Bauern so von ihrem Land zu vertreiben, ist den Zionisten zu langwierig. Zwar haben sie bis 1929 von 86000 Bauernfamilien bereits 46000 landlos gemacht und lassen sie zu Wucherpachten, die sich innerhalb von zwei Jahren verdoppelten, auf dem ehemals von ihnen bearbeiteten Boden erneut schuften; und zwar haben sie bis 1931 von 103000 Beduinen 1922 knapp 50000 ruiniert und in ,,Reservate", Arbeitslager, gezwungen, aber die Bauernaufstände von 1929 und 1933, in denen die Bauern die Forderungen erheben: Enteignung der der Regierung, den arabischen sowie den zionistischen Gutsbesitzern gehörenden Ländereien, Aufteilung derselben unter den Kleinbauern und Beduinen, Annullierung der Schulden und Pachtzinsen, Hilfe für die Hungernden und Arbeitslosen, vereiteln den umfassenden und schnellen Landraub. Bis 1948 besitzen die jüdischen Siedler erst 5% der palästinensischen Landfläche, 15% des kultivierten Bodens. Mit der gewaltsamen militärischen Vertreibung der Palästinenser durch die Hagana-Truppen 1948 wird der Landraub perfekt: ¾ des Bodens wird vom israelischen Staat konfisziert, 385 Dörfer werden dem Erdboden gleichgemacht.

Auf palästinensischem Besitz errichten die Siedler ihre Plantagenwirtschaft. In den Kibbuzim und Moschawim ist der Boden staatlich, d.h. gehört der jüdischen Finanzbourgeoisie, die israelischen Siedler bearbeiten das Land als Farmer. Infolge dieser Plantagenwirtschaft hat sich eine Monokultur entwickelt, Anbau von Zitrusfrüchten, während z.B. Korn und Weizen, einst in Menge vorhanden, jetzt eingeführt werden muß (1978: 60% des Bedarfs). Die Rinder-, Schaf- und Ziegenhaltung liegt heute weit hinter dem Stand von vor 1926.

Der zionistische Kolonialstaat beruht auf der Ausbeutung der palästinensischen Arbeiter und der orientalischen Juden

Ben Gurion, der erste israelische Ministerpräsident, sagte: ,,Die orientalischen Juden haben keine Erziehung, ihr Benehmen ist wie das der Araber", und als Araber müssen sie wie diese die schwerste Arbeit für den niedrigsten Lohn verrichten. Als ungelernte Arbeiter werden 23,8% der afrikanischen und asiatischen Juden auf den Plantagen von den zionistischen Großgrundbesitzern ausgebeutet, hier sind die Löhne im Vergleich zu den anderen Wirtschaftszweigen am niedrigsten. Und von diesen niedrigen Löhnen erhalten die orientalischen Arbeiter nur durchschnittlich 49%. Hunderte von Moschawim, die von den orientalischen Juden gegründet worden sind, wurden von den Zionisten finanziell nicht unterstützt und nicht mit Saatgut und Dünger usw. beliefert, so daß die orientalischen Juden wieder zurück in die Städte getrieben werden. Dort hat die Histadrut, die staatliche zionistische Zwangsgewerkschaft und größtes jüdisches Einzelunternehmen, für die afrikanischen und asiatischen Juden das System der ,,Teilzeitarbeit" erfun- afrikanischen und asiatischen Juden das System der ,,Teilzeitarbeit" erfun-den: An 12 Tagen im Monat arbeiten sie – vorwiegend als Hilfsarbeiter in der Bauindustrie – und müssen die schwerste Arbeit verrichten.

Mehr als ein Viertel der orientalischen Juden lebte 1976 unter der Armutsgrenze von 1034 Israelischen Pfund (Durchschnittseinkommen 2860 Israelische Pfund). Von den palästinensischen Arbeitern werden 52% in der Bauwirtschaft, 19% in der Landwirtschaft, 18% in der Leichtindustrie und 11% im Dienstleistungsbereich ausgebeutet. Sie erhalten durchschnittlich 50% des Lohns eines europäischen Juden, haben keinen Anspruch auf Gesundheitsversorgung und soziale Leistungen.

Der von den Imperialisten gepäppelte Militärstaat Israel ist nur lebensfähig durch den Krieg und die Expansion: wirtschaftlich vom Brot bis zur Maschine vom Import abhängig, exportiert werden neben Schnittblumen und Obstkonserven in großem Umfang nur die aus Südafrika importierten, in Israel geschliffenen Diamanten und Waffen. Über die enorme Verschuldung (1978: 11,2 Mrd. US-Dollar) und das Außenhandelsbilanzdefizit von 2 Mrd. Dollar haben die Imperialisten sich die Aggression des Kolonialstaates sowieso gesichert. Die Existenz des Staates Israel selbst ist eine ständige Bedrohung der arabischen Nation, auf deren Boden das künstliche Gebilde geschaffen wurde. Der Zionistenstaat ist ein Aggressionsherd, und seine Existenz und Existenzsicherung ist Beweis für das Streben der Imperialisten nach Beherrschung des Nahen und Mittleren Ostens – als Flankensicherung für den Kampf um die Weltherrschaft.

Bürgermeister, Gewerkschaftsvertreter, Vertreter von Vereinen und islamische und christliche Würdenträger einstimmig die folgende Resolution verabschiedet:

,,1. Alle Vereinbarungen (von Camp David), ihre verschiedenen Erläuterungen, Zusätze und Dokumente in ihrer Gesamtheit werden abgelehnt und bekämpft.

2. Die Vereinbarungen von Camp David stehen in Widerspruch zum nationalarabischen Charakter des Kampfes, denn sie stellen einen Separatfrieden zwischen Ägyten und Israel dar, der Ägypten aus dem arabisch-israelischen Kriegsschauplatz herausbrechen wird, damit es freie Hand bei der Zerschlagung der arabisch-afrikanischen Befreiungsbewegungen erhält.

3. Diese Vereinbarungen stehen offen in Widerspruch zu allen Beschlüssen der arabischen Gipfelkonferenzen, vor allem denen von Algier und Rabat, die explizit die Separatlösungen ablehnen und die Konfrontationskräfte zur Koordination in allen Bereichen aufgefordert haben.

4. Diese Vereinbarungen stehen im Widerspruch zu allen UNO-Beschlüssen, die die Palästinafrage betreffen. Sie stellen eine Herausforderung des internationalen Willens und einen Angriff auf das unveräußerliche Recht des palästinensischen Volkes dar.

5. Diese Vereinbarungen leugnen die Rechte des palästinensisch-arabischen Volkes und seine gerechte Sache, die den Kern des Nahostkonflikts bilden. Sie mißachten seine geraubten Rechte, das Recht auf Selbstbestimmung in seiner Heimat und seine einzig legitime Vertreterin, die PLO. Sie versuchen eine Ersatzführung unter der Besatzerherrschaft zu schaffen, indem sie eine Selbstverwaltung aufbauen, die das Volk insgesamt ablehnt.

6. Der Kampf des palästinensischen Volkes war und ist ein fester Bestandteil des Kampfes der arabischen Völker für ihre Freiheit, Einheit und ihren Fortschritt. Er ist auch fester Bestandteil der internationalen Befreiungsbewegung. Das palästinensische Volk in- und außerhalb der besetzten Heimat ist eine unteilbare Heimat.

7. In der Region wird kein Frieden herrschen ohne den vollständigen und tatsächlichen Rückzug der israelischen Truppen aus allen arabischen Gebieten und den Aufbau des unabhängigen, freien Staates des palästinensischen Volkes in Palästina mit Jerusalem als Hauptstadt."

,,Nur der bewaffnete Kampf kann der zionistischen Eroberung Einhalt gebieten"

,,... Im Kampf um Palästina entscheidet sich die Zukunft der gesamten arabischen Nation. Nur vom Kampf um Palästina zu reden, daß es sich nur um den palästinensischen Boden und nicht um den gesamten arabischen Boden handelt, nur um das palästinensische Volk, nicht um alle arabischen Völker, ist eine Illusion. Die offenkundige Tatsache, die der Feind selbst voller Unverschämtheit erklärt, ist, daß es um einen zionistischen Eroberungszug gegen die arabische Heimat geht. Er richtet sich gegen mehrere arabische Staaten gleichzeitig, darunter Libyen, Syrien, Jordanien, Ägypten, Irak, die arabische Halbinsel und die Golfstaaten. Die Eroberung Palästinas diente lediglich als Brückenkopf für die weitergehende, umfassendere Aggression. Der Junikrieg von 1967 war nur der erste Versuch, vom Brückenkopf aus den Griff nach anderen arabischen Territorien zu strecken, die über die Grenzen Palästinas hinausgehen. Der Feind besetzt jetzt syrische und arabische Gebiete. Er will damit die anerkannten internationalen Grenzen erschüttern und sie zum Gegenstand seines Schachers machen.

Die jetzt in ,,Israel" offen verkündete Losung von ,Groß-Israel' ist ein Beweis dafür, daß die neue Phase, die in aufeinanderfolgenden Wellenbewegungen arabische Territorien annektieren will, begonnen hat. Jeder arabische Staat muß deshalb mit aller Kraft an dieser Schlacht teilnehmen, sonst verliert er Stück für Stück sein Territorium, entweder sofort oder dann, wenn andere vor ihm schon erledigt sind. Diese Aggression kann nur zerschlagen werden durch eine einheitliche arabische Konfrontation, mit einer Kombination von Volkskrieg und klassischen Kampfmethoden, bei der alle Fähigkeiten der arabischen Nation entfaltet werden.

Die arabischen Bewohner Palästinas sind entschlossen, die Avantgarde in diesem bewaffneten Kampf zu bilden. Dieser Kampf wird zum Befreiungskrieg voll entfaltet, wird mit der vollständigen Vernichtung des Feindes enden ... Sie (die Palästinenser) erklären, daß nur der Weg des bewaffneten Kampfs mit all seinen Formen, Methoden und den dazu notwendigen Organisationen diesen Eroberungszügen Einhalt gebieten kann. Diese Eroberungen haben bisher nur für kurze Zeitspannen aufgehört, solange bis ein neuer Sprung und noch ein weiterer vorbereitet werden konnte. Sie werden erst dann gänzlich aufhören, wenn der Feind auf dem Schlachtfeld endgültig geschlagen sein wird."

(Aus dem Politischen Kommunique des 4. palästinensischen Nationalrates vom 10.7.-17.7.1968 in Kairo. Dies war der erste Nationalrat im Anschluß an den 3. zionistischen Angriffskrieg von 1967)



Traditionelle Stickereien in einem der Betriebe der PLO

Ein arabischer Staat in Palästina, frei von

,,Ein arabischer Staat in Palästina, frei von Rassismus, Konfessionalismus und Ausbeutung"

,,Es ist die Aufgabe der palästinensischen Revolution, die arabische Nation und das palästinensische Volk von den Verschwörungen, die gegen sie geschmiedet werden, in Kenntnis zu setzen. Die Ausmaße der Liquidierungsversuche müssen erst klar gemacht werden, damit man sie richtig bekämpfen kann. Al Fatah betont folgendes:

1. Die Massen des palästinensischen Volkes unter Führung seiner revolutionären Avantgarde haben einzig und allein das Recht auf Selbstbestimmung im bewaffneten Kampf bis zur vollständigen Befreiung. Al-Fatah warnt alle Kapitulanten, die für sich das Recht in Anspruch nehmen, dieses Volk zu vertreten und offen oder versteckt nach dem palästinensischen Staat unter zionistischer Flagge zu rufen. Nur die, die die Gewehre tragen, haben das Recht, im Namen dieses Volkes zu sprechen ...

3. Al-Fatah wiederholt ihre Ablehnung aller Pläne zur Liquidierung und zur Kapitulation, angefangen mit dem Teilungsplan bis zur Resolution des Sicherheitsrates von 1967 (Resolution 242). Al-Fatah ist der festen Überzeugung, daß die praktische Ablehnung der politischen Lösung und aller Liquidierungspläne auf dem Schlachtfeld durch die Einheit der Kämpfer, die Steigerung des bewaffneten Kampfes um die totale Konzentration darauf, stattfindet ...

Der Kampf gegen den Feind wird stärker und schärfer, da er spürt, daß sich die Schlinge um seinen Hals legt. Aber der Zionismus und seine Stütze, der Imperialismus, werden nicht so leicht aufgeben. Es ist klar geworden, daß der arabische Mensch, egal wo er sich befindet, vom Schlachtfeld nicht weit entfernt ist. Die Luftangriffe des Feindes an allen arabischen Fronten beweisen das. Folgende Schritte sind notwendig:

1. Die arabische Nation muß sich einheitlich und planvoll auf den bevorstehenden Kampf vorbereiten. Sie muß all ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten für diesen Kampf mobilisieren und alle Nebenschlachten und Widersprüche in den eigenen Reihen, die ihre Kräfte auszehren, zurückstellen.

2. Jeder Araber muß militärisch und psychologisch auf die bevorstehende Schlacht vorbereitet werden.

3. Die Schulen und Universitäten müssen zu militärischen Ausbildungsstätten für die Kämpfer umgewandelt werden, um gegen die drohende Gefahr gewappnet zu sein.

4. In den Dörfern und Städten muß ein funktionierendes System der Verteidigung aufgebaut werden, um sie vor den hinterhältigen Angriffen des Feindes zu schützen ...

Wir blicken in die Zukunft und sind voller Hoffnung, uns noch enger mit dem Volk zu verbinden und unsere bewaffneten Operationen und Einheiten weiterzuentwickeln. ... Wir versprechen unserem Volk, daß wir weiterkämpfen werden, gestärkt durch seine Standhaftigkeit, seinen politischen Kampf und die Härte, mit der es den bewaffneten Kampf führt. Wir werden weiterkämpfen, bis alle Etappenziele erreicht sind, die unzertrennbarer Bestandteil unseres allgemeinen strategischen Ziels sind, den Aufbau des arabischen Staates in Palästina, der alle Konfessionen und Glaubensrichtungen umfaßt und frei ist von Rassismus, Konfessionalismus und Ausbeutung."

(aus dem Politischen Kommunique der Al-Fatah vom 1.1.1969)



Palästinensische Demonstration unter Teilnahme der Streitkräfte

,,Die US-imperialistischen Pläne werden an den revolutionären Kämpfern scheitern"

,,Seit 1970 führt die USA die Verschwörungen gegen das palästinensische Volk an, seit einem Jahr etwa setzt Breszinski die Kampagne gegen die PLO fort. Er schickte die ,israelische' Armee in den Südlibanon gegen das palästinensische Volk und seine Kämpfer, bewaffnet mit den modernsten strategischen Waffen aus dem US-Arsenal. Heute sind die Berichte in Ost und West bekannt, die die Größe des Widerstandes gegen die zionistischen Eroberertruppen schildern, die falschen Annahmen, von denen die Zionisten bei ihrem Einmarsch ausgegangen sind. Warum konzentriert sich der imperialistisch-zionistische Angriff auf die PLO? Die Antwort liegt in dem Bewußtsein, das die Revolution, das die Kader erreicht haben ... Unser Gewehr konnte acht Tage gegen 1/3 der zionistischen Armee kämpfen, weil der Träger dieses Gewehrs ein bewußter Kämpfer ist, der an seine Revolution glaubt.

Viele haben die Zerschlagung der Revolution vorausgesagt. Einige sagten, wenn die Weltöffentlichkeit das erste Militärkommunique gehört hat, wird es danach kein zweites mehr geben. Nach dem zweiten sagten sie, es würde kein drittes mehr geben. usw. Bald beginnt die palästinensische Revolution ihr 15. Lebensjahr, ein Riese der kämpft und Widerstand leistet. Weder Carter, noch Breszinski noch ihre Handlanger in dieser Region werden diese Revolution zerschlagen können. Denn sie ist eine historische Notwendigkeit ... Der amerikanisch-zionistische Beschluß, diese Region unter ihre Kontrolle zu bringen, wird nicht durchgesetzt werden können, solange ein einziger Revolutionär sein Gewehr und die revolutionäre Theorie trägt."

(Aus einer Rede J. Arafats bei der Eröffnung einer Kaderschule)



Jugendausbildungslager der palästinensischen Streitkräfte

„Verweigert den Befehl... Behindert nicht die Landwirtschaft"

Keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben!

r.jöd. Am Sonntag hat sich die Demonstration der Bauern in Gedelitz bei Gorleben formiert und die Bauern des Kreises Lüchow-Dannenberg demonstrieren der Niedersächsischen Landesregierung entgegen. Die Bauern haben die Auseinandersetzung gegen die Landesregierung aufgenommen. Die Demonstration in Hannover gegen die Landesregierung ist nur eine Zusammenfassung der bereits stattgefundenen Aktionen. So hatten die Bauern in der letzten Woche bereits verschiedene Auseinandersetzungen organisiert, obwohl sie besseres zu tun hätten; und wenn die Bauern sagen, daß sie durch den Bau der Wiederaufbereitungsanlage ruiniert werden, so werden sie jetzt durch die vielen Stunden, in denen sie Kampfmaßnahmen vorbereiten und durchführen müssen, noch einmal unter eine harte Belastungsprobe gestellt.

Der Kampf der Bauern findet aber eine breite Unterstützung, viele werden auch den Bauern bei der Arbeit helfen. Am letzten Sonntag führten die Bauern eine Blockade vor ihrer eigenen Genossenschaft durch, weil die DWK die Frechheit besessen hat, ihre Bohrgeräte dort abzustellen. Als die Polizei einschritt, kam es zwar zu keinen gewalttätigen Auseinandersetzungen, weil die Polizeimacht in der großen Überzahl war, aber die Auseinandersetzungen der Bauern wirkten bereits zersetzend auf die Polizeitruppe. So hielt ein Bürgermeister bei den Polizeisperren eine Ansprache gegen die Truppe: „Verweigert den Befehl. Der Befehl ist nicht heilig. Geht nach Hause. Behindert nicht die Landwirtschaft. Wir sind sowieso schon sechs Wochen zurück. Unser Junge kam heim und konnte keinen Dünger holen" (bei der Genossenschaft, d.Red.). Ein Polizeioffizier: „Ach, die 5 Minuten. Der Bürgermeister und Bauer: „Das ist der ganze Vormittag. Nachmittags kann er nicht mehr aufs Feld, weil der Frost kommt. Geht nach Hause. Bei Adolf war der Befehl auch nicht heilig. Wenn ihr später mal wegen Behinderung der Landwirtschaft an die Wand gestellt werdet, dann hilft euch keiner." Das Wochenende darauf streuten dann die Bauern mehrere Fuder Mist auf den Bohrplatz. „Lieber unseren Mist als euren Atommüll" konnte man lesen.

Die Bauern dulden keine Bohrfahrzeuge auf ihren Grundstücken



Die Bauern umringen die Fahrzeuge der Celler Bohrfirma. Ihre Entschlossenheit, mit der sie den Bau der WAA behindern, wird überall unterstützt. Im ganzen Landkreis Lüchow-Dannenberg und auf der Route des Bauerntrecks sind Plakate mit der Resolution der Bauern geklebt. Teilweise hängen sie direkt an den Häusern und Scheunen der Bauern. Während bürgerliche Kräfte versuchen, den Bauern bei ihrem Treck nach Hannover, die Initiative aus der Hand zu nehmen, finden die Bauern die Unterstützung der Arbeiter. 6 Betriebsratsmitglieder von HAW erklären sich solidarisch mit dem Kampf der Bauern und fordern, daß die Bundesregierung ihr Energieprogramm zurückzieht. Die Delegiertenkonferenz der IG Druck, der Kreisjugendausschuß des DGB, Berufsschüler der G16, die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden aus Hamburg und die Fachschaftsgruppe Agrarwirtschaft aus Kiel unterstützen die Resolution der Bauern.

Führen die Bauern auf der einen Seite in dieser Woche den Treck durch, müssen sie zu Hause noch die Auseinandersetzung um den Bohrplatz führen und die Feldbestellung organisieren. Die Beteiligung der Bauern am Treck kann nicht vollständig bestehen, sondern nur ganz wenige werden die ganze Zeit fahren können. Auf den einzelnen Etappen werden sich jeweils die dort ansässigen Bauern beteiligen. Ansonsten haben die Bauern für Samstag Busse gemietet, damit sie an der Demonstration zahlreich teilnehmen können. Die bürgerliche Presse wird dies sicher verdrehen und schreiben, die Bauern würden die Sache nicht unterstützen.

In den Betrieben findet der Kampf der Bauern Unterstützung. Viele Arbeiter kennen die Verhältnisse. Einige waren selbst Landwirte, andere kommen aus bäuerlichen Familien. Verschiedene Resolutionen von Betriebsräten und Vertrauensleuten sind bei den Bürgerinitiativen eingetroffen. Energie sichert weder Arbeitsplätze noch schafft sie neue. Das sieht man allein schon daran, daß der Stromverbrauch je Arbeiterstunde in Niedersachsen von 1970 (100 %) bis 1977 auf über 190 % angestiegen ist. Die Sozialdemokraten fühlen sich ertappt und sind sich nicht sicher, ob sie den Kampf der Bauern unterstützen müssen. Klose murmelt bereits wieder auf der linken Maulbacke.

Die Durchführung der Aktion wird schwierig sein. Weil die Vorbereitung der Demonstration schlecht ist. Die Vorbereitung der Demonstration hätte darin liegen müssen, die Bauern *bei ihrer Arbeit* zu unterstützen, damit sie überhaupt zahlreich an der Demonstration teilnehmen können. Dies ist nicht geglückt. Die Demonstration am Samstag wird gespalten sein, viele politische Positionen werden in der Demonstration vorhanden sein. Viele haben mit der Unterstützung nicht viel im Sinn und wollen sich bloß repräsentiert sehen. Das ist gefährlich und kann zu politischen Spaltungen in der Demonstration führen. Die sogenannte AKW-Bewegung gurgelt von großen Erfolgen usw., mißbilligt aber die Interessen der Bauern. Dies ist schlecht und gefährdet die einheitliche Durchführung der Demonstration. „Wir werden nicht das Stimmvieh der Bauern sein und nicht die Kulisse für die Bauern in Hannover", hatten sie noch vor einigen Wochen auf der Arbeitskonferenz in Braunschweig vertreten. Diese Behauptung steht noch. Dementis sind uns von den bekannten Vertretern dieser Position nicht zu Ohr gekommen. Solch eine Entwicklung wäre für Albrecht günstig, der in dieser Woche kübelweise Dreck streuen wird. Wird er

Kommunistische Volkszeitung

zu frech, werden die Bauern ihm sicher Hühnermist vor die Staatskanzlei kippen. Dies kann leicht Unterstützung finden. Denn die Frechheiten der Landesregierung finden kein Ende. So erhebt sie nach der neuen Polizeiverordnung von 200 Demonstranten erneut eine Schadensersatzforderung von 212133 DM. Der KBW wird den Kampf der Bauern unterstützen und die Demonstration gegen die Politik der Landesregierung. – Der KBW ruft unter folgenden Forderungen zur Demonstration auf:

– Nieder mit dem imperialistischen Energieprogramm – Keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben – Kein Kernkraftwerk in Brokdorf, Grohnde und anderswo – Organisations- und Demonstrationsfreiheit – Sofortige Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren – Sofortige Rücknahme der Schadensersatzforderung

Katastrophenschutz wird ausgebaut

Zwangsbewirtschaftung der Bauernhöfe

r.woh. Im Niedersächsischen Ministerialblatt vom 15. März 1979 hat Minister Glup, verantwortlich für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, einen Erlaß zur Ausgabe von Lebensmittelkarten sowie eine Verwaltungsvorschrift zur „Ernährungsbewirtschaftungsverordnung" veröffentlicht.

Umgehend haben die Kreise, kreisfreien Städte und Landkreise sich mit genügend Versorgungskarten auszurüsten, Ausgabepersonal und Ausgabestellen festzulegen. Treibt die Sorge um das Wohl der Volksmassen die Bourgeoisie, den Katastrophenschutz auszubauen? Jede Ausgabestelle soll einen Leiter haben, der eigens für die Kontrolle der Ausgabe von Versorgungskarten verantwortlich ist. Ausdrücklich angeordnet ist die Ausstattung der Ausgabestellen: „verschließbare Schränke für die auszugebenden Karten gehören dazu." Nicht nur die Karten sollen unter Verschluß bleiben. Die folgende Verwaltungsvorschrift organisiert die Beschlagnahme aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Bauern, nebst Huhn und Rind. Bis ins Kleinste schreibt sie den Bauern vor, was sie wo anzubauen, welche Tiere sie zu halten haben.

In der „Ernährungsbewirtschaftungsverordnung", die am 10.1.1979 von der Bundesregierung erlassen wurde, heißt es: „§1. ... Die bewirtschafteten Erzeugnisse unterliegen einer Verfügungsbeschränkung und Abgabepflicht. Mit diesen Erzeugnissen muß nach Anordnungen verfahren werden, die die zuständigen Stellen auf Grund einer Rechtsverordnung treffen... §2 Die Verfügungsbeschränkung tritt ein, bei noch nicht vom Boden getrennten pflanzlichen Erzeugnissen mit ihrer Trennung, bei tierischen Erzeugnissen mit ihrer Gewinnung, bei anderen Erzeugnissen mit dem Verbringen in den Geltungsbereich dieser Verordnung...§4 Das Ernährungsamt kann ... anordnen, bewirtschaftete Erzeugnisse im Rahmen des Betriebes in bestimmter Weise zu erzeugen, zu gewinnen, herzustellen, zu bearbeiten, zu verarbeiten oder zu verwenden." Die Verordnung des Landesministers schließt: „Wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen §1 bewirtschaftete Erzeugnisse abgibt, bezieht, entgegennimmt, beiseite schafft, vernichtet oder unbrauchbar macht... begeht eine Zuwiderhandlung, die nach dem Wirtschaftsgesetz bestraft wird." Sorge um das Wohl der Volksmassen es ist nicht, was die Bourgeois treibt, wohl aber das Ziel, die Unterdrückung der Volksmassen zu perfektionieren.. Auf einen Telefonanruf hin versicherte das Innenministerium in Hannover, es sei für alles gesorgt. Wie, das sei geheim.

Im §1 des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes heißt es: „Ein Katastrophenfall im Sinne dieses Gesetzes ist ein Notstand, bei dem Leben, Gesundheit oder die lebenswichtige Versorgung der Bevölkerung oder erhebliche Sachwerte in einem solchen Maße gefährdet oder beeinträchtigt sind, daß seine Bekämpfung durch die zuständigen Behörden und die notwendigen Einsatz- und Hilfskräfte eine zentrale Leitung erfordert". „Der Katastrophenschutz ist eine wesentliche Stütze der Inneren Sicherheit", schreibt der Niedersächsische Innenminister Möcklinghoff in der „Niedersächsischen Gemeinde" Nr. 2/1979. Zwar kann, so Möcklinghoff, „nach dem neuen Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetz jedermann zu Hilfeleistungen herangezogen werden", aber mit der Unterstützung dieser Maßnahmen durch die Volksmassen ist es, so G. Hauf, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, „weniger positiv". An die Gemeinden und andere öffentliche Träger hat sich jetzt der Bundesverband für den Selbstschutz mit einem Katalog von Maßnahmen gewendet, um „wirksamer" als bisher für den Katastrophenschutz zu werben.

Die Junge Union in Bremerhaven will den Zugriff auf die Volksmassen perfekter: Nach einer Veranstaltung mit dem Katastrophenschutzbeauftragten im Februar dieses Jahres erhob sie die Forderung nach gesetzlichem Zwang zur Beteiligung der Volksmassen an Katastrophenschutzübungen.

Bundesmittel für Zivil- und Katastrophenschutz in Westberlin

	1976	1977	1978
Trinkwassernotversorgung	360000	300000	400000
Bau von Schutzräumen usw.	3284200	1575000	2095000
Mikroverfilmung von wichtigen Unterlagen	212000	218000	264550
Zivilschutz und Feuerwehr	339088	415196	522777
Instandhaltungskosten	165088	220964	245666

(in DM)

r.bas. Bekanntlich stehen dem Westberliner Senat für eine Situation des Inneren Notstandes keine bewaffneten Formationen wie Bundeswehr und Bundesgrenzschutz zur Verfügung. Polizei und alliierte Truppen sind nicht ausreichend für die Aufrechterhaltung der Staatsmacht. Dem Zivil- und Katastrophenschutz kommen daher entsprechende Aufgaben zu. Um eine einheitlich ausgebildete Truppe zu schaffen, beabsichtigt der Senat, eine kombinierte Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule zu errichten. Solange dieses Vorhaben noch nicht verwirklicht ist, muß sich im wesentlichen das Führungspersonal einer überregionalen Ausbildung unterziehen in der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler und an der Akademie für Zivile Verteidigung. Der Senat legt Wert auf die *einheitliche* Ausbildung aller, egal welcher Organisation sie angehören.

Zunkunftsprogramm Küste: Sozialdemokratischer Sklavenmarkt

r.chc. Das Zukunftsprogramm Küste, Schlager der SPD im Wahlkampf Schleswig Holstein, kennzeichnet die Absichten der Sozialdemokraten, dem Finanzkapital weitere Mittel in die Hand zu geben zur Steigerung ihrer Höchstprofite. Um der Kapitalistenklasse die Warentransportkosten einzusparen, wird der Ostseeschnellweg und Berlin-Nordseestrecke, sowie der Bau des Schnellbahnnetzes der Bundesbahn als „Nachholbedarf der Verkehrsinfrastruktur" verkauft. – Ausbau der Kohlekraftwerke in Kiel-Ost und Brokdorf als Energiequellen für die kapitalistische Produktion sind ebenso Zukunftsprogramm, wie die verschärfte Anwendung des Energieeinsparungsprogramms gegen die Volksmassen. Für die beschleunigte Ruinierung der kleinen Bauern, Handwerker und Fischer ist zukunftsweisend, eine „offensive Entwicklungspolitik für den ländlichen Raum". Bei Gründung einer Landesentwicklungsgesellschaft als „Mittler zwischen Staat und Kapitalistenklasse". Die so freigesetzte Arbeitskraft den durch Werfthilfeprogramm und Investitionsförderung gemästeten Kapitalisten zuzuführen, wird im Zukunftsprogramm Küste die „tagesaktuelle Übersicht über das Angebot" öffentlich zugänglich gemacht.

Lohnsenkung! Auftrag der Strukturanalyse Norddeutschlands

brb. Nach einer Strukturanalyse Norddeutschlands hat die Landesregierung im Februar 1979 ein „Zukunftsprogramm für Wirtschaft und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein" vorgelegt. Geplant ist die „Ansiedlung von Betrieben mit guten Marktchancen", „Umstrukturierungen", also Rationalisierung vor allem in der Werftindustrie, die bessere Vernutzung billigster jugendlicher Arbeitskraft durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für jugendliche Arbeitslose, die Senkung der Transportkosten für die Kapitalisten durch Elektrifizierung der Hauptlinien Hamburg-Flensburg-Kiel und Hamburg-Puttgarden, die Expansion der westdeutschen Bourgeoisie in der Welt, genannt „faire Wettbewerbschancen in der EG" und „Chancengleichheit im internationalen Wettbewerb" für die Seeschiffahrt und „die Meere der Welt dürfen uns nicht zunehmend verschlossen werden". Billige Energiequellen sollen den Kapitalisten von Bund und Land gesichert werden durch preisgünstige Importkohle, Ausbau der Erdgasanlagen und Entsorgungsanlagen für Kernkraftwerke. 398 Mio. DM hat die Landesregierung für die Wirtschaftsförderung im Haushalt 1979 eingeplant. Sie propagiert das Programm als Maßnahme zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit. Tatsache ist: Es ist den Elektro- und Maschinenbaukapitalisten in den letzten sechs Jahren gelungen, bei einer Senkung der Industriearbeiterschaft um 23000 durch Rationalisierungsinvestitionen, Ausdehnung der Überstunden, Nacht- und Schichtarbeit den Umsatz pro Arbeitsstunde zu verdoppeln. Die Methode aber ist: Investitionshilfen für die Kapitalisten, Erschließung der Verkehrswege und dann die Arbeitslosigkeit nutzen, um die Löhne zu drücken, bei gleichzeitiger Verschärfung der Ausbeutung und Entlassungen in den bestehenden Betrieben.

Hungerstreik gegen Isolationstrakt in Celle

„Seit dem 16.3.79 stehen die Gefangenen K. H. Dellwo, H. Herlitz und H. Stürmer im Hungerstreik. Sie fordern Schließung des Isolationstraktes, Aufhebung der Isolation. – Seit dem 8.12.78 ... sind die drei Gefangenen in Einzelisolation im Isolationstrakt... – K. H. Dellwo, in Haft seit dem 24.4.75, in ständigem Kampf gegen die Isolation, hatte durch Hungerstreik durchgesetzt, daß er ab 8.11.78 in Köln in einfachem Vollzug war... – H. Herlitz und H. Stürmer, in Haft seit 13.5.77, hatten seit September, Oktober 1977 ebenfalls nach Hungerstreik in Berlin-Moabit gelockerte Einzelhaft, z.B. Hofgang und Freizeit mit anderen Gefangenen, Herlitz bekam am 15.11.78 eine Arbeitserlaubnis... – Wir begreifen die Niedersächsischen, Celler Verhältnisse wie folgt: In der JVA Celle I werden ein Isolationstrakt und Isolationshaft gesetzwidrig praktiziert. Wir sehen das als Versuch, solche Sonderhaft faktisch durchzusetzen, um sie dann gesetzlich festschreiben zu können..." (Aus der Presseerklärung der Verteidiger Plähn und Eisele, Hannover, und Koch, Frankfurt vom 19.3.1979)

„Verweigert den Befehl... Behindert nicht die Landwirtschaft“

Keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben!

r.jöd. Am Sonntag hat sich die Demonstration der Bauern in Gedelitz bei Gorleben formiert und die Bauern des Kreises Lüchow-Dannenberg demonstrieren der Niedersächsischen Landesregierung entgegen. Die Bauern haben die Auseinandersetzung gegen die Landesregierung aufgenommen. Die Demonstration in Hannover gegen die Landesregierung ist nur eine Zusammenfassung der bereits stattgefundenen Aktionen. So hatten die Bauern in der letzten Woche bereits verschiedene Auseinandersetzungen organisiert, obwohl sie besseres zu tun hätten; und wenn die Bauern sagen, daß sie durch den Bau der Wiederaufbereitungsanlage ruiniert werden, so werden sie jetzt durch die vielen Stunden, in denen sie Kampfmaßnahmen vorbereiten und durchführen müssen, noch einmal unter eine harte Belastungsprobe gestellt.

Der Kampf der Bauern findet aber eine breite Unterstützung, viele werden auch den Bauern bei der Arbeit helfen. Am letzten Sonntag führten die Bauern eine Blockade vor ihrer eigenen Genossenschaft durch, weil die DWK die Frechheit besessen hat, ihre Bohrgeräte dort abzustellen. Als die Polizei einschritt, kam es zwar zu keinen gewalttätigen Auseinandersetzungen, weil die Polizeimacht in der großen Überzahl war, aber die Auseinandersetzungen der Bauern wirkten bereits zersetzend auf die Polizeitruppe. So hielt ein Bürgermeister bei den Polizeisperren eine Ansprache gegen die Truppe: „Verweigert den Befehl. Der Befehl ist nicht heilig. Geht nach Hause. Behindert nicht die Landwirtschaft. Wir sind sowieso schon sechs Wochen zurück. Unser Junge kam heim und konnte keinen Dünger holen“ (bei der Genossenschaft, d.Red.). Ein Polizeioffizier: „Ach, die 5 Minuten. Der Bürgermeister und Bauer: „Das ist der ganze Vormittag. Nachmittags kann er nicht mehr aufs Feld, weil der Frost kommt. Geht nach Hause. Bei Adolf war der Befehl auch nicht heilig. Wenn ihr später mal wegen Behinderung der Landwirtschaft an die Wand gestellt werdet, dann hilft euch keiner.“ Das Wochenende darauf streuten dann die Bauern mehrere Fuder Mist auf den Bohrplatz. „Lieber unseren Mist als euren Atommüll“ konnte man lesen.

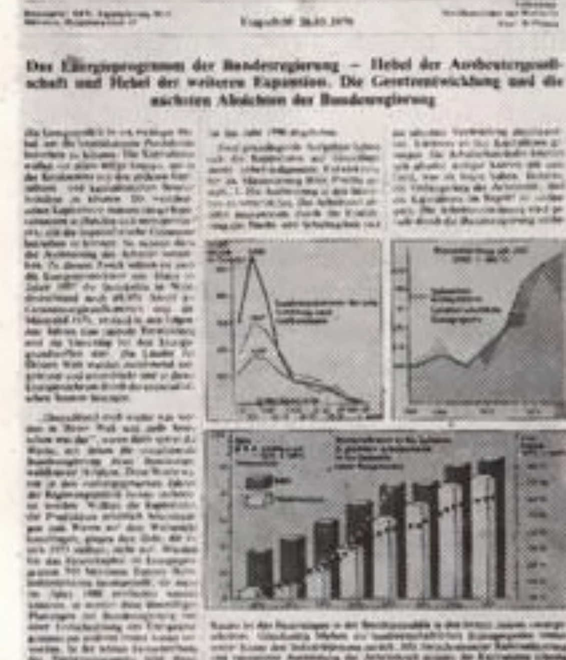
Die Bauern dulden keine Bohrfahrzeuge auf ihren Grundstücken

Die Bauern umringen die Fahrzeuge der Celler Bohrfirma. Ihre Entschlossenheit, mit der sie den Bau der WAA behindern, wird überall unterstützt. Im ganzen Landkreis Lüchow-Dannenberg und auf der Route des Bauerntrecks sind Plakate mit der Resolution der Bauern geklebt. Teilweise hängen sie direkt an den Häusern und Scheunen der Bauern. Während bürgerliche Kräfte versuchen, den Bauern bei ihrem Treck nach Hannover, die Initiative aus der Hand zu nehmen, finden die Bauern die Unterstützung der Arbeiter. 6 Betriebsratsmitglieder von HAW erklären sich solidarisch mit dem Kampf der Bauern und fordern, daß die Bundesregierung ihr Energieprogramm zurückzieht. Die Delegiertenkonferenz der IG Druck, der Kreisjugendausschuß des DGB, Berufsschüler der G16, die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden aus Hamburg und die Fachschaftsgruppe Agrarwirtschaft aus Kiel unterstützen die Resolution der Bauern.

Führen die Bauern auf der einen Seite in dieser Woche den Treck durch, müssen sie zu Hause noch die Auseinandersetzung um den Bohrplatz führen und die Feldbestellung organisieren. Die Beteiligung der Bauern am Treck kann nicht vollständig bestehen, sondern nur ganz wenige werden die ganze Zeit fahren können. Auf den einzelnen Etappen werden sich jeweils die dort ansässigen Bauern beteiligen. Ansonsten haben die Bauern für Samstag Busse gemietet, damit sie an der Demonstration zahlreich teilnehmen können. Die bürgerliche Presse wird dies sicher verdrehen und schreiben, die Bauern würden die Sache nicht unterstützen.

In den Betrieben findet der Kampf der Bauern Unterstützung. Viele Arbeiter kennen die Verhältnisse. Einige waren selbst Landwirte, andere kommen aus bäuerlichen Familien. Verschiedene Resolutionen von Betriebsräten und Vertrauensleuten sind bei den Bürgerinitiativen eingetroffen. Energie sichert werder Arbeitsplätze noch schafft sie neue. Das sieht man allein schon daran, daß der Stromverbrauch je Arbeiterstunde in Niedersachsen von 1970 (100 %) bis 1977 auf über 190 % angestiegen ist. Die Sozialdemokraten fühlen sich ertappt und sind sich nicht sicher, ob sie den Kampf der Bauern unterstützen müssen. Klose murmelt bereits wieder auf der linken Maulbacke.

Die Durchführung der Aktion wird schwierig sein. Weil die Vorbereitung der Demonstration schlecht ist. Die Vorbereitung der Demonstration hätte darin liegen müssen, die Bauern *bei ihrer Arbeit* zu unterstützen, damit sie überhaupt zahlreich an der Demonstration teilnehmen können. Dies ist nicht geglückt. Die Demonstration am Samstag wird gespalten sein, viele politische Positionen werden in der Demonstration vorhanden sein. Viele haben mit der Unterstützung nicht viel im Sinn und wollen sich bloß repräsentiert sehen. Das ist gefährlich und kann zu politischen Spaltungen in der Demonstration führen. Die sogenannte AKW-Bewegung gurgelt von großen Erfolgen usw., mißbilligt aber die Interessen der Bauern. Dies ist schlecht und gefährdet die einheitliche Durchführung der Demonstration. „Wir werden nicht das Stimmvieh der Bauern sein und nicht die Kulisse für die Bauern in Hannover“, hatten sie noch vor einigen Wochen auf der Arbeitskonferenz in Braunschweig vertreten. Diese Behauptung steht noch. Dementis sind uns von den bekannten Vertretern dieser Position nicht zu Ohr gekommen. Solch eine Entwicklung wäre für Albrecht günstig, der in dieser Woche kübelweise Dreck streuen wird. Wird er



zu frech, werden die Bauern ihm sicher Hühnermist vor die Staatskanzlei kippen. Dies kann leicht Unterstützung finden. Denn die Frechheiten der Landesregierung finden kein Ende. So erhebt sie nach der neuen Polizeiverordnung von 200 Demonstranten erneut eine Schadensersatzforderung von 212133 DM. Der KBW wird den Kampf der Bauern unterstützen und die Demonstration gegen die Politik der Landesregierung. – Der KBW ruft unter folgenden Forderungen zur Demonstration auf:

– Nieder mit dem imperialistischen Energieprogramm – Keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben – Kein Kernkraftwerk in Brokdorf, Grohnde und anderswo – Organisations- und Demonstrationsfreiheit – Sofortige Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren – Sofortige Rücknahme der Schadensersatzforderung

Zunkunftsprogramm Küste: Sozialdemokratischer Sklavenmarkt

r.chc. Das Zukunftsprogramm Küste, Schlager der SPD im Wahlkampf Schleswig Holstein, kennzeichnet die Absichten der Sozialdemokraten, dem Finanzkapital weitere Mittel in die Hand zu geben zur Steigerung ihrer Höchstprofite. Um der Kapitalistenklasse die Warentransportkosten einzusparen, wird der Ostseeschnellweg und Berlin-Nordseestrecke, sowie der Bau des Schnellbahnnetzes der Bundesbahn als „Nachholbedarf der Verkehrsinfrastruktur“ verkauft. – Ausbau der Kohlekraftwerke in Kiel-Ost und Brokdorf als Energiequellen für die kapitalistische Produktion sind ebenso Zukunftsprogramm, wie die verschärfte Anwendung des Energieeinsparungsprogramms gegen die Volksmassen. Für die beschleunigte Ruinierung der kleinen Bauern, Handwerker und Fischer ist zukunftsweisend, eine „offensive Entwicklungspolitik für den ländlichen Raum“. Bei Gründung einer Landesentwicklungsgesellschaft als „Mittler zwischen Staat und Kapitalistenklasse“. Die so freigesetzte Arbeitskraft den durch Werfthilfeprogramm und Investitionsförderungen gemästeten Kapitalisten zuzuführen, wird im Zukunftsprogramm Küste die „tagesaktuelle Übersicht über das Angebot“ öffentlich zugänglich gemacht.

Lohnsenkung! Auftrag der Strukturanalyse Norddeutschlands

brb. Nach einer Strukturanalyse Norddeutschlands hat die Landesregierung im Februar 1979 ein „Zukunftsprogramm für Wirtschaft und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein“ vorgelegt. Geplant ist die „Ansiedlung von Betrieben mit guten Marktchancen“, „Umstrukturierungen“, also Rationalisierung vor allem in der Werftindustrie, die bessere Vernutzung billigster jugendlicher Arbeitskraft durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für jugendliche Arbeitslose, die Senkung der Transportkosten für die Kapitalisten durch Elektrifizierung der Hauptlinien Hamburg-Flensburg-Kiel und Hamburg-Puttgarden, die Expansion der westdeutschen Bourgeoisie in der Welt, genannt „faire Wettbewerbschancen in der EG“ und „Chancengleichheit im internationalen Wettbewerb“ für die Seeschiffahrt und „die Meere der Welt dürfen uns nicht zunehmend verschlossen werden“. Billige Energiequellen sollen den Kapitalisten von Bund und Land gesichert werden durch preisgünstige Importkohle, Ausbau der Erdgasanlagen und Entsorgungsanlagen für Kernkraftwerke. 398 Mio. DM hat die Landesregierung für die Wirtschaftsförderung im Haushalt 1979 eingeplant. Sie propagiert das Programm als Maßnahme zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit. Tatsache ist: Es ist den Elektro- und Maschinenbaukapitalisten in den letzten sechs Jahren gelungen, bei einer Senkung der Industriearbeiterschaft um 23000 durch Rationalisierungsinvestitionen, Ausdehnung der Überstunden, Nacht- und Schichtarbeit den Umsatz pro Arbeitsstunde zu verdoppeln. Die Methode aber ist: Investitionshilfen für die Kapitalisten, Erschließung der Verkehrswege und dann die Arbeitslosigkeit nutzen, um die Löhne zu drücken, bei gleichzeitiger Verschärfung der Ausbeutung und Entlassungen in den bestehenden Betrieben.

Hungerstreik gegen Isolationstrakt in Celle

„Seit dem 16.3.79 stehen die Gefangenen K. H. Dellwo, H. Herlitz und H. Stürmer im Hungerstreik. Sie fordern Schließung des Isolationstraktes, Aufhebung der Isolation. – Seit dem 8.12.78 ... sind die drei Gefangenen in Einzelisolation im Isolationstrakt... – K. H. Dellwo, in Haft seit dem 24.4.75, in ständigem Kampf gegen die Isolation, hatte durch Hungerstreik durchgesetzt, daß er ab 8.11.78 in Köln in einfachem Vollzug war... – H. Herlitz und H. Stürmer, in Haft seit 13.5.77, hatten seit September, Oktober 1977 ebenfalls nach Hungerstreik in Berlin-Moabit gelockerte Einzelhaft, z.B. Hofgang und Freizeit mit anderen Gefangenen, Herlitz bekam am 15.11.78 eine Arbeitserlaubnis... – Wir begreifen die Niedersächsischen, Celler Verhältnisse wie folgt: In der JVA Celle I werden ein Isolationstrakt und Isolationshaft gesetzwidrig praktiziert. Wir sehen das als Versuch, solche Sonderhaft faktisch durchzusetzen, ehe sie dann gesetzlich festschreiben zu können...“ (Aus der Presseerklärung der Verteidiger Plähn und Eisele, Hannover, und Koch, Frankfurt vom 19.3.1979)

Katastrophenschutz wird ausgebaut

Zwangsbewirtschaftung der Bauernhöfe

r.woh. Im Niedersächsischen Ministerialblatt vom 15. März 1979 hat Minister Glup, verantwortlich für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, einen Erlaß zur Ausgabe von Lebensmittelkarten sowie eine Verwaltungsvorschrift zur „Ernährungsbewirtschaftungsverordnung“ veröffentlicht.

Umgehend haben die Kreise, kreisfreien Städte und Landkreise sich mit genügend Versorgungskarten auszurüsten, Ausgabepersonal und Ausgabestellen festzulegen. Treibt die Sorge um das Wohl der Volksmassen die Bourgeoisie, den Katastrophenschutz auszubauen? Jede Ausgabestelle soll einen Leiter haben, der eigens für die Kontrolle der Ausgabe von Versorgungskarten verantwortlich ist. Ausdrücklich angeordnet ist die Ausstattung der Ausgabestellen: „verschließbare Schränke für die auszugebenden Karten gehören dazu.“ Nicht nur die Karten sollen unter Verschluß bleiben. Die folgende Verwaltungsvorschrift organisiert die Beschlagnahme aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Bauern, nebst Huhn und Rind. Bis ins Kleinste schreibt sie den Bauern vor, was sie wo anzubauen, welche Tiere sie zu halten haben.

In der „Ernährungsbewirtschaftungsverordnung“, die am 10.1.1979 von der Bundesregierung erlassen wurde, heißt es: „§1 ... Die bewirtschafteten Erzeugnisse unterliegen einer Verfügungsbeschränkung und Abgabepflicht. Mit diesen Erzeugnissen muß nach Anordnungen verfahren werden, die die zuständigen Stellen auf Grund einer Rechtsverordnung treffen... §2 Die Verfügungsbeschränkung tritt ein, bei noch nicht vom Boden getrennten pflanzlichen Erzeugnissen mit ihrer Trennung, bei tierischen Erzeugnissen mit ihrer Gewinnung, bei anderen Erzeugnissen mit dem Verbringen in den Geltungsbereich dieser Verordnung... §4 Das Ernährungsamt kann ... anordnen, bewirtschaftete Erzeugnisse im Rahmen des Betriebes in bestimmter Weise zu erzeugen, zu gewinnen, herzustellen, zu bearbeiten, zu verarbeiten oder zu wenden.“ Die Verordnung des Landesministers schließt: „Wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen §1 bewirtschaftete Erzeugnisse abgibt, bezieht, entgegennimmt, beiseite schafft, vernichtet oder unbrauchbar macht ... begeht eine Zuwiderhandlung, die nach dem Wirtschaftsstrafgesetz bestraft wird.“ Sorge um das Wohl der Volksmassen ist es nicht, was die Bourgeois treibt, wohl aber das Ziel, die Unterdrückung der Volksmassen zu perfektionieren.. Auf einen Telefonanruf hin versicherte das Innenministerium in Hannover, es sei für alles gesorgt. Wie, das sei geheim.

Im §1 des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes heißt es: „Ein Katastrophenfall im Sinne dieses Gesetzes ist ein Notstand, bei dem Leben, Gesundheit oder die lebenswichtige Versorgung der Bevölkerung oder erhebliche Sachwerte in einem solchen Maße gefährdet oder beeinträchtigt sind, daß seine Bekämpfung durch die zuständigen Behörden und die notwendigen Einsatz- und Hilfskräfte eine zentrale Leitung erfordert“. „Der Katastrophenschutz ist eine wesentliche Stütze der Inneren Sicherheit“, schreibt der Niedersächsische Innenminister Möcklinghoff in der „Niedersächsischen Gemeinde“ Nr. 2/1979. Zwar kann, so Möcklinghoff, „nach dem neuen Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetz jedermann zu Hilfeleistungen herangezogen werden“, aber mit der Unterstützung dieser Maßnahmen durch die Volksmassen ist es, so G. Hauf, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, „weniger positiv“. An die Gemeinden und andere öffentliche Träger hat sich jetzt der Bundesverband für den Selbstschutz mit einem Katalog von Maßnahmen gewendet, um „wirksamer“ als bisher für den Katastrophenschutz zu werben.

Die Junge Union in Bremerhaven will den Zugriff auf die Volksmassen perfekter: Nach einer Veranstaltung mit dem Katastrophenschutzbeauftragten im Februar dieses Jahres erhob sie die Forderung nach gesetzlichem Zwang zur Beteiligung der Volksmassen an Katastrophenschutzübungen.

Bundesmittel für Zivil- und Katastrophenschutz in Westberlin

	1976	1977	1978
Trinkwassernotversorgung	360000	300000	400000
Bau von Schutzräumen usw.	3284200	1575000	2095000
Mikroverfilmung von wichtigen Unterlagen	212000	218000	264550
Zivilschutz und Feuerwehr	339088	415196	522777
Instandhaltungskosten	165088	220964	245666

(in DM)

r.bas. Bekanntlich stehen dem Westberliner Senat für eine Situation des Inneren Notstandes keine bewaffneten Formationen wie Bundeswehr und Bundesgrenzschutz zur Verfügung. Polizei und alliierte Truppen sind nicht ausreichend für die Aufrechterhaltung der Staatsmacht. Dem Zivil- und Katastrophenschutz kommen daher entsprechende Aufgaben zu. Um eine einheitlich ausgebildete Truppe zu schaffen, beabsichtigt der Senat, eine kombinierte Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule zu errichten. Solange dieses Vorhaben noch nicht verwirklicht ist, muß sich im wesentlichen das Führungspersonal einer überregionalen Ausbildung unterziehen in der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler und an der Akademie für Zivile Verteidigung. Der Senat legt Wert auf die *einheitliche* Ausbildung aller, egal welcher Organisation sie angehören.

Gorleben: Der Zusammenschluß der Bauern ist wichtig für den Klassenkampf

Mit fast 300 Traktoren begann die Treckerdemonstration

b.uwh. „Hopp, Hopp, Hopp, Gorleben stopp (...) Und endlich wieder unsere wunderbare altbekannte Parole: 1, 2, 3, 4, viel Brokdorfs schaffen wir – 5,6, 7,8, der Bauplatz wird wieder zur Wiese gemacht – 9 und 10, Albrecht, der muß gehn!" („Arbeiterkampf" 150, 19.3.79). „Der Widerstand gegen das Atomprogramm lebt!" (ebd.). Die „Anti-AKW"-Bewegung wittert Morgenluft. Der ortsansässige KB-Nord packt die Gelegenheit beim Schopfe, um eine „große Werbekampagne für den ‚Arbeiterkampf'" anzuleiern. Zum „Albrecht – wir kommen" wird geblasen. Als Beweis für das „breiteste Bündnis, das es je gab" werden angeführt die Jusos Niedersachsen, die den Treck „mit allen zurückgebliebenen Kräften" unterstützen wollen (Schreiben des Bezirksvorstands), die stockrechte GLU-Niedersachsen und „selbst der DKP-Bezirksvorstand."

Der Kampf wird allerdings von den Bauern des Landkreises geführt, die sich unter dem Druck der Vernichtung ihrer Existenz fest zusammengeschlossen haben und wirksame Aktionen durchführen. Das hat große Bedeutung für den Klassenkampf und nützt dem Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern. Davon steht im Arbeiterkampf natürlich nichts. Über die Bauern lacht man allenfalls, weil sie keinen Märtyrergeist haben und der Bourgeoisie tatsächlich Schläge versetzen wollen.

Während am letzten Mittwoch die Bauern ein Ultimatum der Bourgeoisie durchbrachen, um zu verhindern, daß ihr Genossenschaftsgelände zum Depot der Bohrfirma gemacht wird und wirksam die BGS-Truppen zersetzten, ließen sich die „KBler" vor Kameragesurre von Polizisten festnehmen. Noch entschlossener wird der „Widerstand in Hamburg" aufgezogen. „Mit Parolen, wie: Gorleben statt Gortod, Albrecht – wir kommen, Selbst Albert Einstein würde sich heute einreihen (...) wurde zum Ausdruck gebracht, daß sich die AKW Gegner nicht einlullen lassen." Davon kann in der Tat keine Rede sein. John Travolta wäre glatt aus dem Häuschen geraten, hätte er den Darbietungen beigewohnt: „Dann gab es noch ein bißchen Musik und der halbe Kundgebungsplatz tanzte. (...) Das HEW Zentrum war total

te. (...) Das HEW Zentrum war total

mit Bullen abgeriegelt, dort wurden noch einige Tänzchen vorgeführt." Besoffen von der duften Partystimmung wollte man noch die Petri-Kirche besetzen, „nur leider kennen die das schon und hatten alles dicht verriegelt. Na ja, dann werden wir uns noch bessere Sachen überlegen." Erstmal wird sich das KB-Ballett an den Treck hängen. (Bekanntlich ist Albrecht ein Kunstgenießer). Die Bauern haben jedoch ihre eigene Folklore, den „Arbeiterkampf" abonnieren werden sie auch nicht. Und denjenigen, die es noch nicht wissen, sollte man es sagen: Der KB-Nord ist verantwortlich dafür, daß 1977 aus dem Brokdorfer Bauplatz keine „Wiese" gemacht worden ist. Ernstnehmen muß man's, wenn sie drohen: „Viele Brokdorfs schaffen wir". Das ist die Rolle, die ihnen die Bourgeoisie zugedacht hat.



„Der Wind hat sich gedreht, die Bauernfahne weht"

b.thr. Mehrere Kilometer lang war der Zug, der sich am Sonntag morgen zu Beginn der Treckerdemonstration gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage von Gedelitz aus in Bewegung setzte. Ca. 1500 Menschen, größtenteils Bauern, des Kreises Lüchow Dannenberg, nahmen daran teil. Auf Spruchbändern wandten sie sich gegen ihre Ruinierung. „Politiker lernt ihr das nie, wir Bauern brauchen Korn und Vieh, und keine Abfalldeponie!", „Auch die Wiederaufbereitungsanlage bringt unsere Höfe in Gefahr", „Bauerntod – der Volkes Not". Sie forderten Bauernland in Bauernhand. „Gegen das Profitstreben der Kapitalisten und den abenteuerlichen Bau von Kernkraftwerken stand zu lesen: „Atomanlagen sind sicher und technisch perfekt, wie der Elbe-Seiten-Kanal bei seinem Leck", „Wirklich sicher ist doch nur, mehr Profit und weniger Natur."

bekundete, aber seinen Namen nicht nannte, weil dies sofortige Versetzung zur Folge hätte.

Der Beginn der Treckerdemonstration bekundete den entschlossenen Willen der Bauern zum Kampf: „Albrecht, du bist mächtig, aber wir sind mächtiger!" „Der Wind hat sich gedreht, die Bauernfahne weht!" Die Bauern haben sich vorgenommen schärfer auch die Bundesregierung anzugreifen: „Albrecht von der Leine in die Leine, nicht alleine, Schmidt muß mit."

Der Beginn der Treckerdemonstration ist ein großer Fortschritt im Kampf gegen die Wiederaufbereitungsanlage. Der Zusammenschluß ist erheblich gewachsen. Am Sammelplatz in Gedelitz, hat auf der Pressekonferenz ein Bauer aus Marleben bekanntgegeben, daß das Landvolk den Treck unterstützt.



Das Polizei und BGS-Heerlager in

Das Polizei und BGS-Heerlager in

Lüchow-Dannenberg wurde angegriffen: „Wenn man Bullen melken könnt, könnten wie die Kühe abschaffen". An die Polizei und BGS-Mannschaften richteten die Bauern den Appell: „Die Regierung will den schnellen Brüter, wehrt auch ihr Euch, Gesetzeshüter!" In Gedelitz gab ein Polizist ein Interview, worin er – wohl stellvertretend für viele seiner Kollegen – eindeutig seine Ablehnung gegen die Wiederaufbereitungsanlage





Er hat die Bauern aufgerufen, mit

Er hat die Bauern aufgerufen, mit

ihren Treckern einen einheitlichen Block zu bilden. Mit fast 300 Treckern nahmen weit mehr, als die doppelte Zahl von Bauern mit Treckern an der Demonstrartion teil, als kürzlich beim „Besuch" der Bundestagsdelegation, demonstriert hatten. Der Kampf der Bauern ist die Grundlage, dafür, daß der Staat sich bisher längst nich alles leisten konnte und das seine Pläne vollständig durchkreuzt werden.



Senator Sinn „gegen Zwangsexmatrikulation"

Aussiebung und Unterdrückung soll über Prüfungsordung verschärft werden

b.ana. Am 16. März ließ Senator Sinn über die „Welt" mit teilen: „Die Zwangsexmatrikulation an den Hochschulen soll abgeschafft werden... sie sei ein untaugliches Instrument zur Schaffung neuer Studienplätze." Er appellierte an den Bundestag hier initiativ zu werden.

Es sollen mehr Studenten an die Hochschulen gelockt werden, und gleichzeitig sollen wesentlich mehr Studenten schneller ausgesiebt werden, um sie profitlich ausbeuten zu können.

Schmude hat in seinen 22 Orientierungspunkten u.a. festgestellt: „Der Auftrag des Hochschulrahmengesetzes vom Januar 1976 bis zum Sommersemester 1978 sind die Studien- und Prüfungsordnungen, in einem ersten Schritt von Lernstoffen zu entlasten, den Zeitumfang des Studienangebots zu beschreiben und Fristen für die Meldung zur Prüfung vorzusehen, muß jetzt zügig erfüllt werden..." Sinn hat getreu der Schmude Absichten in seinem Brief an die Hamburger Studenten geschrieben: „Im Rahmen der einzuleitenden Studienreform und der Überprüfung der Studienordnungen wird meine Behörde besonders darauf achten, daß Studienangebot, Studienzeit, Studieninhalte und Prüfungsanforderungen zueinander korrespondieren."

Die ersten Erfahrungen mit der Arbeit der Studienreformkommissionen liegen vor. Das Hochschulstudium wird mit einem Netz von Prüfungen überzogen, die Anforderungen erhöht, jetzt noch einheitliche Studiengänge werden aufgespalten, der „Praxisbezug" hergestellt und schließlich die beschlossenen Regelstudienzeiten durchgesetzt, insgesamt um „Mobilität und Flexibilität" zu erreichen.

Tarifabschluß bei Chemie: Wichtiges erreicht – aber Fußtritte eingesteckt

b.hat. In der Nacht von Samstag auf Sonntag hat sich die zentrale Verhandlungskommission der IG Chemie und der Verband der Chemieindustrie auf folgendes geeinigt: 4,3% Lohn- und Gehaltserhöhung bei einer Laufzeit von 13 Monaten; 6 Wochen Urlaub stufenweise bis 1984; Verkürzung der Wochenarbeitszeit für Schichtgänger von 42 Stunden auf 41 Stunden 1980 bei vollem Lohnausgleich und 40 Stunden 1981 bei nur 50% Lohnausgleich.

Am Anfang der Woche werden die bezirklichen Tarifkommissionen über dieses Ergebnis beschließen. Für viele kam dieses Ergebnis überraschend. Die Frage ist, wie soll man sich zu diesem Abschluß verhalten? Soll man das Ergebnis Ablehnen? – Dazu muß man sich das Ergebnis genau ansehen.

Wichtig und ein Erfolg der gesamten Arbeiterbewegung in Westdeutschland ist, daß der 6-Wochen-Urlaubsstandard jetzt auch in der Chemieindustrie durchgesetzt ist. Sonst wäre der Streik der Stahlarbeiter, der von den Chemiebelegschaften große Unterstützung hatte umsonst gewesen. Die 4,3% bei 13 Monaten, sind schlecht. Zum einen weil die unteren Lohngruppen weiter abgespalten werden zum anderen, weil bis 13 Montaten die Lohnbewegung Metall und Chemie zeitlich weiter auseinandergerissen bleiben. Aber geändert hätte man an diesem Ergebnis nur etwas, wenn die Sozialdemokraten mit einer Mindestforderung von 100 DM, wie es 117 Arbeiter und Angestellte der Hamburger Aluminiumwerke und 20 Kollegen von Fuller Lüneburg in einem Brief an die Verhandlungskommission gefordert haben, in die Verhandlungen gegangen wären. So ist wenigstens kein Abschluß unter Metall rausgekommen.

Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich ist ein Einfallstor der Kapitalisten. Damit soll der Kampf gegen Überstunden und Schichtarbeit unterlaufen werden. Die Arbeiter aus Lüneburg haben in ihrem Brief geschrieben, daß das Verbot von Nacht- und Schichtarbeit bei nur ausreichendem Lohn-durchgesetzt werden kann. Darum ist es richtig, diesen hinterhältigen Passus anzugreifen und vollen Lohnausgleich zu fordern. Darum aber das gesamte Packet abzulehnen wird nich gehen. Es wird klug sein, wenn die Chemiearbeiter mit der Bewegung in den anderen Branchen klare Forderungen gegen die Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit, 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich und für Festgelderhöhung beschließen und diese am 1.Mai demonstrieren.

Lehrer kämpfen um Arbeitszeitverkürzung

b.trg. Am 9.2.79 hat der Hauptvorstand der GEW folgende Forderungen zur Kürzung der Lehrerarbeitszeit beschlossen:
1. Mit Beginn des Schuljahres 79/80 ist die Zahl der Unterrichtsstunden für alle Lehrer um mindesetens eine Stunde zu kürzen.
2. „... die regelmäßige wöchentliche Pflichtstundenzahl darf bei keiner Lehrergruppe 25 Stunden überschreiten."
Wird dem nicht entsprochen, wird die GEW ihre Mitglieder zu kollektiven Maßnahmen aufrufen.

Schon seit langem wächst der Widerstand unter den Lehrern gegen die maßlose Vernutzung ihrer Arbeitskraft. In vielen Schulen werden zur Zeit Untersuchungen über die genaue Arbeitszeit gemacht, und die Forderung nach der 40-Stundenwoche auch für Lehrer erhoben. Auf der letzten Landesvertreterversammlung haben 500 Lehrer ein Aktionsprogramm zur Arbeitszeitverkürzung beschlossen. Der Personalrat für Gesamtschulen hat dem Dienstherrn einen Riegel vor die Ausdehnung der Mehrarbeit geschoben. Er hat eine Dienstanweisung für alle Lehrer an Gesamtschulen durchgesetzt, wo jeder Lehrer nur 4 Vertretungsstunden im Schulhalbjahr zu geben braucht. Der AjLE Pinneberg erhebt die Forderung nach „40-Stundenwoche auch für Lehrer" und fordert die Kollegen auf, sie am 1.Mai auf Transparenten zu tragen.

Veranstaltungskalender

Montag, 26.März

Verkaufsorte der KVZ
und revolutionärer Literatur

Hamburg, 16.00 Uhr: Langenhorn, U-Bahn Langenhorner Markt. Barmbek, Barmbeker Bahnhof. Billstedt, im EKZ. Wandsbek, vor Karstadt. Mitte, Gerhard-Hauptmann-Platz. Eimsbüttel, vor Karstadt. Altona, im EKZ. Osdorf, im Elbe-EKZ. Bergedorf, am Bahnhof. Harburg, Bahnhof.
Stade, 16.30 Uhr: Pferdemarkt.
Stade, 16.30 Uhr: Bützfleth, vor Vietz.
Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann.
Lüneburg, 16.00 Uhr: in der Bäckerstraße.
Buchholz, 16.30 Uhr: vor Woolworth.

Dienstag, 27.März

Verkaufsorte der KVZ
und revolutionärer Literatur

Hamburg, 16.00 Uhr: wie Montag. Langenhorn, Langenhorner Markt. In Harburg, vor Karstadt. In Billstedt, U-Bahn Merkenstr./Ecke Steinbekerstr.
Stade, 16.30 Uhr: Pferdemarkt.
Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann.
Lüchow, 16.00 Uhr: am TG-Markt.
Dannenberg, 16.30 Uhr: vor Spar.
Winsen, 16.00 Uhr: Rathausstr./Ecke Schloßplatz.

Mittwoch, 28.März

Hamburg, 19.00 Uhr: Probe des Musikzuges der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer 6. Einübung des Sprechgesangs „Seit ihrer Gründung schürt die BRD ungerechte Kriege und bekämpft die gerechten" am 2./3./4./6. April.

Donnerstag, 29.März

Hamburg, 11.00 Uhr: Strafprozeß wegen Sammlung zur Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA. Strafjustizgebäude Sievekingsplatz 3, Raum 176.
Hamburg, 17.00 Uhr: Verpackung von gesammelten Kleidungsstücken für die ZANU. Fachschule für Sozialpädagogik, Max-Brauer-Allee 134.
Hamburg, 18.00 Uhr: SRK-Sporttrupp. Alsterschwimmhalle.

Freitag, 30.März

Verkaufsorte der KVZ
und revolutionärer Literatur

Hamburg, 16.00 Uhr: Gerhard-Hauptmann-Platz

Hamburg, 19 Uhr: Palästinaveranstaltung zum Jahrestag der Schlacht von Karameh sowie des Tages des Bodens. Palästinensischer Studentenverein und Palästina-Komitee Hamburg, Martin-Luther-King-Haus Saal

Samstag, 31.März

Verkaufsorte der KVZ
und revolutionärer Literatur

Hamburg, 10.00 Uhr: Gerhard-Hauptmann-Platz.
Uelzen, 10.00 Uhr: in der Fußgängerzone.

Abfahrt nach Hannover zur Demonstration gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage

Hamburg, 6.00 Uhr: Heiligengeistfeld
Lüneburg, 6.30 Uhr: Graalwall

Filmreihe Demokratisches Kampuchea

1. Die Befreiung Pnom Phens (April 1975)
2. Der wahre Charakter der vietnamesischen Aggression (1977/78)
3. Das Demokratische Kampuchea (Anfang 1977)

Lüneburg, 28. und 29. März, 20.00 Uhr. Stucksaal, Volkshochschule. An der Münze.
Uelzen, 28. und 29. März, 20.00 Uhr.
Bergedorf, 30. und 31. März, 19.30 Uhr, Lichtwarkhaus.
Harburg, 30. März, 19.30 Uhr, Eichenhöhe. Am Kirchhang. 31.März, 19.30 Uhr, Zur Goldenen Kugel, Wilhelmsburg, Krieterstr. 18.
Wandsbek, 1. und 2. April, 19.30 Uhr, Studentenwohnheim Ölmühlenweg 33.
Stade, 3. und 4. April, 20.00 Uhr, Grafenklause, Udonenstraße.
Eimsbüttel, 3. und 4. April, 19.30 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer 6. (Die ersten beiden Filme werden jeweils zusammen, der dritte am anderen Abend gezeigt.)

Veranstaltungsreihe des KBW zum 1.Mai
Was die Bourgeoisie unterdrückt und Reformisten und Revisionisten fürchten, wofür die Arbeiterklasse kämpft

1. Die Einheit der Arbeiter und Angestellten im Lohnkampf. Festgeldforderungen!

Hamburg, 8.4., 10.00 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben.
Harburg, 8.4., 10.00 Uhr, Zur Goldenen Krone, Wilhelmsburg, Rothenhäuser Damm 43
Bergedorf, 8.4., 10.00 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben.
Stade, 8.4., 10.00 Uhr, Grafenklause, Udonenstraße.
Lüneburg, 8.4., 10.00 Uhr, Gaststätte Kaltenmoor, Kaltenmoor.
Uelzen, 8.4., 10.00 Uhr, An den zehn Eichen, Zur Hauenriede.

KBW Studienprogramm Winterhalbjahr 1978/79

Reihe deutsche Geschichte
Buxtehude, 26. bis 30. März, 20.00 Uhr, Meisterstübchen, Andersenstraße.

Mao Zedong: Fünf philosophische Monographien
Lüchow, 26. bis 30. März, 19,30 Uhr. Gaststätte Deutsches Haus, Lange Straße.

Der Aufbau des Sozialismus schafft Freiraum für den Kampf der Völker der Welt
Uelzen, 2. bis 6.April, 20.00 Uhr.

Reihe deutsche Geschichte
Lüneburg, 2.April, 19.30 Uhr, Gaststätte Südbahnhof. 3.April, Gaststätte Kaltenmoor, 4. bis 6. April, Stucksaal, An der Münze.

Einführung in die Kritische Theorie
Lüneburg, 2. bis 6.April, 19.30 Uhr, Pädagogische Hochschule.

Veranstaltung der EPLF
Hamburg, 5.April, 19.00 Uhr, Audi-Max
Es spricht ein Vertreter des ZK der EPLF

b.pea. **Die Rentnerin Luise A. war keine 6 Wochen im Altersheim Rennkoppel in Harburg, da mußte sie schwerkrank ins AK Harburg eingeliefert werden.** Als Verwandte sie besuchen, liegt sie schon in Agonie. Freitags wurde das Morphium abgesetzt, am Montag wurde sie todkrank aus dem Krankenhaus zurück ins Altersheim abgeschoben. Dort starb sie 3 Stunden nach Ankunft. Nach Aussagen des Pflegepersonals im Altersheim ist das kein Einzelfall. Angeordnet wurde die Verlegung, nach Aussagen von Verwandten, durch den Stationsarzt Buddelmann. Begründung: die Frau sei ein Pflegefall und außerdem würde die Krankenkasse nicht länger zahlen.

b.syb. **Am 16.Februar wurde der Manteltarifvertrag (MTV) für die IG Metall abgeschlossen.** Fünf Jahre brauchten die Sozialdemokraten der IG Metall und die Kapitalisten der Metallverbände, um einen neuen MTV auszuhandeln. Positiv bei diesem MTV ist, daß, statt wie bisher nicht nur für den Nordverbund, sondern gemeinsam für Nordverbund, Bremen, Lüneburg und Weser-Ems (ohne Osnabrück) abgeschlossen wurde, sowie gemeinsam für Arbeiter und Angestellten. Was ein Schritt gegen die Spaltung aller Metallarbeiter und -angestellten in Westdeutschland mit verschiedenen Tarifen ist. Was hat sich geändert gegenüber dem alten MTV? Geändert hat sich erstens: den vollen Urlaubsanspruch bekommt man nicht mehr nach einem halben Jahr Betriebszugehörigkeit, sondern jetzt erst nach einem Jahr. Zweitens: wurde bisher bis zu vier Stunden täglich unaufschiebbare Arztbesuche (z.B. Röntgendiagnostik bei Nüchternheit) bezahlt, so wird jetzt jedoch höchstens bis zu insgesamt 16 Stunden innerhalb eines Monats bezahlt. Genauso fällt jetzt weg die Bezahlung bis zu neun Stunden im Monat bei laufenden Behandlungen (z. B. Bestrahlungen). Drittens: war es vorher festgelegt, daß man seine Krankmeldung erst am dritten Tag abgeben mußte, so ist es jetzt so, daß ein Arbeiter auf Verlangen des Kapitalisten die Krankmeldung sofort abliefern muß. Die Tarifkommission Hamburg hat den MTV einstimmig abgelehnt. Bekannt war das Manuskript des MTV fast kaum einem Tarifkommissionsmitglied außer einigen Vertrauensleuten und Betriebsräten von AEG, Still und Blohm & Voss, die den Vorschlag von vornherein ablehnten. Die Bezirksverwaltung, vorneweg Otto von Steeg, hat laut Satzung der IGM das Recht, sich über Tarifkommissionsbeschlüsse hinwegzusetzen, und den MTV unterzeichnet.

zahlt. Genauso fällt jetzt weg die Bezahlung bis zu neun Stunden im Monat bei laufenden Behandlungen (z. B. Bestrahlungen). Drittens: war es vorher festgelegt, daß man seine Krankmeldung erst am dritten Tag abgeben mußte, so ist es jetzt so, daß ein Arbeiter auf Verlangen des Kapitalisten die Krankmeldung sofort abliefern muß. Die Tarifkommission Hamburg hat den MTV einstimmig abgelehnt. Bekannt war das Manuskript des MTV fast kaum einem Tarifkommissionsmitglied außer einigen Vertrauensleuten und Betriebsräten von AEG, Still und Blohm & Voss, die den Vorschlag von vornherein ablehnten. Die Bezirksverwaltung, vorneweg Otto von Steeg, hat laut Satzung der IGM das Recht, sich über Tarifkommissionsbeschlüsse hinwegzusetzen, und den MTV unterzeichnet.

b.ger. **Die DAG will mit ihrem Streik die Spaltung der Lufthansa-Belegschaft vertiefen.** Die Tarifrunde 79 war gerade abgeschlossen, als die DAG die Cockpit-Besatzungen zu Warnstreiks am 14. und 21.3. aufrief. Die Löhne bei der DLH werden um 5,5 bis 5% bei den unteren, 4,9% bei den mittleren, 4% bei den hohen Lohngruppen über 8500 DM erhöht Die DAG, fast nur beim Fliegenden Personal, das 7% der Belegschaft ausmacht, vertreten, hatte eine reine Prozentforderung aufgestellt. Piloten erhalten 10000 DM monatlich und mehr. Es ist das Ziel der Vereinigung Cockpit (DAG), den Graben zwischen Boden- und Fliegendem Personal zu vertiefen. So verweigert sie jetzt die Zustimmung zu einem zwischen Lufthansa und ÖTV ausgehandelten Vertrag über die „Integrierte Seniorität", wenn den Piloten nicht 500 bis 800 DM monatlich als Ausgleichszahlung gezahlt wird. Der Vertrag regelt die Aufstiegsmöglichkeiten der Piloten im Konzern, indem er die Rangfolgelisten von Lufthansa und ihrer Tochter Condor zusammenfügt, sodaß bei einem erzwungenen Überwechsel der Piloten von einer Gesellschaft in die andere ihnen ihr Platz auf der Rangliste nicht verloren geht.

b.ulh. **Sozialsenator Ehlers will unter dem Motto „Gleichberechtigung" die Frauen in die Nachtarbeit zwingen.** Er stellte fest, daß die Arbeitszeitordnung die „Ungereimtheit" enthalte, daß Nachtarbeit für Arbeiterinnen verboten sei, für Angestellte und Beamte aber nicht. Das Amt für Arbeitsschutz habe einen Katalog mit ähnlichen Vorschriften zusammengestellt, die aufgehoben werden sollten. Gewerkschaften und Kapitalistenverbände sollen jetzt darüber beraten.

b.sha. **Die verbliebenen Bewohner im Köhlbrandsanierungsgebiet wurden am Do., 15.3.79, nachmittags von Schüssen aufgeschreckt, als das Mobile Einsatzkommande (MEK) der Hamburger Polizei die Erstürmung von Wohnhäusern unter Schußwaffengebrauch probte.** Entsprechend dem Innenministerprogramm „für die Innere Sicherheit" von 1972 rüstet sich der bürgerliche Staat für kommende Klassenauseinandersetzungen. Neben personeller und waffenmäßiger Verstärkung, sowie der beabsichtigten Vereinheitlichung der Polizeigesetze wurden spezielle Elitetruppen bei allen Länderpolizeien aufgebaut, die bereits eine beachtliche Zahl von „Todesschüssen" auf ihrem Konto verbuchen. Nahkampf, Scharfschießen mit Präzisionsgeräten und Combat-Schießen (schneller Schuß aus der Hüfte nach Wildwest-Manier) gehören zum üblichen Ausbildungsprogramm. Der Gebrauch einfacher Schußwaffen gegen „gewalttätige Menschenmengen" ist juristisch längst abgesichert in § 26 Hbg. SOG. Mit Ermächtigung des Senats dürfen bei Gefahr für die FdGO zusätzlich Maschinengewehre, Granatwerfer, Handgranaten, Sprengsätze und Minen von der Polizei gegen das Volk eingesetzt werden.

b.ulh. **Der Hamburger Reeder B. Richters hat 6 Frachter zu je 22000 BRT mit Ladefläche für 850 Container bei dem VEB Schiffscommerz Rostock bestellt.** Der Auftrag umfaßt 150 Mio. DM. Seit 1956 bezieht Richters Schiffe aus der DDR, bisher 30 an der Zahl. Die westdeutschen Werftkapitalisten sind darüber empört. Trotz Werfthilfeprogramm und dicken Subventionen können sie es nicht verschmerzen, wenn ihnen auch nur eine Profitquelle entgeht. Besonders empört ist die CDU über diese mangelnde „Solidarität" in der westdeutschen Kapitalistenklasse. Die Dumpingpreise der DDR kosteten Arbeitsplätze bei Blohm & Voss, so versuchen sie die entgangene Möglichkeit zur Auspressung der westdeutschen Arbeiterklasse jetzt chauvinistisch zu verbrämen.

b.wal. **Es seien nur verfassungsgemäße Mittel angewandt worden, schrieb Innensenator Werner Staak auf einen Brief von 20 Schülern des Albrecht-Thaer-Gymnasiums**, in dem diese die sofortige Rücknahme der Verbote der Demonstration zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfs der iranischen Völker forderten. „Wenn es nun verfassungsgemäße Mittel sind, die diese Unterstützung verhindern sollen, so sind wir gegen diese", antworteten die Schüler erneut (vgl. KVZ 6/79). Das rief den Senator zum zweiten Mal auf den Plan. „Wenn Sie gegen verfassungskonforme Mittel sind, die die Unterstützung des Befreiungskampfes im Iran verhindern sollen, so

keit zur Auspressung der westdeutschen Arbeiterklasse jetzt chauvinistisch zu verbrämen.

b.wal. **Es seien nur verfassungsgemäße Mittel angewandt worden, schrieb Innensenator Werner Staak auf einen Brief von 20 Schülern des Albrecht-Thaer-Gymnasiums**, in dem diese die sofortige Rücknahme der Verbote der Demonstration zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfs der iranischen Völker forderten. „Wenn es nun verfassungsgemäße Mittel sind, die diese Unterstützung verhindern sollen, so sind wir gegen diese", antworteten die Schüler erneut (vgl. KVZ 6/79). Das rief den Senator zum zweiten Mal auf den Plan. „Wenn Sie gegen verfassungskonforme Mittel sind, die die Unterstützung des Befreiungskampfes im Iran verhindern sollen, so

übersehen sie dabei, daß es bei Verboten und Beschränkungen meistens um Begleiterscheinungen der Meinungsäußerungen geht, nicht aber um deren Inhalt." Für das Verbot „wirtschaftliche Belange der Bundesrepublik Deutschland im Iran anzuführen, halte ich für absurd". Geglaubt hat es ihm kein Schüler. Für viele war es eine gute Unterrichtsstunde: Wer die Völker der Welt in ihrem Kampf unterstützt, versetzt gleichzeitig dem BRD-Imperialismus Schläge.

b.pea. **Am 22.2. übergab die Geschäftsleitung der Brilliant Offset einem Reprofotografen eine besondere Art von Kündigungsschreiben.** Darin wurde ihm wegen angeblich „mangelndem Einsatz" fristgemäß gekündigt, aber gleichzeitig Weiterbeschäftigung in seiner bisherigen Tätigkeit angeboten, bei einer Lohnkürzung von ca. 150 DM monatlich. Dem Betriebsrat hatte die Geschäftsleitung von vorneherein Schweigepflicht bis unmittelbar vor Eintritt der Kündigung auferlegt. Da der innerhalb der Wochenfrist (nach BVG) keine Bedenken erhoben hat, ist die Änderungskündigung wirksam.

In zwei Schreiben an den Betriebsrat haben sich fast alle Kollegen der Abteilung zusammengeschlossen, die Rücknahme der Kündigung und eine Abteilungsversammlung gefordert. Sie wird demnächst stattfinden, außerdem bringt der Kollege die Sache vor das Arbeitsgericht.

Um den Zusammenschluß in der Abteilung zu unterdrücken, wurde ein weiterer Kollege vom Abteilungsleiter exemplarisch einer zuchthausmäßigen Kontrolle unterworfen, ihm praktisch Redeverbot erteilt und nach einer Woche in einem schriftlichen Verweis die Kündigung angedroht.

Worauf das ganze hinauslaufen soll, hat der Abteilungsleiter schon folgendermaßen angedeutet. Angeblich werde nur mit „halber Kraft" gearbeitet, also: die Kollegen sollen doppelt soviel in der gleichen Zeit schaffen.

Der Plan, die Einzelhandelsbeschäftigten bis '84 tariflich zu nageln, wird scheitern.



Auf dem Bild: Kundgebung der HBV in der Innenstadt am Freitag, dem 22.März zur Unterstützung des Lohnkampfes der Bankbeschäftigten

b.trw. In einer Entschließung auf dem 9. Ordentlichen HBV-Gewerkschaftstag 1976 haben die Delegierten die Arbeitszeitverkürzung als Schwerpunkt der Tarifpolitik festgelegt und „kurzfristig die Verlängerung des Jahresurlaubs und mittelfristig die weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit unter 40 Stunden" gefordert. In allen Tarifbezirken des Einzelhandels wird zur Zeit über die Verlängerung des Jahresurlaubs verhandelt, ebenso für die Beschäftigten bei Banken, Versicherungen, Wirtschaftsdiensten und in mehreren Bezirken des Großhandels. Der Drang nach Vereinheitlichung ist groß: In Baden-Württemberg, Niedersachsen/Bremen, Nordrhein-Westfalen und Saar wurden 6 Wochen *für alle* gefordert. Zur Zeit gelten Regelungen mit Altersabstufungen Der Ausbeutung Schranken setzen, damit es nicht soweit kommt, daß die älteren Kollegen mehr Urlaub brauchen, deshalb haben etwa 60 Karstadt-Beschäftigte in Hamburg die HBV aufgefordert, mit dem Ziel „6 Wochen Urlaub für alle bis 1981" weiterzuverhandeln.

Die Einzelhandelskapitalisten haben das dringende Interesse, die Arbeitszeit festzuschreiben wie sie ist. In Hamburg ist die Geltungsdauer des Manteltarifvertrages bis 31.12.79, lediglich die Urlaubsdauer wäre neu zu verhandeln. Die Kapitalisten drängen auf eine Laufzeit des gesamten Manteltarifvertrages bis 1984. Sie wollen die Fortschritte der Arbeiterbewegung in Ketten legen. Das Unterfangen ist hoffnungslos, denn die kämpfende Arbeiterklasse läßt sich von der Laufzeit eines Tarifvertrages nicht aufhalten.

Die Beschäftig ten im Bereich Handel, Banken und Versicherungen können die Gleichzeitigkeit der Verhandlungen über die Manteltarifverträge zur Vereinheitlichung ihrer Forderungen und Stärkung ihrer Kampfkraft nutzen. Ihre Kämpfe sind im Aufschwung. Sich jetzt auf 6jährige Laufzeit einzulassen, ist nicht an der Zeit.

Um der totalen Vernutzung ihrer Arbeitskraft Schranken zu setzen, sind neben der Forderung nach 6 Wochen Urlaub verschiedene Forderungen aufgestellt worden. Ersatzlose Streichung des unbezahlten Zuendebedienens, fordert die Tarifkommission in Hamburg, Einbeziehung der Pausen in die Arbeitszeit, Einführung bezahlter Pausen in Bremen. Die Beschäftigten in den Bereichen Banken und Versicherungen kämpfen um eine tarifvertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen an Datensichtgeräten.

Die Sozialdemokraten in der HBV haben die Forderung nach der 35-Stundenwoche im Ausblick 12/78 als „stahltypisch" bezeichnet und die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, die in der Entschließung des Gewerkschaftstages 1976 „mittelfristig" gefordert wurde, gar nicht in die Manteltarifverhandlungen aufgenommen. Damit haben sie den Kapitalisten eine schwache Ferse geboten, die bereits den Abschluß einer langfristigen Urlaubsregelung gekostet hat: 6 Wochen Höchsturlaub bis 1984. Man wird sehen, wie lange das hält.

„Das glaubt dir doch keiner hier Deppe"
Postler nutzen Gewerkschaftsveranstaltung zum Angriff auf den Dienstherrn
b.uwh. Am 21.März fand im Hamburger Gewerkschaftshaus eine Podiumsdiskussion der Deutschen Postgewerkschaft mit dem Thema „Humanisierung der Arbeitsbedingungen" statt.
Zwischen 300 bis 400 Postbeschäftigte waren gekommen und nutzten die Veranstaltung zum scharfen Angriff gegen den Dienstherrn, der vertreten war durch Ministerialdirigent Deppe. An keinem Punkt konnte er sich durchsetzen, kein Manöver wurde placiert. Von den Beiträgen aus dem Podium fand lediglich die Rede des Mitglieds des Post-Gesamtpersonalrats Wehner Zustimmung, weil er Nachtarbeit, Arbeitsintensivierung und Rationalisierung angriff. Er enthüllte, daß 56,9%
An allen Ämtern wird die Front gegen das Postministerium aufgebaut. Die Veranstaltung hat mit Sicherheit dem Zusammenschluß der Postbeschäftigten genutzt und schafft gute Bedingungen, am 1.Mai weitere Fortschritte zu machen, indem man sich mit den anderen Abteilungen der Klasse unter einheitlicher politischer Stoßrichtung nach Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit, nach Selbstverwaltung der Versicherungen und Bezahlung durch die Kapitalisten sowie nach ausreichendem Lohn auf den Normalarbeitstag zusammenschließt.
Größten Beifall erhielten diejenigen Kollegen, die ihre Angriffe auf eigene
sehen haben wollte: 1000 Bauaufträge wurden früher mit 38 Beschäftigten bearbeitet, während heute 1900 mit 31 bewältigt werden müssen. „Bei uns soll rationalisiert werden, damit das Geld den Unternehmern zugeschanzt wird, die dann ihrerseits Kollegen wegrationalisieren." Ein Briefträger: „Bei der Zustellung müssen die Kollegen kümmeln und kümmeln und kommen immer weniger zu Potte". Eine Arbeiterin enthüllte, daß sie beim Sortieren pro Stunde 1800 Armbewegungen in gleicher Richtung verrichten muß. „Das führt zu Verkrampfungen und Nervenententzündungen. Wir fordern die Einrichtung von Bewegungspausen!"
Noch einmal wagte sich Deppe vor:

„Das glaubt dir doch keiner hier Deppe"

Postler nutzen Gewerkschaftsveranstaltung zum Angriff auf den Dienstherrn

b.uwh. Am 21.März fand im Hamburger Gewerkschaftshaus eine Podiumsdiskussion der Deutschen Postgewerkschaft mit dem Thema „Humanisierung der Arbeitsbedingungen" statt.

Zwischen 300 bis 400 Postbeschäftigte waren gekommen und nutzten die Veranstaltung zum scharfen Angriff gegen den Dienstherrn, der vertreten war durch Ministerialdirigent Deppe. An keinem Punkt konnte er sich durchsetzen, kein Manöver wurde placiert. Von den Beiträgen aus dem Podium fand lediglich die Rede des Mitglieds des Post-Gesamtpersonalrats Wehner Zustimmung, weil er Nachtarbeit, Arbeitsintensivierung und Rationalisierung angriff. Er enthüllte, daß 56,9% der Beamten einfachen Dienstes zwangsweise in den Ruhestand geschickt werden, 2% der Beamten des höheren Dienstes.

Insgesamt hatten die Beiträge der Kollegen ein hohes Niveau und dokumentierten die Stärke der Bewegung. In zwei Resolutionen, die verabschiedet wurden, werden vom Post- und Finanzministerium gefordert: Aufhebung der Stellenfestschreibung auf 450000, Schluß mit den Rationalisierungen, Verkürzung der Arbeitszeit für Schichtdienstleistende und Bildschirmbeschäftigte, volle Bezahlung der Unkosten durch gesundheitliche Schäden vom Dienstherrn.

An allen Ämtern wird die Front gegen das Postministerium aufgebaut. Die Veranstaltung hat mit Sicherheit dem Zusammenschluß der Postbeschäftigten genutzt und schafft gute Bedingungen, am 1.Mai weitere Fortschritte zu machen, indem man sich mit den anderen Abteilungen der Klasse unter einheitlicher politischer Stoßrichtung nach Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit, nach Selbstverwaltung der Versicherungen und Bezahlung durch die Kapitalisten sowie nach ausreichendem Lohn auf den Normalarbeitstag zusammenschließt.

Größten Beifall erhielten diejenigen Kollegen, die ihre Angriffe auf eigene Untersuchungen aus den Ämtern und auf Berichte von den Kämpfen der Postler stützten. So eine Angestellte aus einem Fernmeldeamt, die lebhaft den drei Jahre andauernden Kampf der Belegschaft um Lärmschutzeinrichtungen schilderte, oder ein Fernmeldehandwerker, der mit seiner Amtsgruppe einen Forschungsbericht über Datensichtgeräte untersucht hat und daran nachwies, daß die Post die einfachsten Schutzeinrichtungen wegläßt und so die Gesundheit der Beschäftigten ruiniert. Ein anderer enthüllte den Charakter der Stellenbemessungen, die Deppe gerne als „gerechtes System der Verteilung von Arbeitsbelastung" gesehen haben wollte: 1000 Bauaufträge wurden früher mit 38 Beschäftigten bearbeitet, während heute 1900 mit 31 bewältigt werden müssen. „Bei uns soll rationalisiert werden, damit das Geld den Unternehmern zugeschanzt wird, die dann ihrerseits Kollegen wegrationalisieren." Ein Briefträger: „Bei der Zustellung müssen die Kollegen kümmeln und kümmeln und kommen immer weniger zu Potte". Eine Arbeiterin enthüllte, daß sie beim Sortieren pro Stunde 1800 Armbewegungen in gleicher Richtung verrichten muß. „Das führt zu Verkrampfungen und Nervenententzündungen. Wir fordern die Einrichtung von Bewegungspausen!"

Noch einmal wagte sich Deppe vor: Forschungsaufträge für die Arbeitserleichterung seien in der Mache. Sinn der Bemessung sei es nicht, Arbeitskräfte wegzurationalisieren. Dann wurde er durch Zwischenrufe gebremst: „Das glaubt hier doch keiner, Deppe!" Stürmischer Beifall erhielt eine Kollegin, als sie sagte: „Planmäßig sollen wir mehr und mehr Arbeit aufgedrückt bekommen unter immer menschenunwürdigeren Bedingungen. Das Ministerium will die Gangart verschärfen. Bei uns an der Front werden sie sich die Zähne ausbeißen." Zum Schluß wurde noch eine Grußadresse von 100 Jugendlichen des Fernmeldeamtes 5 bekanntgegeben.

ÖTV-Abteilung Seehäfen beginnt mit der Vorbereitung der Auseinandersetzung um die in diesem Jahr auslaufenden Verträge zum Rahmentarif, Lohntarif, Eingruppierungsvertrag und Sonderbestimmungen für den Hamburger Hafen. Im April wird sich der geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV und die Bundestarifkommission in Berlin treffen, und einen Vorschlag zum Rahmentarif machen. Dieser Vorschlag soll von den Mitgliedern diskutiert werden. Dann wird auf Funktionärskonferenzen in den Seehäfen die Diskussion zusammengefaßt und vom Hauptvorstand der Forderungsvorschlag beschlossen. In diesem Zeitraum finden auch die Vertrauensleutewahlen im Hamburger Hafen statt, sie sollen überall im Mai abgeschlossen sein.

b.ulh. **Der Hamburger Senat will sich wegen des „Giftmilchskandals" und des Fischsterbens durch Verseuchung der Elbe aus der Affäre ziehen.** Im Mai 1978 hatten Stoltenberg und der Hamburger Senat versichert, Ursache des Fischsterbens sei das warme Wetter, industrielle Ableitungen kämen als Ursache nicht in Betracht. Dagegen heißt es im Bericht der beteiligten Fischer:

„Am 20.Mai 1978 wurden tote Fische – Butt, Maifisch, Stint, Steinbutt – sowie Zungen im Netz festgestellt. Die gehälterten (in mit Elbewasser gefüllten Fangbecken schwimmenden, Red.) Aale... verendeten im größeren Maß... Am 31.Mai wurde der Fang bei Otterndorf aufgegeben... Wiederum verendeten auf der Fahrt zwischen Otterndorf und Ostemündung größere Mengen Aale." Und: „Die taumelnden Bewegungen der Fische im Bünn ließen uns einen nicht ausreichenden Sauerstoffgehalt des Wassers vermuten." In einem Gutachten von Zoologen ist jetzt bewiesen, woher der Sauerstoffmangel kam: am 26.Mai war die Eisenmenge im Elbwasser 100 Mal so hoch wie normal, nämlich 15 mg/i. Das Eisen verbindet sich mit dem Sauerstoff im Wasser und, wenn es noch stark säurehaltig ist, beeinträchtigt die Atemfunktion der Kiemen bei den Fischen. Nachweislich hat also zu dieser Zeit eine ungewöhnlich starke Einleitung von Industrieabwässern stattgefunden, die mit der Tide um Brunsbüttel flußauf- und ab pendelte. Es ist schon klar, warum Stoltenberg und Hamburger Senat solche Märchen auftischen, wie: Fischsterben wegen Wärmeeinbruch. Würden die wahren Ursachen bekannt, wäre das ein weiterer Grund, das imperialistische Energieprogramm der Bundesregierung zu bekämpfen. Was jetzt noch mit aufgeflogen ist: die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft/Abteilung Strom und Hafenbau hat 300000 DM an die Wassergütestelle für gutachterliche Aufträge an die Universität gegeben. Gutachten wurden aber von der Stelle nie in Auftrag gegeben, sie war mit der Elbwasserqualität stets zufrieden. Der Vorsitzende der Wassergütestelle ist zugleich Erster Direktor der Abteilung Strom- und Hafenbau. So springt bei der Ordnung der Geschäfte im Interesse der Kapitalisten für die Herren Staatsfunktionäre auch was ab. Ruiniert werden die kleinen Fischer und Bauern, wie im aktuellen Fall der „Giftmilch". Die Milchverseuchung stammt jetzt fast sicher von den Mülldeponien, die der Senat so reichlich in Billbrook hat anlegen lassen und die er zum Teil selbst betreibt (vgl. KVZ 9/79, S.19). Auch Obst und Gemüsebauern sind betroffen. Sie können ihre Erzeugnisse nicht mehr verkaufen.

b. **Am Donnerstag und Freitag, den 22. und 23. März fanden Sammlungen für die Druckausrüstung der ZANU in St. Pauli, Wandsbek und Harburg-Heimfeld statt.** Gesammelt wurden 191,05 DM. Es wurden zusätzlich 10 KVZ, 2 ZANU-Broschüren verkauft, sowie mehrere Tüten Kleidung gesammelt.

Nach 45 wurden der Schulbewegung sozialdemokratische Fesseln angelegt

b.sul. Über 120 Seiten Gesetzestexte bezüglich der Ausbildung hat der Hamburger Senat in den letzten 10 Jahren verfaßt und die Hamburger Bürgerschaft beschließen lassen. Sie sind nur die Spitze des Eisberges der tausenden Verordnungen, die auf dem Verwaltungswege über die Behördenschreibtische gingen, um die Schulunterdrückung zu regeln.

Die Gesetze teilen sich auf in Gebührenordnungen, d.h. Erhebung von Tribut für Ausbildung, in Prüfungsordnungen für das Lehrerpersonal und in der Sicherung der staatlichen Kontrolle über die Volksbildung durch Schulverwaltungs- und Schulverfassungsgesetz.

Die Angriffslinien hat die Bourgeoisie auch nach dem 2. Weltkrieg eingeschlagen, um die selbstständige Organisierung der Ausbildung durch die Lohnabhängigen zu unterdrücken. Trotz großer Raumnot hatten die Eltern in den Wohnungen Platz gemacht, ihre Kinder zu Schülergruppen zusammengefaßt und sie unterrichtet. Arbeiter haben die im Krieg zerstörten Schulräume wieder aufgebaut, wie sie auch die Fabriken wieder aufgebaut und unter schwierigsten Bedingungen die Produktion aufgenommen haben. Heizung der Räume und Nahrung für die Kinder wurden organisiert. Die Arbeiter, die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums, haben ein unabdingbares Interesse an der Ausbildung ihrer produktiven Fähigkeiten und an der Ausbildung ihres Nachwuchses. Im Kapitalismus verfolgen die Arbeiter dieses Interesse, weil Ausbildung Mittel zum Kampf gegen die Kapitalistenklasse und zur Befreiung in der proletarischen Revolution ist.

Dieses revolutionäre Interesse der Arbeiterklasse hat die Sozialdemokratie verdreht und sich angeheftet. Die Volksmassen als roh und bildungsunwillig hinzustellen, denen das Heil der Volksmassen als roh und bildungsunwillig hinzustellen, denen das Heil der Bildung von der Sozialdemokratie beschert werden muß, das war schon immer das heiligste Geschäft der Sozialdemokratie. Deshalb war es kein Wunder, daß als erste deutsche Behörde in Hamburg nach dem 2. Weltkrieg bereits im Juni 45 Herr Landahl zum Haupt der Schulbehörde bestimmt wurde – in Absprache und im Auftrag der britischen Besatzermacht, mit der Behauptung, es sei ein Schritt zur „Selbständigkeit". So wurde die staatliche Kontrolle über die Ausbildung rasch wieder hergestellt. Die Eltern wurden in die erneuerten Elternräte gepreßt, um ihre Rechte auf Beratung des Staatsapparates zu erniedrigen.

Wo die Arbeiter erst selbständig Nahrung und Kleidung für die Kinder organisiert haben, mußte die Sozialdemokratie der Forderung danach Zugeständnisse machen. Schulspeisung mußte gewährt und Schuhe mußten ausgegeben werden. Der Schulrat Jürgens (1947) verbucht dies der Gnade der Besatzer und der Politik der Sozialdemokratie: „... Daneben trat im März 1946 die sog. englische Frühstücksspeisung (heute Hoover-Speisung). Anfänglich wurden täglich 46000 Kinder gespeist, heute sind es 200000 geworden. Zu dem besonderen Auftrag für die Lehrerschaft ist die Schuhverteilung geworden ... Es ist ein Zeichen besonderen Vertrauens zur Schule und zur Lehrerschaft, daß man ihr diese ebenso verantwortungsvolle wie undankbare Aufgabe überträgt."

Die Politik der Sozialdemokraten bestand aber im wesentlichen darin, die Zugeständnisse als Mittel zur Spaltung, Konkurrenz und Auslese einzusetzen. In ihrem Programm zu den Bürgerschaftswahlen 1946 heißt es: „Ausreichende Ausbildungshilfen für alle *befähigten* Minderbemittelten".

Als drittes hat der Hamburger Senat flugs ein Lehrerausbildungsgesetz und den Ausbau der Hamburger Universität in Angriff genommen, um die nötigen beamteten Funktionäre im Staatsapparat zu reproduzieren – als die sogenannte fortschrittliche Entwicklung des Schulwesens.

Nie ist es dem Hamburger Senat gelungen, die Schüler, Eltern und Lehrer sich zu unterwerfen. Große Kämpfe hat es gegeben an den Schulen, insbesondere seit 1966. Aber ohne Zusammenschluß um die revolutionäre Forderung nach der polytechnischen Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr unter Volkskontrolle kann der Kampf der Arbeiterklasse um die Ausbildung nicht erfolgreich sein. So ist es der Sozialdemokratie nach dem 2. Weltkrieg gelungen, die Schulbewegung auf die Mühlen des Staatsapparates zu lenken, weil die Arbeiterklasse keine revolutionäre Vorhutorganisation hatte, die die revolutionären Forderungen zur Ausbildung erhoben hätte. Die KPD hatte zur Ausbildung einen Pakt mit den Sozialdemokraten geschlossen. Sie hat zur Ausbildung einen Pakt mit den Sozialdemokraten geschlossen. Sie hat den Wahlaufruf zu den Bürgerschaftswahlen 1946 unterstützt. Sie hat den Klassencharakter des Kampfes um die Ausbildung ausgelöscht, indem sie ihn unter die Devise von Pestalozzi stellte: „Wir kennen keinen Menschenstand, der geboren sein soll, um bloß viehisch zu leben. Wir glauben, die erhabenen Anlagen der Menschennatur finden sich in jedem Stand und in jeder Lage des Menschen." „... Gleicher Start für alle muß die Voraussetzungen schaffen ..." (aus: „Hamburger Volkszeitung", 16.11.52).

Heute gibt es das revolutionäre Programm mit der Forderung nach der Einheitsschule. Immer deutlicher wird der Zusammenhang zwischen den Angriffen der Bourgeoisie auf die Ausbildungsinteressen, den ständigen Lohnsenkungen und der Verschärfung der Ausbeutung. Es bedeutet einen großen Fortschritt im Klassenkampf, wenn im Kampf gegen die ständigen Lohnsenkungen die Arbeiterschutzforderungen und auch die Forderungen nach der Einheitsschule erhoben werden.

Kindergeld und Mutterschaftsurlaub – Mittel zur Spaltung der Arbeiter und Lohnsenkung

1976 erklärte Bundeskanzler Schmidt in seiner Regierungserklärung: „Die Lebensbedingungen hierzulande werden in zunehmender Weise als nicht kinderfreundlich angesehen. Als unseren Beitrag zur Förderung der Familien werden wir ... dem Gesetzgeber vorschlagen, das Kindergeld ... zu erhöhen." Mit 50 DM für das erste Kind, 80 DM für das zweite und ab 1.1.79 195 DM für das dritte und jedes weitere soll die Arbeiterklasse „kinderfreundlich" werden. Die Kapitalisten und ihr Staat geben sich mit diesen Geldern „kinderfreundlich". Die Arbeiterklasse ist „kinderfeindlich".

Doch ist es gerade die Profitgier der Kapitalisten, die es der Arbeiterklasse durch die ständigen Lohnsenkungen und Preiserhöhungen unmöglich macht, ordentlich ihre Kinder aufzuziehen. Die Lebenshaltungskosten für ein Kind sind nach Angaben des statistischen Bundesamtes von 1970 bis 1976 um ca. 50% gestiegen. Auch mit dem Kindergeld bekommt man kein Kind groß. Der Zweck des Kindergeldes ist auch ein anderer:

Eine Triebkraft für die hartnäckig geführten Lohnkämpfe der Arbeiterklasse ist die Tatsache, daß der Lohn schon lange nicht mehr reicht, um Kinder ordentlich aufziehen zu können.

Mit dem Kindergeld versuchen die sozialdemokratischen Chefideologen wegzuwischen, daß die Mittel für die Aufzucht der Kinder Bestandteil des Lohns sein müssen. „Denn dafür gibt es ja Kindergeld." Dies Manöver hat bisher nicht viel gefruchtet. Die Arbeiter haben sich im Lohnkampf fester zusammengeschlossen.

Mit dem Mutterschaftsurlaub, der ab 1.7.79 in Kraft tritt, soll dies Manöver an Wirkung gewinnen. Eine Arbeiterin kann dann nach der Geburt ihres Kindes 6 Monate Mutterschaftsurlaub beanspruchen. Allerdings gibt es keine Lohnfortzahlung, sondern nur 750 DM monatlich aus Steuergeldern. Welche alleinstehende Arbeiterin bei Lumoprint kann schon von 750 DM sich und ihr Kind ernähren? Die Arbeiterin wird ihr Kind gleich nach der Geburt in die Krippe geben müssen und sich wieder an das Band stellen. Bei den Arbeiterinnen, die den Mutterschaftsurlaub beanspruchen, wird gleichzeitig die Bespitzelung durch das Arbeitsamt zunehmen. Die Tabelle zeigt, wie die Überprüfung und Beschnüffelung sämtlicher Daten der Familien zugenommen hat.

Bespitzelung und Unterdrückung

Jahr	Überprüfung von Kindergeld-beziehern	Streichung von Kindergeld-zahlungen
1970	917000	23000
1971	1237000	19000
1972	1251100	68000
1973	1065300	46000
1974	771300	17400
1975	2000000	522500
1976	4600000	119100
1977	2800000	126400

Quelle: Geschäftsberichte der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

Mit dem Mutterschaftsurlaub hat die Regierung nur ein weiteres Argument, die Plünderung der Lohngelder zu steigern. Zum gleichen Zeitpunkt wie der Mutterschaftsurlaub, tritt auch die Mehrwertsteuer in Kraft. Ganz die Linie, die Schmidt 76 angegeben hat: „Voraussetzung für diese zusätzliche Haushaltsbelastung (die neue Kindergeldregelung) ist die Mehrwertsteuer ... Wir können nur das Geld ausgeben, das andere vorher verdient haben." Einhandeln wird er sich eine Bewegung für Festgeld und gegen die Steuerausplünderung.

Kapitalisten ruinieren die kleinen Handwerker

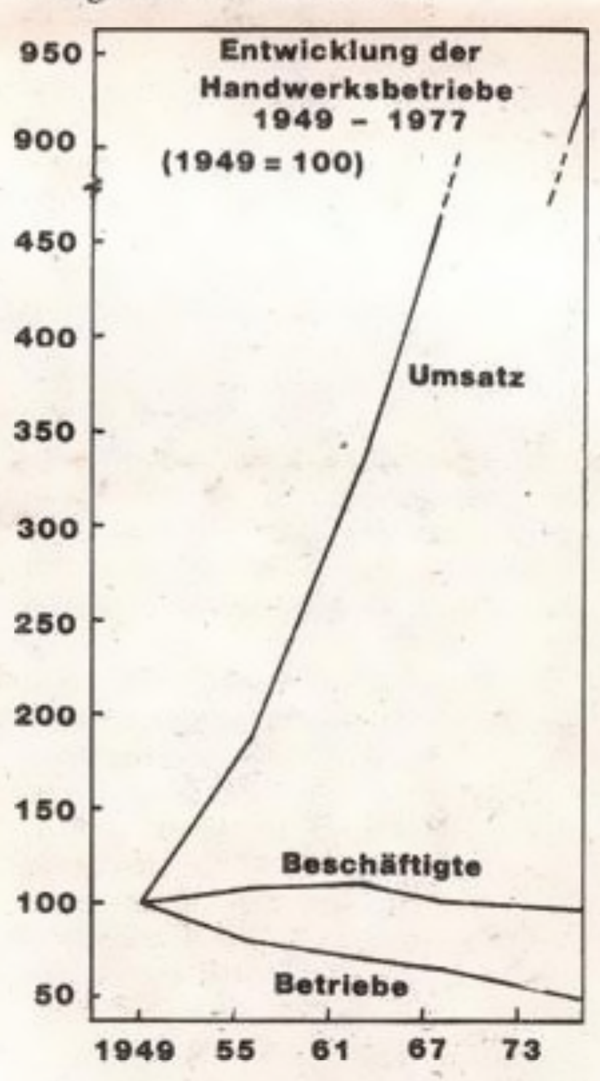
Was bleibt, ist allenfalls ein Job in der Fabrik

b.mak. Von 22098 Hamburger Handwerksbetrieben 1949 sind 1977 noch 10976 übrig. Die Zahl der Beschäftigten ist im selben Zeitraum nur um 2,7% gesunken, der Umsatz um 934% gestiegen (siehe Grafik). In riesigem Umfang ist das Kapital nach dem Zweiten imperialistischen Weltkrieg in die handwerkliche Produktion eingebrochen und verwandelt bis heute mit unverminderter Wucht den selbständigen Handwerker entweder direkt in den Lohnarbeiter oder bringt ihn in Abhängigkeit als Zulieferer. Über 50% den Lohnarbeiter oder bringt ihn in Abhängigkeit als Zulieferer. Über 50% des Nettoumsatzes der formell noch selbständigen Handwerker wird durch Zulieferung an kapitalistische Betriebe erreicht. Um den Profit aus handwerklicher Arbeit selber einzustecken und die Ausbeutung durch kapitalistische Rationalisierung zu erhöhen, schlucken die Kapitalisten im nächsten Schritt die Handwerksbetriebe und bringen sie als sog. „Nebenbetriebe" direkt in ihre Gewalt: so frißt der Autohändler Raffay & Co. die vorher selbständigen Reparaturwerkstätten oder Karstadt verleibt sich die Schneiderwerkstatt für die nötige Änderungsschneiderei gleich selber ein. Diese Nebenbetriebe machen heute 8% der Handwerksbetriebe mit 13% des Gesamtumsatzes aus, sie sind von 1968 bis 1977 nur um 7% gesunken, gegenüber 26% vernichteten selbständigen Handwerksbetrieben, ihr Umsatz pro Beschäftigten stieg seit 1968 fast doppelt so schnell.

Sind die Handelskapitalisten noch auf handwerkliche Tätigkeiten angewiesen und müssen sie sich die Werkstätten aneignen, so vernichtet das industrielle Kapital das Handwerk vollständig in der kapitalistischen Konkurrenz: es nutzt die Entwicklung der Produktivkräfte, um die Ausbeutung schrankenlos zu erhöhen und Extraprofite in der Konkurrenz mit den Produzenten auf veralteter technischer Basis einzusacken. In Hamburg gehörten 1977 nur noch 26,8% der Handwerksbetriebe zum Waren produzierenden Handwerk, im Bundesgebiet durchschnittlich noch 46,8%. Die Zusammenballung des industriellen Kapitals in Großstädten wie Hamburg beschleu- menballung des industriellen Kapitals in Großstädten wie Hamburg beschleu-nigt noch die Konzentration. Die durchschnittliche Betriebsgröße liegt in Hamburg 1977 bei 10 Beschäftigten, im Bundesgebiet bei acht. Handwerksbetriebe mit 1-9 Beschäftigten nahmen in Hamburg von 1966 bis 1976 um 33,3% ab (Beschäftigte um 35,2%), während der Umsatz gerade um 14,1% stieg. 1967 waren in Hamburg noch 21,5% des Handwerks Ein-Mann-Betriebe mit 1,7% des Gesamtumsatzes, 1976 noch 13,3% mit nur 0,7% des Gesamtumsatzes. Das Verhältnis zwischen „tätigen Inhabern" und Lohnarbeitern betrug 1967 18%/65% der Beschäftigten, 1976 8%/80%.

Einerseits macht die Entwicklung der industriellen Produktion im Kapitalismus die Fähigkeiten der Handwerker überflüssig, wenn z.B. der niederkonkurrierte Schneidermeister in der Fabrik „Konfektion" produziert oder der Radio- und Fernsehtechniker nur noch fertige Teile austauscht. Andererseits verschlechtert der Kapitalist auf der Jagd nach Extraprofiten beständig die Qualität der industriell produzierten Waren und senkt so gleichzeitig den Wert der Arbeitskraft: statt teurer Brötchen aus der Bäckerei, soll der Arbeiter klitschiges Brot aus der Brotfabrik essen. Der Widersinn der Profitproduktion spitzt sich in der beruflichen Ausbildung zu: Lehrlinge werden in Handwerksbetrieben ausgebildet, die sie als billigste Arbeitskräfte ausbeuten, um noch mitzuhalten, und die sie nach der Lehre entlassen, so daß sie allenfalls einen Arbeitsplatz in der Fabrik finden, die ihre handwerklichen Fähigkeiten wieder ruiniert.

Fähigkeiten wieder ruiniert.



In Schmidts Auftrag – Klose in den USA

Einerseits Vordringen auf US-Markt, anderseits Europa absichern

b.bek. Voller Hoffnung, dem westdeutschen Finanzkapital Wege eröffnet zu haben in der Ausplünderung der mexikanischen Ölquellen, reiste Klose direkt von Mexiko in die USA, nach Atlanta, wo die Hamburger Werbetruppe der westdeutschen Bourgeoisie ihre Vertretertour durch die USA beendete. Klose fordert die US-Imperialisten vor dem honorigen Publikum von Kapitalisten und Professoren auf, ihre Präsenz in Europa zu stärken. „In den vergangenen Jahren sei der Eindruck entstanden, als ob sich die USA mehr von Europa entfernt ... doch dürfe trotzdem niemand übersehen, daß die amerikanisch-europäische Partnerschaft Grundlage für die Handlungsfreiheit sowohl der USA wie der Europäer sei" (zitiert nach dpa). Europa, darunter versteht Klose schärfste Ausbeutung der europäischen Arbeiterklasse, Bauernlegen – ein Militärzuchthaus für die Volksmassen unter der Oberaufsicht der westdeutschen Finanzbourgeoisie.

Nicht als Schutzsuchender ist Klose den Imperialisten entgegengetreten, sondern als Vertreter einer aufstrebenden Bourgeoisie, für den Partnerschaft Konkurrenz und Aggression bedeutet. Er hat den amerikanischen Kapitalisten ihre Absatzschwierigkeiten in der Automobilproduktion unter die Nase gerieben: „Die Vereinigten Staaten bedeuten ein Handelsproblem, da es schwierig ist, gewisse amerikanische Produkte auf dem deutschen Markt abzusetzen. Zum Beispiel könnten keine amerikanischen Autos in die Bundesrepublik importiert werden, da sie zu groß seien und zuviel Benzin verbrauchten" (zitiert nach ap). Umgekehrt läuft's gut, wird er gedacht haben. Dem VW-Konzern ist es gelungen, seinen Marktanteil in den USA auf Grundlage einer intensiven Ausbeutung der westdeutschen und amerikanischen Arbeiter zu vergrößern.

Rosig sieht die Zukunft für die westdeutsche Bourgeoisie keinesfalls aus. Klose sorgt sich darüber, wenn er davon spricht, daß „auch das geteilte Europa, besonders das geteilte Deutschland ein Problemgebiet sei, in dem sich jener akute Schwierigkeiten entstehen können, wenn destabilisierende Entwicklungen eintreten. Dies könnten ökonomische Entwicklungen sein, besonders in Westeuropa und in der Bundesrepublik. Dies könnten aber auch ideologische oder sogar militärpolitische Gründe sein."

An der Seite der USA rechnen sich die westdeutschen Bourgeois gute Chancen aus, einen Angriff der Sozialimperialisten abzuschlagen oder in deren Machtbereich einzudringen.

Wesentlich fürchtet Klose die Kämpfe der Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westeuropa gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Das sind die Schwierigkeiten, die zu einer destabilen Entwicklung für die Kapitalisten führen. Den Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen für die Revolution zu unterdrücken, dafür braucht die westdeutsche Bourgeoisie neben ihren eigenen Unterdrückungstruppen auch die US-Besatzer.

Klose weiß gut, daß es noch nicht gelingt, die Arbeiterklasse ideologisch an die Interessen der Bourgeoisie zu binden, hat er doch jetzt schon die größten Schwierigkeiten, die Volksmassen für die Europawahl zu mobilisieren.

Klose in den USA: „Partnerschaft ist Grundlage für die Handlungsfähigkeit sowohl der Europäer wie der Amerikaner"

Johannes Pauls Enzyklika: Auf den Spuren der Kolonialisten

z.ulg.Rom. „Es ist eine bezeichnende Tatsache, daß Johannes Paul II., um sich nach Puebla in Mexiko zu begeben... die Route gewählt hat, der in der Vergangenheit die Missionare folgten, die sich von Europa in die kurz zuvor von Kolumbus entdeckte Neue Welt begaben, um dorthin die Botschaft von Christus zu bringen." Bezeichnend schon. Ganz ungeniert stellt das Jesuitenorgan „Civiltà Cattolica" die Papstreise in die Tradition der kolonialen Unterjochung der Indianer, so gut scheint das päpstliche Unternehmen in Mexiko eingeschlagen zu haben. Die nächste Expedition – nach Polen – steht für Juni auf dem Programm.

Allenthalben ist der Mann bemüht, auf der Schleimspur Carters dem seichten Menschenrechtsgebrabbel des Baptisten die nötige katholische „Tiefe" zu verleihen. In Mexiko hat er den Völkern der Dritten Welt geraten, die Gründe ihres Elends statt bei seinen Verursachern in der „Sünde" zu suchen. Auch bei der öffentlichen Ankündigung seiner ersten Enzyklika hat er sich nicht verkniffen, das US-Erpressungsmanöver gegen die arabische Nation ausdrücklich zu flankieren: „Schließlich möchte ich nicht versäumen, euch... darauf hinzuweisen, daß ich mit großer Aufmerksamkeit die erneuten Bemühungen verfolge, die derzeit im Gange sind, um die seit Jahren anhaltende Krise im Nahen Osten friedlich beizulegen."

„Der Erlöser des Menschen Jesus Christus ist Mittelpunkt des Kosmos und der Geschichte", lauten die ersten Worte der Enzyklika. Das ist nun nicht besonders originell, doch darum geht es auch nicht. Wojtyla setzt seinen Ehrgeiz daran, diesen zweitausendjährigen Schwindel von neuem unter die Leute zu bringen. Dazu haben ihn die Kardinäle gewählt, als jemand, bei dem man nicht gleich wie bei Paul VI. an die Brescianer Bourgeoisfamilie denken muß, aus der er kam.

Nicht am „abstrakten", sondern am wirklichen, „konkreten", „historischen" Menschen müsse die Kirche ansetzen, ist Wojtylas Parole. Von Ausbeutung und Entfremdung ist dabei nicht die Rede, von Imperialismus und Neokolonialismus. Sehen wir, *wie*. „Der Mensch von heute scheint immer mehr von dem bedroht, was er produziert... Die Früchte dieser vielseitigen Tätigkeit des Menschen... sind nicht nur und nicht so sehr Gegenstand der ‚Entfremdung' in dem Sinn, daß sie einfach dem genommen werden, der sie produziert hat, als vielmehr, daß sich, wenigstens zum Teil, diese Früchte in einem indirekten, aus ihren Wirkungen folgenden Kreis gegen den Menschen selbst wenden."

„*Der* Mensch von heute" war schon immer ein Lieblingskind der bürgerlichen Ideologie. Wojtyla macht da keine Ausnahme. Sein „indirekter Kreis" soll darüber hinwegtäuschen, daß *bestimmte* Menschen, die Arbeiterklasse, die Bauernmassen der unterdrückten Völker, arbeiten, während *andere*, die Imperialisten, sich deren Arbeitsprodukt aneignen. Nicht durch einen „indirekten Kreis", sondern durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln, durch Ausbeutung und Ausplünderung, wird das Arbeitsprodukt in eine dem Produzenten feindliche Macht, in Kapital verwandelt. Nicht durch vom Heiligen Geist eingegossene Liebe wird der Kreis gesprengt, sondern durch die Beseitigung des privaten Eigentums.

Die Schwierigkeit für den Oberhirten ist, daß die Arbeiterklasse und die Völker der Dritten Welt bereits seit langem begonnen haben, aus dieser täglichen Erfahrung die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Wenn er gleich darauf schreibt: „Der Mensch lebt daher immer mehr in der Angst", muß er „den Menschen" diesmal mit den Imperialisten und ihrem Pfaffenanhang verwechselt haben, die die Angst bedrückt, daß die proletarische Weltrevolution der Aneignung fremder Arbeit tatsächlich ein Ende setzt.

Natürlich weiß auch Wojtyla, daß mit unverhohlener Verteidigung des Imperialismus auch im „katholischen Kontinent" Lateinamerika keine Seelen zu gewinnen sind. Scheinbar unterstützt er daher sogar die Forderungen der Dritten Welt nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung. Aber wie die Erscheinungen des Imperialismus in „moralische Unordnung" umgelogen werden, so sollen die Völker vom Kampf gegen die Imperialisten auf den Pfad der moralischen Umkehr gezogen werden. „Auf diesem schwierigen Weg der unumgänglichen Verwandlung der Strukturen des Wirtschaftslebens wird man nicht leicht voranschreiten können, wenn nicht eine wirkliche Bekehrung des Geistes, des Willens und des Herzens Platz greift." Solange die Völker auf die Bekehrung ihrer Ausbeuter hoffen, kann das Geschäft blühen. Sie hoffen aber nicht, sie handeln.

Alsdann wendet sich der Papst den Menschenrechten zu, namentlich der Religionsfreiheit, von der zu sprechen er „ein besonderes Recht und eine besondere Pflicht" habe. Der Stachel soll den westlichen Imperialisten helfen, den neuen Bourgeois in Osteuropa einen Anteil an den Früchten der Ausbeutung der Arbeiterklasse abzupressen. Ist es Zufall, daß der polnische Finanzminister just am Tag der Verkündigung der Enzyklika bekanntgab, die polnische Regierung „prüfe" einen Beitritt zum IWF?

Wojtyla bildet sich, nachdem in Mexiko ziemlich viel Leute das Spektakel einer Papstreise angeguckt haben, ein, den „konziliaren" Ruch der „Erneuerung" der Kirche, der unter Paul VI. ziemlich gelitten hat, wiederbeleben zu können, mit eiserner Disziplin im Kirchenapparat. Wie lächerlich! Als ob ein paar „dissidente" Theologen daran schuld gewesen wären, daß die schon mit dem Konzil geplante Offensive nicht vom Fleck gekommen ist. In Wirklichkeit gräbt eine unwiderstehliche historische Strömung den Pfaffen das Wasser ab: Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution.

Kommunistische Volkszeitung

Aus dem Inhalt

- Schläge für die Hanoier Machthaber / Flucht nach vorn: Gründungsvorbereitungen für Indochinesische Föderation
- Eine neue Verwaltungsvorschrift aus dem Hause Ehrenberg / Angriffe auf die Kriegsopfer und Hinterbliebenen
- 35-Stundenwoche und 20 Gulden! Niederländische Arbeiter im Tarifkampf
- Lockungen und Drohungen der UdSSR und Vietnams gegen die ASEAN-Staaten
- Scheinwahlen in Zimbabwe: „Bisher größte Militäraktion" der Kolonialisten
- Azania: Die Landfrage ist die Trennungslinie zwischen Freund und Feind
- Lohntarif für Land- und Forstwirtschaft vereinbart
- Textilarbeiterstreik für Lohn und Schutzrechte
- Der Katholizismus – koloniales Unterdrückungsinstrument gegen die Völker „Lateinamerikas"
- Steigende Zinsen und Ehrenbergs Mobilitätsförderung treiben die Mieten
- Kostendämpfung: Zahnausfall und schlechter Zahnersatz
- Bau: Mit Fertigteilbau Ausbeutung gesteigert / Anteile ausländischer und jugendlicher Arbeiter um 22 % gesteigert
- Elektrizitäts- und Gasmonopole – große Profithaie / Die ganze übrige Industrie schreit nach Verbilligung von Strom und Gas
- Erhöhte Kapitalintensität – verschärfte Ausbeutung / Ausbeutung der Arbeitskraft beim norddeutschen Stromerzeugungsmonopol Preussen Elektra
- Bundesregierung plant „Landschutzpachtgesetz" / Es geht um die weitere Konzentrierung des Bodens in den Händen der Bourgeoisie
- Die Bourgeoisie beansprucht immer mehr Arbeitskraft der besitzlosen Studenten
- Besatzer führen Prozeß gegen DDR-Bürger auf Grundlage der US-Verfassung / Zugleich Häuserkampfübung amerikanischer Fallschirmspringer in Westberlin
- Der zionistische Kolonialstaat war und bleibt ein Aggressionsherd
- Brasilien: Die Arbeiter setzen die Regierung unter Druck
- „Verweigert den Befehl ... Behindert nicht die Landwirtschaft" / Keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben

Der Katholizismus – koloniales Unterdrückungsinstrument gegen die Völker „Lateinamerikas"



Johannes Paul bei den Oxaca-Indianern Mexikos, triumphierend. Mit der bewaffneten imperialistischen Macht im Rücken fordert der Weltpapst Anerkennung. – Unten: Indianerzeichnung aus Peru, Konquistador und Priester in einer Fratze.



z.gek. „Die Entdeckung der Gold- und Silberländer Amerikas, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingebornen Bevölkerung in die Bergwerke" bezeichneten nach Marx' Worten „die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära". Die indianischen Völker Amerikas standen denen der anderen Kontinente zu ihrer Zeit hinsichtlich der Entwicklung der Produktivkräfte keineswegs nach; die Landwirtschaft war eher höher entwickelt als in Europa. Aber was sie noch kaum kannten, war die Warenproduktion, der Fanatismus des Geldmachens, des „einen Gottes". Gerade dieser Fanatismus aber trieb die europäischen Kolonisatoren über den Ozean. Im Namen des „einen Gottes", der keine anderen neben sich duldet, wurde die Vertreibung, Versklavung, Vernichtung der Millionen zählenden indianischen Völker unternommen. Diese Erinnerung hat sich ihnen unauslöschlich eingeprägt.



Indianische Bauern in einem Dorf in Mexiko beraten über die kollektive Feldbestellung und über das Opfer an Mutter Erde. Das Bild dokumentiert die stark erhaltenen Elemente der ursprünglichen Gemeinschaft.

Deklaration der bolivianischen Indianer, 1975:

„Es gibt keinen Zweifel daran, daß das indianische Volk die große Mehrheit der Bevölkerung Boliviens bildet. Die heutige Situation der indianischen Bevölkerung resultiert aus der Eroberung durch Eindringlinge, die ihr ihre Politik der Ausbeutung auferlegten. Unser Volk, hauptsächlich die Indianer, hat als Endziel die Wiederherstellung seiner Macht, sein eigenes Schicksal zu kontrollieren (...) Wenn das indianische Volk die Macht ergreift, werden wir alle Landtitel abschaffen und das Land wird denen gehören, die es bebauen, wie es vor Ankunft der Invasoren der Fall war. Unsere Landreform wird eine wahrhaftig revolutionäre sein. (...) Das indianische Volk muß sich der Notwendigkeit einer festen Organisation bewußt sein, um fähig zu sein, die notwendigen Aktionen zu unternehmen".



Osterfeier der Tarahumra: Christus, mit dem Gesicht des weißen Landräubers und Missionars, wird am Kreuz noch extra festgebunden und Tag und Nacht bewacht, um seine Wiederauferstehung zu verhindern.



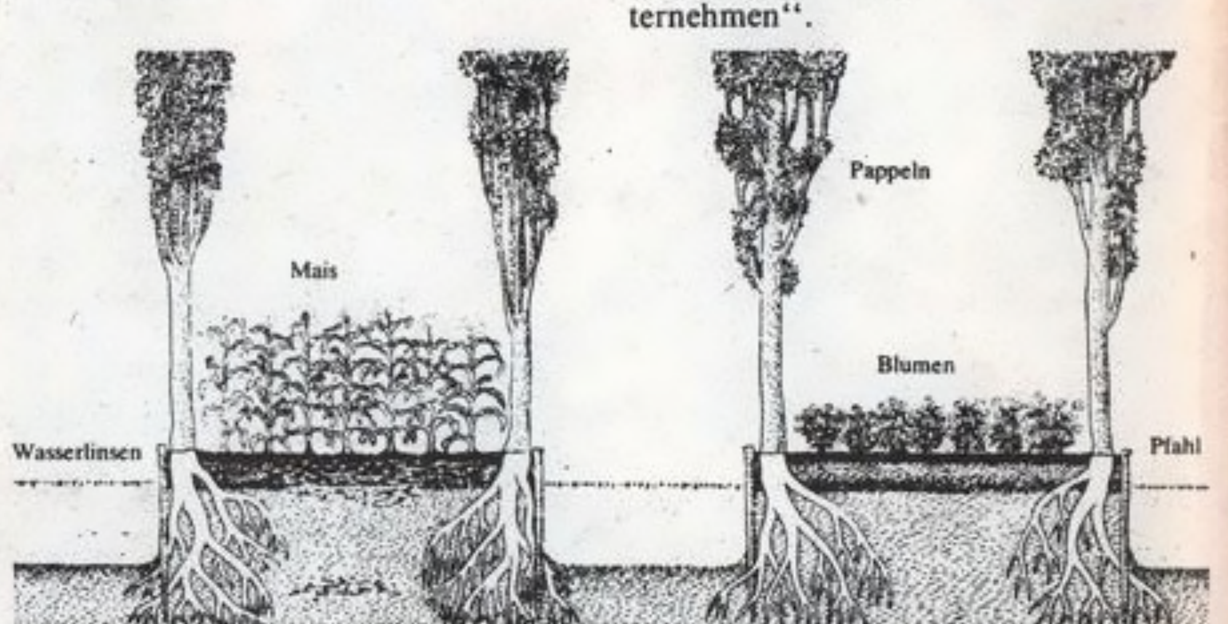
Zur selben Feier wird als Judas eine Yankee-Puppe herumgetragen.

Erzählung der Indianer der peruanischen Anden:

„Jesus wollte seinen älteren Bruder Inkarri (König Inka) besiegen. Er zeigte dem Inka ein beschriebenes Blatt Papier, und dieser bekam Angst, weil er die Buchstaben nicht verstand, und floh. Wilde Pumas, die Truppen Jesu, verfolgten den Inka und hetzten ihn zu Tode. Jesus aber griff sich die Frau des Inka, Mutter Erde, und schnitt ihr die Kehle durch. Dann ließ Jesus Kirchen bauen, Priester kamen aus Spanien. Als sie jedoch die erste Messe lasen, regnete es Feuer vom Himmel, die Menschen starben und ihre Hütten wurden zerstört. Inkarri wurde enthauptet, aber im Verborgenen wächst aus seinem Kopf ein neuer Körper, der eines Tages wiederkommen wird."



Maisaussaat zur Inka-Zeit Perus. Eine indianische Zeichnung aus dem 17. Jahrhundert.



Chinampas, durch Wurzeln von Pappeln und Pfähle im Grund von Seen verankerte Flöße mit fruchtbarer Erde. Dauernde Nahrung von unten, Anbau übers ganze Jahr. Aztekische Ackerbaukunst, von den Kolonialisten zerstört.